

ISRAELS LEBENSNOTWENDIGE SICHERHEITSBEDÜRFNISSE FÜR EINEN DAUERHAFTEN FRIEDEN



ZENTRAL-TEL AVIV VON DEIR BALLUT (WESTJORDANLAND) AUS GESEHEN

Generalleutnant a.D. Moshe Yaalon

Vizepremier und Minister für Strategische Angelegenheiten;
ehem. Generalstabschef der IDF

Generalmajor (Res.) Uzi Dayan

Ehem. Vizegeneralstabschef der IDF; ehem. Nationaler
Sicherheitsberater

Brigadegeneral (Res.) Udi Dekel

Ehem. Chef der Verhandlungen mit den Palästinensern
im Büro Premierminister Ehud Olmerts; ehem. Chef der
Planungsdivision der IDF

Dr. Dore Gold

Präsident des Jerusalem Center for Public Affairs;
ehem. Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen

Generalmajor (Res.) Yaakov Amidror

Nationaler Sicherheitsberater; ehem. Chef der Abteilung
Recherche und Evaluation des IDF-Nachrichtendienstes

Generalmajor (Res.) Aharon Ze'evi Farkash

Ehem. Leiter des IDF-Nachrichtendienstes

Dr. Meir Rosenne

Ehem. juristischer Berater des israelischen Außenministeriums;
ehem. Botschafter Israels in Frankreich und in den Vereinigten
Staaten

Dan Diker

Ehem. Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses;
Fellow, Jerusalem Center for Public Affairs



Jerusalem Center for Public Affairs
Jerusalem Zentrum

ISRAELS LEBENSNOTWENDIGE SICHERHEITSBEDÜRFNISSE FÜR EINEN DAUERHAFTEN FRIEDEN

Herausgegeben von

Dan Diker



Jerusalem Center for Public Affairs
Jerusalem Zentrum

Das „Jerusalem Zentrum“ ist die deutschsprachige Internetpräsenz des JCPA. Es bietet einem interessierten Publikum von renommierten Experten erstellte strategische Analysen, um professionelle und sachliche Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen der Sicherheits- und Außenpolitik Israels und des Nahen Ostens zu liefern. Für mehr Informationen besuchen Sie: www.jer-zentrum.org

© 2013 Jerusalem Center for Public Affairs
13 Tel Hai Street, Jerusalem, Israel
Tel. 972-2-561-9281
Fax. 972-2-561-9112

Email: jcpa@netvision.net.il
www.jcpa.org (Englisch)
www.jer-zentrum.org (Deutsch)

ISBN: 978-965-218-111-4

Projektleitung: Adam Shay und Tommy Berzi
Veröffentlichungsleiter: Mark Ami-El
Grafikdesign: Studio Rami & Jaki

Karten: basierend auf Google Earth ©2010
Abbildungen: AP Photo, Hagai Nativ, Alexander Lysyi
Umschlagbild: Alexander Lysyi - Zentral-Tel Aviv von Deir Ballut (Westjordanland) aus gesehen
Übersetzung: Alexander Arndt

Inhalt

Vorwort – Trotz aller Veränderung in Nahost: Verteidigungsfähige Grenzen für Israel wichtiger denn je Dr. Dore Gold	4
Einleitung – Zurück zu einer auf Sicherheit gegründeten Friedenspolitik Generalleutnant a.D. Moshe Yaalon	12
Verteidigungsfähige Grenzen – Sicherheit für Israels Zukunft Generalmajor (Res.) Uzi Dayan	24
Schlüsselprinzipien eines entmilitarisierten Palästinenserstaates Generalmajor (Res.) Aharon Ze’evi Farkash	38
Erklärungen zu UN-Sicherheitsratsresolution 242 zum Nahen Osten vom 22. November 1967 Dr. Meir Rosenne	58
Die Vereinigten Staaten und das Konzept „Verteidigungsfähiger Grenzen“: UN-Sicherheitsratsresolution 242 und Israels Sicherheit aus amerikanischer Perspektive Dr. Dore Gold	66
Kontrolle des territorialen Luftraums und elektromagnetischen Spektrums Brigadegeneral (Res.) Udi Dekel	84
Ausländische Friedenstruppen im Westjordanland – ein Sicherheitsrisiko Generalmajor (Res.) Yaakov Amidror	94
Die Rückkehr zum Primat der Sicherheitspolitik in der israelischen Diplomatie Dan Diker	106
Karten	
1. Israel innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949 (prä-1967er Grenzen)	15
2. Israels strategische Verletzbarkeit gegen Angriffe aus dem Westjordanland	27
3. Israels geografische und topografische Verwundbarkeit gegen Angriffe aus einem zukünftigen palästinensischen Staat	29
4. Israels Verteidigungslinie: Der Jordangraben und die steilen Osthänge der Hügelkette des Westjordanlands	31
5. Strategische Verletzbarkeit Jerusalems und des Jerusalem-Tel-Aviv-Highways durch umliegendes Terrain	33
6. Bedrohung israelischer Bevölkerungszentren durch Raketen aus dem Westjordanland	43
7. Israel und der Nahe Osten	45
8. Israels Verletzbarkeit aus der Luft: Zeitlimit zum Abfang angreifender Flugzeuge	89
Anhänge	
1. Resolution 242 vom 22. November 1967	120
2. Brief von US-Präsident George W. Bush an Ministerpräsident Ariel Sharon 14. April 2004	121
3. US-Senat und Repräsentantenhaus unterstützen die Verpflichtungen gegenüber Israel in Präsident Bushs Schreiben vom 14. April 2004	124
4. Grundsatzrede Premierminister Benjamin Netanyahus im Begin-Sadat Center der Bar-Ilan-Universität	126
5. Rede Premierminister Benjamin Netanyahus vor dem US-Kongress	129
6. Chronologie seit Oslo 1993	136
7. Autorenverzeichnis	138
8. Über das Jerusalem Center for Public Affairs	140

Vorwort

Trotz aller Veränderung in Nahost: Verteidigungsfähige Grenzen für Israel wichtiger denn je

Dr. Dore Gold

Präsident des
Jerusalem Center
for Public Affairs;
ehem. Botschafter
Israels bei den
Vereinten Nationen

Für Israel beginnt gegenwärtig eine die kommenden Jahre bestimmende, äußerst gefährliche Phase. Das Wenige an strategischer Gewissheit, mit dem das Land in der Vergangenheit planen konnte, ist nicht mehr selbstverständlich. Stattdessen entsteht ein neuer Naher Osten, dessen Regime von Massenaufständen entweder gestürzt oder zumindest massiv erschüttert wurden. Der Verlust von Voraussagbarkeit der von den Nachbarstaaten ausgehenden Bedrohungen hat aber auch andere Gründe. So bleibt östlich von Israel die Entwicklung im Irak ungewiss. Es wäre z.B. falsch auszuschließen, dass der Irak wieder unter einen stärkeren iranischen Einfluss geraten und deshalb jene Art feindseliger antiisraelischer Haltung annehmen könnte, die früheren irakischen Regimen eigen war.

Zeitgleich zu diesen neuen Entwicklungen steht Israel vor neuen diplomatischen Ansprüchen an das Land, die ihm seine territorialen Verteidigungsmöglichkeiten im Westjordanland nehmen könnten, welche in den letzten vierzig Jahren Sicherheit garantierten. Das betrifft v.a. die praktische östliche Barriere des Jordantals, deren Verlust Israel nur noch eine Breite von ca. 15

Kilometern lassen sowie in eine schwer zu haltenden Position gegenüber einer ganzen Reihe militärischer Herausforderungen stürzen würde, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in den kommenden Jahren von östlicher Seite her blühen. Diese in jedem Fall problematischen neuen Anforderungen kommen zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt, denn weite Teile des Nahen Ostens scheinen in Flammen zu stehen.

Die diplomatischen Angriffe kommen von mehreren Fronten. Die Wichtigste findet sich in der UN-Vollversammlung, in der die Palästinenser sich um Unterstützung für die Errichtung eines Staates entlang der Linien von 1967 bemühen. Doch auch eine Reihe von europäischen Staaten wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland hat vorgeschlagen, dass das Nahostquartett, das aus den Vereinigten Staaten, Russland, der EU und dem UN-Sekretariat besteht, eine ähnliche Haltung einnehmen soll. Bestätigt wurde dies vom britischen Außenminister William Hague im März 2011 in einer Chatham House-Rede.¹ Auch in Washington kam es zu privatem wie öffentlichem Druck auf Präsident Barack

Anti-Regierungs-
Demonstranten feiern auf
dem Tahrir-Platz. Kairo,
Ägypten, 10. Februar 2011.



Obama, sich den Europäern anzuschließen und eine eigene Karte mit Israels zukünftigen Grenzen vorzulegen, die auf den gleichen territorialen Vorgaben beruht.²

Obama stieß viele Israelis vor den Kopf, als er am 19. Mai 2011 in einer Rede vor dem US-Außenministerium erklärte, dass „die Grenzen von Israel und Palästina auf dem Verlauf von 1967 basieren sollten, mit einem Austausch von Gebieten, auf den sich beide Seiten verständigen, so dass für beide Staaten sichere und anerkannte Grenzen etabliert werden.“ Drei Tage später stellte er klar, dass Israelis und Palästinenser über eine Grenze verhandeln müssten, „die sich von der unterscheidet, die am 4. Juni 1967 existierte.“ Doch es änderte nichts daran, dass seine ausdrückliche Erwähnung der Linien von 1967 von der Position vergangener US-Regierungen abzuweichen schien.

Denn in der amerikanischen Außenpolitik wird traditionell anerkannt, dass man von Israel nicht erwartet, dass es sich von allen 1967 im Sechstagekrieg eroberten Gebieten zurückzieht. Dies wurde nachdrücklich in der Sprache der UN-Sicherheitsratsresolution 242 verankert, die die Grundlage für die folgenden Friedensverträge Israels mit den arabischen Staaten darstellt. Und dieses Prinzip wurde auch von dem primären Verfasser der Resolution, dem damaligen britischen Botschafter bei den Vereinten Nationen Lord Caradon unterstrichen, der im Interview mit PBS bekräftigte: „Wir haben nicht gesagt, dass es einen Rückzug zur 67er Linie geben sollte ... Wir alle wussten, dass die Linien von '67 nicht als dauerhafte Grenzen gedacht waren.“³ Diese zentrale Stelle der Resolution tauchte wiederholt in verschiedenen Garantieschreiben amerikanischer Außenminister an Israel auf, von Henry Kissinger bis Warren Christopher. 1988 bekräftigte der damalige US-Außenminister George Shultz: „Israel wird niemals auf Grundlage der Grenzlinien des Teilungsplans noch der von 1967 verhandeln oder dorthin zurückkehren.“⁴

Am 14. April 2004 erwähnte ein Schreiben des US-Präsidenten Bush an den damaligen israelischen Premier Ariel Sharon ausdrücklich Israels Anrecht auf „verteidigungsfähige Grenzen“ sowie Israels Bedürfnis, sich eigenständig verteidigen zu können. Dieser Punkt erkennt damit implizit Israels Doktrin der Eigenständigkeit an, die besagt, dass nur die israelischen Streitkräfte – und nicht etwa internationale Truppen oder gar die NATO – Israels Überleben garantieren. Zwei Monate später wurde dieses Schreiben von einer überwältigenden Mehrheit beider Parteien im amerikanischen Repräsentantenhaus und im Senat bestätigt. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass das Schreiben die Vorstellung ausschloss, man erwarte von Israel, dass es sich aus dem Westjordanland zu den Linien von 1967 zurückziehe, die nur Waffenstillstandslinien und keine international anerkannten Grenzen markieren.

Am 24. Mai 2011 wiederholte der israelische Premier Benjamin Netanyahu vor einer gemeinsamen Sitzung des amerikanischen Kongresses: „Israel wird nicht zu den nicht zu verteidigenden Linien von 1967 zurückkehren.“ Netanyahu legte die israelischen Sicherheitsbedürfnisse jenseits der Linien dar und betonte dabei v.a. die Bedeutung des Jordantals: „es ist lebensnotwendig, dass Israel eine langfristige militärische Präsenz am Jordan beibehält.“ Israel benötige für einen sicheren Frieden zudem „Orte von kritischer strategischer und nationaler Bedeutung.“ Unmittelbar im Anschluss an die Rede bekräftigte Netanyahu in einem Interview mit Sean Hannity (FOX News) seine Haltung und erklärte, dass Israel im Jahr 1967 gerade 15 Kilometer breit gewesen sei. Darüber hinaus gäbe es eine „Übereinstimmung zwischen Israel und den Vereinigten Staaten dahingehend, dass Israel verteidigungsfähige Grenzen haben müsse. Denn in unserem Teil der Welt gibt es eine schlichte Wahrheit: ein Frieden, der nicht zu verteidigen ist, ist ein Frieden, der nicht halten wird.“ Zweifellos trugen

die Aufstände, die sich im Nahen Osten abspielten, zu der israelischen Perspektive bei, dass verteidigungsfähige Grenzen nach wie vor eine äußerst wichtige Garantie für Israels Zukunft darstellen.

Neue strategische Unsicherheiten in Nahost

Jahrzehntelang wurden die politischen Planspiele Israels von bestimmten Konstanten determiniert. So wurde die Risikoeinschätzung für territoriale Zugeständnisse Israels auf Grund einer genauen Beobachtung der von den Nachbarstaaten verfolgten Politik getroffen. Seit 1979 befindet sich Ägypten formal im Frieden mit Israel. Auch wenn es sich bei der vollständigen Normalisierung der Beziehungen Fortschritten verweigert hat, hielt sich Ägypten doch wenigstens an die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages, nach denen der Sinai größtenteils entmilitarisiert bleiben soll. Obwohl Syrien sich dem von Iran geführten radikalen Block in Nahost angeschlossen hat und durch seine Unterstützung der Terrororganisationen Hisbollah und Hamas einen Stellvertreterkrieg gegen Israel führt, hat es doch seit 1973 keinen direkten Angriff auf Israel auf dem Golan verübt. Jordanien unterhält seit 1994 einen formalen Frieden mit Israel und konnte erfolgreich verhindern, dass Terrorgruppen und feindliche Nachbarstaaten es in eine Frontstellung für zukünftige Angriffe auf Israel einbinden.

Heute können diese Parameter nicht mehr als selbstverständlich erachtet werden. Von Jemen bis nach Syrien, von Ägypten bis nach Bahrain ist es zu Aufständen gegen die Zentralregierungen gekommen. Diese Welle des Wandels wird hoffentlich dazu führen, dass es langfristig zu verantwortlichen und demokratischen Regierungen kommt, die nicht zu militärischen Abenteuern neigen. Doch kurz- und mittelfristig könnten sich die Erhebungen als hochgradig destabilisierend

erweisen und weit radikalere Kräfte an die Macht bringen, die eine Neuauflage des Konfliktes anstreben.

Israel ist nicht das einzige Land, das über den möglichen Ausgang der Entwicklungen besorgt ist. Am 22. März 2011 gab der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates gegenüber der *Washington Post* zu bedenken: „Ich denke, wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass die Konsequenzen noch nicht feststehen und es keineswegs so ist, dass alles auf ein gutes Ende hinausläuft. ... Wir tappen im Dunkeln und niemand kennt das Resultat.“⁵

Dies heißt nichts anderes, als dass in dem Moment, an dem sich Israel einer vollständigen strategischen Ungewissheit gegenüber sieht, was die Zukunft des Nahen Ostens angeht, es gleichzeitig dazu aufgefordert wird, präzedenzlosen Forderungen nachzugeben, die die Zukunft seiner Existenz aufs Spiel setzen. Dies wirft eine Reihe von Fragen auf. Erstens, wie kann man von Israel erwarten, Abkommen zu unterzeichnen, die auf einem Rückzug aus strategisch wichtigen Gebieten wie dem Jordantal basieren, wenn nicht klar ist, ob die Regierungen, mit denen man darüber verhandelt, in Zukunft überhaupt noch existieren werden? Man muss sich vor Augen halten, was in Ägypten nach dem Sturz Hosni Mubaraks passiert ist, wo hochrangige Politiker plötzlich bekundeten, dass man den Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel von 1979 noch einmal überdenken müsse. Niemand kann also Israel garantieren, dass zukünftige Friedensverträge, die auf der israelischen Preisgabe von Territorien basieren, nicht für null und nichtig erklärt werden. Und es ist auch alles andere als klar, ob die jetzigen Regime Syriens, Jordaniens oder Saudi Arabiens, nicht morgen schon gestürzt werden.

Doch auch das Regime von Mahmoud Abbas im Westjordanland verdankt seine Macht in erster Linie der Stationierung der israelischen Streitkräfte im ganzen

Gebiet und ihrem Antiterrorkampf gegen die Hamas und ihre Verbündeten. Am 4. Mai 2011 erreichte Abbas ein neues Versöhnungsabkommen mit der Hamas, doch damit ist die Gefahr einer vollständigen Übernahme des Westjordanlandes durch die Hamas noch nicht gebannt. Würde Israel sich unter den gegenwärtigen Bedingungen aus dem Westjordanland zurückziehen, könnte es sich nicht darauf verlassen, dass Abbas an der Macht bleibt, unabhängig davon, was heute all den arabischen Regimen der Region passiert. Mit anderen Worten, das Maß an strategischer Unsicherheit hat sich angesichts der gegenwärtigen politischen Entwicklungen in seiner Nachbarschaft für Israel massiv verschärft.

Die wachsende Rolle von Islamisten und Muslimbrüdern

Ein wesentlicher Grund für diese Sorge wird dadurch unterstrichen, dass die stärksten der jetzt um die Macht in der arabischen Welt ringenden Kräfte mit dem Netzwerk der Muslimbruderschaft in Beziehung stehen. Dies wird schon jetzt v.a. in Ägypten deutlich, wo sich die Bruderschaft noch während des Sturzes von Hosni Mubarak extrem bedeckt hielt, ihre Rolle in der ägyptischen Politik seitdem aber beträchtlich gewachsen ist.⁶ Noch vor der aktuellen Aufstandswelle hatte sich die Türkei seit 2006 zu einem neuen Zentrum der Muslimbrüder-Aktivitäten entwickelt und dem Netzwerk mit Istanbul einen Austragungsort für mehrere hochrangige Konferenzen geboten.⁷

Auch in der Protestwelle in Jordanien zeigte sich die Bruderschaft als eine der aktivsten politischen Kräfte.⁸ Der jordanische Premierminister Marouf Bakhit ging sogar soweit, den jordanischen Muslimbrüdern vorzuwerfen, dass sie ihre Befehle von den ägyptischen und syrischen Brüdern erhielten.⁹ Historisch gesehen war die Muslimbruderschaft ideologischer Stichwortgeber führender Figuren des

globalen Terrorismus von Khalid Sheikh Mohammed bis zu Osama Bin Laden. In den vergangenen Jahren ließ sich mit dem Aufstieg von Führern wie Muhammed Badie in Ägypten und Hamman Sayid in Jordanien eine Radikalisierung der Bruderschaftsspitze verzeichnen, die sich dem Dschihad und Hardline-Doktrinen gegenüber dem Westen verpflichtet fühlt.¹⁰ Sowohl der ägyptische wie auch der jordanische Flügel der Muslimbrüder als auch die Hamas haben die Vereinigten Staaten scharf für ihre Ausschaltung Bin Ladens angegriffen.¹¹

Selbst wenn die Muslimbruderschaft am Anfang nicht überall die Macht ergreifen wird, so wird sie doch in Zukunft zweifellos Teil politischer Koalitionen sein, was dazu führen wird, dass viele Nachbarländer Israels eine weitaus feindlichere Haltung einnehmen und vielleicht sogar militärische Aktionen gegen den jüdischen Staat unterstützen werden. Die Feindschaft der Muslimbrüder gegen Israel darf nicht unterschätzt werden. Es wird immer wieder vergessen, dass die Hamas, die regelmäßig israelische Bevölkerungszentren mit Raketen angreift, ihrer eigenen Charta zufolge der palästinensische Arm der Muslimbruderschaft ist.

So hat Muhammed Badie Ende 2010 in seinem wöchentlichen Rundschreiben geäußert, dass ein Fortschritt in der Klärung der Palästinenserfrage nicht durch Verhandlungen, sondern vielmehr durch die Rückkehr zum Dschihad und zum Märtyrertum (*istishhad*) erreicht werden wird.¹² Es sollte daher nicht überraschen, dass der stellvertretende Führer der Bruderschaft im Februar 2011 ankündigte, die Bewegung werde sich um eine Annullierung des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel bemühen.¹³

Im Mindesten aber dürften Regime der Muslimbruderschaft einen sicheren Hafen für Terrorgruppen bieten, die im aktiven Kampf gegen Israel stehen. So hieß in den frühen Neunzigern das erste Muslimbrüderregime im Sudan unter

Hassan Turabi sowohl die Hamas als auch Al-Qaida bei sich willkommen.

Zum Zweiten lockert die gegenwärtige Welle von Anti-Regierungs-Protesten in einigen arabischen Staaten die Kontrolle der Zentralregierung über große Gebiete. Auf diese Weise ist ein Vakuum entstanden, das schnell von regionalen Terrorgruppen wie Al-Qaida und ihren Verbündeten gefüllt wird, die auf der Suche nach neuen Schlupfwinkeln außerhalb der Reichweite der prowestlichen arabischen Militärführungen sind.

Dieser Prozess wird bereits im Jemen deutlich. Doch auch in Ägypten hat er sich verstärkt, v.a. auf der Halbinsel Sinai, wo Beduinengruppen sich der Hamas und sogar Al-Qaida-Ablegern angenähert haben. Sie haben sich an einer Reihe von Sabotageanschlägen auf die ägyptische Gaspipeline beteiligt, die nach Israel und Jordanien führt. Während des Irakkrieges versuchte die irakische Al-Qaida, in der jordanischen Stadt Irbid Angriffsstellungen zu errichten. Es gelang den jordanischen Sicherheitskräften, Herr der Lage zu werden. Doch welche Garantien hat Israel, dass dies immer der Fall sein wird?

Drittens trifft die gegenwärtige Destabilisierung der sunnitischen Araberstaaten auf das Bemühen des Iran, eine regionale Vormachtstellung im ganzen Nahen Osten aufzubauen. Während iranische Interessen durch die fortgesetzten Aufstände in der arabischen Welt, v.a. in Syrien und im von der Hisbollah kontrollierten Libanon, beeinträchtigt werden könnten, hat Teheran Chancen, der wesentliche Nutznießer der aktuellen Instabilität in kritischen Ländern wie Bahrain, Saudi Arabien und Jemen zu werden.

Für Israel ist die dringlichste Frage die zukünftige Richtung des Irak. Der Iran unterstützt im Irak eine Reihe von wichtigen schiitischen Parteien.¹⁴ Jene irakischen Politiker, die bereit sind, sich

der iranischen Einkreisung zu widersetzen, haben dies nur mit starker amerikanischer Unterstützung getan.¹⁵ Doch was kann verhindern, dass der Irak nach dem Abzug der amerikanischen Truppen in iranische Hände fällt? In den letzten Jahre war eine Betätigung der libanesischen Hisbollah im Irak zu verzeichnen, die dort zusammen mit den iranischen Revolutionsgarden schiitische Milizen ausbildet. Wird der Irak sich weiterhin an den Vereinigten Staaten orientieren oder sich mit dem iranischen Machtzuwachs in der Region zu einem Satelliten Teherans entwickeln und den arabisch-israelischen Konflikt aufheizen? Der Irak ist nicht weit von Israel entfernt – gerade 340 Kilometer trennen die irakische Grenze vom Jordan.

Ebenso ist nicht unbemerkt geblieben, dass Saudi Arabien seine Nordgrenze zum Irak verstärkt hat. Auch die Saudis sind sich dessen bewusst, dass es keine Garantien über die zukünftige Entwicklung in Bagdad gibt. Und so ist auch für Israel nicht auszuschließen, dass sich ein unter iranischem Einfluss stehender Irak wieder verstärkt im arabisch-israelischen Konflikt engagiert. 1948, 1967 und 1973 hatte sich der Irak wiederholt an den Kriegen gegen Israel beteiligt und ein Drittel seiner Bodentruppen gegen Israels Ostgrenze entsandt. 1991 hatte der Irak einen Raketenhagel auf israelische Städte losgelassen. Welche Form die Entwicklungen auch immer nehmen – wenn eine erneute Bedrohung der Ostgrenzen Israels auch nur eine entfernte Möglichkeit darstellt, wie kann man von Israel erwarten, dass es sich vollständig zur 1967er Linie zurückzieht und sein Recht auf verteidigungsfähige Grenzen aufgibt?

Ein Verhandlungsfrieden wird untergraben

Um das Gesagte zusammenzufassen: der Druck, dem sich Israel ausgesetzt sieht, zum gegenwärtigen Zeitpunkt einem

vollen Rückzug aus dem Westjordanland zuzustimmen und einen Verlust der verteidigungsfähigen Grenzen hinzunehmen, stellt ein inakzeptables Risiko für den jüdischen Staat dar. Er steht auch im Widerspruch zu den internationalen Versprechen, die Israel in der Vergangenheit gegeben wurden. In jenen wurde anerkannt, dass sich Israel nicht von allen Territorien zurückziehen habe.

Hinzu kommt, dass das Osloer Abkommen von 1993 eine Verhandlungslösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt vorsieht. Die Grenzen sollen von den Vertragsparteien selbst bestimmt und nicht durch internationale Koalitionen und einseitige Handlungen auferlegt werden. Eine Verpflichtung zur Verhandlungslösung wurde ausdrücklich im israelisch-palästinensischen Interimsabkommen von 1995 festgelegt. Und es sollte betont werden, dass dieses Abkommen die Unterschriften von US-Präsident Bill Clinton sowie von Vertretern der Europäischen Union und Russland trägt, die formell als Zeugen auftraten.

Gegenwärtig scheint deutlich, dass die Palästinenserführung unter Mahmoud Abbas kein Interesse an einer Verhandlungslösung im Konflikt mit Israel hat. Sie bevorzugt vielmehr, dass die internationale Gemeinschaft Israel territoriale Bedingungen auferlegt, die zum Vorteil der Palästinenser sind, ohne dass vorher ein Ende des arabisch-israelischen Konfliktes erklärt und das Recht des jüdischen Volkes auf einen eigenen Nationalstaat anerkannt wird. Die Idee, dass Quartett könnte Israel „Grenzen von 1967“ diktieren und eine verordnete Lösung herbeiführen, dient den Interessen der Palästinenserführung, nicht aber dem Interesse eines echten Friedens. Die europäische Unterstützung derartiger Initiativen widerspricht genau jenen Friedensbemühungen, die Europa in der Vergangenheit als Zeuge unterzeichnet hat. Damit wird einseitigen Initiativen der Palästinenser wie jener vom September

2011 in der UN Vorschub geleistet und Verhandlungen werden praktisch zunichte gemacht.

Schließlich muss unterstrichen werden, dass für das israelische Volk die vergangenen anderthalb Jahrzehnte traumatisch waren. Die überwiegende Mehrheit hatte 1993 das Versprechen von Oslo mit Leidenschaft unterstützt, nur um zu sehen, wie anstelle von Frieden israelische Städte von Wellen von Selbstmordattentätern heimgesucht wurden, die über 1000 Israelis das Leben kosteten. Israelis nahmen weitere Risiken in Kauf und unterstützten 2005 den einseitigen Abzug aus dem Gazastreifen, nur um zu sehen, wie sich der Raketenbeschuss israelischer Wohngebiete im Folgejahr verfünffachte. Raketen von immer größerer Reichweite fanden ihren Weg in den Gazastreifen, da der Iran das Vakuum ausnutzte, das durch den israelischen Abzug entstanden war.

Die Menschen Israels haben das unveräußerliche Recht, in Sicherheit zu leben, und auf die Gewissheit, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Ein vollständiger Rückzug wie aus dem Gazastreifen sollte im Westjordanland nicht versucht werden, v.a. nicht angesichts all dessen, was sich gegenwärtig im Nahen Osten ereignet. Aus diesen Gründen darf von Israel nicht gefordert werden, dass es sein Recht auf verteidigungsfähige Grenzen preisgibt.

Anmerkungen

- 1 Herb Keinon, „Hague Comes Out Against Interim Agreement,“ *Jerusalem Post*, 30. März 2011.
- 2 Siehe Bernard Avishai, „Next, an Israeli-Palestinian Peace Plan,“ *New York Times*, 30. März 2011. http://www.nytimes.com/2011/03/30/opinion/30iht-edavishai30.html?_r=1&ref=globalhome&pagewanted=print.
- 3 Lord Caradon, britischer UN-Botschafter von 1967 sagte dazu: „Wir haben nicht von einem Rückzug zur Linie von '67 gesprochen; wir haben auch keinen bestimmten Artikel verwendet, wir sprachen also ganz bewusst nicht von ‚den‘ Territorien. Uns war allen klar, dass die Trennlinie von 1967 nicht als dauerhafte Grenze gedacht war, dass sie nur eine Waffenstillstandslinie aus früheren Jahrzehnten war. ... Wir behaupteten auch nicht, dass diese 67er Linie für immer gelten sollte. Das wäre Wahnsinn.“ MacNeil-Lehrer-Bericht, 30. März 1978.
- 4 Richard Holbrooke, „The Principles of Peacemaking,“ *Israel's Right to Secure Boundaries: Four Decades Since UN Security Council Resolution 242* (Jerusalem: Jerusalem Center for Public Affairs, 2009), p. 45.
- 5 David Ignatius, „Gates Underlines the Dangers in the Middle East,“ *Washington Post*, 22. März 2011.
- 6 Michael Slackman, „Islamist Group Is Rising Force in a New Egypt,“ *New York Times*, 24. März 2011.
- 7 „Islam and the Arab Revolutions,“ *The Economist*, 2.-8. April 2011. Siehe auch, „Energized Muslim Brotherhood in Libya Eyes a Prize,“ CNN, 25. März 2011.
- 8 Ranya Kadri und Isabel Kershner, „Protestors Rally into Night in Jordan,“ *New York Times*, 1. April 2011.
- 9 Taylor Luck, „Gov't, Islamists in 'Dangerous Game,“ *Jordan Times*, 1. April 2011.
- 10 Für eine Diskussion der extremistischeren Tendenzen innerhalb der Muslimbruderschaft siehe Shadi Hamid, „A Radical Turn for the Muslim Brotherhood?“ Brookings Institution, 26. Juni 2010; und Jonathan D. Halevi, „Egypt's Muslim Brotherhood: In Their Own Words,“ 6. Februar 2011, *Jerusalem Issue Brief*, Jerusalem Center for Public Affairs. Hammam Sayid erregte schon vor seiner Wahl zum Führer der jordanischen Muslimbrüder Aufsehen für seine verbale Unterstützung Osama Bin Ladens; siehe *al-Hawadeth*, 24. September 2001. Über die härteren Positionen der syrischen Muslimbrüder unter ihrem neuen Führer siehe Nour Malas, „Brotherhood Raises Syrian Profile,“ *Wall Street Journal*, 17. Mai 2011.
- 11 Jonathan D. Halevi, „Who Else Is Condemning the U.S. for Killing Bin Laden?“ Jerusalem Center for Public Affairs-blog, 5. Mai 2011.
- 12 Muhammad al-Badi' – *Weekly Message*, 23. Dezember 2010 (Quelle: Webseite der Muslimbruderschaft auf Arabisch): „Die gesamte Umma [die Gemeinschaft der islamischen Gläubigen] und nicht nur die Palästinensische Autonomiebehörde ist dazu aufgerufen, zu den wahren und fundamentalen Prinzipien zurückzukehren, die den Umgang mit dem palästinensischen Problem bestimmen sollen, auf dass es nicht vergessen geht. Deswegen ist es ein Fehler, sich auf Verhandlungen, auf eine Anerkennung [Israels], auf Versöhnung [mit Israel] oder die Errichtung eines Palästinenserstaates auf Grundlage der 67er Grenzen zu beziehen, denn Palästina ist arabisches und islamisches Gebiet, auf dem sich Heilige Stätten [des Islam] befinden. Der Heilige Krieg zur Rückeroberung dieses Landes ist eine Verpflichtung für die gesamte arabische und islamische Nation. ... Palästina wird nicht durch Hoffen und Beten erreicht, sondern durch Dschihad und Opfer, und daher rufen wir alle Brüder in Palästina dazu auf, zur nationalen Einheit zurückzukehren, die auf Widerstand gründet. Dies ist der einzige Weg zur Befreiung Palästinas. Dschihad heißt Sieg oder Märtyrertod für Allah.“ (Der komplette arabische Text ist zu finden unter: <http://www.ikhwanonline.com/Article.asp?ArtID=76669&SecID=213>).
- 13 Rashad al-Bayumi, stellvertretender Vorsitzender der Muslimbruderschaft sagte gegenüber dem japanischem Fernsehen (zitiert in *al-Hayat*, 2. März 2011), dass die Gruppe einer Übergangsregierung beitreten würde, um den Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel zu annullieren, denn er beleidige „die arabische Würde“ und zerstöre die „Interessen Ägyptens und anderer arabischer Staaten.“
- 14 Michael Gordon, „Meddling Neighbors Undercut Iraq Stability,“ *New York Times*, 5. Dezember 2010. Gordon bezieht sich auf eine von WikiLeaks veröffentlichte US-Depesche vom 13. November 2009, nach der der Iran bis zu 200 Mio. Dollar jährliche zur Unterstützung politischer Gruppen im Irak ausgibt.
- 15 Frederick Kagan und Kimberly Kagan, „Stand with Iraq,“ *Weekly Standard*, 18. April 2011.

Einleitung

Zurück zu einer auf Sicherheit gegründeten Friedenspolitik

Vizepremier und Minister für Strategische Angelegenheiten; ehem. Generalstabschef der IDF

Generalleutnant a.D. Moshe Yaalon

Gerade zwei Monate nach seiner Amtseinführung hat der israelische Premier Benjamin Netanyahu im April 2009 in seiner ersten großen Grundsatzrede an der Bar-Ilan-Universität die für Israel lebensnotwendigen Sicherheitsbedürfnisse definiert sowie einen Palästinenserstaat befürwortet und an Bedingungen geknüpft. Auch wenn es auf dem ersten Blick so schien, als hätte Netanyahu einen grundlegenden Wandel in der israelischen Politik verkündet, so stellen doch die von ihm vorgeschlagenen Ideen eine Rückkehr zu Israels traditionellem, auf dem Primat der Sicherheitspolitik ruhenden Ansatz zur Schaffung eines dauerhaften Friedens dar. Diese Politik resultiert aus den Einschätzungen der israelischen Regierung hinsichtlich der strategischen Rahmenbedingungen in Nahost und des palästinensisch-israelischen Konfliktes. Und dazu gehört, dass seit Beginn des Konfliktes – also aus der Zeit noch vor der Gründung des Staates bis in die Zeit des Osloer Prozesses hinein – es nicht ausreichte, dass die israelische Führung zu einem historischen Kompromiss bereit war, um die Palästinenser davon zu überzeugen, den „bewaffneten Kampf“ und andere

Formen des Widerstands aufzugeben gegen das Recht des jüdischen Volkes, friedlich in einem eigenen Nationalstaat in der historisch angestammten Heimat zu leben.

Dies ist der Hintergrund der vorliegenden Studie *Israels lebensnotwendige Sicherheitsbedürfnisse für einen dauerhaften Frieden*. Die israelischen Sicherheitsbedürfnisse, die jedem Abkommen mit den Palästinensern zu Grunde liegen müssen, werden in dieser Studie von einigen der renommiertesten Militärexperten Israels dargelegt. Die Gefahren, die dem jüdischen Staat von allen Seiten, v.a. von Gaza und dem Westjordanland aus, von militanten Gruppen und vom Iran gesponserten Regimen drohen, sind ihnen aus erster Hand bekannt.

Während meiner gesamten militärischen Laufbahn, zu der auch der „Osloer Friedensprozess“ der neunziger Jahre gehört, wurde ich als IDF-Offizier in verschiedenen Aufgabenbereichen mit dem palästinensischen wie islamistischen Terrorismus konfrontiert. So diente ich von 2000 bis 2005 zunächst als Chef

Nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens mit PLO-Führer Yasser Arafat im Weißen Haus initiierte Premierminister Yitzhak Rabin im September 1993 eine Marathonsitzung der Knesset.

Bis zu seiner Ermordung 1995 verfolgte Rabin einen Ansatz unter dem Primat der Sicherheitspolitik, indem er auf verteidigungsfähige Grenzen für Israel und eine entmilitarisierte palästinensische Einheit „ohne vollständige Staatlichkeit“ bestand.



des militärischen Geheimdienstes, als stellvertretender Stabschef und später als Generalstabschef der IDF und war an Operationen gegen die paramilitärischen Truppen der Palästinensischen Autonomiebehörde, die Fatah-Milizen und Hamas-Truppen in Gaza und im Westjordanland beteiligt. Die harte Realität dieser Erfahrungen lehrte mich, wie wichtig es ist, Gefährdungen der Sicherheit anzugehen, die Funktion der entsprechenden Schutzsysteme zu gewährleisten und sich keinem Wunschdenken hinsichtlich der Gegner Israels hinzugeben. Die gegenwärtige relative Ruhe an Israels Grenzen und im Westjordanland sollte nicht falsch verstanden werden. Unabhängig von der Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen der von US-Generalleutnant Keith Dayton eigens in dem von den Vereinigten Staaten unterstützten Programm zur Sicherheitsreform trainierten palästinensischen Sicherheitskräfte haben die IDF rund um die Uhr daran gearbeitet, die terroristische Infrastruktur in einem Großteil der palästinensischen Gebiete auszuschalten. Gleichzeitig hat jedoch die vom Iran gestützte Hamas in Gaza ihre militärischen Fähigkeiten wieder ausgebaut. Gleiches gilt für die iranische Handlangerorganisation Hisbollah im Libanon. Israel muss dies bei dem Weg zur Errichtung eines Palästinenserstaates im Hinterkopf behalten.

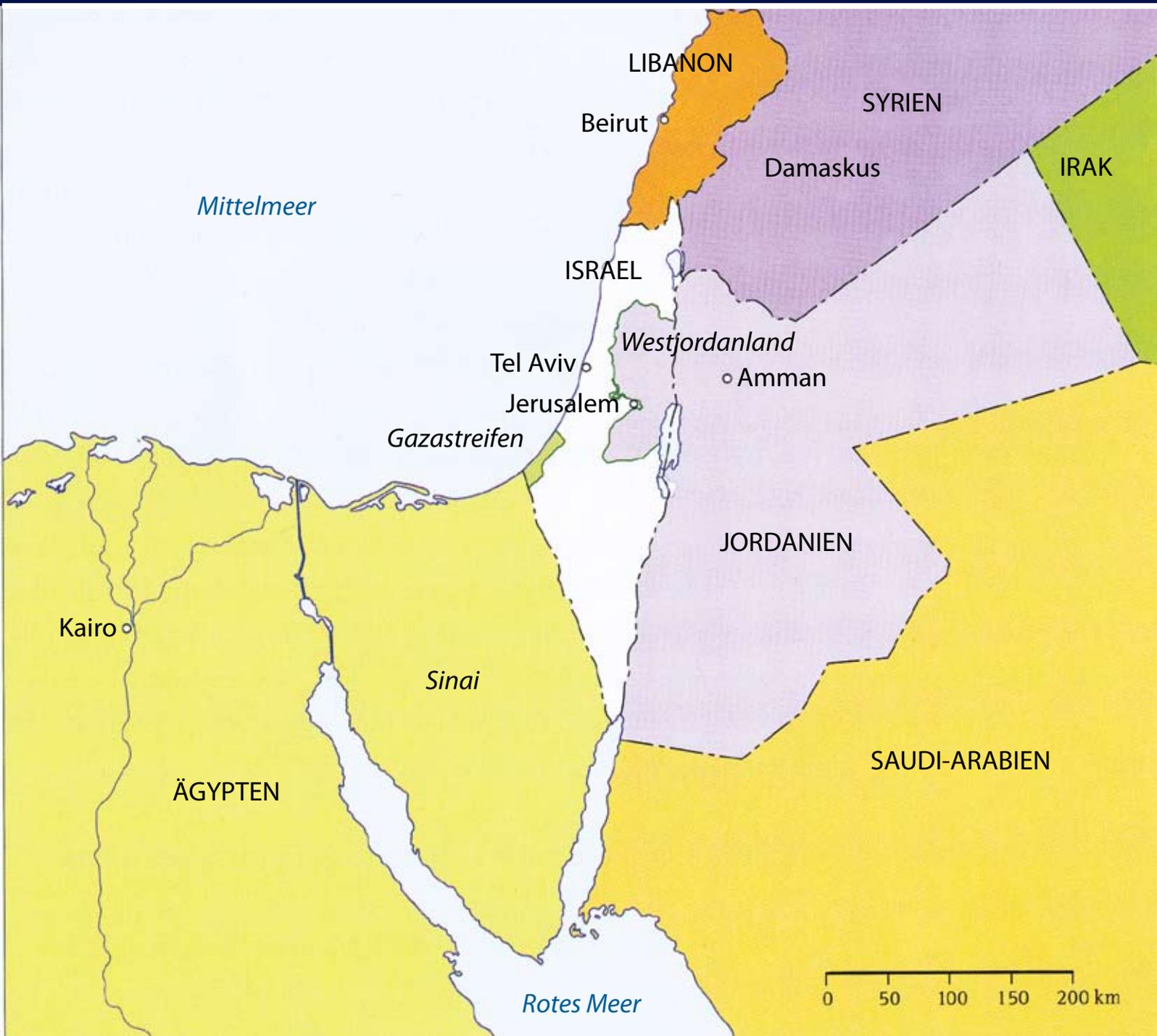
Diese Studie möchte die weit verbreitete Ansicht korrigieren, dass Israel sich für einen Frieden zur gefährlichen Waffenstillstandslinie von 1949 zurückziehen müsse. Diese Linie lädt zum Krieg ein, denn sie verweigert dem jüdischen Staat strategische Tiefe und topografischen Schutz.

Diese Studie möchte die in weiten Teilen der internationalen Gemeinschaft und sogar begrenzt in einigen israelischen Kreisen verbreitete Ansicht korrigieren, dass Israel sich für einen Frieden „notwendig“ oder gar „unvermeidlich“ zu den gefährlichen Waffenstillstandslinien von 1949 (irrtümlicherweise oft als 1967er „Grenzen“ bezeichnet) zurückziehen müsse. Durch diese „Grenzen“ wäre jedoch kein Frieden erreicht, sondern Israel lediglich geschwächt. Diese Linie lädt zum Krieg ein, denn sie verweigert dem jüdischen Staat strategische Tiefe und topografischen Schutz gegen palästinensische Raketen und andere Angriffe. Die Waffenstillstandslinien von 1949 gestatteten Israels Feinden, ihre Kräfte in unmittelbarer Nähe der wichtigsten Bevölkerungszentren des Landes einzusetzen und damit Israel existenziell zu bedrohen.

Der historische Kontext

Unmittelbar nach dem Sechstagekrieg von 1967 und bis hin zum Osloer Abkommen von 1993 konzentrierte sich die israelische Politik darauf, eine Formel zu finden, die es Israel ermöglichen würde, eine politische Herrschaft über die Palästinenser zu vermeiden und gleichzeitig eine Rückkehr zu den instabilen Vorkriegslinien von 1967 zu verhindern. Aus diesem Grund wurden Gazastreifen und Westjordanland von Israel nicht annektiert. Es wurde aber auch nicht von einem Palästinenserstaat in jenen Gebieten gesprochen. Tatsächlich bezeugte nichts von dem, was Israel in diesen Jahren sagte oder tat, eine Absicht oder Einwilligung, einen palästinensischen Staat mit der 1967er Linie als Grenze zu errichten – das gilt sowohl für das Camp-David-Abkommen zwischen dem israelischen Premier Menachem Begin und dem ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat von 1978, das „Autonomie für das palästinensische Volk“ forderte, als auch für das Osloer Abkommen, das der israelische Premier Yitzhak Rabin 1993 unterzeichnete.

Israel innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949 (prä-1967er Grenzen)



Die israelischen Staatschefs verstanden alle, dass diese Linien nicht zu verteidigen wären.

Was Rabin für das Westjordanland vorschwebte war so etwas wie der „Allon-Plan“, den Yigal Allon – Rabins früherer Kommandeur in den vorstaatlichen

Palmachtruppen und ehemaliger Außenminister im ersten Rabin-Kabinett –entworfen hatte. Unmittelbar nach dem Sechstagekrieg hatte Allon in seinem Plan vorgeschlagen, dass Israel die Souveränität über einen Teil der Gebiete des eroberten Westjordanlandes behalten, jedoch nicht in Gebieten mit großer

arabischer Bevölkerungsdichte siedeln solle. Der Plan sah eine Sicherheitsgrenze vor, die sich vom Jordantal über die steilen östlichen Hänge der Bergkette des Westjordanlandes erstreckte und die Souveränität über Israels nun vereinte Hauptstadt Jerusalem bewahrte. Der Allon-Plan diente allen israelischen Regierungen von 1967 bis weit in die neunziger Jahre als sicherheitspolitischer Referenzpunkt.

Rabin ließ keinen Zweifel an der Notwendigkeit, den Palästinensern Autonomie zu gewähren und gleichzeitig Israels verteidigungsfähige Grenzen zu erhalten. In seiner Knesset-Rede vom 5. Oktober 1995 zur Ratifizierung des israelisch-palästinensischen Interimsabkommens sagte er einen Monat vor seiner Ermordung: „Unser Wunsch wäre eine Einheit ohne vollständige Staatlichkeit, unter deren Autorität das Leben der Palästinenser unabhängig geregelt wird. Die Grenzen des Staates Israel werden in der dauerhaften Lösung über die Linien, die es vor dem Sechstagekrieg gab, hinausgehen. Wir werden uns nicht auf die Linie des 4. Juni 1967 zurückziehen.“ In derselben Rede unterstrich Rabin explizit: „die Sicherheitsgrenze zur Verteidigung des Staates Israel wird im Jordantal im weitesten Sinne des Wortes verlaufen.“¹ Und er fügte hinzu, dass Jerusalem die vereinigte Hauptstadt Israels bleiben würde.

Das Konzept verteidigungsfähiger Grenzen begann im Jahr 2000 aufzuweichen, als der damalige Premier Ehud Barak zum Camp-David-Gipfel reiste, um mit dem Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde Yasser Arafat und US-Präsident Bill Clinton über ein Ende des palästinensisch-israelischen Konfliktes zu verhandeln. Ahnend, dass die israelische Öffentlichkeit im Austausch für einen Friedensvertrag zu substantiellen Zugeständnissen bereit war, entschloss sich Barak, die Palästinenser auf den Prüfstand zu stellen. Er tat dies, indem er die „verteidigungsfähigen Grenzen“ aufgab, um zu sehen, ob Arafat

Israels präzedenzloses Friedensangebot annehmen oder seine Maske fallen lassen würde. Es kam zu letzterem.

Israel hatte dafür jedoch einen hohen Preis zu bezahlen – bis heute. Denn Barak hatte ein neues Paradigma eingeführt – Land für Frieden – das nicht mehr in der UN-Sicherheitsratsresolution 242 von 1967 wurzelte, die die Grundlage aller arabisch-israelischen Friedensinitiativen seit dem Sechstagekrieg gewesen war. Stattdessen wurde von nun an von Israel erwartet, dass es mit den von Barak vorgeschlagenen zurückgestutzten Grenzen leben werde. Noch weitreichender in seine Folgen war, dass die Palästinenserführung es vermochte, die Waffenstillstandslinien von 1949 in den Köpfen westlicher Politiker als „Grenzen von 1967“ und neuen Bezugspunkt für alle zukünftigen Verhandlungen zu verankern, ganz im Widerspruch zu der Idee der „sicheren und anerkannten Grenzen“, die nach dem Sechstagekrieg einstimmig vom UN-Sicherheitsrat bestätigt wurde.

Nach Arafats Ablehnung des Friedensangebots Ehud Baraks, dem darauf folgenden palästinensischen Krieg der Selbstmordattentate, Ariel Sharons Rückzug aus dem Gazastreifen, dem Zweiten Libanonkrieg, dem gescheiterten Annapolis-Gipfel und dem jüngsten Krieg in Gaza, greift die gegenwärtige Regierung Netanyahu auf die Idee zurück, dass nur die Gewährleistung Israels existenzieller Sicherheitsbedürfnisse der einzige Weg hin zu einem realisierbaren und dauerhaften Frieden mit unseren palästinensischen Nachbarn ist. Dazu gehören verteidigungsfähige Grenzen, eine entmilitarisierte palästinensische Einheit, die Kontrolle des gesamten Luftraums über dem Westjordanland, die Sicherung der elektromagnetischen Kommunikationsfrequenzen und andere Garantien. Dies bedeutet eine Abkehr von der überholten Fehlmeinung, dass territoriale Rückzüge den Raum für einen



Friedensvertrag öffnen würden und dass ein solches Abkommen Sicherheit bringen würde. Damit formuliert Premierminister Netanyahu einen breiten israelischen Konsens, der sich in Folge der traumatischen Erfahrungen der letzten Jahre herausgebildet hat und im Primat der Sicherheit den einzigen Weg für einen echten Frieden sieht.

Die Rückkehr zum Primat der Sicherheitspolitik ist tief verankert in Israels langjähriger Verpflichtung, sich eigenständig zu verteidigen. Israel hat andere Länder nie darum bitten müssen, ihre Truppen für die israelische Sicherheit zu gefährden.

Das vielleicht wichtigste Element eines ganz praktischen Sicherheitsmodells ist die Forderung, dass Palästinenser aller Gesellschaftsschichten ihren Mitmenschen eine Kultur des Friedens einimpfen, in der Indoktrination und Aufstachelung zu Gewalt und Terrorismus abgeschworen wird und die die über dreitausendjährige Beziehung des jüdischen Volkes zum Land Israel und sein Recht, in einem jüdischen Staat in Frieden und Sicherheit zu leben, akzeptiert.

Die Rückkehr zum Primat der Sicherheitspolitik ist tief verankert in Israels langjähriger Verpflichtung, sich eigenständig zu verteidigen, ohne von ausländischen Truppen abhängig zu sein. Israel hat andere Länder nie darum bitten müssen, ihre Soldaten für die israelische Sicherheit zu gefährden. Israels Beharren auf verteidigungsfähigen Grenzen –

Palästinensermädchen vom Islamischen Dschihad, der von den Iranischen Revolutionsgarden finanziert und bewaffnet wird, präsentieren Spielzeuggewehre auf einer Demonstration des Palästinensischen Legislativrates in Gaza-Stadt, damals unter der Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde. 31. Juli 2004.

zentrale Garantie eines Schreibens US-Präsident George W. Bushs an Premier Sharon 2004 – soll sicher stellen, dass Israel auch in Zukunft in der Lage sein wird, sich zu verteidigen.

Das Scheitern von „Land für Frieden“ und die Folgen

Die „Land für Frieden“-Idee begann Mitte der neunziger Jahre nach Oslo rapide an Wert zu verlieren, als das den Palästinensern zur Verwaltung überlassene Gebiet von jenen dazu genutzt wurde, Terrorkader für Anschläge in Israel auszubilden – ein Phänomen, das in dem Selbstmordanschlagskrieg kulminierte, der als Zweite oder Al-Aqsa-Intifada bekannt ist. Einen weiteren kräftigen Schlag erhielt das Konzept, Land gegen Frieden zu tauschen, als sich Israel 2005 aus dem Gazastreifen zurückzog und als Gegenleistung nicht nur mit einer Machtübernahme der Hamas, sondern auch mit einer dramatischen Zunahme von Raketenangriffen auf israelische Städte belohnt wurde.

Die daraus zu ziehende Lehre war, dass die Palästinenser ihrem historischen Narrativ des bewaffneten Kampfes treu blieben, das Israel das Recht abspricht, als jüdischer Nationalstaat zu existieren – ganz ungeachtet aller unterzeichneten Abkommen und einseitigen israelischen Abzüge. Mit anderen Worten: die Palästinenser haben die israelischen Gebietsabtritte als Zeichen von Schwäche und Rückzug gewertet, was sie dazu angespornt hat, ihren Kampf sogar noch zu verschärfen, um Israel weitere territoriale Zugeständnisse abzupressen.

Die Netanyahu-Regierung hat nicht nur dahingehend eine Kehrtwende eingeleitet, jene gescheiterten, auf Konzessionen beruhenden Lösungsansätze früherer Regierungen ad acta zu legen. Eine weitere Strategie besteht darin, die palästinensische Gesellschaft mit Erwartungen in die

Verantwortung zu nehmen. Bis heute hat man von den Palästinensern nur einen Friedensprozess „von oben“ gefordert, bei dem ihre politischen Führer Treffen abhalten, Hände schütteln, Friedenskonferenzen besuchen und sogar Abkommen mit israelischen Politikern unterzeichnen. Doch nichts dergleichen wurde durch einen Ansatz „von unten“ unterstützt.

Ein Friedensprozess, der seine Wurzeln nicht in der Tiefe der Gesellschaft hat, ist sowohl sinnlos wie auch überflüssig. Solange Dreijährigen in Ramallah die Verehrung von „Märtyrern“ beigebracht wird, die sich im Dschihad gegen Juden und Israelis in die Luft gesprengt haben – Ideen, die sich im palästinensischen Fernsehen, Radio und Internet finden – existiert ein „Friedensprozess“ nur in der Fantasie jener, die sich darüber Täuschungen hingeben.

Wären die israelischen Erfahrungen mit den Palästinensern andere gewesen – hätte Oslo Frieden statt Selbstmordattentäter gebracht, der Rückzug zu einer blühenden Gesellschaft in Gaza anstelle zu einer Abschussstelle von Raketen der Hamas und Ziel iranischer Waffenlieferungen geführt – die Überlegungen der israelischen Regierung über einen Kompromiss hinsichtlich der Grenzen eines Palästinenserstaates wären heute andere. Doch so, wie sich die Lage gestaltet, hängt Israels Sicherheit an der Fähigkeit, verteidigungsfähige Grenzen zu behalten. Dazu gehört die Kontrolle über Schlüsselgebiete im Westjordanland und ganz sicher auch über ein ungeteiltes Jerusalem. Jegliche Teilung von Israels Hauptstadt wäre eine Einladung für Scharfschützen-, Mörser- und Raketenangriffe von den umliegenden Höhen auf die Stadt. Denn für den Fall, dass die Palästinenser die vollständige Kontrolle über das Westjordanland erhalten – so wie zuvor über Gaza – könnten diese Gebiete schnell von der Hamas übernommen und in Angriffspositionen gegen Israel verwandelt werden. Gerade dies wäre eine

ganz besonders schwere Bedrohung auf Grund der topografischen Beschaffenheit des Landes, die es möglich machen würde, mit relativ primitiven Raketen – oder gar Mörsern – den Flughafen Ben Gurion anzugreifen.

Verteidigungsfähige Grenzen in Zeiten des Raketenterrors

Die Diskussion über verteidigungsfähige Grenzen dreht sich primär um das Westjordanland und die Gefahr, die Israel von dort drohen würde, sollte dieses Gebiet von radikalen Fatah-Gruppen oder – wie in Gaza – der Hamas erobert werden. Verteidigungsfähige Grenzen zu bewahren ist daher im Wesentlichen eine Strategie, um zu verhindern, dass dieses Szenario eintritt, und damit Israel, für den Fall, es kommt doch dazu, umgehend auf die Bedrohung reagieren kann. Es gibt eine Reihe ganz spezifischer Gefahren, die verteidigungsfähige Grenzen helfen können zu vermeiden. Die erste ist die Bedrohung durch Raketen. Zurzeit verfügt die Hamas über Raketen mit einer Reichweite von bis zu 50 Kilometern. Von der Bergkette des Westjordanlands abgefeuert vermögen diese Raketen das israelische Kernland zu treffen, wo mehr als 70 Prozent der israelischen Bevölkerung leben. Aus diesem Grunde ist es so wichtig für Israel, das strategisch essentielle Jordantal zu kontrollieren. Verliert Israel diese Kontrolle, dann könnte sich die Situation entlang der jordanischen Grenze jener an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten annähern, wo Waffen, Terroristen und andere Formen von Unterstützung die Hamas auf Schmugglerwegen leicht erreichen.

Das zweite wesentliche Bedrohungsszenario, das verteidigungsfähige Grenzen stark reduzieren würden, besteht in den möglichen Versuchen radikalislamischer Elemente, Jordanien zu destabilisieren oder sein Staatsgebiet in eine Operationsbasis

für terroristische und militärische Angriffe auf Israel durch die Palästinensergebiete hindurch zu verwandeln. Der israelische Friedensvertrag mit dem haschemitischen Königreich Jordanien ist einer der Ecksteine der israelischen Sicherheit, weshalb der jordanischen Sicherheit aus israelischer Perspektive eine hohe Bedeutung zukommt.

Es ist im Interesse der israelischen und jordanischen Sicherheit wie auch zum Schutz jeglicher moderaten Strömung innerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde unerlässlich, dass Israel die Sicherheit der jordanischen Grenze vor Ort garantiert.

Würden sich die IDF auf die Waffenstillstandslinien von 1949 zurückziehen, dann wäre die Eroberung des Westjordanlandes ein Leichtes und würde einen weit höheren strategischen Wert für die Hamas und ihren iranischen Sponsor darstellen. Entsprechend würden sie der Bewältigung dieser Aufgabe mehr Ressourcen zukommen lassen. Ein guter Teil dieses Bemühens würde sich auf die Schaffung von Terrornetzwerken und günstige Bedingungen für den Waffenschmuggel auf der jordanischen Seite der Grenze konzentrieren. Sowohl Israel als auch das haschemitische Königreich würden auf diese Weise von den Versuchen bedroht, ein „Hamastan“ im Westjordanland zu errichten.

Israel ist bereit, die Bedingungen einer entmilitarisierten Staatlichkeit der Palästinenser mit der gegenwärtigen, Fatah-geleiteten Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde auszuhandeln. Doch Israel muss sich auch darüber im Klaren bleiben, dass eine solche Regierung in der Realität instabil ist und

dass es eine relativ hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass ein Palästinenserstaat schließlich von israelfeindlichen Kräften beherrscht wird, wie den militanteren Flügeln der Fatah oder ihrer Gegner – der Hamas. Dieses Szenario ist kein rein theoretisches, schon gar nicht angesichts der fortgesetzten Aufstachelung und Indoktrination zum Terror, die gegenwärtig unter Aufsicht der Autonomiebehörde stattfindet. Es ist im Interesse der israelischen und jordanischen Sicherheit wie auch zum Schutz jeglicher moderaten Strömung innerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde unerlässlich, dass Israel die Sicherheit der jordanischen Grenze vor Ort garantiert.

Strategische Verwundbarkeit

Die israelische Situation vor 1967 machte es zu einem „leichten Ziel“ für feindliche Angriffe. Angesichts all der neuen Waffen und technischen Entwicklungen, die seinen Feinden zur Verfügung stehen – und mit einer gegenwärtigen Distanz der Hamas von ungefähr 70 Kilometern bis Tel Aviv – wäre Israel nicht nur weit verwundbarer und damit geradezu zum Angriff einladend, sondern praktisch nicht zu verteidigen, würde es sich auf eine Breite von 14 Kilometern (die Entfernung von Tulkarem nach Netanya) zurückziehen. Israel muss in der Lage bleiben, feindliche Truppen und Terrorgruppen, die aus einem zukünftigen Palästinenserstaat kommen oder ihn durchqueren, daran zu hindern, sein schmales Kernland anzugreifen, v.a. wenn im Kriegsfall große Teile der israelischen Truppen evtl. im Libanon oder in Syrien gebunden wären. Generalmajor (Res.) Aharon Farkash, der ehemalige Chef des IDF-Nachrichtendienstes, geht diesen Fragen in diesem Band nach.

Es muss unterstrichen werden, dass die zukünftige Sicherheitslage im Nahen Osten und die Stabilität der Regime in den Nachbarstaaten Israels viele Unbekannte enthält. Diese Sorge dürfte dann gravierend

werden, sollte der Iran atomwaffenfähig werden. Dieser dramatische Wandel im regionalen Machtgefüge könnte die sunnitischen Regime destabilisieren oder sie dazu zwingen, neue Abkommen mit ihren neuen Herren in Teheran einzugehen, die sie dazu bringen, dem Iran in seiner Unterstützung von Terrorgruppen zu helfen. Die Terrororganisationen ihrerseits wären durch ihre neue nukleare Schutzmacht ermutigt und der Ansicht, nunmehr über einen atomaren Schutzschirm für ihre Angriffe zu verfügen.

Gegenwärtig erwerben die Hamas und die Hisbollah immer tödlichere Raketen mit wachsender Reichweite. Diesen Terrorgruppen ist es bereits gelungen, die vorhandenen Land- und Seegrenzen zu durchdringen, die zuvor Staaten wie Iran und Syrien daran gehindert haben, hochentwickelte Waffensysteme zu liefern. Israel benötigt robuste Grenzen, um diesen Herausforderungen zu begegnen, einschließlich der Bedrohung eines nichtkonventionellen Angriffs, der nicht ausgeschlossen werden kann. Israel ist nicht das einzige Land, das solchen Gefahren begegnen musste, weder gegenwärtig noch in der Vergangenheit. Auch die Vereinigten Staaten riskierten einen Atomkrieg, um die Stationierung von Atomraketen 140 Kilometer vor ihrer südlichen Küste zu verhindern.

Wenn Israel die Kontrolle über seine Grenzen bewahrt, wird es für Terrorgruppen schwerer, das Gebiet von Israels Nachbarn zum Ausgangspunkt ihrer Angriffe zu machen. Dadurch wird nicht nur die israelische Sicherheit verstärkt, sondern auch die Stabilität der Nachbarregierungen und selbst weiter entfernter sunnitischer Regime in der Region. Es ist also im Interesse aller Akteure in der Region, wenn Israel seine verteidigungsfähigen Grenzen beibehält.

Entmilitarisierung

Dies bringt uns zu einer weiteren notwendigen Bedingung für die Errichtung eines Palästinenserstaates: Entmilitarisierung.

Die vergangenen Erfahrungen Israels im Friedensprozess sind gekennzeichnet von Scheitern und Unaufrichtigkeit. Schon als Yasser Arafat im Mai 1994 als Teil des „Gaza und Jericho Zuerst“-Abkommens mit Israel den Grenzübergang Rafah nach Gaza überquerte, verletzte er das Osloer Abkommen, indem er verbotene Waffen und einen Terroristen in seinem Wagen versteckte. Von diesem Moment an bis heute hat die Autonomiebehörde eine lange Liste an Versagen und Täuschung vorzuweisen, die Israel daran hindern sollte, ihren Versprechen zu vertrauen. Die jüngste Abnahme der palästinensischen Gewalt ist keine großzügige Antwort auf israelische Gesten. Vielmehr wurde die größere Ruhe durch die Errichtung der Sicherheitsbarriere und die anhaltenden IDF-Operationen im Westjordanland erreicht, die Terroristen zur Flucht nötigen, die gewachsenen Rivalität zwischen der Fatah und der Hamas und das wachsende Bewusstsein der Palästinenser, dass sich Terrorismus nicht auszahlt.

Ein militärisch bewaffneter Palästinenserstaat wäre eine klare Einladung für Terrorgruppen, sich dort einzumischen und anzugreifen, geleitet von der Hoffnung, dass eine Kontrolle des Gebietes ein wertvolles Waffenarsenal für den Kampf gegen Israel in Aussicht stellen würde. Zudem gäbe es in einem militarisierten Staat kaum Sicherheiten gegen eine Lieferung oder gemeinsame Nutzung der Waffen zwischen den palästinensischen Sicherheitsorganen und Terrorgruppen und Milizen, da jene sich in der Vergangenheit wie heute die Mitglieder oft teilen.

Es wäre dementsprechend gefährlich wie unklug, unsere Hoffnung in den Glauben zu

setzen, dass zukünftige Friedensangebote und Zugeständnisse Israels auf eine andere Art und Weise beantwortet werden – zumindest nicht, solange sich die palästinensische Gesellschaft nicht von innen heraus reformiert und die Idee friedlicher Koexistenz in sich aufgenommen hat. Da dies noch nicht geschehen ist, muss Israel darauf bestehen, dass ein zukünftiger Palästinenserstaat daran gehindert wird, Waffen zu erwerben oder mehr Truppen zu unterhalten als für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und die Verhinderung von Terrorangriffen auf Israel nötig sind.

Doch selbst ein entmilitarisierter Palästinenserstaat würde nicht bedeuten, dass Israel es sich leisten könnte, die Kontrolle der Sicherheit vollständig abzugeben. Tatsächlich hat Premierminister Netanyahu an mehreren Stellen öffentlich geäußert, dass es eine dauerhafte Präsenz der IDF bei der Kontrolle der Grenzübergänge geben wird, v.a. auf der östlichen Seite eines zukünftigen Palästinenserstaates, sowie das Recht der IDF, das palästinensische Gebiet zu betreten, sollte es nötig sein.²

Territorialer Rückzug – Anreiz für Israels Feinde

Was nun weitere Evakuierungen jüdischer Siedlungen angeht – so wie die Gush Katifs in Gaza und im nördlichen Westjordanland 2005 – so müssen diese ebenso in einem größeren Zusammenhang gesehen werden, der sogar über die unmittelbaren Sicherheitsbedürfnisse gegenüber den Palästinensern hinausgeht. Denn es ist eine Tatsache, dass die bloße Diskussion über das Entfernen israelischer Siedlungen Dschihadisten auf der ganzen Welt ermutigt. Schließlich ist deren Ziel nicht, einen Palästinenserstaat zu schaffen, sondern „Israel von der Landkarte zu tilgen.“ Radikale Islamistengruppen, selbst jene mit geringen Fähigkeiten, Israel zu schädigen,

planen die Eroberung des jüdischen Staates in mehreren Schritten: zuerst Gaza, dann das Westjordanland und schließlich Tel Aviv. Hier handelt es sich nicht um ein bloßes Spiel mit Worten, sondern um ein strategisches Ziel. Wir mussten dies aus bitteren Erfahrungen lernen – territoriale Rückzüge verringern den Groll nicht; sie sind vielmehr ein Zeichen der Schwäche und überzeugen die Feinde Israels davon, dass der Sieg möglich ist.

Behält man dies im Kopf, dann ergibt sich, dass Israels Gegenstrategie auf Stärke basieren muss. Anstelle der Botschaft, dass Israel ein Land auf ständigem Rückmarsch ist, muss sich Israel als ein Land präsentieren, das für seine Rechte einsteht und zurückzuschlagen weiß, so dass sich seine Gegner einen Angriff zweimal überlegen.

Internationale Truppen – eine Gefahr

In der vorliegenden Studie diskutiert Generalmajor (Res.) Yaakov Amidror, ehem. Chef des IDF-Nachrichtendienstes, den Vorschlag, internationale Truppen als Teil eines Friedensvertrages zu entsenden, der einen Rückzug Israels von weiteren Gebieten vorsieht. Doch auch auf dieser Ebene haben sich Israels Erfahrungen als katastrophal erwiesen. Grund dafür sind nicht die bösen Absichten solcher Truppen, sondern vielmehr die Unmöglichkeit ihrer Aufgabe, feindliche Aktivitäten entlang der israelischen Grenze zu verhindern und zu bekämpfen.

Es gibt viele Ursachen, wieso internationale Friedenstruppen einen derartigen Rekord in Erfolglosigkeit aufweisen. Um nur ein Beispiel zu nennen: die UNIFIL operiert mit einem Kapitel-6-UN-Mandat, was so viel heißt, dass es ihnen nicht erlaubt ist, eine unabhängige Position gegenüber der Hisbollah einzunehmen – sie benötigen dafür die Genehmigung der libanesischen

Regierung, an der die Hisbollah massiv beteiligt ist. Internationale Friedenstruppen sind in der Regel militärisch nicht gut genug ausgerüstet und organisiert, um den ihnen gegenüberstehenden Bedrohungen zu begegnen. Ihre bürokratischen Anreize bringen sie dazu, vorsichtig und risikoscheu zu agieren – das genaue Gegenteil von der Motivation nationalstaatlicher Truppen. Dies führt auch dazu, dass sie Bedrohungen und Probleme herunterspielen und ihre eigene Effizienz übertrieben darstellen. Das mag für die Friedenstruppen selbst kein Problem sein, doch es gefährdet die Leben jener, die von der Kompetenz der Friedenstruppen abhängig sind.

Friedenstruppen sind weder stark genug, noch dazu in der Lage, Terrorgruppen, die ganz bewusst ihre Tätigkeiten verbergen, daran zu hindern, sich zu bewaffnen und zu organisieren – doch sie sind präsent genug, um im Kriegsfall ein gefährliches Hindernis auf dem Schlachtfeld zu werden. Dies hat die Fähigkeiten der IDF, entscheidende Missionen auszuführen, massiv beeinträchtigt, da es zur Reibung mit UNIFIL-Soldaten kam anstelle einer Konzentration auf den Gegner. Um sich die von ihnen gefürchteten Terrorgruppen nicht zum Gegner zu machen, haben UN-Truppen, selbst wenn sie Waffenschmuggler abgefangen oder Terrorzellen ausgehoben haben, jene meistens nur für kurze Zeit festgesetzt und sie dann wieder samt Waffen laufen lassen. In einem Fall haben EU-Beobachter, die am Grenzübergang Rafah stationiert waren, das Gebiet sogar fluchtartig verlassen, als sich die Sicherheitssituation zu verschlechtern begann – und dies sogar vor dem Machtputsch der Hamas im Juni 2007.

Aus diesen Gründen kann Israel weder der Präsenz fremder Truppen auf seinem Gebiet oder dem Gebiet eines zukünftigen entmilitarisierten Palästinenserstaates zustimmen, noch sollte es das.

Israel kann weder der Präsenz fremder Truppen auf seinem Gebiet oder dem Gebiet eines zukünftigen entmilitarisierten Palästinenserstaates zustimmen, noch sollte es das.

Ein weiterer Wandel in der israelischen Strategie ist, dass die Netanyahu-Regierung es für wesentlich erachtet, die ungebrochenen Delegitimierungskampagnen gegen Israel zu bekämpfen, die zu einem zentralen Teil der Strategie der Schwächung und Zerstörung des jüdischen Staates geworden sind. Der notorisch vorurteilsbehaftete, irreführende und böswillige, von der UN in Auftrag gegebene Goldstone-Bericht zeugt von den Gefahren, die Israel und anderen liberalen Demokratien drohen, wenn sie gezwungen sind, Terrorismus zu bekämpfen, v.a. wenn dies in dicht besiedelten Gebieten wie Gaza stattfindet, wo Terrorgruppen leicht aus der Zivilbevölkerung heraus operieren können.

Israels nationale und historische Rechte

Schließlich wird die aktuelle israelische Politik durch eine Betonung der nationalen und historischen Rechte des jüdischen Volkes am Land Israel charakterisiert. Ohne diesen Aspekt entbehren Debatten über Sicherheit und Grenzen der Grundlage. Eine der zentralen Herausforderungen, denen sich Israel im Konflikt mit aggressiven Palästinensern gegenüber sieht, ist deren erfolgreicher „asymmetrischer“ Kampf um das Urteil der internationalen öffentlichen Meinung. Dieses Schlachtfeld zeichnet sich durch die Existenz einer gewaltigen Propagandamaschine aus, die versucht, die Welt davon zu überzeugen, dass Israel ein illegitimer Staat ist und diplomatisch wie ökonomisch sanktioniert werden sollte.

Israel seinerseits ist derart damit beschäftigt gewesen, einerseits Frieden, andererseits Sicherheit anzustreben, dass es versäumt hat, sich und die Welt daran zu erinnern, dass es einen anderen, primären Grund für seine Existenz gibt – und das war nicht der Holocaust. Israel ist seit ewiger Zeit die jüdische Heimat gewesen, wie sich nicht nur aus der historischen Sehnsucht des Judentums nach Israel ergibt, die sich in dem Satz ausdrückt, der jährlich während des Passahfestes und am Ende des Yom-Kippurfestes gesprochen wird: „Nächstes Jahr in Jerusalem.“ Es wird unterstützt durch die aktuellen archäologischen Entdeckungen, die die Existenz eines nationalen jüdischen Lebens in Israel für mehr als dreitausend Jahre belegen können. Und dies wird weiter unterstrichen durch die Tatsache, dass eine jüdische Präsenz in Israel – mal geringer in der Vergangenheit durch Verfolgung und Vertreibung, mal größer – immer vorhanden war. Diese Fakten werden von jenen ignoriert oder geleugnet, die Israel delegitimieren wollen. Es ist nun also an der Zeit, diese Axiome jüdischer Rechte und Geschichte wieder in die Mitte der Debatte zu rücken und sie als integralen Bestandteil der israelischen Sicherheitsstrategie zu verwenden.

Anmerkungen

- 1 http://www.mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1990_1999/1995/10/PM+Rabin+in+Knesset+Ratification+of+Interim+Agree.htm.
- 2 "Netanyahu Demands Israeli Presence in West Bank," AP, *Jerusalem Post*, 20. Januar 2010.

Verteidigungsfähige Grenzen – Sicherheit für Israels Zukunft

Ehem.
Vizegeneralstabschef
der IDF und Nationaler
Sicherheitsberater

Generalmajor (Res.) Uzi Dayan

Waffenstillstandslinie von 1949 nicht zu verteidigen

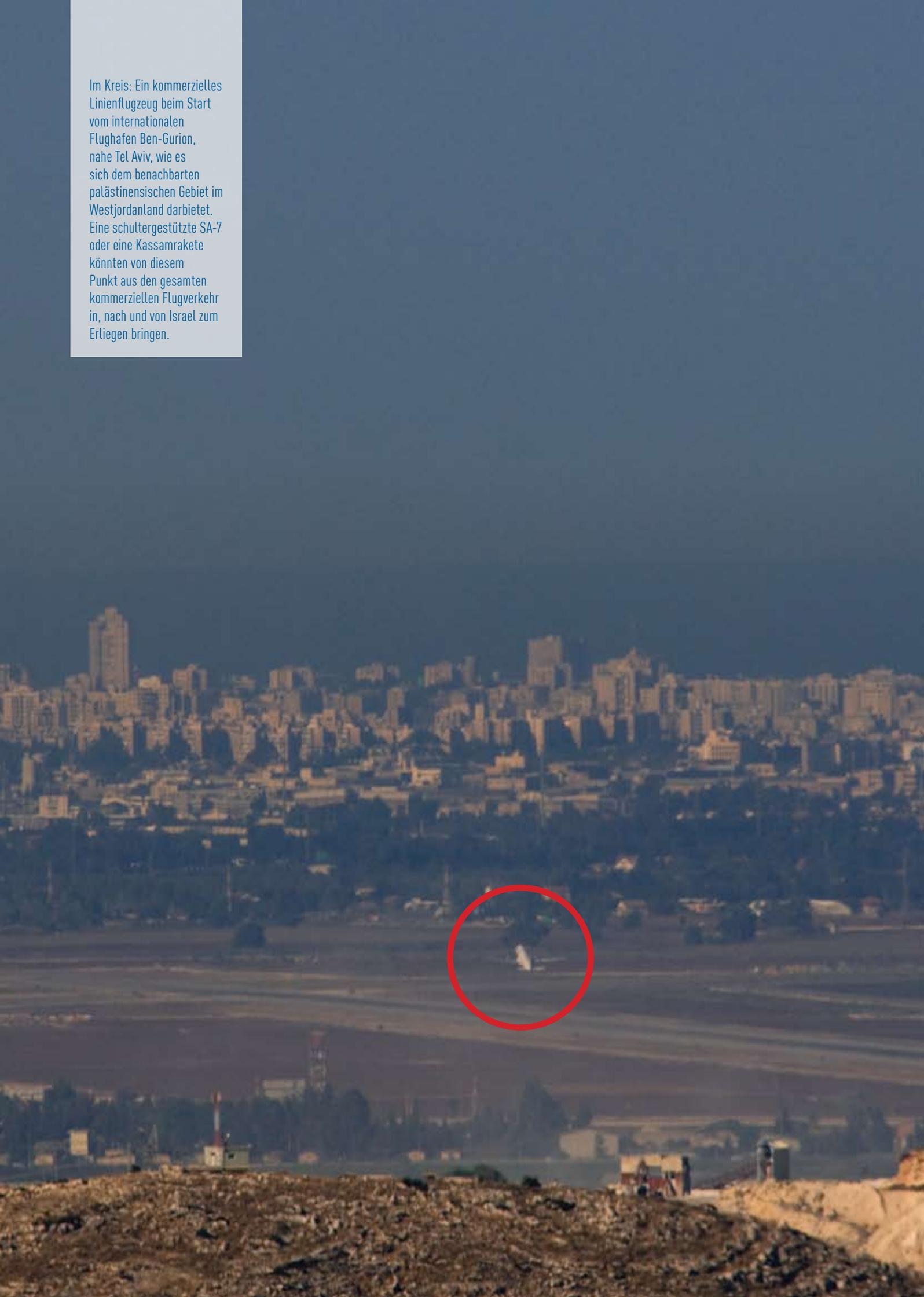
Israels fundamentales Recht auf „verteidigungsfähige Grenzen“ gründet sich auf den ganz spezifischen rechtlichen wie strategischen Umständen, in denen sich das Land unmittelbar nach dem Sechstagekrieg von 1967 vorfand, nachdem es das Westjordanland und andere Territorien so schnell erobert hatte. Die 1949er Waffenstillstandslinien, von denen aus Israel angegriffen worden war, waren gemäß des Waffenstillstandsabkommens von 1949 nichts anderes als eine militärische Trennlinie zwischen den Armeen Israels und Jordaniens gewesen und keine dauerhafte politische Grenze. Auf dieser Grundlage wurde daher im November 1967 vom UN-Sicherheitsrat die Resolution 242 verabschiedet, die darauf verzichtete, von den IDF einen vollständigen Rückzug zu dieser Linie zu fordern. Stattdessen wurde beschlossen, dass Israel „sichere und anerkannte Grenzen“ benötige, die sich von der nicht zu verteidigenden Vorkriegslinie unterscheiden könnten. Vor 1967 betrug in Israels Mitte die Distanz zwischen den

wichtigen Küstenstädten und dem von Jordanien besetzten Westjordanland an seiner engsten Stelle gerade 14 Kilometer und bot keinerlei strategische Tiefe für den Fall eines Angriffs.

Heute wird meist nicht verstanden, wie verwundbar Israel damals tatsächlich war und wie leicht es anzugreifen wäre, würde man es dazu zwingen, sich wieder vollständig zu den Linien von 1949 zurückzuziehen. Wie bereits an anderer Stelle in dieser Studie ausgeführt, ist Israel ein kleines Land von ungefähr 22 000 km² Fläche, ungefähr die Größe des Bundeslandes Hessen und nur etwas größer als Belgien. Dieser Umstand wird dadurch verstärkt, dass 70 Prozent seiner Bevölkerung und 80 Prozent seiner Industrie in dem engen Streifen zwischen Mittelmeer und Westjordanland konzentriert sind.

Zusätzlich verschärft wird das Verhältnis durch den Umstand, dass die Hügelkette des Westjordanlandes topografisch der Küstenebene, die relativ flach und ungeschützt liegt, überlagert ist. Dies gibt potentiellen Angreifern entscheidende Vorteile bei Beobachtung

Im Kreis: Ein kommerzielles
Linienflugzeug beim Start
vom internationalen
Flughafen Ben-Gurion,
nahe Tel Aviv, wie es
sich dem benachbarten
palästinensischen Gebiet
im Westjordanland
darbietet. Eine
schultergestützte SA-7
oder eine Kassamrakete
könnten von diesem
Punkt aus den gesamten
kommerziellen Flugverkehr
in, nach und von Israel
zum Erliegen bringen.



und Beschuss sowie – im Falle einer israelischen Reaktion – zur Verteidigung. Die Zahl der möglichen Ziele in der israelischen Küstenebene ist hoch: dazu gehören der internationale Flughafen Ben-Gurion, der Trans-Israel-Highway (Route 6), der in unmittelbarer Nähe des Westjordanlandes von Norden nach Süden verläuft, Israels nationale Wasserleitung sowie Hochspannungsleitungen. Wäre das Westjordanland plötzlich in feindlichen Händen, so wäre die Konsequenz eine ständige Bedrohung der nationalen Infrastruktur Israels.

Daher haben die Architekten der nationalen Sicherheitsdoktrin Israels von Yigal Allon über Moshe Dayan bis zu Yitzhak Rabin aus guten Gründen darauf bestanden, dass Israel nicht zu den verwundbaren Linien von 1967 zurückkehrt, da diese nur zur Aggression einladen und die israelische Zukunft gefährden, anstatt Frieden zu ermöglichen. Diese Politiker bemühten sich um eine neue Grenze, die es Israel gestatten würde, sich vollständig selbst zu verteidigen. Folglich erwuchs unter den Verantwortlichen für nationale Sicherheit der Konsens, dass diese neuen Grenzen „verteidigungsfähig“ sein müssten und sie drängten darauf, dass dies zum Ziel zukünftiger Verhandlungen zu machen.¹ 2004 ließen die Vereinigten Staaten Israel eine schriftliche Zusicherung zukommen, die, unterzeichnet von dem damaligen Präsidenten George W. Bush, von einer Mehrheit beider Parteien des US-Kongresses unterstützt wurde und das Recht auf verteidigungsfähige Grenzen anerkannte.

Die Gefahr eines konventionellen Angriffs

Die Logik hinter dem israelischen Bedürfnis nach verteidigungsfähigen Grenzen basiert auf der Annahme von vier Bedrohungen: 1. konventioneller Angriff, 2. Terrorismus, 3. Mörser- und Raketenangriffe (einschließlich ballistischer Raketen)

sowie 4. nichtkonventioneller Angriff. Was einen konventionellen Angriff angeht, so bestehen die IDF im Unterschied zu den Truppen der arabischen Nachbarstaaten v.a. aus Reserveeinheiten, für deren vollständige Mobilisierung ungefähr 48 Stunden von Nöten sind. Die Armeen der arabischen Staaten sind meistens stehend, mit nur geringem Anteil an Reserven. Verteidigungsfähige Grenzen bieten daher die optimalen topografischen Bedingungen für die aktiven israelischen Truppen, um einen Bodenangriff numerisch überlegener Kräfte standzuhalten, bis die Mobilisierung der Reserven durchgeführt ist.

Die IDF bestehen v.a. aus Reserveeinheiten. Verteidigungsfähige Grenzen bieten daher die optimalen topografischen Bedingungen für die aktiven israelischen Truppen, um einen Bodenangriff numerisch überlegener Kräfte standzuhalten, bis die Mobilisierung der Reserven durchgeführt ist.

Und auch nach der Mobilisierung der Reserven bieten verteidigungsfähige Grenzen den IDF die nötige strategische Tiefe, um im Fall eines Angriffs einen Defensivkrieg zu führen. Sollte Israel über dieses Minimum an Kampfraum nicht verfügen, dann wäre seine Position der Abschreckung geschwächt und regionale Armeen wären eher geneigt, einen Überraschungsangriff zu starten, um schnellstmöglich einen entscheidenden Sieg über die IDF zu erringen.

Dies sind die wesentlichen Erwägungen bezüglich verteidigungsfähiger Grenzen angesichts der konventionellen arabischen Kriegscoalitionen der Jahre 1948, 1967 und 1973, als irakische Expeditionsstreitkräfte an die israelische Ostgrenze geschickt wurden.

Israels strategische Verletzbarkeit gegen Angriffe aus dem Westjordanland



Seit dem Ende des 1991er Golfkrieges und dem Beginn des Friedens zwischen Israel und Jordanien hat sich diese Gefahr für die absehbare Zeit verringert. Doch niemand kann mit Gewissheit sagen, wie sich der Irak langfristig entwickeln wird: vielleicht wird er zu einer neuen arabischen Demokratie, die Frieden mit Israel sucht – oder er wird ein Satellitenstaat des Iran, der den iranischen Einfluss in der arabischen Welt gelten machen möchte. Es gibt keine Garantien darüber, welche Allianzen und Ausrichtungen in den kommenden Jahren im Nahen Osten entstehen werden. Israel kann seine Sicherheit nicht allein auf der Momentaufnahme der gegenwärtigen politischen Situation des Nahen Ostens gründen, sondern muss verschiedene Szenarien in Betracht ziehen, die sich in der Region entwickeln könnten.

Es sollte betont werden, dass eine Garantie seiner Sicherheit im Fall eines konventionellen Angriffs für Israel entscheidend bleibt, da auch heute, im Zeitalter der Weiterverbreitung von Raketen, Kriege letztlich durch die Bewegung von Armeen und nicht allein durch den Einsatz von Luftschlägen entschieden werden. Denn es ist eine Tatsache, dass die massiven Luftangriffe der Vereinigten Staaten gegen den Irak 1991 wie 2003 das Regime Saddam Husseins allein nicht dazu gebracht haben, den Forderungen des UN-Sicherheitsrates zuzustimmen. Nur der Vormarsch der Koalitionstruppen tief in das irakische Territorium konnte den Konflikt beenden. Solange Bodentruppen das entscheidende Element für den Ausgang eines Krieges sind, werden die Bedingungen des Bodenkrieges – wie Terrain, Topografie und strategische Tiefe – lebenswichtige Elemente der nationalen Sicherheit Israels bleiben. Und tatsächlich betonen die meisten der israelischen Nachbarstaaten nach wie vor die Rolle schwerer Waffen in ihren Kampfverbänden, was den Bodenkrieg zu einem wesentlichen Bestandteil des militärischen Machtverhältnisses im Nahen Osten macht.²

Die terroristische Bedrohung

Seit seiner Gründung sieht sich Israel staatlich gesponsertem Terrorismus aus der gesamten Region des Nahen Ostens ausgesetzt. Dies ist für die aktuelle Lage von besonderer Bedeutung. Denn durch seine Präsenz entlang der Ostgrenze des Westjordanlands, entlang des Jordantals und der judäischen Wüste ist es Israel gelungen, Waffenschmuggel sowie das Eindringen feindlicher Kräfte zu verhindern. Aus diesen Gründen hat sich das Westjordanland nicht in ein ähnliches Schlachtfeld globaler Dschihadisten entwickelt wie etwa Afghanistan, der Irak oder Somalia. Tatsächlich ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strategie in Aufstandsbekämpfung und Antiterrorkampf die Isolierung des Konfliktgebietes zum Abschneiden jeglicher Verstärkung feindlicher Gruppen von Menschen und Material.

Wie das Beispiel Gaza jahrelang gezeigt hat, führt das Unvermögen, diesen Nachschub zu unterbinden, zu Angriffen, Instabilität und diplomatischen Problemen.

Gefahr von Mörser- und Raketenfeuer

Erhielten Terroristen im Westjordanland eine ähnliche Möglichkeit zum Einsatz von Mörsern und Raketen wie in Gaza, die ganze Mitte Israels wäre ihnen ausgeliefert. Der Umstand, dass man vom Westjordanland aus praktisch alle wichtigen Städte Israels und Bevölkerungszentren wie Tel Aviv von einer Höhe von bis zu tausend Metern aus im Blick hat, macht es zur kritischen Aufgabe, eine Einfuhr von Raketen, Mörsern und Boden-Luft-Raketen ins Westjordanland zu unterbinden. Hier geht es nicht um eine theoretische Erwägung auf Grundlage einer Worst-Case-Szenario-Analyse: Al-Qaida feuerte 2002 in Mombasa (Kenia) schultergestützte

Israels geografische und topografische Verwundbarkeit gegen Angriffe aus einem zukünftigen palästinensischen Staat



Luftabwehrraketen auf ein israelisches Linienflugzeug. Auch die Hamas hat sich gezielt um den Schmuggel von Luftabwehrraketen in den Gazastreifen bemüht.

Kurzstreckenraketen stellen Israel vor eine spezielle Herausforderung, wodurch das wenige Land, über das Israel verfügt, zu einer besonders wichtigen Defensivbarriere wird. Ironischer Weise sind die schlagkräftigen Langstreckenraketen der Nachbarstaaten ein geringeres Problem, als es Kurzstreckenraketen im Westjordanland wären. Denn Langstreckenraketen sind teuer und benötigen Abschussrampen oder Abschussvehikel, die leicht zu identifizieren wären. Kurzstreckenraketen und die über eine noch geringere Reichweite verfügenden Mörser sind weit weniger gut auszumachen, v.a. wenn sie innerhalb der Zivilbevölkerung eingebettet wurden. Auf Grund ihrer geringeren Kosten sind sie auch viel zahlreicher. Möchte Israel ihren Einsatz in der Nähe strategisch verwundbarer Orte verhindern, dann muss es über die Bodenkontrolle in diesen Gebieten verfügen, um so feindlichen Kräften die Möglichkeit einer Bedrohung seiner wichtigsten Einrichtungen zu verweigern.

Je verwundbarer Israels Geografie, desto größer die Gefahr eines nichtkonventionellen Angriffs militärischer wie terroristischer Kräfte des Nahen Ostens.

Die nichtkonventionelle Bedrohung

Verteidigungsfähige Grenzen haben eine weitergehende Bedeutung in einer Zeit, in der die Sorge vor nichtkonventionellen Waffen – v.a. vor Atomwaffen – im Nahen Osten zunimmt. Israel ist ein derart kleines Land, dass es im Falle eines Krieges seine Bevölkerung und Verteidigungsinstallationen so weit wie

möglich streuen muss, um der Annahme des Gegners entgegenzuwirken, man könne einen entscheidenden militärischen Vorteil durch einen Erstschlag erhalten, ohne einen Vergeltungsangriff Israels in Kauf nehmen zu müssen. Je verwundbarer Israels Geografie wird, desto größer ist die Gefahr eines nichtkonventionellen Angriffs militärischer wie terroristischer Kräfte des Nahen Ostens. Dies dürfte sich verschärfen, sollten Terrorgruppen einen besseren Zugang zu Israel erhalten, da sie in Zukunft auch über die Fähigkeit zum nuklearen Terrorismus verfügen werden.

Der Jordangraben: Wichtiger Teil der verteidigungsfähigen Grenzen

Seit 1967 stellt das Jordantal v.a. auf Grund seiner einmaligen topografischen Eigenschaften den wichtigsten Teil im israelischen Konzept verteidigungsfähiger Grenzen dar. Nimmt man die Breite von Israel und dem Westjordanland zusammen, dann beträgt die Distanz vom Mittelmeer zum Jordanfluss insgesamt ungefähr 65 Kilometer. Der Jordangraben selbst kommt auf eine Breite von 10-15 Kilometern. Der Jordan fließt ca. 400 Meter unterhalb des Meeresspiegels, doch in seiner unmittelbaren Nähe finden sich die extrem steilen Osthänge der Hügelkette des Westjordanlandes, die an ihrer höchsten Stelle etwas über 1000 Meter über dem Meeresspiegel erreichen. Auf deren Gipfeln hat Israel Frühwarnstationen gen Osten eingerichtet. Folglich kommt dem Jordangraben die Rolle einer natürlichen physischen Barriere von im Schnitt 1000-1500 Metern gegen Angriffe zu.³ Es handelt sich dabei auch um eine ziemlich trockene Region mit einem nur geringen palästinensischen Bevölkerungsanteil. Schließlich gibt es lediglich fünf Pässe von Ost nach West, durch die sich eine angreifende Armee bewegen könnte. All diese können mit relativer Leichtigkeit verteidigt werden, selbst von Israels kleiner stehender Armee. Aus diesem Grund

Israels Verteidigungslinie: Der Jordangraben und die steilen Osthänge der Hügelkette des Westjordanlands



lässt sich das Jordantal als Frontlinie der israelischen Verteidigung in einem äußerst instabilen Nahen Osten betrachten.

Angesichts der strategischen Bedeutung des Jordantals für die israelische Verteidigung haben die IDF in den letzten Jahren dort Brigadeeinheiten stationiert, die im Falle einer deutlichen Bedrohung durch einen Bodenangriff von Osten durch Reserveeinheiten verstärkt werden können. In der Vergangenheit hat Israel die Ausrüstung dieser Einheiten im Jordantal gelagert und auch während der Verhandlungen mit den Palästinensern hat sich das Land um das Recht bemüht, seinen Truppen die Mobilität durch das Tal auf strategischen Ost-West-Straßen zu erhalten. In vielerlei Hinsicht würden israelische Truppen im Westjordanland als eine Art Stolperdraht dienen, der die Mobilisierung der Reserven im Falle eines Angriffs auslöst. Es ist daher kein Wunder, dass der ehemalige Premier Yitzhak Rabin in seiner letzten Knesset-Ansprache vom Oktober 1995 bekräftigte, dass in jeglichem Friedensabkommen Israel das Jordantal „im weitesten Sinne des Wortes“ behalten müsse.

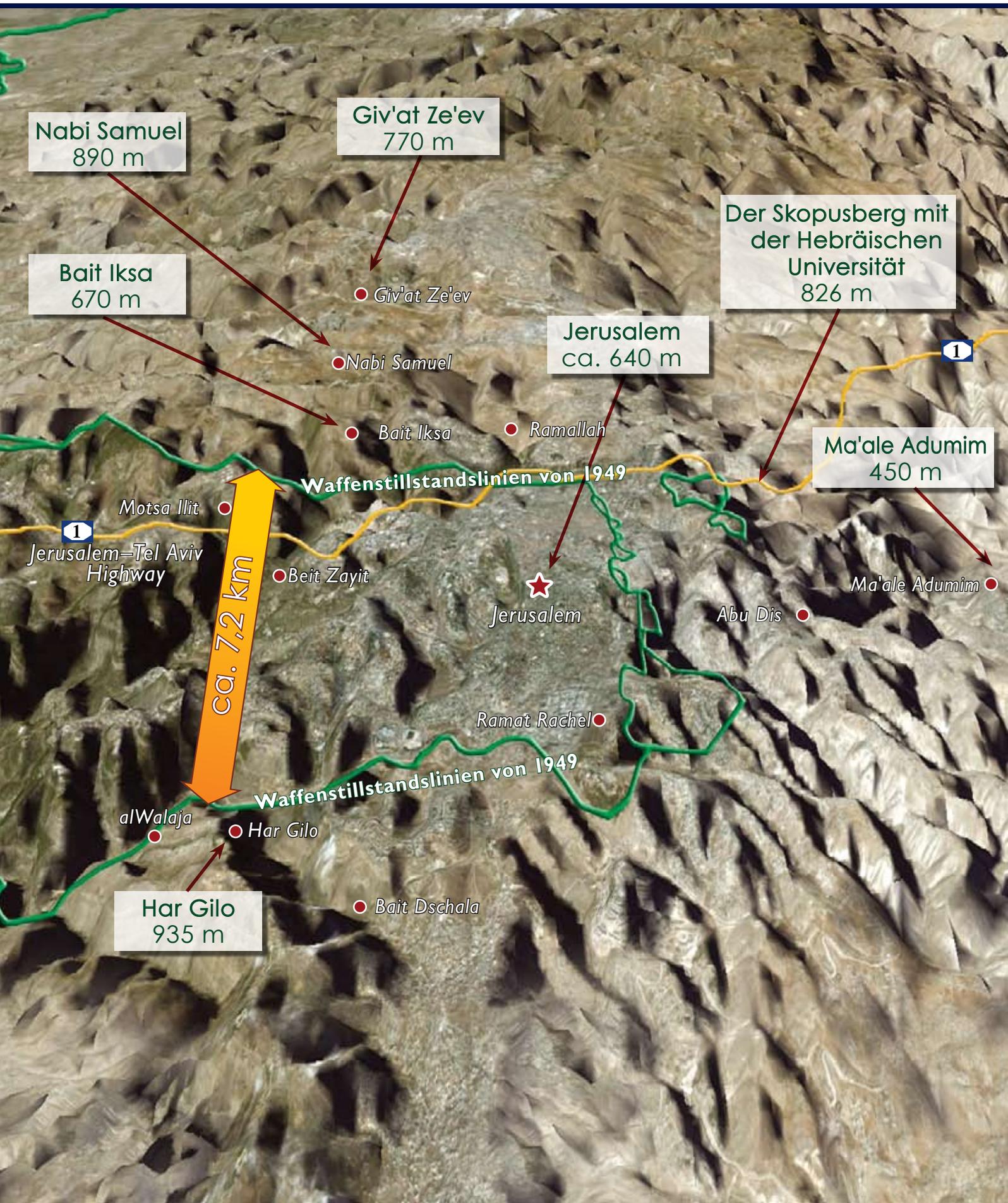
Doch wieso kann sich Israel nicht einfach auf die Fähigkeiten seines militärischen Nachrichtendienstes verlassen, rechtzeitig vor einem bevorstehenden Angriff zu warnen, so dass die israelischen Reservetruppen schnell genug mobilisiert werden, um einen möglichen Angriff von Bodentruppen zu neutralisieren? Und wenn sich Israel dazu entscheiden würde, bestünde dann noch die Notwendigkeit, eine Vorhut im Jordantal zu stationieren? Während des Yom-Kippur-Krieges 1973 unterhielten die IDF nur unzureichende Truppen entlang der ägyptischen und syrischen Front im Glauben daran, rechtzeitig die Benachrichtigung zur Aufstockung zu erhalten. Dies erwies sich als schwere Fehleinschätzung. Ägyptern wie Syrern gelangen Überraschungsangriffe, die alle damaligen Erwartungen des militärischen Nachrichtendienstes Israels unterliefen.

Doch wieso kann sich Israel nicht einfach auf die Fähigkeiten seines militärischen Nachrichtendienstes verlassen, rechtzeitig vor einem bevorstehenden Angriff zu warnen. Während des Yom-Kippur-Krieges 1973 erwarteten die IDF, rechtzeitig die Benachrichtigung zur Aufstockung der Truppen zu erhalten. Dies erwies sich als schwere Fehleinschätzung.

Einer der Bereiche, in dem sich nachrichtendienstliche Warnungen als fehlerhaft erweisen können, ist die Prognose politischer Allianzen zwischen Staaten des Nahen Ostens. So hat sich Jordanien fraglos zum wichtigen Friedenspartner Israels entwickelt. Und dennoch kam es zweimal in seiner jüngeren Geschichte zu plötzlichen Entwicklungen, die eine militärische Eskalation in der Region verursachten und mit ihr einen enormen Druck auf die jordanische Führung, eine feindselige Haltung gegenüber Israel einzunehmen. 1967 war König Hussein von Jordanien der letzte der arabischen Regenten, der sich der Kriegscoalition gegen Israel anschloss und es fremden Armeen gestattete, sein Königreich zu betreten, um am Krieg teilzunehmen. Und im Vorfeld der irakischen Invasion Kuweits 1990 gab es ebenfalls einen enormen Druck auf Jordanien, sich mit Saddam Hussein zu verbünden. 1989 wurde irakischen Aufklärungsflugzeugen gestattet, den jordanischen Luftraum zu durchfliegen, um potentielle Ziele in Israel zu fotografieren. Israel sollte das Jordantal nicht auf Grund der Annahme aufgeben, dass es keinerlei Gefahr eines Angriffs aus östlicher Richtung gibt oder dass die IDF-Truppen schon schnell genug mobilisiert werden könnten, um sie abzuwehren.

Tatsächlich wird es immer gefährlicher, sich auf die rechtzeitige Verstärkung der östlichen Front Israels durch

Strategische Verletzbarkeit Jerusalems und des Jerusalem-Tel-Aviv-Highways durch umliegendes Terrain



Reservetruppen zu verlassen. Wie bereits erwähnt, verfügen die Nachbarstaaten Israels über den Vorteil großer Berufsmeeen, bei denen die Reserven nur eine kleine Rolle spielen. Es ist in deren Interesse, Israels Mobilisierung seiner Reserven so lange wie möglich hinauszuzögern, um auf diese Weise den Vorteil im Kräfteverhältnis aufrecht zu erhalten. Mittels Raketen kann die Mobilisierung vollständig unterbrochen werden, wenn israelische Treffpunkte und Waffendepots beschossen werden. Unter derartigen Bedingungen kann erwartet werden, dass angreifende Nachbarstaaten aus genau diesem Grund ihre größeren ballistischen und Langstreckenraketen zum Einsatz bringen – um die Ankunft von Nachschub an Israels Fronten, einschließlich des Jordantals zu verhindern.

Mitunter wird eingewandt, dass Israel sich auf seine Luftwaffe verlassen solle, um eine angreifende Armee auszuschalten, weshalb eine optimale Verteidigungslinie nicht mehr von Nöten wäre. Doch in jeder für Israel denkbaren Kriegssituation wird die Luftwaffe mit anderen dringlichen Aufgaben beschäftigt sein, bevor sie sich einer unmittelbaren Luftunterstützung widmen kann. Zuerst geht es ihr um das Erringen von Lufthoheit durch eine Ausschaltung der Flugabwehr der feindlichen Staaten. Danach besteht die Notwendigkeit, den Abschuss ballistischer Raketen auf israelische Städte zu unterbinden. Die Bedrohung durch ballistische Raketen hat die Bedeutung einer Kontrolle des Geländes und strategischer Tiefe noch verstärkt, da Israels kleine Berufsmee für längere Zeit ohne die Verstärkung durch Reservetruppen kämpfen muss, deren rechtzeitiges Eintreffen durch Raketenhagel verzögert oder verhindert werden könnte. Und seine stehenden Truppen müssen über längere Zeit ohne wesentliche Unterstützung durch die Luftwaffe operieren, die anderweitig gebunden sein könnte.

Wie wichtig das Jordantal für die israelische Sicherheit ist, haben die Erfahrungen bestätigt, die Israel mit dem Gazastreifen gemacht hat. Als Israel die Osloer Vereinbarungen 1994 in Gaza umsetzte, errichtete es eine Sicherheitszone zwischen Gaza und dem ägyptischen Sinai von an verschiedenen kritischen Punkten wenig mehr als 100 Metern Breite – als „Philadelphi-Passage“ bekannt. Palästinensische Gruppen nutzten diese schmale Route und bauten Schmugglertunnel zwischen dem ägyptischen und dem palästinensischen Teil der Stadt Rafah, um unter der Passage hindurch Raketen und andere Waffen nach Gaza zu transportieren. Israel konnte nur begrenzt gegen diese Tunnel vorgehen, bis es sich 2005 schließlich vollständig aus Gaza und damit auch aus der Philadelphi-Passage zurückzog.

Nachdem Israel die Passage aufgab, nahm das Ausmaß des Schmuggels drastisch zu und Gaza verwandelte sich in ein Abschussgebiet für Raketen immer größerer Reichweite und Tödlichkeit, die auf israelische Bevölkerungszentren zielen. Die Hamas und andere Terrorgruppen weiteten ihren Schmuggel aus und begannen Waffen aus dem Iran, Jemen und Sudan zu importieren. Hamas-Kämpfer konnten den Gazastreifen verlassen und nach Teheran fliegen, um dort von den Revolutionsgarden ausgebildet zu werden, bevor sie zurückkehrten, um palästinensische Truppen aufzubauen. Gleichzeitig boten die Tunnel tausenden Ägyptern ein Auskommen, so dass sie keinerlei Interesse daran hatten, die Tunnelindustrie demontiert zu sehen.

Das Jordantal ist in mehrfacher Hinsicht die Philadelphi-Passage des Westjordanlandes. Obschon es wahrscheinlich nicht durch Tunnel untergraben werden dürfte, ist das Jordantal doch viel länger als Philadelphi und bietet so eine ganze Reihe von Möglichkeiten für den Schmuggel. Wenn nach Israels Vorschlag ein zukünftiger Palästinenserstaat entmilitarisiert bleiben



Der kenianische Präsident Daniel Arap Moi begutachtet die Raketenwerfer im Paradise Hotel nördlich von Mombasa, die am 29. November 2002 bei dem missglückten Angriff Al-Qaidas mit schultergestützten SA-7-Raketen auf ein israelisches Linienflugzeug zum Einsatz kamen. Das Flugzeug mit 261 Passagieren und 10 Crewmitgliedern landete sicher und ohne Opfer in Tel Aviv, doch 16 Menschen wurden bei dem gleichzeitigen Selbstmordattentat auf ein Hotel israelischer Eigentümer ermordet.

soll, um nicht wie Gaza zu einer weiteren vom Iran finanzierten Festung zu werden, dann sind eine israelische Kontrolle des Jordantals und eine physische Blockade von Waffenschmuggel die einzigen Garantie, dass verbotene Waffen diesen Staat nicht erreichen.

Eine israelische Kontrolle des Tals ist auch für die jordanische Sicherheit von Bedeutung. Sollten die IDF jemals das Jordantal räumen, dann fällt im Wesentlichen der jordanischen Armee die Aufgabe zu, Schmuggel zu verhindern. Denn sobald bekannt ist, dass Israel nicht mehr länger vor Ort stationiert ist, um das Westjordanland vom Osten her abzusichern, werden wahrscheinlich viele terroristischen Gruppen sich darum bemühen, die neue Verwundbarkeit Israels durch die Etablierung von Brückenköpfen in Jordanien auszunutzen. Dies würde die Sicherheitslage in Jordanien nachhaltig verschärfen und die Jordanier vor gefährliche neue Herausforderungen stellen.

Wenn sich Israel aus dem Jordantal zurückzieht, verwandelt sich das Gebiet sehr leicht in einen Anziehungspunkt regionaler Terrorgruppen, die das Westjordanland infiltrieren würden, um die Hamas im Krieg gegen Israel zu unterstützen.

Es ist eine Tatsache, dass, bevor der amerikanische „Surge“ 2007 zu schweren Rückschlägen für die irakische Al-Qaida in der Al-Anbar Provinz im Westen Iraks führte, die Gruppe begonnen hatte, Ableger in jordanischen Städten wie Irbid zu bilden, die Palästinenser des Westjordanlandes rekrutieren sollten. Sollte sich Israel aus dem Jordantal zurückziehen, würde sich das Gebiet sehr leicht in einen Anziehungspunkt regionaler Terrorgruppen

verwandeln, die das Westjordanland infiltrieren, um die Hamas im Krieg gegen Israel zu unterstützen, seien sie von der Al-Qaida Iraks oder der libanesischen Hisbollah.

Ein für den Schmuggel offenes Jordantal wäre derart attraktiv, dass es zu einem Aufbau einer ganzen Reihe von Terrorgruppen in Jordanien führen könnte, wodurch die jordanische Sicherheitslage ohne jeden Zweifel gefährdet wäre. Das letzte Mal, dass Jordanien zu einer aktiven Ausgangsbasis für den Kampf gegen Israel wurde, war in den späten sechziger Jahren. 1970 setzte der damalige König Hussein der breiten, von der PLO geschaffenen terroristischen Infrastruktur im jordanischen Bürgerkrieg ein Ende, da der Sturz seiner Herrschaft drohte.

Verteidigungsfähige Grenzen und Jerusalem

In Jerusalem wird das israelische Bedürfnis nach verteidigungsfähigen Grenzen besonders deutlich. Vor 1967 befand sich Jerusalem am Ende eines engen Korridors, der in der israelischen Küstenebene seinen Anfang nahm. Die Hauptstadt Israels war von drei Seiten eingeschlossen und in der Nähe des westlichen Zugangs zur Stadt war der Korridor nur wenige Kilometer breit. Topografisch wurde Jerusalem von den umliegenden Hügeln dominiert, die den Zugang zur Stadt kontrollierten. So ist das palästinensische Dorf Bait Ikksa im Westjordanland nur wenige hundert Meter von der Autobahn Jerusalem-Tel Aviv entfernt, was die Hauptverbindung zwischen den beiden größten israelischen Städten feindlichen Heckenschützen ausliefern könnte. 1967 nutzte die jordanische Armee den Vorteil des Gebiets rings um Jerusalem, um über 9000 Artilleriegranaten auf die jüdischen Wohnquartiere zu schießen.

Nach 1967 errichtete Israel aus verteidigungspolitischen Erwägungen eine dauerhafte Kontrolle über die die Hauptstadt umgebenden Hügel und begann im Norden den Givat Ze'ev Siedlungsblock zu errichten, Gush Etzion im Süden und Ma'ale Adumim östlich von Jerusalem. Ma'ale Adumin befindet sich zudem entlang einer der wichtigsten Zugangsstraßen von Westen nach Osten, auf der israelische Truppen zur Verstärkung ins Jordantal geschickt werden würden, sollte Krieg ausbrechen. Es ist entscheidend, dass Israel die Kontrolle dieser Gebiete rings um Jerusalem bewahrt.

Alternative Sicherheitsstrategien?

Eine der von den Palästinensern in der Vergangenheit zurückgewiesenen Ideen war die Stationierung israelischer Soldaten und Frühwarnstationen in einem Jordantal, das palästinensischer Souveränität untersteht. Doch selbst wenn die Palästinenser der Entsendung israelischer Truppen zustimmen würden, bliebe fraglich, wie lange die Stationierung erhalten bleiben könnte, denn jegliche palästinensische Regierung hätte ein hohes Interesse, eine israelische Präsenz auf palästinensischem Gebiet zu schwächen. Zudem würde israelisches Militär vor Ort einen bequemen Blitzableiter für die palästinensische Innenpolitik abgeben.

Israels Sicherheitsinteressen könnten auch nicht durch eine Überlassung des Territoriums an die Palästinenser bei gleichzeitiger Stationierung internationaler Friedenstruppen in dem Gebiet erfüllt werden. (Diese Frage wird ausführlicher an anderer Stelle der Studie von Generalmajor (Res.) Yaakov Amidror diskutiert). Die nationale Sicherheitsdoktrin Israels beruht auf dem Prinzip der eigenständigen Verteidigung und dies aus guten Gründen. Israel hat in der Vergangenheit internationale Beobachter akzeptiert, die die Umsetzung getroffener Abkommen

überwachen sollten, doch es hat sich Vorschlägen widersetzt, Soldaten anderer Armeen – einschließlich der der Vereinigten Staaten – sollten anstelle der israelischen ihr Leben riskieren. Zudem sind die israelischen Erfahrungen mit der Präsenz internationaler Truppen negativ gewesen. Die UNIFIL im Libanon vermochte die israelischen Erwartungen nicht zu erfüllen, eine Wiederbewaffnung der Hisbollah nach dem Zweiten Libanonkrieg zu verhindern. Ähnliches gilt für die EU-Beobachter, die ihre Positionen am Grenzübergang Rafah 2006 aufgaben, als Aufständische sie aus dem Gazastreifen heraus angriffen.

Aus diesen Gründen sollte sich Israel darum bemühen, in einem territorialen Kompromiss die israelische Souveränität über jene Gebiete zu erhalten, die von militärisch lebenswichtiger Bedeutung sind, anstatt es bei Sicherheitsregelungen zu belassen, die nicht an Gebiete geknüpft sind und daher keinen Bestand haben werden. Dies entspricht der ursprünglichen Absicht der UN-Sicherheitsratsresolution 242, die keinen vollständigen Rückzug aus dem Westjordanland vorsieht, sondern die Schaffung neuer Grenzen, die die israelischen Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigen und gleichzeitig eine dauerhafte Friedensregelung ermöglichen. Um Israel die für sein langfristiges Überleben notwendige minimale strategische Tiefe zu gewähren, muss das Jordantal Israels Ostgrenze werden, so dass tatsächlich verteidigungsfähige Grenzen entstehen.

Anmerkungen

- 1 Yigal Allon, „Israel: The Case for Defensible Borders,“ *Foreign Affairs*, vol. 55, no. 1 (Oktober 1976).
- 2 Anthony Cordesman, *Arab-Israeli Military Forces in an Era of Asymmetric Wars* (Palo Alto, CA: Stanford University Press, 2008), p. 26.
- 3 Der höchste Punkt von etwa 1500 Metern wird mit der Höhendifferenz zum Toten Meer – etwa 400 Meter unter dem Meeresspiegel – und der Spitze des Bergkette des Westjordanlandes bei Baal Hatzor mit etwa 1100 Metern bestimmt.

Schlüsselprinzipien eines entmilitarisierten Palästinenserstaates

Ehem. Leiter des IDF-
Nachrichtendienstes

Generalmajor (Res.) Aharon Ze'evi Farkash

Ein entmilitarisierte Palästinenserstaat - seit Oslo auf Israels Agenda

Die israelische Forderung, dass ein zukünftiger Palästinenserstaat entmilitarisiert sein müsse, wurde seit der Prinzipienklärung von 1993 (DOP) – Grundlage des Osloer Prozesses und der Errichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) – immer wieder erhoben. Allerdings ist der Begriff der Entmilitarisierung, wie er allgemein verwendet wird (d.h. als Begrenzung von Kriegsmaterial), zu eng gefasst, um den israelischen Sicherheitsbedürfnissen ausreichend entgegenzukommen. Ein breiter angelegtes Konzept schließt ein, dass symmetrischen wie asymmetrischen militärischen Bedrohungen gegen Israel vorgebeugt werden muss – einschließlich konventioneller Kriegsführung, Terrorismus und Guerillakampf von und durch das Territorium der PA und dem zukünftigen Palästinenserstaat. Entmilitarisierung bezweckt somit eine Gewährleistung der israelischen Sicherheit und ist kein Zweck an sich.

Seit 1936 – also bereits vor der Gründung des Staates – bis zur Gegenwart, hat Israel trotz mannigfaltiger hoher Sicherheitsrisiken den Weg des territorialen Kompromisses beschritten in Hoffnung auf Frieden, Stabilität und Wohlstand für seine Bewohner und gute Beziehungen zu seinen Nachbarn.¹

Trotz einer Reihe von gescheiterten Anläufen zum Frieden, Militäroperationen sowie Terroranschlägen von Seiten der arabischen Nachbarstaaten und – in jüngerer Zeit – der Autonomiebehörde, hat Israel immer wieder die Hand zum Frieden und zum Kompromiss ausgestreckt bis hin zur Anerkennung eines zukünftigen entmilitarisierten Palästinenserstaates durch Premierminister Benjamin Netanyahu. Doch die israelische Öffentlichkeit wird keine gute Miene zu einem palästinensischen Gebilde machen, das einer terroristische Infrastruktur oder feindlichen Truppen Raum gibt.

Zwei auf Israel von Gaza-Stadt aus abgefeuerte Raketen, 22. Mai 2007. Nach dem unilateralen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen im August 2005 sowie in Folge des Hamas-Putsches vom Juni 2007 kam es zu einem massiven Anstieg des palästinensischen Raketen- und Mörserbeschusses.



Israels strategische Verwundbarkeit

Die lange Tradition des israelischen Beharrens auf die Entmilitarisierung eines unabhängigen Palästinenserstaates rührt von den strategischen Gefahren für die israelische Sicherheit her, die sowohl von einem zukünftigen Palästinenserstaat wie auch von einer Reihe feindlicher Akteure in der Region ausgehen könnten. Seit seiner Gründung befindet sich Israel in einer Reihe regionaler Asymmetrien seinen Nachbarn gegenüber, die die Fähigkeit zur Selbstverteidigung einschränken. Israels Bevölkerung von 7,5 Mio. lebt auf einem Gebiet von etwa 22 000 Quadratkilometern, während um sie herum die arabischen Länder über eine Bevölkerung von dreihundert Millionen sowie ein Gebiet, das insgesamt 650 Mal größer als Israel ist, verfügen. Israels vorrangiges Ziel war es in all den Jahren, sich gegen feindliche Kräfte zu verteidigen, während ihm die arabischen und palästinensischen Nachbarn eine aggressive und feindselige Haltung entgegenbringen – der historischen Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien zum Trotz.

Israel entbehrt auch der unmittelbaren territorialen Umgebung „freundlicher“ Nachbarstaaten, die Transportwege bieten, welche die überlebenswichtigen Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen des Landes garantieren.

All diese fundamentalen Asymmetrien haben dazu geführt, dass die militärischen Pläne Israels ein Sicherheitskonzept entwickelt haben, das Abschreckung, Frühwarnung und den resoluten Einsatz militärischer Mittel beinhaltet.² Dennoch steht das Land vor einem schwer zu bewältigenden Nachteil – das problematische Fehlen strategischer Tiefe. Israel ist mit dem Westjordanland zusammen gerade 65 Kilometer breit.

Dieses Fehlen strategischer Tiefe hat dazu geführt, dass Israel potentiell

unhaltbaren Situationen ausgesetzt ist, in denen die IDF gezwungen sind, das Land von seinen wichtigsten Städten aus zu verteidigen – wie z.B. Safed, Nahariya und Kiryat Schmona im Norden oder Aschkelon und Aschdod im Süden. Diese Szenarien wurden Wirklichkeit, nachdem sich Israel 2000 unilateral aus dem Südlibanon zurückzog sowie 2005 aus Gaza und die Bevölkerungszentren im Norden und Süden zum Ziel tausender Kurz- und Mittelstreckenraketen wurden, die die iranischen Handlanger Hisbollah und Hamas vom Libanon bzw. Gaza aus abfeuerten. Beide verfügen inzwischen auch über Raketen, die in der Lage sind, Tel Aviv zu treffen.³

Im Fall eines Friedensabkommens mit der Autonomiebehörde könnte es dazu kommen, dass Israel die minimale, ihm gegenwärtig im Westjordanland zur Verfügung stehende strategische Tiefe aufgeben muss.

Unmittelbar bevorstehende Sicherheitsrisiken

Israel sieht sich im Rahmen der Errichtung eines Palästinenserstaates und der gegenwärtigen Entwicklungen im Nahen Osten mit Wahrscheinlichkeit zwei Szenarien ausgesetzt:

Im ersten Szenario verwandelt sich der zu errichtende Palästinenserstaat in einen sogenannten „failed state“, der sich in einen fruchtbaren Boden für die Entwicklung terroristischer Infrastrukturen entwickelt, so wie in Gaza in Folge des einseitigen Rückzugs Israels 2005.⁴

Eine solche Situation wäre ein fortgesetztes Risiko für Israel. Das Land wäre mit Wahrscheinlichkeit wiederholten Angriffen von Terrorkommandos ausgesetzt, die versuchen würden, die Grenze zu überwinden, oder auch dem Beschuss mit Steilfeuerraketen, direkt ins Herz



Der ehemalige IDF-Generalstabschef Generalleutnant Shaul Mofaz (links), der ehemalige Premierminister Ariel Sharon (Mitte) und der ehemalige Verteidigungsminister Ben Eliezer (rechts) begutachten die 50 Tonnen Waffen, die auf dem von Israel festgesetzten Handelsfrachter „Karine A“ beschlagnahmt wurden und im Rotmeerhafen Eilat am 6. Januar 2002 zu besichtigen waren. Die Waffen der „Karine A“ waren vom ehemaligen Palästinenserführer Yasser Arafat von den Iranischen Revolutionsgarden erbeten worden und verdeutlichen die direkte Beteiligung des iranischen Regimes bei der Unterstützung der Terrorkampagne der Palästinensischen Autonomiebehörde gegen Israel.

Israels geschossen, so wie es von Gaza aus geschieht. Die Raketenangriffe der Hamas auf israelische Städte nahmen zwischen 2005 und 2006 um mehr als 500 Prozent zu.⁵ In aller Wahrscheinlichkeit würde der Rückzug aus dem Westjordanland zu wiederholten bewaffneten Konfrontationen führen, die es den Einwohnern Israels extrem erschweren würde, sich dem Alltag zu widmen, womit die Umsetzung des Friedensabkommens massiv beeinträchtigt würde.

Israel sieht sich im Rahmen der Errichtung eines Palästinenserstaates und der gegenwärtigen Entwicklungen im Nahen Osten mit Wahrscheinlichkeit zweierlei Szenarien ausgesetzt: Entweder wird jener zu einer Ausgangsbasis für Terrorangriffe oder zu einer Verbindungstrecke für Bedrohungen, die östlich von ihm ausgehen.

Im zweiten Szenario kommt die gesamte Region ins Spiel. In diesem Falle würde sich östlich des Palästinenserstaates eine Bedrohung für Israel entwickeln und das palästinensische Staatsgebiet würde zum Brückenkopf eines Angriffs auf Israel. Jene Art von Bedrohung stünde im Kontext des islamischen Radikalismus. Das gegenwärtige iranische Regime steht am Rand zum Atommachtstatus und verfügt bereits gegenwärtig über die ballistischen Raketen, die fähig sind, Israel, seine arabischen Nachbarn, Russland und Teile Europas zu bedrohen. Die Islamischen Revolutionsgarden, die die hochentwickeltesten Waffen des Iran – einschließlich des Atomprogramms – kontrollieren, würden dann einen strategischen Schirm für all die radikalen Gruppen bieten, die Teheran als seine

Handlanger im Nahen Osten einsetzt, angefangen von den Schiitenmilizen des Irak und der Hisbollah im Libanon bis zur Hamas und dem Palästinensischen Islamischen Dschihad in Gaza und im Westjordanland.⁶

Der Iran wird weiter versuchen, seine wachsenden nuklearen Fähigkeiten auszunutzen – und auch sein Image als baldige Atommacht – um sein Ziel regionaler Hegemonie zu erreichen. Das Regime wird weiterhin seine Kräfte darauf konzentrieren, den Irak in Folge des amerikanischen Abzugs mittels dessen schiitischer Mehrheit zu kontrollieren. Die Festigung einer radikalen, vom Iran geführten schiitischen Achse, zu der der Irak, Syrien und die Hisbollah im Libanon gehören, sowie die fortgesetzten Aktivitäten von Hamas und Al-Qaida könnten Jordanien destabilisieren.⁷

Diese Bündelung feindlicher Kräfte könnte eine von Osten kommende konventionelle militärische Bedrohung für Israel darstellen. Diese Bedrohung könnte sich in Form von Luftschlägen, Boden-Boden-Raketenangriffen und der Entsendung von militärischen und/oder paramilitärischen Einheiten gegen Israel durch das Gebiet des Palästinenserstaates manifestieren. (Mit ziemlicher Gewissheit käme es dazu, wenn der Palästinenserstaat von der Hamas und anderen lokalen, vom Iran gesponserten Terrorgruppen übernommen würde). In diesen Fällen würde sich Israel ununterbrochen Angriffen ausgesetzt sehen und stünde vor enormen Schwierigkeiten, die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren.

Lektionen aus gescheiterten Vereinbarungen mit der PA

Israels Vermögen, zukünftige Bedrohungen zu antizipieren, resultiert aus den gelernten Lektionen der Vergangenheit. Tatsächlich lässt sich viel aus den Ereignissen

Bedrohung israelischer Bevölkerungszentren durch Raketen aus dem Westjordanland



entnehmen, die der Unterzeichnung der Osloer Prinzipienklärung durch Israel und die PLO 1993 folgten, mit der der Friedensprozess begann. Diese Erkenntnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Seit dem Zeitpunkt, an dem das Osloer Abkommen und das Interimsabkommen von 1995 hätten umgesetzt werden sollen, ist die PLO damit gescheitert, in den Palästinensergebieten Terroristen an der Herstellung und dem Schmuggel von Waffen zu hindern. Hinzu kommt, dass die PLO, die Fatah und PA-Führer Yasser Arafat circa ein Dutzend konkurrierende Sicherheitsorganisationen finanziert, geführt und ausgestattet haben, womit an die 60 000 „Sicherheitsbedienstete“⁸ mit Waffen – lokaler Bauart und geschmuggelt – ausgestattet wurden, die von diesen Abkommen untersagt worden waren. Und am 1. Juli 1994 – dem ersten Tag, an dem er nach 27 Jahren von Ägypten nach Gaza reisen durfte – schmuggelte Arafat nicht nur solche Waffen, sondern versteckte auch Terroristen in seinem Gefolge.
- Obwohl die Osloer Abkommen verlangten, dass die Palästinenser nur nichtmilitärische Kräfte der inneren Sicherheit beschäftigen sollten, verliehen Arafat und seine Fatah-Kommandeure ihrem nationalen Sicherheitsapparat alle äußerlichen Eigenschaften einer Armee (d.h. Organisationsstruktur, operative Funktionen, Bezeichnung der Einheiten, Ränge etc.) und dehnten ihn weit über das hinaus aus, was vereinbart worden war. Auch die Hamas etablierte nach der Übernahme der Kontrolle Gazas eine offen militärische Struktur mit regionalen Brigaden, die wie militärische Einheiten bewaffnet wurden und als Teil des militärischen Flügels der Bewegung fungieren.⁹
- Seit 2005 verbindet sich die fortwährende terroristische Bedrohung

Israels durch die Hamas mit immer besser werdenden militärischen Fähigkeiten wie dem Einsatz von Standard-Gradraketen, Panzer- und Flugabwehrraketen so wie anderen Waffen, was das strategische Verhältnis verändert. Diese Entwicklung aufzuhalten und zu unterbinden ist das wesentliche Prinzip der Entmilitarisierung, das um- und durchgesetzt werden muss.

- Der terroristische Totalangriff gegen unschuldige israelische Bürger, den die Autonomiebehörde im Herbst 2000 initiierte (die Zweite Intifada) unterstreicht die israelische Forderung, dass die Entwicklung militärischer wie terroristischer Strukturen in den von den Palästinensern kontrollierten Gebieten verhindert werden muss, und das Versagen der PLO, sich an die unterzeichneten Abkommen zu halten.
- In all den Jahren seit der Unterzeichnung von Oslo haben Terrorgruppen und die Sicherheitsorgane der PLO Waffen und Expertise im Waffenbau aus dem Iran durch Ägypten und die Philadelphi-Passage nach Gaza und sogar von Gaza ins Westjordanland geschmuggelt (wobei die palästinensischen Übergänge mitunter sogar unter Vorgabe medizinischer Versorgung in Israel verwendet wurden). Nur die israelische Kontrolle der Grenzübergänge und sorgsame Untersuchungen dort haben dafür gesorgt, dass nicht noch mehr solcher Waffen und Expertise von Gaza aus in das Westjordanland gelangen konnten.¹⁰

Israels militärische Operationsfreiheit im Westjordanland, die den IDF erlaubt, jeden Ort zu erreichen, an dem Waffen hergestellt oder versteckt werden könnten, hat es bislang ermöglicht, Terroristen am Bau von Raketen zu hindern, die auf Jerusalem und Tel Aviv abgefeuert werden können. Sie hat es den IDF auch gestattet,

Selbstmordattentäter abzufangen, bevor sie zur Ausführung ihrer tödlichen Missionen in der Lage waren.

Israels militärische Operationsfreiheit im Westjordanland, die den IDF erlaubt, jeden Ort zu erreichen, an dem Waffen hergestellt oder versteckt werden könnten, hat es bislang ermöglicht, Terroristen am Bau von Raketen zu hindern, die auf Jerusalem und Tel Aviv abgefeuert werden können.

Terroristischen und militärischen Bedrohungen begegnen

Eine Bedrohung entsteht, wenn sich feindselige Absichten mit den Fähigkeiten zur Aggression verbinden. Israel weiß aus den Jahren des Kampfes gegen militärische

Kampagnen und Terrorismus, dass es nahezu unmöglich ist, feindselige Absichten zu verändern. Und tatsächlich ist eines der wesentlichsten Probleme, denen sich Israel im Umgang mit einem nichtstaatlichen Akteur wie der palästinensischen Autonomiebehörde ausgesetzt sieht, dass, im Unterschied zu staatlichen Akteuren wie Ägypten oder Jordanien, die klassischen Prinzipien wie Abschreckung und Bestrafung weit weniger effektiv sind, wenn es auf der anderen Seite keine einheitliche Regierung gibt, die ihre Kontrolle gegenüber Menschen, Waffen und Terrorgruppen durchsetzt. Dies zeigt sich an der Spaltung der Palästinenser in ein Fatah-beherrschtes Westjordanland und ein von der Hamas kontrolliertes Gaza. Es muss also darum gehen, die Fähigkeiten zur Aggression zu neutralisieren. Aus diesen Gründen hat Israel seine kompromisslose Politik der Entwaffnung terroristischer Infrastrukturen innerhalb oder entlang seiner Grenzen aufrecht erhalten. Sein relativer Erfolg in der Ausschaltung terroristischer Infrastruktur basiert auf der hohen Qualität und Präzision seines militärischen Nachrichtendienstes und der vollständigen Handlungsfreiheit,



wozu die Fähigkeit zählt, palästinensische Stadtzentren und Dörfer zu betreten, um Waffen-, Raketen- und Bombenwerkstätten sowie -verstecke aufzuspüren wie zu zerstören. Auf diese Weise gelingt es Israel, den als „asymmetrisch“ bezeichneten Bedrohungen durch Terrorgruppen zu begegnen.

Was „symmetrische“ Bedrohungen betrifft, zu denen konventionelle militärische Kräften gehören, so muss auf die Erfahrungen in der Region zurückgegriffen werden, einschließlich der Versuche der Armeen Syriens wie des Irak, die Kontrolle Jordaniens zu übernehmen und ohne Einverständnis des haschemitischen Königshauses das Land als Ausgangsbasis für einen Angriff auf Israel zu nutzen. Auch hat die PLO versucht, den jordanischen König Hussein zu stürzen. Und in jüngerer Zeit erwächst Israel eine mögliche konkrete militärische Bedrohung im Osten durch die unablässigen Versuche des iranischen Regimes, eine radikale Schiitenachse mit Hilfe des Irak, Syriens und des Libanon unter einem nuklearen Schutzschirm zu errichten, radikale Handlangerorganisationen unter dem Kommando der Iranischen Revolutionsgarden zu vereinen sowie das palästinensische Territorium zur unmittelbaren Front Israels zu machen.

Folglich muss jedes Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern garantieren können, dass der Palästinenserstaat die Entwicklungen terroristischer Vereinigungen, die – mit symmetrischen wie asymmetrischen Fähigkeiten – Israel nach Belieben angreifen können, nicht gestatten wird. So ein Abkommen muss auch jegliche terroristische Aktivität oder die Entsendung ausländischen Militärs zum Angriff auf Israel verbieten und von den Palästinensern fordern, dass sie keinerlei wesentlichen militärischen Fähigkeiten unter Aufsicht – oder auf dem Gebiet – einer dritten Partei aufbauen, noch militärische oder strategische Bündnisse mit Feinden Israels eingehen oder jenen politischen Formationen, die Israels Existenz leugnen.¹¹

Verständigungen und Meinungsverschiedenheiten in den bisherigen israelisch-palästinensischen Verhandlungen

Im Laufe der letzten Jahre wurde eine Reihe von Verständigungen im Hinblick auf den Zweck der reformierten palästinensischen Sicherheitskräfte erzielt, wie er vom PA-Präsidenten Mahmoud Abbas vorgesehen ist, der wiederholt auf „eine Autorität, ein Gesetz und eine Waffe“¹² bestanden hat. Die Aufgabe dieser Kräfte liegt bei innerer Polizeiarbeit, wie: Durchsetzung von Gesetz und Ordnung; Verhinderung von Terrorismus und Gewalt; Zerschlagung terroristischer Infrastruktur; Entwaffnung bewaffneter Gruppen und Sicherung der Grenzen zur Unterbindung von Schmuggel und des Eindringens von Terroristen.

Doch trotz (oder vielleicht gerade wegen) des Sicherheitsrisikos, das die palästinensischen Einheiten für Israel in der Vergangenheit darstellten – und in Zukunft wieder darstellen könnten – haben die Führer von PLO und PA sich bislang einer Konkretisierung der Entmilitarisierung eines zukünftigen Palästinenserstaates verweigert. Die PA-Führung in Ramallah hat sich sogar um eine Regelung bemüht, die das ganze Prinzip der Entmilitarisierung aushebeln würde.¹³ In der Diskussion darüber haben Vertreter der PA geäußert, sie würden sich einverstanden erklären, „Waffen zu begrenzen“ – z.B., keine Kampfflugzeuge oder Panzer zu erwerben (also aus militärischer Sicht sogenannte „schwere Waffen“). Doch sie beanspruchten das Recht, über Steilfeuerwaffen (Mörser, Granatwerfer), Panzerabwehrraketen und gepanzerte Fahrzeuge mit Maschinengewehren zu verfügen.

Erklärt wurden diese Ansprüche mit der Notwendigkeit, die dominante Sicherheitskraft des Gebietes zu sein und die Fähigkeit zu besitzen, die Zentralregierung zu verteidigen. Verwiesen wurde dabei auch auf das Anrecht eines



souveränen Staates auf Militär, zumindest zum Zwecke der Selbstverteidigung, zur Sicherung der Grenzen gegen externe Bedrohungen und zur Entwaffnung bewaffneter Milizen, die eine interne Bedrohung sind.

Die palästinensischen Forderungen nach Symmetrie in sicherheitspolitischen Fragen müssen im Kontext einer allgemeineren Übereinkunft über den symmetrischen Aufbau von wechselseitigem Vertrauen beider Seiten adressiert werden. Dazu gehört auch Symmetrie der staatlichen Anerkennung – ein palästinensischer wie ein jüdischer Staat – Erziehung zum Frieden, die Aufrechterhaltung einer vereinigten und verantwortlichen Regierung, sowie die Gewährleistung von friedlichen Absichten.

Auf dem von Präsident Clinton im Jahr 2000 einberufenen Gipfel von Camp David zur Klärung der Bedingungen eines

endgültigen Statusabkommens zwischen Israel und den Palästinensern versuchte der amerikanische Präsident, den Begriff der „Entmilitarisierung“ abzuschwächen, indem er ein Wort verwendete, das im Völkerrecht nicht anerkannt wird – „Nichtmilitarisierung“ – doch die palästinensische Seite ließ sich darauf ebenso wenig ein.

Mit anderen Worten, ausgehend von den Erfahrungen der Vergangenheit scheint es schwierig, die Kluft zwischen den beiden Seiten darüber zu überbrücken, auf welche Weise das militärische Vermögen eines Palästinenserstaates beschränkt werden sollte. Doch es gibt noch weitere Schlüsselpunkte in Sicherheitsfragen, über die Uneinigkeit besteht:

- Gesonderte Sicherheitsregelungen für Israel im Jordantal (bis hin zur und einschließlich der Allon-Straße) zur

Israelische Soldaten beim Auspacken von Raketen, die von Israel auf dem Waffen transportierenden Schiff „Francop“ in der Nähe von Zypern beschlagnahmt und am 4. November 2009 in Aschdod präsentiert wurden. Israelische Kommandos brachten die „Francop“ auf, die Berichten zufolge 500 Tonnen iranischer Waffen auf dem Weg zur libanesischen Hisbollah geladen hatte.

Verhinderung des Waffenschmuggels und der terroristischen Infiltration (der Art wie sie in der Philadelphi-Passage bei Gaza stattfinden), sowie Garantien, die es Israel erlauben, mit Militäroperationen auf Bedrohungen von Osten zu reagieren, so dass Truppen, die den Jordan überschreiten und auf Gebiet des palästinensischen Staates vordringen, gestoppt werden können, bevor sie die Hügelkette in der Mitte Israels und die Hauptstadt Jerusalem erreichen.

- Eine Verstärkung der zwischen Israel und Jordanien bestehenden Beziehungen auf Grundlage des Friedensvertrages von 1994 und seiner Sicherheitsvereinbarungen, wozu die Forderung gehört, dass Jordanien daran arbeitet, alle terroristischen Gefahren östlich der Grenze zu unterbinden und die Sicherheit der Schifffahrt auf dem Roten Meer und dem Toten Meer zu gewährleisten.
- Ein gemeinsamer Luftraum, der von Israel zur Verhinderung terroristischer oder militärischer Angriffe aus der Luft kontrolliert wird.
- Kontrolle der Küstengewässer vor Gaza einschließlich des noch zu bauenden Hafens von Gaza zur Verhinderung des Waffenschmuggels nach Gaza und Angriffe auf Israel von der See her, in Zusammenarbeit mit Ägypten, so wie es die Sicherheitsvereinbarungen des Friedensvertrages von 1979 vorsehen.¹⁴

Die Prinzipien der israelischen Position zur Entmilitarisierung

Israel versteht „Entmilitarisierung“ umfassender als das, was normalerweise im Rahmen des Völkerrechts als solche akzeptiert oder beschrieben wird, da der allgemeine Begriff dem wandelnden Wesen militärischer Konflikte und

Bedrohungen nicht ausreichend Rechnung trägt. Der israelischen Definition gemäß ist Entmilitarisierung ein Mittel zum Zweck, so dass sich keinerlei Gefährdung der Sicherheit – sei sie symmetrisch, asymmetrisch, militärisch, terroristisch oder einfach nur eine, die auf andere Art das Leben in Israel zu stören vermag – entwickeln oder verwirklichen kann, weder innerhalb des palästinensischen Territoriums, noch dadurch.¹⁵ Doch auch der *Kontext* von Entmilitarisierung ist ein besonderer, da hier nicht von zwei Staaten mit regulären Armeen die Rede ist, sondern von einem zu errichteten Palästinenserstaat mit einer Geschichte des unablässigen Terrorismus gegen Israel.¹⁶ Aus diesen Gründen muss Israel auf dem Verbot von Waffen für die Palästinenser beharren, die das strategische Verhältnis aushebeln würden, und dazu eine umfassende Einschränkung der Fähigkeiten des zukünftigen Palästinenserstaates fordern, zu denen die Bildung einer regulären Armee mit Flugzeugen, Panzern und anderer konventioneller Schwerebewaffnung gehören.¹⁷

Die israelische Definition von Entmilitarisierung beinhaltet, dass sich keinerlei Sicherheitsbedrohung innerhalb des palästinensischen Territoriums noch dadurch entwickeln darf.

Die militärische Dimension

Für Israel heißt Entmilitarisierung also, dass die Palästinenser weder Armee noch militärische Fähigkeiten, die eine Bedrohung darstellen könnten, erwerben dürfen. Die folgenden Vorsichtsmaßnahmen sollen eine solche Entmilitarisierung sicherstellen:

- Der Unterhalt einer palästinensischen Polizei und eines Apparates zur inneren



Sicherheit – wie die von den Vereinigten Staaten finanzierten „Dayton-Truppen“¹⁸ – nicht jedoch militärischer Einheiten oder solcher mit offensichtlichen militärischen Eigenschaften.

- Das ausschließliche Beschränken des palästinensischen Waffenbesitzes auf Polizeiarbeit und innere Sicherheit.
- Keinerlei militärische Bündnisse und Kooperation zwischen palästinensischen Sicherheitskräften und ausländischen Armeen. Dazu gehört die Abwesenheit ausländischer Armeen oder anderer bewaffneter Gruppen auf dem Boden des palästinensischen Staates.
- Eine Verpflichtung, dass der Palästinenserstaat auch außerhalb

seines Territoriums keine militärischen Einheiten unterhält, da jene die Fähigkeit hätten, gegen Israel in Krisen und anderen unvorhersehbaren Situationen zu operieren.

- Keinerlei militärische Infrastruktur – wie z.B. eine Rüstungsindustrie – und die Verhinderung der Produktion sowohl zivil als auch militärisch nutzbarer Komponenten, die vorgeblich nicht zu militärischen Zwecken gedacht werden.
- Eine wirksame Kontrolle und Überwachung der Sicherheitszonen entlang der Grenzen und internationalen Grenzübergänge zur Verhinderung des Schmuggels verbotener Waffen sowie militärisch nutzbarer Materialien.

Mitglieder der der Fatah nahe stehenden Al-Aksa-Märtyrer-Brigaden auf einem Marsch durch Nablus, Westjordanland, 19. November 2009. Tausende Milizionäre der Brigaden bewahren immer noch ihre Waffen zu Hause auf, dank eines ungeschriebenen Abkommens mit der PA.

- Ein wirksamer Apparat zur Überwachung und Überprüfung mit Hilfe internationaler Beobachter, die sicher stellen, dass sich die palästinensische Seite an ihre Verpflichtung zur Entmilitarisierung hält.

Die terroristische Dimension

Es darf nicht zugelassen werden, dass sich innerhalb des Palästinenserstaates oder durch ihn Bedrohungen entwickeln und Wirklichkeit werden. Es ist die Pflicht des palästinensischen Staates, Terroraktivitäten, Aufstachelung und Indoktrination seiner Gesellschaft sowie die Bildung von terroristischen Infrastrukturen innerhalb seiner Grenzen zu unterbinden. Die folgenden Sicherheitserfordernisse könnten ein Auftauchen dieser Bedrohungen verhindern.

- Einsatz der palästinensischen Polizei oder anderer Sicherheitskräfte „von unten“ her (anstatt „von oben“). Dazu gehören Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, Verhinderung von Terrorismus, Zerschlagung terroristischer Infrastrukturen, bewaffneter Milizen und die Verhinderung von Waffenschmuggel und terroristischer Infiltration.¹⁹
- Unterbindung von bewaffneter oder ideologischer Einflussnahme auf die Arbeit des palästinensischen Staates, sei es durch radikale Extremisten, Gegnern des Friedens – gerade auch im Hinblick auf die Begünstigung von Extremisten, Terrororganisationen und bewaffneten Gruppen – sei es durch Versuche, das Handeln, die Struktur und Regierungsfähigkeit der palästinensischen Regierung zu stören.
- Unterbindung von Aufstachelung zum Terrorismus und stattdessen Aufbau einer „Kultur des Friedens.“ Dazu gehören die Schaffung von übergreifenden Strukturen, um

Hetze zu begegnen, Neutralisierung aller Unterstützungskanäle für terroristische Organisationen (wie z.B. die Überweisung von Geldern an extremistische Organisationen oder Aktivitäten jener Organisationen, die unter dem Vorwand der Hilfe für Notleidende veranstaltet werden), sowie die Abschaffung aller Schulpläne, die Gewalt, Märtyrertum und Selbstmordattentate verherrlichen. Dazu gehört desweiteren eine Verpflichtung des palästinensischen Staates, das Halten von Hasspredigten in Moscheen und anderen religiösen und kulturellen Einrichtungen zu unterbinden.

- Zusammenarbeit der israelischen und palästinensischen Sicherheitskräfte bei der Beschaffung militärischer Informationen und bei Antiterroroperationen zum Verhindern des Entstehens terroristischer Infrastrukturen innerhalb des palästinensischen Staates.
- Errichtung eines Überwachungs- und Überprüfungsapparates, der beobachtet und sicher stellt, dass die palästinensische Seite sich an ihre Verpflichtung hält, Terrorismus und die Bildung terroristischer Infrastruktur zu verhindern. Internationale Beobachter können sich an diesen Bemühungen beteiligen, um die palästinensischen Sicherheitskräfte darin zu unterstützen, die notwendigen Fähigkeiten zur inneren Sicherheit auszubilden, bis hin zum Training der Sicherheitskräfte für Operationen im Feld.

Umsetzung der Entmilitarisierung

Zur Erreichung des strategischen Ziels, das Entstehen von Bedrohungen für Israel in einem Palästinenserstaat zu verhindern, ist ein Prozess von Nöten, der mehrere Stadien umfasst:



Tonnenweise Waffen wie diese hier am 2. Februar 2007 im palästinensischen Fernsehen gezeigt werden durch Untergrundtunnel von Sinai, Ägypten, nach Gaza geschmuggelt. Israelische Sicherheitsexperten warnen davor, dass, sollte das Jordantal der Autonomiebehörde überlassen werden, Waffen in die Hügel des Westjordanlandes geschmuggelt und aus einer Höhe von ca. 600 Metern auf den Großraum Tel Aviv sowie den internationalen Flughafen Ben-Gurion gefeuert werden.

Erstes Stadium – Entmilitarisierung und Sicherheitsvorkehrungen, die die Möglichkeit des Palästinenserstaates, eine Armee aufzustellen, und das Waffenarsenal der palästinensischen Sicherheitskräfte begrenzen. In diesem ersten Stadium ist Entmilitarisierung im ausgeweiteten Sinn zu verstehen, um die Entstehung von Terrorismus wie terroristischen Infrastrukturen im palästinensischen Staat zu verhindern. Diese Sicherheitsvorkehrungen dürfen Israels Fähigkeit nicht beeinträchtigen, im Verteidigungsfall auf potentielle Gefahren durch den oder aus dem Palästinenserstaat zu reagieren.

Zweites Stadium – Vorkehrungen zur Umsetzung, wozu der Einsatz internationaler Beobachter – vorzugsweise geführt von den Vereinigten Staaten – gehört, die sicher stellen, dass alle Punkte der Sicherheitsvereinbarungen erfüllt werden. Gleichzeitig kommt den palästinensischen Sicherheitskräften Unterstützung bei der Ausführung von

Aufgaben zu, die der inneren Sicherheit, der Terrorismusbekämpfung und Ausschaltung terroristischer Infrastrukturen dienen. Der Einsatz von Beobachtern sollte jedoch keinesfalls Israels Recht mindern, sich mit Hilfe der IDF selbst zu verteidigen.

Drittes Stadium – Garantie von Einflussvermögen zum Umsatz der Abkommen. Internationale und innerarabische Garantien, Apparate und Druckmittel sollen sicher stellen, dass für die palästinensische Seite die Kosten für eine Verletzung ihrer Verpflichtungen höher sind als die aus einem Bruch resultierenden Gewinne.

Natürlich kann mit der Zeit Ausmaß und Intensität der Einmischung dieser Sicherheitsvorkehrungen in das Leben der Palästinenser entsprechend der Gewährleistung von Sicherheit zurückgenommen werden. Ebenso gibt es Raum für die Länge der einzelnen Phasen bei der Umsetzung der Vorkehrungen und folglich für die Reduktion der israelischen

Sicherheitsaktivitäten und der IDF-Präsenz auf dem Gebiet des palästinensischen Staates.

Die Pflichten eines Palästinenserstaates

Von Anfang an wird der palästinensische Staat mit folgenden Bedingungen in die Verantwortung genommen werden, das Entstehen und Materialisieren von Bedrohungen gegen Israel zu unterbinden:

- Die Bewaffnung der palästinensischen Polizei und Sicherheitskräfte sowie der Einsatz der Waffen unterliegen Beschränkungen.
- Hierarchie und Struktur der Einheiten dienen dem Zweck der Polizeiarbeit und Wahrung der inneren Sicherheit, entsprechen jedoch nicht jenen militärischer Truppen mit militärischen Aufgaben.
- Der Aufbau von Sicherheitskräften von unten sollte das gegenwärtige „Dayton“-Konzept der von Seiten der Vereinigten Staaten und des Westens ausgebildeten Kräften²⁰ ausdehnen, jedoch eine höhere Fähigkeit aufweisen, Terrorismus, terroristische Infrastrukturen und Unterstützung von Terror aktiv zu bekämpfen und zu verhindern, ohne die gegenwärtige Hilfe der IDF, die für den Großteil der Antiterrormaßnahmen im Westjordanland verantwortlich ist.²¹
- Es gilt, eine „Kultur des Friedens“ zu schaffen – durch das Verbot von Aufstachelung, von der Erziehung von Schulkindern zum bewaffneten Kampf und zu Selbstmordmissionen gegen Israel und von Predigten zum Krieg gegen Israel in Moscheen und anderen Institutionen im Palästinenserstaat.
- Dem palästinensischen Staat wird nicht gestattet, militärische Bündnisse

und Kooperationen einzugehen, sowie gemeinsame Manöver mit ausländischen Armeen durchzuführen, noch militärische Einheiten außerhalb der Landesgrenzen aufzubauen.

Ein von Israel kontrollierter gemeinsamer Luftraum

Israel muss den gemeinsamen Luftraum kontrollieren, um militärische Feindaktivitäten und terroristische Gefahren aus der Luft zu verhindern, die von dem palästinensischen Staatsgebiet oder durch jenes hindurch ausgehen und gegen den jüdischen Staat gerichtet sind. Die begrenzten Ressourcen Raum und Zeit machen es unmöglich, den Luftraum aufzuteilen, dessen Breite vom Jordan im Osten zum Mittelmeer im Westen lediglich 65 Kilometer beträgt. Der gemeinsame Luftraum verlangt eine stabile Kontrolle, wobei die höhere Verantwortung bei Israel liegt, aufgrund seiner stärkeren Verwundbarkeit gegenüber militärischen und terroristischen Bedrohungen, so dass das Land unbekannte und feindliche Flugzeuge abfangen muss, bevor sie den israelischen Luftraum erreichen. Innerhalb dieses Rahmens wird ein Apparat zur Kooperation in der Frage der zivilen Luftfahrt geschaffen werden.

Besondere Sicherheitsvorkehrungen im Jordantal

Für das Jordantal sind besondere Sicherheitsvorkehrungen von Nöten, um Terrorismus sowie den Schmuggel von Waffen und das Eindringen von Terroristen über die Grenzübergänge und entlang der gesamten östlichen Grenze zu verhindern.

Angesichts einer möglichen militärischen Bedrohung von Osten muss Israel über die Fähigkeit verfügen, ausländische Armeen an der Überquerung des Jordan und dem Betreten des palästinensischen

Staatsgebietes zu hindern sowie eine feindliche Übernahme des Gebietes oder der östlichen Hänge der zentralen Hügelkette zu unterbinden.

In einer Situation, in der der zukünftige Palästinenserstaat sich derart nah an Israel befindet, wird es notwendig sein, eine wirksame Kontrolle der internationalen Grenzübergänge zu garantieren, um das Einsickern von Waffen und Waffenmaterial ins Jordantal und in den palästinensischen Staat zu verhindern.

Zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen

- Eine israelische Kontrolle strategisch verwundbarer Gebiete zum Schutz vor Angriffen von Anhöhen aus, die den Flugverkehr des internationalen Flughafen Ben Gurion im Blick haben und zur Verhinderung des Beschusses von startenden und landenden Flugzeugen durch vom palästinensischen Gebiet abgefeuerte Luftabwehrraketen.
- Überwachung der Meere durch die israelische Marine und im Rahmen internationaler Kooperation zur Festsetzung verdächtiger Schiffe, Unterbindung von Feindaktivitäten und Terrorismus zur See sowie den Schmuggel von Waffen und verbotenem Material.
- Elektromagnetische Koordination zur Verhinderung wechselseitiger Störung und Blockade der israelischen Militär- und Zivilkommunikation.²²
- Israels strategische Orte und Frühwarnstationen sollten sich vorzugsweise auf israelischem Gelände befinden. Sollten jedoch die Fähigkeiten der israelischen Nachrichtendienste darunter leiden, dann sollten diese Stationen in das Westjordanland

verlegt werden, um ausreichend Zeit zu lassen, aus dem Osten kommenden, militärischen und terroristischen Gefahren zu begegnen.

- Benötigt werden besondere Vereinbarungen und Abkommen, die es in Notfallsituationen gestatten, die IDF gegen militärische oder irreguläre Truppen zu entsenden, die den Palästinenserstaat widerrechtlich infiltrieren.

Im zweiten Stadium werden Strukturen benötigt, die den über die Jahre gelernten Lektionen Rechnung tragen, als sich die Palästinenser nicht an die zuvor getroffenen bilateralen Abkommen hielten. Dazu braucht es die Beteiligung einer Drittpartei zur Inspektion und Verifikation der palästinensischen Umsetzung der Sicherheitsverpflichtungen und israelischer Gegenmaßnahmen (wie öffentliche Bloßstellung und direktes Handeln) gegen palästinensische Vertragsverstöße. Zu den Strukturen zur Umsetzung sollten gehören:

- Überwachung und Bestätigung der Entmilitarisierung mit Hilfe von internationalen Beobachtern unter amerikanischer oder anderer Führung, auf die sich beide Seiten geeinigt haben.
- Gründliche Überwachung und Inspektion der internationalen Grenzübergänge durch die IDF und anderer Drittpartei-Beobachter – nicht jedoch durch ausländisches Sicherheitspersonal – zur Unterbindung des Schmuggels verbotener Waffen und militärisch nutzbarer Materialien, des Eindringens von Terroristen und des Transfers von Geldern und anderer Formen von Hilfe an Terrorgruppen im palästinensischen Staat.
- Überwachung der äußeren Umfassung entlang der Grenzen des palästinensischen Staates zur Verhinderung von Schmuggel

verbotener Waffen und Materialien, dem Eindringen von Terroristen oder militärischer wie irregulärer Kräfte, die Israel feindlich gesinnt sind auf das Gebiet des palästinensischen Staates.

Im dritten Stadium schließlich treten internationale Garantien und Druckmittel in Kraft, um die palästinensische Seite dazu zu bringen, sich an ihre Verpflichtungen zu halten und Israel gegen die Situation zu versichern, dass die palästinensische Seite die Sicherheitsvereinbarungen verletzt.

Rüstungsbegrenzung

Israel und die Palästinenser müssen sich auf eine Liste von erlaubten Waffen und Fähigkeiten einigen, mit denen die palästinensischen Sicherheitskräfte ihren Aufgaben entsprechend ausgestattet werden sollen. Ausgehend von den Erfahrungen, die Israel mit den militärischen Zusatzvereinbarungen im Friedensvertrag mit Ägypten und dem Truppentrennungs-Abkommen zwischen Israel und Syrien auf dem Golan gesammelt hat, weiß das Land, wie wichtig es ist, dass Fähigkeiten und Waffen spezifiziert werden – und das nicht nur für jene, die verboten sind – da es unmöglich ist, alle zukünftigen militärischen Technologien vorauszusehen. Für den Fall, dass es nur im Hinblick auf die zu verbotenden Waffen zu einer Einigung zwischen beiden Seiten kommt, sollte eine gemeinsame Struktur geschaffen werden, welche die Listen überprüft und sie regelmäßig auf den neuesten Stand bringt, sollten es veränderte Bedürfnisse und Fähigkeiten verlangen.

Entmilitarisierung ist das wichtigste Prinzip zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit und für den Aufbau von Vertrauen zwischen der Autonomiebehörde und Israel. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sie umzusetzen, von denen einige sich an den Entmilitarisierungsabkommen mit

Syrien und Ägypten orientieren.²³ Die dafür notwendigen Apparate müssen entwickelt werden, um jenen Aktivitäten zu begegnen, die nicht für alle sichtbar sind, wie die Arbeit im Untergrund, v.a. der Bau von Tunneln zwischen Sinai und Gaza und innerhalb des Westjordanlandes.

Zudem muss eine Verständigung darüber entwickelt werden, wie im Zeitalter von Kurzstreckenraketen solch kleine Gebiete wie das Westjordanland und Gaza entmilitarisiert werden können. Ohne Armee, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge werden palästinensische Vertragsverstöße nicht sichtbar. Das bedeutet, dass die zum Zweck der Entmilitarisierung eingerichteten Strukturen und Methoden der Umsetzung für die palästinensischen Fall andere zu sein haben, als jene, die bei Jordanien und Ägypten zum Einsatz kamen. Das heißt auch, dass es von ganz besonderer Bedeutung ist, substantielle Gespräche mit der Autonomiebehörde über den Aufbau von Sicherheits-, Polizei- sowie die Regierung schützenden Kräften zu initiieren, anstelle der militärischen.

Im Gegensatz zur palästinensischen Standardbehauptung, dass ein Friedensvertrag Sicherheit bringen wird, hat Israel erkannt, dass ein stabiler Frieden nur auf der Gewährleistung der lebenswichtigen Sicherheitsbedürfnisse Israels gründen kann. Jedes Abkommen wird daher eine Reduktion all jener Elemente verlangen, die Israel feindlich gesinnte Kräfte ermutigen, das Land mit größerem Nachdruck herauszufordern.

Israels Hauptziel in der Sicherheitsfrage mit den Palästinensern ist, die Entwicklung symmetrischer wie asymmetrischer militärischer Bedrohungen ebenso zu verhindern wie Terrorismus und Guerillakrieg vom Gebiet des palästinensischen Staates aus oder durch ihn hindurch. Die Möglichkeit solcher Gefahren im Rahmen eines bilateralen Abkommens anzusprechen, betrifft auch

die von Israel in Kauf genommenen kontrollierten Sicherheitsrisiken.

* Der Autor möchte an dieser Stelle dem Brigadegeneral Udi Dekel, ehem. Chef der Abteilung für Strategische Planung der IDF, für die Vorbereitung dieses Artikels zutiefst danken.

Anmerkungen

- 1 Die palästinensische Nationalbewegung lehnte die israelischen Friedensangebote 1936, 1947 nach dem UN-Teilungsplan, 1967 unmittelbar nach dem Sechstagekrieg mit den „Drei Neins“ vom Khartum (Nein zum Frieden, Nein zur Anerkennung, Nein zu Verhandlungen), 2000 bei dem Angebot palästinensischer Staatlichkeit in Camp David sowie 2008 als Teil des Annapolis-Friedensprozesses ab.
- 2 A. Abschreckung – Die Schaffung der Fähigkeit sowie die Kommunikation mit dem Gegner darüber, dass es sich bei Israel um ein Land handelt, dass seine Gegner nachhaltig zu treffen und ihnen mit militärischen Mitteln diplomatische Vorteile zu nehmen vermag. Die Zerstörung des Osirak-Reaktors in Irak ist ein Beispiel für diese Abschreckungsfähigkeit. Der im Ausland Israel zugeschriebene Angriff auf den Reaktor in Syrien wäre ebenso Beispiel des Aufbaus einer Abschreckungsfähigkeit. Aus diesen Gründen fürchtet der Iran einen israelischen Angriff. Wird die Abschreckungskraft geschwächt, steigt die Dringlichkeit, den Feind, seine Fähigkeiten und Absichten genau zu kennen.
B. Frühwarnung – Aus diesen Gründen besteht die Notwendigkeit, ein starkes nachrichtendienstliches System aufzubauen. Daher stellen die israelischen Nachrichtendienste eine derart wichtige Komponente im sicherheitspolitischen Konzept des Staates dar. Es gestattet Israel auch, nur ein kleines stehendes Herr zu unterhalten, wodurch der Staat in einer normalen Routine leben kann.
C. Resoluter Einsatz militärischer Mittel – Sollte Abschreckung scheitern und keinerlei Warnung gegeben werden oder es kommt zu einer Warnung vor neuen Fähigkeiten und Absichten des Gegners, dann ist der resolute Einsatz militärischer Mittel von Nöten, mit der der Kampf in das Gebiet des Gegners getragen wird. Aus diesen Gründen unterhält Israel eine schlagkräftige Luftwaffe, Artillerie und eine minimale Regulärtruppe, die aushalten kann, bis die Reserven mobilisiert wurden. Danach kann die gesamte Armee zum Einsatz kommen, um nach vorne gerichtete Tiefe und Abstand der Front zum Hinterland zu etablieren.
- 3 Diese Bedrohungen haben die Notwendigkeit unterstrichen, dass die israelische Sicherheitsdoktrin den Mangel an strategischer Tiefe durch folgende Prinzipien ersetzt:
 1. Tiefe nach vorn – Der Kampf wird in das Gebiet des Gegners getragen und vom strategischen Hinterland Israels distanziert.
 2. Tiefe zur Luft und im Weltraum durch die technologische Überlegenheit Israels in solchen Gebieten wie Kommunikation, Nachrichtendienst und „Kurzstreckenwaffen“ (Raketenabwehrsysteme).

3. Tiefe zur See – Die Marine ist ein strategischer Arm von extrem hoher Bedeutung zum Erreichen von Tiefe. Die Überlegenheit zur See ist notwendig zur Garantie der Freiheit der Gewässer vor und in Israel.
4. Technologische Tiefe – Diese Fähigkeit verdankt der Staat seinem intellektuellen Kapital – den speziellen Fähigkeiten der israelischen Wissenschaftler und der für die Entwicklung von Antworten auf präzise strategische Informationen wesentlichen Industrien. Israel hat spezielle Fähigkeiten auf dem Gebiet der Luftfahrtelektronik kultiviert und in fortschrittliche, in den Vereinigten Staaten gekaufte Luftfahrzeuge sowie in Marinefahrzeugen und die höheren Waffensysteme der israelischen Merkava-Panzer eingebaut. Obwohl alle diese Fähigkeiten von hoher Bedeutung sind, reichen sie doch nicht aus, um einen asymmetrischen Krieg bzw. Antiterrorkrieg zu führen. Daher hat Israel auf Grund der Bedürfnisse für den Kampf, v.a. gegen den Selbstmordterror seit 2000, Fähigkeiten von Weltklasse entwickelt, die auf der Verbindung von hochempfindlichen Sensoren und Quellen basieren (in Kombination mit menschlichen Informationen und Untersuchungen), um ein „Informationsbad“ zu schaffen, das Ziele in Echtzeit ausfindig macht. Diese Fähigkeiten haben innerhalb kürzester Zeit zu beeindruckenden Ergebnissen geführt. Schließlich muss gesagt werden, dass Israel es erstaunlich gut geschafft hat, dem Terrorismus zu begegnen, seine Fähigkeiten einzuschränken und das normale Leben im Land wieder herzustellen. Die Bewahrung und Entwicklung dieses Vermögens sind auch Bedingung zum Aufbau von Abschreckungskräften für Antiterror- und asymmetrische Kriege. Doch es ist deutlich, dass Israel v.a. dann in der Lage ist, diese Fähigkeiten effizient umzusetzen, wenn die IDF vor Ort präsent sind. Beispiel dafür ist der Unterschied zwischen den Bedrohungslagen gegenüber Israel in Gaza und im Libanon und dem Westjordanland, wo die IDF gegenwärtig stationiert sind.
- 4 Siehe Generalmajor Yoav Galant, „The Strategic Challenge of Gaza,“ *Jerusalem Issue Brief*, vol. 6, no. 28, Jerusalem Center for Public Affairs/Institute for Contemporary Affairs, 17. April 2007, <http://www.jcpa.org/JCPA/Templates/ShowPage.asp?DBID=1&TMID=111&LNID=1&FID=283&PID=0&IID=1549>. Der ehemalige Befehlshaber des israelischen Südkommandos Generalmajor Yoav Galant schätzte die Folgen des Rückzugs der IDF aus Gaza wie folgt ein: „Der Abzug aus Gaza sorgte dafür, dass sich Terrororganisationen nun neuen Methoden des Terrorismus zuwandten, wie Kassamraketen, Tunnel und Übergänge von Gaza in den Sinai und von dort in die israelische Negev-Wüste, wie geschehen beim palästinensischen Selbstmordattentat in Eilat vom Januar 2007. Die ägyptische Sinaiwüste ist dreimal so groß wie Israel und globalen wie palästinensischen Terrororganisationen ist es möglich, von diesem Gebiet aus Angriffe zu verüben. Die Zusammenarbeit von Hamas, Iran, der Hisbollah und anderen globalen Terrororganisationen schafft eine Basis gemeinsamen Wissens und erhöht ihre Motivation, was der Hamas zu Gute kommt. In Gaza existiert eine hohe Bereitschaft, Israel anzugreifen und es gibt dort jede Menge Leute mit der entsprechenden militärischen wie operationelle Erfahrung, die im Kontakt mit dem Iran stehen und von dort Rückhalt und Wissen, Munition und Sprengstoff beziehen.“ „All die verschiedenen Fraktionen in Gaza bauen ihre terroristische Infrastruktur immer besser aus ... Die Angriffe auf den Sicherheitszaun sind

- ungebrochen. Sie versuchen, den Zaun durch das Graben von Tunneln zu überwinden. Niemand kann einen Tunnel 20 Meter unter der Erde aufspüren. Sie versuchen auch immer wieder, durch den Zaun in Israel einzudringen, ohne Erfolg, doch sie haben nun eine 200 Kilometer lange Grenze zwischen Sinai und Israel zur Verfügung. Der Islamische Dschihad und die Volkswiderstandskomitees unternehmen gewaltige Anstrengungen, um ihre Selbstmordattentäter nach Israel zu entsenden. Die Hamas ist gegenwärtig nicht aktiv, doch bereit, jeden Moment loszuschlagen.“
- 5 2005 schlugen 179 Raketen in Israel ein. Der Rückzug aus dem Gazastreifen wurde im August 2005 vollzogen. Die Zahl der Raketeneinschläge sprang 2006 auf 946 – eine fünffache Zunahme. Siehe Dore Gold, „Israel’s War to Halt Palestinian Rocket Attacks,“ *Jerusalem Issue Brief*, vol. 7, no. 34, Jerusalem Center for Public Affairs/Institute for Contemporary Affairs, 3. März 2008, http://jcpa.org/JCPA/Templates/ShowPage.asp?DRIT=1&DBID=1&LNGID=1&TMID=111&FID=253&PID=0&IID=2049&TTL=Israel's_War_to_Halt_Palestinian_Rocket_Attacks.
 - 6 Generalleutnant a.D. Moshe Yaalon, *Iran’s Race for Regional Supremacy: Strategic Implications for the Middle East*, Jerusalem Center for Public Affairs, 2008, p. 11, <http://www.jcpa.org/text/iran2-june08.pdf>
 - 7 Dore Gold, „Al-Qaeda, Zarqawi, and Israel: Is There a New Jihadi Threat Destabilizing the Eastern Front?“ *Jerusalem Viewpoints*, no. 538, Jerusalem Center for Public Affairs, 1. Januar 2006. Siehe auch Generalleutnant a.D. Moshe Yaalon, „The Second Lebanon War: From Territory to Ideology,“ *Iran’s Race for Regional Supremacy*, p. 35.
 - 8 <http://www.miftah.org/Display.cfm?DocId=10400&CategoryId=21>.
 - 9 Für Beispiele siehe Galant, „The Strategic Challenge of Gaza.“
 - 10 Die von den Vereinigten Staaten und den Europäern unterstützte Präsidentengarde in Gaza, die unter der Kontrolle von PA-Präsident Mahmoud Abbas und seinem Gazaer Sicherheitschef Mohammed Dahlan die Grenzübergänge nach Gaza hätte schützen sollen, sind ein gutes Beispiel für die Art von sicherheitspolitischem Scheitern, die in jeglichem zukünftigen Abkommen vermieden werden muss. An dem Tag, an dem die Hamas im Juni 2007 die Macht in Gaza ergriff, löste sie die Präsidentengarde auf und beschlagnahmte alle ihre Waffen und ihr Kriegsmaterial – von dem vieles aus den USA stammte – nur um es schließlich gegen Israel einzusetzen.
 - 11 Die militärische Kooperation zwischen der Islamischen Republik Iran und der PLO, die durch das israelische Aufbringen des iranischen Waffenschiffes „Karine A“ 2002 offensichtlich wurde, ist ein gutes Beispiel für jene Art von gefährlichem militärischen Bündnis zwischen den Palästinensern und einem Israel feindseligen souveränen Gebilde, in diesem Fall dem iranischen Regime. 2002 erbat sich der damalige PA-Führer Yasser Arafat, dessen damaliger Stellvertreter der gegenwärtige PA-Präsident Mahmoud Abbas war, 50 Tonnen an Waffen und Munition von der Führung der Revolutionsgarden in Teheran. Das Waffenschiff wurde von israelischen Marinekommandos 500 Kilometer von Gaza entfernt im Roten Meer aufgebracht, siehe: „The PLO Weapons Ship from Iran,“ *Jerusalem Issue Brief*, vol. 1, no. 15, Jerusalem Center for Public Affairs/Institute for Contemporary Affairs, 7. Januar 2002, <http://www.jcpa.org/art/brief1-15.htm>.
 - 12 „Abbas: PLO Accepts Egyptian Plan for Palestinian Unity,“ Maan Palestinian News Agency, 27. Oktober 2008, <http://www.maannews.net/eng/ViewDetails.aspx?ID=205902>.
 - 13 Dieses Prinzip ist von bleibender Wichtigkeit. Selbst in dem Friedensvertrag mit Ägypten wurden Vorkehrungen getroffen, welches Kriegsmaterial in den Sinai gebracht werden konnte und welches verboten bleiben sollte. Mit der Zeit kommt es jedoch zu technischen Entwicklungen, neue Systeme werden perfektioniert und neue Fähigkeiten entstehen, die dreißig Jahre zuvor nicht absehbar waren.
 - 14 <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace%20Process/Guide%20to%20the%20Peace%20Process/Israel-Egypt%20Peace%20Treaty>.
 - 15 Das Prinzip der Entmilitarisierung legt fest, dass ein palästinensischer Staat auf die Fähigkeit verzichtet, Kampfflugzeuge und -hubschrauber sowie Raketen, die Israel bedrohen, zu unterhalten. Er darf auch keine Waffen entwickeln, die das Verhältnis aushebeln. Dieses Prinzip gilt ebenso für die Entwicklung von Nachrichtendiensten und Überwachung der gegenwärtigen israelischen Aktivitäten (mit anderen Worten, die Palästinenser dürfen keinerlei sicherheitspolitische und militärische Fähigkeiten entwickeln, die denen Israels gleichkommen oder den israelischen Handlungsspielraum beschränken) oder die Aufstellung einer regulären Armee. Probleme, die aus diesen Begrenzungen entstehen, können durch regionale Kooperationsstrukturen ausgeglichen werden.
 - 16 Wir haben es hierbei nicht mit einer Situation zu tun vergleichbar mit der Übergabe Hongkongs nach 99 Jahren an China oder dem amerikanischen Rückzug aus Panama. Wäre dies der Fall, dann könnten wir über eine Entmilitarisierung in Phasen diskutieren, bei denen die Palästinenser das Gefühl der Unabhängigkeit bekämen und Israel das der Sicherheit.
 - 17 Selbst zwischen Ländern, deren Beziehungen seit vielen Jahren auf Vertrauen basieren, gibt es nach wie vor entmilitarisierte Zonen, und daher gilt dies mit Nachdruck für die Palästinenser, mit denen Israel in einer historisch langjährigen Feindschaft lebt, die nicht über Nacht gelöst werden kann. Aus diesen Gründen kann Israel sich nicht gestatten, sich allein auf Abkommen und Unterschriften auf Papier zu verlassen, sondern muss auf vorbeugende Maßnahmen vor Ort bestehen.
 - 18 Für eine umfassende Überblicksdarstellung zur Rolle der Palästinensischen Nationalen Sicherheitskräfte, die unter Aufsicht von Generalleutnant Keith Dayton und mit Beteiligung der EU ausgebildet wurden, siehe: „Speech by Lt.-Gen. Keith Dayton, U.S. Security Coordinator for Israel and the Palestinian National Authority,“ Washington Institute for Near East Policy, 7. Mai 2009, <http://www.washingtoninstitute.org/html/pdf/DaytonKeynote.pdf>. Siehe auch, „U.S. Plans to Expand Program for Abbas’ Forces,“ Reuters, 27. April 2009.
 - 19 Beim Abstecken des Rahmens der Entmilitarisierung eines zukünftigen Palästinenserstaates muss eine klare Linie gezogen werden zwischen dem, was eine Armee ist, und was eine innere Polizei zur Sicherung von Regierung, Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Unterbindung von Verbrechen und Schmuggel. Letztere hätte ähnliche Aufgaben wie die von den Vereinigten Staaten finanzierten „Dayton-Truppen“ im Westjordanland erfüllten oder was

- die internationalen Grenzpatrouillen auf dem Sinai machen, unabhängig von den Verstößen gegen die Abkommen, die sich im Laufe der Zeit ereignet haben.
- 20 Seit der bewaffneten Machtübernahme in Gaza durch die Hamas 2007 hat sich die Palästinensische Autonomiebehörde einer von den Amerikaner unterstützten Sicherheitsreform unterzogen, die vor Ort von Premier Salam Fayyad geleitet und budgetiert wird. Fayyad hat im Rahmen der „Roadmap“ des Nahostquartetts mit der amerikanischen Sicherheitsreform kooperiert, um eine unabhängige Kraft zu schaffen, die die Palästinensischen Nationalen Sicherheitskräfte genannt werden – unter Palästinensern auch „Dayton-Truppen“ genannt. Ihre Ränge wurden ausgewählt und ausgebildet von amerikanischen Sicherheitsunternehmen in Jordanien unter Aufsicht von General Keith Dayton. Unter Fayyad wurden die Nationalen Sicherheitskräfte dazu mobilisiert, Recht und Ordnung in den Städten des Westjordanlandes, u.a. Dschenin, Nablus, Bethlehem und Hebron, aufzubauen. Die Vereinigten Staaten sehen die „Dayton-Truppen“ als einen der wichtigen Erfolge der Fayyad-Regierung. Der amerikanische Enthusiasmus über die frühen Erfolge hat dazu geführt, dass die Kräfte auf ca. 3500 aufgestockt wurden, sowie das Budget 2009 um nahezu 70 Prozent auf 130 Mio. Dollar stieg. Siehe „Speech by Lt.-Gen. Keith Dayton“ und „U.S. Plans to Expand Program for Abbas' Forces.“ Auch der Generalstab der IDF hat die positive Rolle der „Dayton-Truppen“ bei der Verhinderung von Gewalt im Westjordanland während des israelischen Kriegs gegen die Hamas in Gaza Anfang 2009 bemerkt. Brigadegeneral Michael Herzog, Stabschef der israelischen Verteidigungsministers Ehud Barak äußerte jedoch bei einer gemeinsamen Präsentation mit Gen. Dayton im Washington Institute for Near East Policy 2009, dass trotz der bedeutenden Verbesserung der PA-Sicherheitskräfte im letzten Jahr jene immer noch weit davon entfernt seien, die volle Verantwortung für die Sicherheit im Westjordanland zu übernehmen. Siehe: „Speech by Brig.-Gen. Michael Herzog, The Middle East Security Agenda, an Israeli Assessment,“ Washington Institute for Near East Policy, May 7, 2009, <http://www.washingtoninstitute.org/html/pdf/HerzogKeynote.pdf>.
- 21 Israel muss noch davon überzeugt werden, dass es auf der palästinensischen Seite wirksame Strukturen zur Lösung der Probleme gibt, sowie, ob Verbote und Vorbeugemaßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Israel wird dabei keine andere Option haben, als die Autorität zur Umsetzung den Palästinensern zu übertragen. Dies ist die Art Risiko, die Israel von Anfang an eingehen muss, wenn es Abkommen schließt mit einem Mangel an Vertrauen zwischen den Vertragsparteien. Beide Seiten müssen Strukturen schaffen, die konstant überprüfen und sich vergewissern, ob die palästinensischen Aktivitäten im Rahmen des Zulässigen sind, und dass sich keine substantziellen terroristischen oder militärischen Fähigkeiten entwickeln, die Israel ernsthaft schaden können. Es ist klar, dass die Palästinenser immer über einiges Potential dazu verfügen werden, wie z.B. leichte Waffen, für das es ausreichend starke Strukturen der Kontrolle und Überwachung zu geben hat. Diese müssen auch dafür sorgen, dass sich die Grenze zu Jordanien nicht in eine Schmuggelroute für Kriegsmaterial oder das Einfallstor für terroristische Elemente verwandelt, wie bereits die Philadelphi-Passage zwischen Sinai und Gaza. Die Unterbindung von Schmuggel und Infiltration sind zwei Schlüsselemente der Demilitarisierung.
- 22 Der zukünftige palästinensische Staat wird sich topografisch in einem Gebiet befinden, dass Israels strategische und zivile Heimatfront überblickt – eine Situation, die eine Störung aller drahtlosen Kommunikation ermöglicht. Folglich muss es eine Koordination mit Hilfe einer gemeinsamen Körperschaft geben, die Frequenzen und Reichweiten vergibt und über die Fähigkeit verfügt, Verletzungen unmittelbar zu korrigieren und Pflichten durchzusetzen. Da Israel die (topografisch, technologisch, und sicherheitspolitisch)verwundbarere der beiden Parteien ist – ganz sicher verglichen mit der aktuellen Situation – sollte Israel die Priorität zukommen, Frequenz- und Reichweitenvergabe durchzusetzen sowie Störsendungen und Störungen zu unterbinden.
- 23 Das Entmilitarisierungsprinzip wurde in der Vergangenheit gegenüber Ländern wie Syrien und Ägypten mit Hilfe von Aufklärungsflügen durch eine Drittpartei durchgesetzt, die alle drei Monate 10 Kilometer beider Seiten der Grenzen fotografierte. Der gleiche Film wurde sowohl den Syrern wie Israelis übermittelt. Im ägyptischen Fall sehen beide Seiten einen ähnlichen Sicherheitsfilm. Auf diese Seite ist allen klar, wer die Abkommen bricht und wer nicht. Dies ist nur eine der Methoden der Durchsetzung, allerdings nur relevant für all jene Aktivitäten, die man aus der Luft sieht. Im ägyptischen Beispiel für die Entmilitarisierung im Rahmen des Friedensvertrages von 1979 wurden bestimmte Waffen von spezifischer Reichweite verboten. Dies ist leichter als im palästinensischen Fall, da der Sinai genügend Raum bietet, um die Begrenzung der Kräfte durchzusetzen. So kann Ägypten bis zu einer Division zur „A-Linie“, ca. 50 Kilometer östlich des Suezkanals verlegen. Es gibt desweiteren Linien „B“ und „C“, bis zu 3 Kilometer von der Grenze entfernt, bis zu denen alle Waffen verboten sind. In dem Abkommen zwischen Israel und Ägypten werden jeglicher Rüstung auf dem Sinai Grenzen auferlegt, nach Kategorie des Kriegsmaterials und der Verbandsstärke, sowie gemäß der Geografie.

Erklärungen zu UN-Sicherheitsratsresolution 242 zum Nahen Osten vom 22. November 1967

Ehem. Botschafter Israels in Frankreich und in den Vereinigten Staaten; ehem. juristischer Berater des israelischen Außenministeriums

Dr. Meir Rosenne

Seit über 30 Jahren bildet die UN-Sicherheitsratsresolution 242 den maßgebenden Bezugspunkt der gesamten arabisch-israelischen Diplomatie.

Jedes bedeutende arabisch-israelische Abkommen – vom 1979 geschlossenen ägyptisch-israelischen Friedensvertrag über die Abkommen von Oslo – bezieht sich auf Resolution 242. In ausschlaggebendem Maße definierte Resolution 242 zum ersten Mal die internationalen Erwartungen über das Ausmaß eines zukünftigen israelischen Rückzugs aus Gebieten, die die israelische Armee im Sechstagekrieg von 1967 erobert hatte. Dieser Rückzug wurde an einen zwischen den Parteien zu erreichenden Frieden gekoppelt. Zudem ist Resolution 242 die Grundlage für Israels Recht auf verteidigungsfähige Grenzen.

Viel ist von internationalen Rechtsexperten, von Regierungsvertretern und den Medien über Resolution 242 geschrieben worden. Da jedoch leider viele dieser Interpretationen keinerlei Verbindung mit dem tatsächlichen Inhalt der Resolution aufweisen, ist es notwendig, ihre Bedeutung zu erläutern. In der Tat interpretieren sogar israelische Politiker

die Resolution 242 nicht ihrem Sinn entsprechend, sondern auf eine Weise, die dem Wortlaut und der klar ausgedrückten Absicht ihrer Urheber völlig zuwiderläuft.

Drei Schlüsselfragen müssen dabei unabhängig voneinander behandelt werden:

1. Wie kam es zu Resolution 242?
2. Was ist der Inhalt von Resolution 242?
3. Was ist die rechtliche Bedeutung von Resolution 242?

Die Geburt von Resolution 242

Am 7. November 1967 wandte sich die Vereinigte Arabische Republik (Ägypten) an den Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrates und beantragte eine dringende Sitzung des Rates angesichts der israelischen Weigerung, seine Truppen aus den Gebieten, die es im Sechstagekrieg im Juni 1967 erobert hatte, abzuziehen. Der Sicherheitsrat trat vom 9. bis zum 22. November 1967 zu mehreren Sitzungen zusammen.

UN-Hauptgebäude in
New York



Zwei Resolutionsentwürfe wurden dem Rat vorgelegt: Zuerst wurde ein Resolutionsentwurf von Indien, Mali und Nigeria eingebracht, dann legten auch die Vereinigten Staaten einen Entwurf vor. Während der Tagungen wurden zwei weitere Resolutionsentwürfe vorbereitet: der eine am 16. November von Großbritannien und der zweite von der Sowjetunion am 20. November 1967.

Nach einer Reihe von Debatten im Sicherheitsrat wurde nur über den britischen Entwurf abgestimmt, der letztlich einstimmig angenommen wurde. Der vorgelegte britische Text stellte eigentlich eine Kompromisslösung zwischen den verschiedenen vorgelegten Entwürfen dar. Nach seiner Verabschiedung erhielt der britische Entwurf formell die Bezeichnung Resolution 242.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass in den in der Vergangenheit in der UN-Vollversammlung abgehaltenen Debatten, in der der arabische Block eine automatische Mehrheit gegen Israel genoss, viele anti-israelische Resolutionen zum arabisch-israelischen Konflikt verabschiedet worden waren. Resolutionen der Vollversammlung stellen jedoch lediglich Empfehlungen dar und schaffen demnach keine international rechtlich bindenden Auflagen. Im Gegensatz dazu sind Resolutionen des UN-Sicherheitsrates rechtlich verbindlich, insofern sie unter Kapitel 7 der UN-Charta verabschiedet worden sind. Eine Resolution nach Kapitel 7 ist der Charta entsprechend „eine Maßnahme bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“.

Alle Anstrengungen des arabischen Blocks, Israel vor den Vereinten Nationen als Angreifer im Sechstagekrieg verurteilen zu lassen, schlugen fehl.

Die Resolution 242 passte allerdings nicht in die Kategorie einer Kapitel-7-Resolution, da Israels Verteidigungsmaßnahmen im Sechstagekrieg diese Einordnung nicht verdienen. Sie wurde dagegen unter Kapitel 6 der UN-Charta verabschiedet, das sich mit der „friedlichen Beilegung von Streitigkeiten“ beschäftigt. Somit sind also alle Anstrengungen des arabischen Blocks, Israel vor den Vereinten Nationen als den Angreifer des Sechstagekrieges verurteilen zu lassen, fehlgeschlagen. Mit Resolution 242 wurden Israel Rechte und Pflichten bezüglich der Gebiete zugesprochen, die seine Truppen eingenommen hatten.

Die rechtliche Bedeutung von Resolution 242

Resolution 242 gilt nur für „alle Staaten im Gebiet“ des Nahen Ostens. Es wird ausdrücklich festgestellt, dass es notwendig sei, „sichere und anerkannte Grenzen“ zu schaffen. Der damalige amerikanische UN-Botschafter Arthur Goldberg unterstrich diesen Punkt in seiner Ansprache vor dem Sicherheitsrat am 15. November 1967: „Historisch hat es in diesem Gebiet nie sichere und anerkannte Grenzen gegeben. Weder die Waffenstillstandslinien von 1949 noch die von 1967 entsprechen dieser Beschreibung.“

Während der Debatten im UN-Sicherheitsrat im Mai 1967 hatten alle Vertreter der arabischen Staaten erklärt, dass Israel und seine arabischen Nachbarn lediglich durch Waffenstillstandslinien getrennt und definitive politische Grenzen zwischen ihnen noch nicht eingerichtet worden seien. Es ist also klar ersichtlich, dass Resolution 242 darauf abzielte, diese Waffenstillstandslinien durch endgültige politische Grenzen zu ersetzen.

Das Wort „Palästinenser“ taucht in Resolution 242, die sich, wie schon bemerkt, nur auf bestehende Staaten bezieht, nicht einmal auf. In den



Rede des amerikanischen Botschafters bei den Vereinten Nationen Arthur Goldberg auf einer Sondersitzung der UN-Vollversammlung in New York, 19. Juni 1967.

Osloer Abkommen erkannte Israel die Selbstbestimmungsrechte der Palästinenser an. Resolution 242 wird allerdings lediglich als Grundlage für ein regionales Friedensabkommen genannt.

Resolution 242 rief Israel in keinsten Weise dazu auf, sich auf die Linien vom 4. Juni 1967 vor Ausbruch des Sechstagekrieges zurückzuziehen.

Es muss ganz klar festgestellt werden, dass Resolution 242 Israel in keinsten Weise dazu aufruft, sich auf die Linien vom 4. Juni 1967, d.h. vor Ausbruch des Sechstagekrieges, zurückzuziehen. Arabische Diplomaten haben dennoch versucht zu behaupten, die Resolution schließe jede territoriale Veränderung aus, da die Präambel der Resolution sich auf das internationale Prinzip beruft, die gewaltsame Annexion von Gebieten sei illegal. In der Präambel wird tatsächlich ausdrücklich Bezug genommen auf die „Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg“. Dieses Prinzip wurde von den Vätern der Resolution

242 allerdings in die Präambel und nicht in die rechtswirksamen Paragraphen gesetzt. In einer Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes (in der Auseinandersetzung um Danzig) wurde festgestellt, dass die Präambeln der Resolutionen des Völkerbundes nicht verbindlich sind – lediglich die rechtswirksamen Teile dieser Resolutionen können rechtliche Verantwortungen mit sich bringen. Dieses Prinzip wurde aus der Zeit des Völkerbundes in die der Vereinten Nationen übernommen.

Der Erwerb von Territorium in einem Verteidigungskrieg ist nicht zu vergleichen mit dem in einem Angriffskrieg

Es gibt einen zusätzlichen, wesentlichen Aspekt im Hinblick auf die Frage, ob der Erwerb von erobertem Territorium durch Israel 1967 als illegal betrachtet werden kann. Der als einer der führenden Experten des Völkerrechts geltende Sir Elihu Lauterpacht unterscheidet zwischen unrechtmäßiger territorialer Veränderung

durch einen Angreifer und rechtmäßiger territorialer Veränderung als Reaktion auf einen Angriff. Bei der Formulierung der Präambel bezogen sich die Väter von Resolution 242 auf bekannte internationale Rechtsprinzipien, die territoriale Veränderungen als Ergebnis von Aggression ausschlossen. Die Präambel spricht von einem „Erwerb von Territorium durch Krieg“.

War der Erwerb von erobertem Gebiet durch Israel 1967 illegal? Der als einer der führenden Experten des Völkerrechts geltende Sir Elihu Lauterpacht unterscheidet zwischen unrechtmäßiger territorialer Veränderung durch einen Angreifer und rechtmäßiger territorialer Veränderung als Reaktion auf einen Angriff.

Der Fall eines Verteidigungskrieges als Reaktion auf einen Angriff schafft einen völlig anderen Tatsachenbestand. Diese Unterscheidung wurde ebenfalls von Stephen Schwebel getroffen, der später als Rechtsberater des US-Außenministeriums fungierte und Präsident des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag wurde. Die Präambel von Resolution 242 bedeutete einen Kompromiss, der auch die anderen Entwürfe berücksichtigte, die dem Sicherheitsrat vorlagen, obwohl sie für Israels Fall nicht wirklich relevant waren. Durch ihre Beibehaltung in der Präambel und nicht im rechtswirksamen Teil der Resolution haben die Väter von Resolution 242 es vermieden, rechtliche Auflagen für Israel zu schaffen, die dahingehend ausgelegt werden könnten, dass die Resolution etwas anderes fordert als neue „sichere und anerkannte Grenzen“ gegenüber den Linien von 1967.

Sowjetische Versuche, Resolution 242 abzuändern, schlugen fehl

Ein weiteres Argument, das arabische Diplomaten im Laufe der Jahre immer wieder vorgebracht haben, bezieht sich auf den Unterschied zwischen dem englischen Wortlaut der Rückzugsklausel, die von einem „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“ spricht und dem französischen Wortlaut, der mit „retrait des forces armes Israéliennes des territoires occupés lors du récent conflit“ zum „Rückzug israelischer Streitkräfte aus den Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“ aufruft. Der englische Text verzichtet absichtlich auf den bestimmten Artikel „den“ vor dem Wort „Gebieten“ und lässt das Ausmaß der Territorien, aus denen sich Israel eventuell zurückziehen hätte, unbestimmt. Der französische Text ist dagegen eine ungenaue Übersetzung – „des territoires“ bestimmt „die Gebiete“ und wäre daher besser mit „de territoires“ übersetzt worden.

Die UdSSR stellte am 20. November 1967 den Antrag, eine Klausel einzubauen, nach der sich Israel auf die Vorkriegslinien vom 4. Juni 1967 zurückziehen hätte. Dieser Wortlaut wurde zurückgewiesen.

1967 waren tatsächlich Französisch und Englisch die einzigen offiziellen Sprachen der UN – einige Zeit später kamen andere Sprachen dazu. Bei widersprüchlichen Texten, die auf Sprachunterschiede zurückzuführen sind, gilt nach üblichem Verfahren der Text, der ursprünglich dem Sicherheitsrat vorgelegt worden war. Bei Resolution 242 handelte es sich bei dem Resolutionsentwurf um einen britischen Text, der selbstverständlich in englischer

Sprache abgefasst war. Ein anderer, französischer Text war von Mali und Nigeria vorgelegt worden, über den aber nicht abgestimmt worden war. Die UdSSR stellte am 20. November 1967 den Antrag, eine Klausel einzubauen, die von Israel verlangt, sich auf die Vorkriegslinien des 4. Juni 1967 zurückzuziehen. Dieser Wortlaut wurde jedoch abgelehnt. Die bloße Tatsache, dass die sowjetische Delegation versuchte, den britischen Entwurf durch einen Zusatz abzuändern, bildet einen weiteren Hinweis darauf, dass der britische Text keinen vollständigen israelischen Rückzug verlangte. Nach der Verabschiedung von Resolution 242 gab der stellvertretende sowjetische Außenminister Vasily Kuznetsov tatsächlich zu: "Es gibt sicher einen großen Spielraum für verschiedene Interpretationen, die Israel das Recht zuschreiben, neue Grenzen zu erstellen und seine Streitkräfte nur bis zu den Linien zurückzuziehen, die es für angemessen erachtet".

Nach der Verabschiedung von Resolution 242 gab der stellvertretende sowjetische Außenminister zu: "Es gibt sicher einen großen Spielraum für verschiedene Interpretationen, die Israel das Recht zuschreiben, neue Grenzen zu erstellen und seine Streitkräfte nur bis zu den Linien zurückzuziehen, die es für angemessen erachtet".

Darüber hinaus bezieht sich die Resolution 242 selbst auf die Notwendigkeit, „sichere und anerkannte Grenzen“ einzurichten, die, wie schon festgestellt wurde, nicht mit den vorherigen Waffenstillstandslinien identisch sein sollten. Wenn der UN Sicherheitsrat die Absicht gehabt hätte, wie es der unkorrekte französische Text anklingen lässt, einen vollständigen israelischen Rückzug aus

allen Territorien zu erzielen, wäre es nicht notwendig, einen Wortlaut in die Resolution einzubringen, der das Festlegen neuer Grenzen fordert. Der britische UN-Botschafter Lord Caradon, welcher dem Sicherheitsrat den Text vorgelegt hatte, der später die verabschiedete Fassung von Resolution 242 werden sollte, erklärte später bei mehreren Gelegenheiten öffentlich, dass keinerlei Absicht bestand, einen israelischen Rückzug auf die Linien von 1967 zu verlangen.

Ab und zu wird das Argument vorgebracht, dass nach Resolution 242 die Besetzung von Gebieten illegal sei. Wie bei der Analyse der Präambel von Resolution 242 schon dargelegt, besteht ein internationales Rechtsprinzip gegen „den Erwerb von Territorium durch Krieg“. In Resolution 242 steht jedoch keinerlei Hinweis darauf, dass die Besetzung von Territorium als illegal zu betrachten wäre. Daher ist die Behauptung falsch, dass die Besetzung der von Israel im Sechstagekrieg von 1967 eroberten Gebiete nach Resolution 242 illegal sei, vor allem auch, da Israel durch die Aggression arabischer Staaten ein Dreifrontkrieg aufgezwungen worden war.

Resolution 242 und das Flüchtlingsproblem

Resolution 242 widmet sich auch der Lösung des Flüchtlingsproblems. Während der Formulierungsphase der Resolution forderten die arabischen Staaten eine ausdrückliche Bezugnahme auf die arabischen Flüchtlinge. Ihr Antrag wurde jedoch nicht angenommen. US-Botschafter Arthur Goldberg betonte wiederholt, dass die Flüchtlingsklausel in Resolution 242 auch die Auflage mit einbezieht, die Anliegen der jüdischen Flüchtlinge zu berücksichtigen, die seit 1948 aus arabischen Staaten ausgewiesen worden waren und ihren gesamten Besitz verloren hatten.

Um zu verstehen, in welchem Ausmaß Resolution 242 die Grundlage für eine Friedensregelung im Nahen Osten bildete (und darüber hinaus, welche Bedeutung Israel ihrem Inhalt beimaß), ist es notwendig, die Entwicklung zu betrachten und daran zu erinnern, dass die USA und Israel im Dezember 1973, kurz vor der Genfer Friedenskonferenz, ein Abkommen mit einer spezifischen Klausel unterzeichnet hatten, die lautete:

„Die Vereinigten Staaten weigern sich und werden gegebenenfalls gegen jede dem Sicherheitsrat vorgelegte Initiative stimmen, deren Absicht es ist, den Auftrag der Genfer Friedenskonferenz abzuändern oder Resolutionen 242 und 338 in einem Maße abzuändern, das mit ihrer ursprünglichen Ausrichtung unvereinbar ist.“ (Paragraph 4)

Diese Verpflichtung stellte damals in den Augen einer Reihe von US-Senatoren etwas ganz Außergewöhnliches dar und führte dazu, dass die Rechtsberater des Senats befragt wurden, ob sie in Übereinstimmung mit dem amerikanischen Recht stehe. Was sie so beunruhigte, war die Tatsache, dass entsprechend der oben erwähnten Klausel, die Nixon-Regierung eine Richtlinie für die Außenpolitik der Zukunft schuf, die durch ein Abkommen mit einem fremden Staat festgelegt worden war und nicht durch eine Regierungsentscheidung. Dennoch stellte der Rechtsberater des Senats fest, dass die Verpflichtung der Nixon-Regierung Israel gegenüber einen rechtlichen Anspruch genießt. Es muss hier unterstrichen werden, dass diese Klausel weiterhin berücksichtigt wurde, sogar bei den im weiteren Verlauf unterzeichneten Abkommen mit den Vereinigten Staaten.

Schlussfolgerungen

Die UN-Sicherheitsratsresolution 242 dient – zusammen mit Resolution 338 – als einzig anerkannte rechtliche Grundlage für die Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts, die sowohl für Israel als auch für die arabischen Staaten akzeptabel ist. (Durch die Annahme von Resolution 338, die auf eine auf Resolution 242 basierende Lösung des Konflikts Bezug nimmt, akzeptierte Syrien nach dem Yom-Kippur-Krieg von 1973 auch die Resolution 242). Die Elemente von Resolution 242, die bei jeder Diskussion um ihre Bedeutung zu berücksichtigen sind, beinhalten:

- Resolution 242 ist nicht eigenverpflichtend; es wird nicht von Israel erwartet, dass es sich unilateral aus Gebieten zurückzieht, um ihre Auflagen zu erfüllen. Als Kapitel-6-Resolution verlangt sie direkte Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. (Im Gegensatz dazu waren UN-Resolutionen zum Irak eigenverpflichtend unter Kapitel 7 der UN-Charter. Sie verlangten vom Irak, sich ohne Verhandlungen aus Kuwait zurückzuziehen.)

Resolution 242 ist nicht eigenverpflichtend; es wird nicht von Israel erwartet, dass es sich unilateral aus Gebieten zurückzieht, um ihre Auflagen zu erfüllen. Sie verlangt direkte Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn.

- Sie enthält keine Verurteilung der israelischen Besetzung der Gebiete, die die israelische Armee 1967 eroberte, noch wird die israelische Besetzung der Gebiete als „illegal“ definiert.

Die verschiedenen Elemente der Resolution müssen parallel zueinander durchgeführt werden. Es besteht keinerlei Pflicht für Israel, sich vor dem Erreichen eines umfassenden Friedens zurückzuziehen.

- Es gibt keine Forderung an Israel, sich vollständig aus den von ihm 1967 eroberten Gebieten zurückzuziehen. Während sich Israel, im Rahmen seines Friedensvertrags mit Ägypten zu einem vollkommenen Rückzug bereit erklärte, bildete der ägyptische Fall keinen Präzedenzfall für andere Fronten. Die Ägypter haben tatsächlich versucht, eine Bezugnahme in die Verträge von Camp David einzufügen, mit einem Hinweis darauf, dass der ägyptisch-israelische Friedensvertrag die Hauptgrundlage für zukünftige Abkommen mit anderen arabischen Staaten bilden solle. Was letztlich allerdings festgehalten wurde, war ein wichtiger Vorbehalt, der das ägyptische Modell einschränkte auf „soweit angemessene“ andere Fälle.
- Resolution 242 enthält keinen Verweis auf ein palästinensisches „Rückkehrrecht“.
- Das aus der Resolution hervorgehende Hauptprinzip besagt, dass zwischen den Parteien alles Verhandlungssache bleibt.

Die Vereinigten Staaten und das Konzept „Verteidigungsfähiger Grenzen“: UN-Sicherheitsratsresolution 242 und Israels Sicherheit aus amerikanischer Perspektive

Dr. Dore Gold

Präsident des
Jerusalem Center
for Public Affairs;
ehem. Botschafter
Israels bei den
Vereinten Nationen

Die amerikanische Haltung: Kein Zurück zu den 1967er Linien

Historisch gesehen haben die Vereinigten Staaten immer die israelische Interpretation der UN-Sicherheitsratsresolution 242 unterstützt, die in Folge des Sechstagekrieges am 22. November 1967 verabschiedet wurde und keinen vollständigen Rückzug zu den Waffenstillstandslinien von 1949 (mitunter nachlässig auch als „1967er Grenzen“ bezeichnet) verlangt. Darüber hinaus haben sowohl demokratisch wie republikanisch geführte US-Administrationen sich für das Anrecht Israels auf „verteidigungsfähige Grenzen“ ausgesprochen. Mit anderen Worten, der amerikanische Rückhalt für diese Art Grenzen wurde von beiden Parteien getragen bis hin zu seiner letzten Affirmation unter Präsident George W. Bush im April 2004. Er wurzelt in der langjährigen amerikanischen Unterstützung der israelischen Sicherheit, die weit über die verschiedenen juristischen Interpretationen von UN-Resolutionen hinausgeht.

Wieso ist es so wichtig, sich diese amerikanische Position vor Augen zu halten? Zum Ersten, weil es zwar stimmt, dass am Ende sich Israel und die Palästinenser untereinander als Teil von Verhandlungen auf den Grenzverlauf einigen müssen, die amerikanische Haltung zur Grenzfrage aber ganz direkt die Erwartungsebene der arabischen Seite im Hinblick auf das Ausmaß der israelischen Konzessionen beeinflusst. In dem Maße, in dem die Vereinigten Staaten ihre Forderungen an Israel beschränken, sei es durch Erklärungen des Präsidenten oder Stellungnahmen des US-Außenministeriums, müssen sich die arabischen Staaten und die Palästinenser mit einem begrenzteren Rahmen eines möglichen israelischen Rückzugs begnügen. Auf diese Weise beeinflussen politische Stellungnahmen der Amerikaner die Frage, ob die arabisch-israelischen Differenzen am Verhandlungstisch ausgeräumt werden können oder ob sie einfach zu weit auseinanderliegen.

Zum Zweiten gibt es eine entsprechende Dynamik. In der Vergangenheit haben

Sitzung des UN-
Sicherheitsrats, 23. Mai
2002.



es arabische Diplomaten bevorzugt, israelische Zugeständnisse durch internationale Gremien, wie die UN – oder sogar durch die Vereinigten Staaten selbst – zu erpressen, um auf diese Weise das Ausmaß der eigenen Konzessionen zu reduzieren. In diesem Szenario könnte die UN mit amerikanischer Billigung die Rahmenbedingungen eines israelischen Rückzugs aus dem Westjordanland festlegen, die Israel gezwungen wäre zu erfüllen, während die arabischen Staaten nur minimale bilaterale Verpflichtungen bieten würden. Tatsächlich war es der ägyptische Präsident Anwar Sadat, der sagte, dass die Vereinigten Staaten „99 Prozent der Karten“ des Friedensprozesses in der Hand hielten, bevor er den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag von 1979 unterzeichnete. Wenn die arabischen Staaten also begreifen, dass die USA Israel nicht einfach nach ihrem Gutdünken ausliefern, dann sind sie gezwungen, mit Israel direkt zu verhandeln.

Israelisches Missverständnis über die amerikanische Position

Trotz dieser entscheidenden Bedeutung der traditionellen amerikanischen Haltung zur Resolution 242 hat es in der Vergangenheit innerhalb der israelischen Regierung immer wieder beträchtliche Missverständnisse darüber gegeben. Allzu häufig irren israelische Diplomaten, wenn sie behaupten, Israel müsse sich nach amerikanischer Auffassung zu den Linien von 1967 zurückziehen, allenfalls noch mit dem Zusatz, dass geringfügige Grenzmodifikationen gestattet würden. Jene israelischen Politiker, die über die eigentliche Position der Amerikaner im Unklaren sind, tendieren dazu zu glauben, dass Israel keine Alternative hat, als diese Politik als Fakt zu akzeptieren und somit Israels Recht auf verteidigungsfähige Grenzen aufzugeben.

Im Laufe der Jahre haben amerikanische Regierungen kontinuierlich und ausdrücklich erklärt, dass sie einen israelischen Rückzug zu den Linien von 1967 ablehnen und stattdessen Israels Recht auf verteidigungsfähige Grenzen unterstützen.

Eine gründliche Analyse der Entwicklung der amerikanischen Position hinsichtlich Resolution 242 ergibt jedoch, dass diese „maximalistische“ Interpretation der US-Politik von Grund auf falsch ist. Tatsächlich haben seit dem Sechstagekrieg die verschiedenen amerikanischen Regierungen im Laufe der Jahre eine bemerkenswerte Flexibilität hinsichtlich des von ihnen erwarteten Ausmaßes eines israelischen Rückzugs erwiesen. Es stimmt allerdings, dass mitunter bürokratische Teile des US-Außenministeriums – v.a. jene Diplomaten in der Abteilung für nahöstliche Angelegenheiten – eine härtere Haltung zu der israelischen Rückzugsverpflichtung eingenommen haben. Doch die Frage wurde nicht auf ihrer Ebene entschieden. Tatsächlich gingen in der Vergangenheit amerikanische Regierungen in Folge sogar so weit, ausdrücklich zu erklären, dass sie einen israelischen Rückzug zu den Linien von 1967 ablehnen und stattdessen Israels Recht auf verteidigungsfähige Grenzen unterstützen.

Worin gründet sich diese amerikanische Unterstützung Israels? Es gilt sich in Erinnerung zu rufen, dass Resolution 242 von den britischen und amerikanischen UN-Botschaftern Lord Caradon und Arthur Goldberg zusammen erarbeitet wurde. Dies gilt insbesondere für die „Rückzugsforderung“ der Resolution, die die israelischen Truppen dazu aufrief, sich „aus Gebieten“ zurückzuziehen, nicht jedoch „aus allen Gebieten“ oder „aus den Gebieten“, wie es die Sowjetunion verlangt hatte.



Präsident Lyndon B. Johnson, 17. November 1967. Am 22. November stimmte der UN-Sicherheitsrat einstimmig für die Resolution 242, die Israel dazu aufrief, sich „aus Gebieten“ hin zu „sicheren und anerkannten Grenzen“ zurückzuziehen. Johnson weigerte sich, den Forderungen des sowjetischen Premiers Alexei Kossygin nachzugeben, dass Israel sich „aus allen Gebieten“ zu den Vorkriegslinien zurückzöge. Johnson betonte, dass Israel „anerkannte Grenzen“ benötige, die „Sicherheit gegen Terror, Zerstörung und Krieg“ böten.

Die Auslassung des bestimmten Artikels „den“ aus der Rückzugsforderung war weder von dem auf unterer Ebene arbeitenden, mit der Abfassung beauftragten juristischen Team entschieden worden, noch von den Botschaftern. Es handelte sich auch nicht um ein Versehen oder einen kleinlichen Legalismus. Die Entscheidung fiel auf der höchsten Ebene der amerikanischen Regierung und war

Gegenstand direkter Kommunikation zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml. Tatsächlich hatte der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson persönlich entschieden, dass es wichtig wäre, diese Formulierung beizubehalten, trotz Druck des sowjetischen Premiers Alexei Kossygin, der versuchte, durch strengere Zusätze einen vollständigen israelischen Abzug zu verlangen.¹

Die Bedeutung von Resolution 242 war allen an der Abfassung Beteiligten absolut klar. Entsprechend konnte Joseph P. Sisco, der spätere amerikanische Unterstaatssekretär für nahöstliche und südasiatische Angelegenheiten, die Resolution in einem *Meet the Press*-Interview einige Jahre später mit den Worten kommentieren: „Ich war an den Verhandlungen über die Resolution monatelang beteiligt. Diese Resolution fordert keinen, vollständigen Abzug.“² Diese Haltung war damals mit den Briten abgestimmt worden. George Brown, 1967 britischer Außenminister in der Labour-Regierung von Premier Harold Wilson, fasste die Resolution 242 wie folgt zusammen: „Der Vorschlag lautete, Israel wird sich ‚aus Gebieten, die besetzt wurden, zurückziehen‘, nicht jedoch ‚aus den besetzten Gebieten‘, was so viel heißt wie, dass Israel sich nicht aus allen Gebieten zurückziehen wird.“³

US-Präsident Johnson: die 1967er Linie – ein Rezept für neue Feindseligkeiten

Das Beharren des amerikanischen Präsidenten Johnson auf eine territoriale Flexibilität in der Resolution 242 lässt sich bis zu einigen seiner Bemerkungen vom 19. Juni 1967 zurückverfolgen, unmittelbar nach dem Sechstagekrieg. Johnson sagte damals, dass „eine sofortige Rückkehr zur Situation vom 4. Juni“ – also vor Ausbruch des Krieges – „kein Rezept für den Frieden, sondern für neue Feindseligkeiten“ sei. Er bemerkte, dass die alten „Waffenstillstandslinien“ „brüchig und verletzt“ gewesen seien. Was benötigt werde, so Johnson, seien „anerkannte Grenzen“, die „Sicherheit gegen Terror, Zerstörung und Krieg“ böten.⁴

Eine Reihe von Schlüsselfiguren trug zu dieser Perspektive hochrangiger Politiker der Johnson-Administration auf die israelischen Sicherheitsbedürfnisse nach dem Sechstagekrieg bei. Der amerikanische

Verteidigungsminister Robert McNamara fragte z.B. den Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs (JCF), General Earl Wheeler, wie groß denn das „Minimalgebiet“ wäre, das Israel berechtigt sei zu behalten, „um sich eine effektivere Verteidigung zu gestatten.“

Wheeler antwortete in einem Memorandum vom 29. Juli 1967, das zu folgender Schlussfolgerung kam: „Aus rein militärischer Perspektive müsste Israel einen Teil der eroberten arabischen Gebiete einbehalten, um militärisch verteidigungsfähige Grenzen zu besitzen.“ V.a. für das Westjordanland schlugen die JCF eine Grenze „entlang des höher gelegenen Terrains, von dem der Jordan übersehen wird“ vor und erwogen die Verlegung der Verteidigungslinie auf den Gebirgskamm.⁵

Doch es gab auch andere Gründe, weshalb eine Verschiebung der vorherigen Waffenstillstandslinien von 1949 der Sicherheit wegen hätte in Betracht gezogen werden können. Artikel II des damaligen Waffenstillstandsabkommens stellte fest, dass es die Rechte der Parteien oder deren zukünftige Ansprüche vorweg nehme, da es „allein von militärischen Erwägungen“ diktiert worden sei. In Konsequenz hatte man die alte Waffenstillstandslinie auch nicht als internationale Grenze anerkannt. Am 31. Mai 1967 betonte der jordanische UN-Botschafter diesen Punkt nur wenige Tage vor Ausbruch des Sechstagekrieges – das alte Waffenstillstandsabkommen habe „die Grenzfrage nicht geklärt.“⁶

Botschafter Goldberg wies einige Zeit später auch auf einen anderen Aspekt der Politik der Johnson-Administration hin, die sich in der Sprache der UN-Vorschläge widerspiegelte: „Resolution 242 bezieht sich in keinsten Weise auf Jerusalem. Diese Auslassung geschah vorsätzlich.“⁷ Die Vereinigten Staaten beabsichtigten nicht, eine Wiederherstellung des *status quo ante* in Jerusalem vorzuschlagen, wenngleich folgende US-Regierungen mitunter die

israelischen Baumaßnahmen in den eroberten Teilen Ostjerusalems kritisieren würden.

Innerhalb weniger Jahre spiegelte die US-Diplomatie die Idee wieder, dass Israel einen Anspruch darauf hätte, die vor-1967er Linien zu ändern. Anfänglich waren die öffentlichen Aussagen der Nixon-Regierung dazu tatsächlich minimalistisch. Außenminister William Rogers erklärte 1969, dass es „unwesentliche Abänderungen“ bei den Linien von 1967 geben würde. Damals wurde diese Politik Rogers' massiv von Seiten Stephen W. Schwebels kritisiert, dem geschäftsführenden Direktor der American Society of International Law, der später Rechtsberater des amerikanischen Außenministeriums werden und am Internationalen Gerichtshof in Den Haag dienen würde. In einem Text im *American Journal of International Law* (64/344, 1970) erinnerte Schwebel Rogers an die rechtlichen Ansprüche Israels im Westjordanland: „Hat der bisherige Inhaber des Territoriums dieses unrechtmäßig erworben, so verfügt der Staat, der das Gebiet in Folge eines legitimen Akt der Selbstverteidigung erwirbt, über einen größeren Rechtsanspruch gegenüber dem bisherigen Inhaber.“

Völkerrechtsexperten waren sich dessen bewusst, dass Jordanien 1948 widerrechtlich in das Westjordanland einmarschiert war und es besetzt gehalten hatte, bis Israel es schließlich 1967 in einem Selbstverteidigungskrieg eroberte. Tatsächlich hatten nur zwei Länder in der Welt die jordanische Souveränität im Westjordanland von 1948 und 1967 anerkannt: Großbritannien und Pakistan. Selbst die arabischen Staaten hatten dem jordanischen Gebietsanspruch ihre Anerkennung verweigert. Mit anderen Worten, Schwebel sah den israelischen Anspruch auf eine Abänderungen der Linien von 1948 nicht darin begründet, dass es vorher verletzbar gewesen war, sondern eher darin, dass es 1967 Opfer einer Aggression wurde.

Völkerrechtsexperten waren sich dessen bewusst, dass Jordanien 1948 widerrechtlich in das Westjordanland einmarschiert war und es besetzt gehalten hatte, bis Israel es schließlich 1967 in einem Selbstverteidigungskrieg eroberte.

Präsident Nixon: „Kein Zurück“ für Israel zu den Linien von 1967

Rogers wurde bald von Henry Kissinger ersetzt, dem Nationalen Sicherheitsberater Nixons, der von der Position seines Vorgängers dezidiert abwich. Schon 1973 hatte Nixon in später veröffentlichten privaten Unterredungen mit Kissinger im Hinblick auf die Linien von 1967 zugegeben: „Sie und ich, wir beide wissen, dass es kein Zurück zu den alten Grenzen für sie [die Israelis] geben kann.“⁸ Dies wurde im September 1975 während des Sinai-II-Abzugsabkommens unter der Ford-Administration deutlich. Während es in diesem Abkommen um den zweiten israelischen Rückzug von der Halbinsel Sinai ging, gelang es dem damaligen israelischen Premier Yitzhak Rabin eine Reihe von Übereinkünften mit den Vereinigten Staaten zu erzielen, die die anderen Schauplätze des arabisch-israelischen Friedensprozesses abdeckten. So ließ z.B. US-Präsident Ford Premier Rabin einen Brief zur Zukunft der Golanhöhen zukommen, in dem es hieß:

„Die Vereinigten Staaten haben keine endgültige Position zur Grenzfrage entwickelt. Sollte es dazu kommen, dann wird der israelischen Position großes Gewicht verliehen werden, dass jedes Friedensabkommen mit Syrien auf einem israelischen Verbleib auf dem Golan gründen muss.“⁹

Diese sorgsame Formulierung machte nicht deutlich, ob die Vereinigten Staaten

eine israelische Souveränität über die Golanhöhen wirklich akzeptieren würden oder einfach nur eine fortgesetzte Präsenz der israelischen Streitkräfte auf dem Golan-Plateau. In jedem Fall sah der Brief Fords keinen vollständigen Rückzug Israels zu den Linien von 1967 oder auch nur eine geringfügige Modifizierung der Linien am See Genezareth vor.

Die Langlebigkeit präsidentaler Verpflichtungen: Der Ford-Brief

Die Einzelheiten des Ford-Briefes sind nicht einfach ein akademischer Forschungsgegenstand irgendwo in den Archiven der amerikanischen Diplomatiegeschichte. Man muss sich vor Augen halten, dass die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtung zum Inhalt des Ford-Briefes ausdrücklich vor der Madrider Friedenskonferenz 1991 erneuert haben, als der amerikanische Außenminister James Baker dem israelischen Premier Yitzhak Shamir einen Brief mit Zusicherungen übermittelte. Darüber hinaus erhielt der damalige israelische Premier Benjamin Netanyahu 1996 eine erneute Verpflichtung der Clinton-Administration gegenüber dem Ford-Brief unmittelbar vor der Eröffnung der israelisch-palästinensischen Verhandlungen über Hebron. Mit anderen Worten, die amerikanischen Zusicherungen werden als langlebige Verpflichtungen behandelt, die nach amerikanischen Gepflogenheiten von einer Regierung zur nächsten weiter dauern.

Präsident Reagan: Keine Aufforderung zur Rückkehr zu den Grenzen von vor 1967

Es war die Regierung unter Präsident Ronald Reagan, die sich am nachdrücklichsten für das israelische Anrecht auf verteidigungsfähige Grenzen aussprach, unmittelbar nachdem Präsident Jimmy Carter den amerikanisch-

israelischen Verständigungen der Ford-Kissinger-Zeit scheinbar eine nur lauwarmer Unterstützung hatte zukommen lassen. Am 1. September 1982 hielt Reagan eine Ansprache, die später als der „Reagan-Plan“ bekannt wurde, in der er betonte: „In den Grenzen von vor 1967 war Israel an seiner schmalsten Stelle gerade mal 15 Kilometer breit. Der größte Teil der israelischen Bevölkerung lebte innerhalb der Reichweite feindlicher Artillerie. Ich werde Israel nicht dazu auffordern, erneut unter diesen Bedingungen zu leben.“ Reagan entwickelte eine flexible Formel für einen israelischen Rückzug: „Das Ausmaß, in dem von Israel die Aufgabe von Gebieten verlangt wird, wird im wesentlichen durch das Ausmaß von Frieden und Normalisierung bestimmt.“¹⁰ Sein Außenminister George Shultz wurde in einer Rede vom September 1988 sogar noch deutlicher darüber, was dies bedeutet: „Israel wird nie über die Grenzen von 1967 verhandeln oder zu ihnen zurückkehren.“¹¹

Was wollte Shultz damit sagen? Erkannte er damit das israelische Recht an, große Teile des Westjordanlandes einzubehalten? Ein halbes Jahr zuvor hatte er bei der Erwägung von Alternativen zu einem vollständigen israelischen Rückzug zu den 1967er Linien eine eindrucksvolle diplomatische Kreativität an den Tag gelegt. Er schlug sogar etwas vor, das im Unterschied zu einem „territorialen Kompromiss“ im Westjordanland eine Art „funktionaler Kompromiss“ sein würde. Shultz empfahl, dass das Westjordanland zwischen Israel und Jordanien aufgeteilt werden sollte, und zwar gemäß unterschiedlicher Regierungsfunktionen und nicht gemäß einer neuen Grenzziehung. In einer Rede vor dem Council on Foreign Relations vom Februar 1988 bekräftigte er: „die Bedeutung von Souveränität und Territorium ist im Wandel begriffen, und was eine nationale Regierung oder irgendeine Einheit, die glaubt, sie hätte die Souveränität oder Rechtsprechung über ein Gebiet, kontrollieren kann, sind verschiedene Gänge der Gangschaltung.“¹²



In seinen Memoiren ging Shultz auf seine Rede von 1988 ein. Er schrieb, dass er sowohl mit israelischen wie auch jordanischen Politikern im Sinne dieser Rede gesprochen hätte und erklärte, „wer kontrolliert was ... wird sich natürlich unterscheiden hinsichtlich der verschiedenen Funktionen wie äußere Sicherheit, Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, Zugang zu den begrenzten Vorräten an Wasser, Organisation von Bildung, Gesundheit und anderen öffentlichen Einrichtungen usw.“¹³ Unter dem Strich wollte dieser Ansatz die israelischen Sicherheitsinteressen bewahren und Israel verteidigungsfähige Grenzen bieten, die sich beträchtlich von den 1967er Linien unterscheiden.

Bekräftigung der verteidigungsfähigen Grenzen unter Clinton

Die amerikanische Unterstützung verteidigungsfähiger Grenzen war ganz offensichtlich eine Angelegenheit beider

amerikanischen Parteien geworden und setzte sich in den Neunzigern fort, als die Palästinenser nun anstelle von Jordanien den primären Anspruch auf das Westjordanland erhoben. Beim Abschluss des Hebron-Protokolls 1997 schrieb US-Außenminister Warren Christopher ein Brief mit Zusagen an Premier Benjamin Netanyahu. Im Christopher-Brief hielt die Clinton-Administration im Wesentlichen fest, dass sie Israel im Hinblick auf seine Sicherheitsbedürfnisse nicht in Frage stellen werde: „ein Markenzeichen der amerikanischen Außenpolitik bleibt unsere Verpflichtung zur Zusammenarbeit im Bemühen zur *Umsetzung der Sicherheitsbedürfnisse, die Israel definiert hat.*“ (Hervorhebung d. Verf.). Dies hieß nichts anderes, als dass Israel letztlich über seine Verteidigungsbedürfnisse selbst entscheiden würde. Christopher fügte noch hinzu: „Schließlich möchte ich noch einmal unsere Haltung betonen, dass Israel ein Anrecht auf sichere und *verteidigungsfähige Grenzen* (Hervorhebung d. Verf.) hat, die auf direktem Weg mit seinen Nachbarn ausgehandelt und vereinbart werden sollten.“¹⁴

Präsident Ronald Reagan, 20. Januar 1981. Der Reagan-Plan von 1982 rief Israel dazu auf, verteidigungsfähige Grenzen zu behalten, während der damalige US-Außenminister George Shultz ausdrücklich betonte: „Israel wird nie über die Grenzen von 1967 verhandeln oder zu ihnen zurückkehren.“

Der Christopher-Brief von 1997 war dahingehend bedeutsam, da er zeigte, in wie weit die Vereinigten Staaten Israel das Urteilsvermögen über seine Sicherheitsbedürfnisse überließen. Damals sollte Israel „spezifizierte sicherheitsstrategische Orte“ als Teil der Restationierung seiner Truppen im Rahmen des Osloer Abkommens bestimmen. Christopher äußerte an anderer Stelle, dass die Festlegung dieser Orte in der israelischen Verantwortung läge. Diese Garantien beinhalteten implizit eine Zusicherung: dass die Vereinigten Staaten das israelische Urteilsvermögen darüber, was für die israelische Sicherheit erforderlich sei, nicht in Frage stellen würden.

Zusammengefasst heißt dies, dass es keinen Grund für die Behauptung gibt, die Vereinigten Staaten hätten traditionell von Israel entweder einen vollständigen oder einen nahezu vollständigen Abzug aus den im Sechstagekrieg eroberten Gebieten verlangt. Dies gilt besonders für Westjordanland und Gazastreifen, wo zuvor nichts anderes als 1949 gezogene Waffenstillstandslinien in Kraft waren, die nichts anderes zeigten, als wo die kämpfenden Armeen ihre Vorstöße stoppten und wo es keinerlei dauerhafte internationale Grenzen gegeben hatte. Die einzige Entwicklung, die jene amerikanische Unterstützung für verteidigungsfähige Grenzen verschob, waren Veränderungen in der israelischen Position, auf welche die Amerikaner reagierten.

Inoffizielle Clinton/Barak-Parameter sind vom Tisch

Am 7. Januar 2001, zwei Wochen vor dem Ende seiner zweiten Amtszeit, legte Präsident Clinton seinen eigenen Plan zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes vor. Die Clinton-Parameter basierten z.T. auf den Vorschlägen, die der israelische Premier Ehud Barak auf dem

gescheiterten Gipfel in Camp David im Juli 2000 gemacht hatte. Auf der territorialen Ebene sprach Clinton davon, dass Israel „Siedlungsblöcke“ im Westjordanland annektieren würde, machte diese Annexion von Gebieten jedoch abhängig von einem „Gebietsaustausch“, der stattfinden werde und dem zufolge Israel Gebiete aufgeben werde, die sich vor 1967 unter seiner Souveränität befunden hätten, als Gegenleistung für das neue Land in der West Bank. Ein solcher „Gebietsaustausch“ wurde von Resolution 242 nicht verlangt, sondern war eine neue israelische Konzession, die von der Regierung Barak gemacht und die von Clinton übernommen wurde. Festgehalten werden sollte dennoch, dass Generalmajor (Res.) Danny Yatom, damals Chef des außen- und verteidigungspolitischen Stabes unter Barak darauf hingewiesen hat, dass Barak diesen „Gebietsaustausch“ in Camp David selbst nie angeboten hatte.

Zusätzlich sahen die Clinton-Parameter vor, dass Israel sich aus dem Jordantal zurückziehen (welches Rabin bestrebt war zu behalten) und auf diese Weise verteidigungsfähige Grenzen aufgeben sollte. Stattdessen schlug Clinton eine „internationale Präsenz“ anstelle der IDF vor. V.a. dieser Teil der Vorschläge kompromittierte die israelische Doktrin der Eigenständigkeit in Verteidigungsfragen und ignorierte die problematische Geschichte Israels mit der UN oder anderen internationalen Kräften in weit begrenzteren Rollen, wie z.B. der Friedensbeobachtung.

IDF-Generalstabschef Shaul Mofaz kritisierte die Clinton-Parameter heftig als praktisches Desaster für Israel und gab damit nicht nur seine eigene Haltung, sondern die des gesamten IDF-Generalstabs zum Ausdruck.



Präsident Bill Clinton und Außenminister Warren Christopher am 7. November 1996. Christopher schrieb an Premierminister Benjamin Netanyahu: „ein Markenzeichen der amerikanischen Außenpolitik bleibt unsere Verpflichtung zur Zusammenarbeit im Bemühen zur Umsetzung der Sicherheitsbedürfnisse, die Israel definiert hat.“ Der Christopher-Brief erwähnt explizit „verteidigungsfähige Grenzen für Israel.“

Kurz vor ihrer formellen Bekanntgabe kritisierte IDF-Generalstabschef Shaul Mofaz die Clinton-Parameter vor dem israelischen Kabinet heftig als praktisches Desaster für Israel. In *Yediot Ahronot* erschien am 29. Dezember 2000 sein Urteil: „Der Kompromissvorschlag Clintons widerspricht den israelischen Sicherheitsinteressen und wird, sofern er angenommen wird,

die Sicherheit des Staates gefährden.“ (Hervorhebung d. Verf.). Mofaz gab damit nicht nur seine eigene Haltung, sondern die des gesamten IDF-Generalstabs zum Ausdruck. Kurz gesagt, gab es zwischen den Vereinigten Staaten und Israel damals Meinungsverschiedenheiten über die Erfordernisse für Israels Selbstverteidigung.

Die Clinton-Parameter wurden schließlich nicht Teil der offiziellen amerikanischen Außenpolitik. Nach Amtsantritt von Präsident George W. Bush informierten die Amerikaner die neu gewählte Sharon-Regierung darüber, dass Washington sich nicht an die Clinton-Parameter gebunden fühle. Umgekehrt wurde zu verstehen gegeben, dass auch die neue israelische Regierung nicht durch die Versprechen der vorherigen gebunden wäre. Nichtsdestotrotz hängen die zu dem damaligen Zeitpunkt ins Spiel gebrachten Ideen in den politischen Kreisen Washingtons bei den meisten Diskussionen zum Nahostkonflikt immer noch in der Luft, v.a. in politischen Forschungs- und Beratungsinstituten.

Präsident Bush: Rückkehr zur Waffenstillstandslinie von 1949 unrealistisch

Der beste Beweis, dass sich die Vereinigten Staaten erneut ihrer traditionellen Politik, nach der Israel auf verteidigungsfähige Grenzen Anspruch habe, zuwandten, ist der Brief mit Zusagen, die Präsident Bush am 14. April 2004 dem israelischen Premierminister Sharon schrieb, nach dem dieser den israelischen Rückzugsplan aus dem Gazastreifen in Washington präsentiert hatte. „Die Vereinigten Staaten wiederholen, dass sie Israels Sicherheit unerschütterlich verpflichtet sind. Dies schließt das Recht Israels, in sicheren, verteidigungsfähigen Grenzen zu leben sowie zur Bewahrung und Steigerung seiner Fähigkeit zur Abschreckung und zur eigenständigen Verteidigung gegen jede mögliche Gefahr oder Kombination von Gefahren ein.“¹⁵ Hier fand sogar implizit die Beziehung zwischen verteidigungsfähigen Grenzen und dem israelischen Vermögen zur Selbstverteidigung in ein und demselben Satz Erwähnung.

Ganz offensichtlich erwartete Bush von Israel nicht, dass es sich zu den Linien

von 1967 zurückziehen würde. Weiter unten im Brief schrieb er: „Angesichts neuer Realitäten vor Ort, einschließlich bereits bestehender größerer israelischer Bevölkerungszentren, ist es unrealistisch zu erwarten, dass der Ausgang der endgültigen Verhandlungen über den Grenzverlauf eine vollständige Rückkehr auf die Waffenstillstandslinien von 1949 bringen wird.“ Bush verwendete dabei nicht den Begriff „Siedlungsblöcke“ wie Clinton, doch schien er in dieselbe Richtung zu stoßen. Am 27. März 2005, weniger als ein Jahr später, erklärte Außenministerin Condoleezza Rice gegenüber Israel Radio, dass mit „israelischen Bevölkerungszentren“ die „großen Siedlungsblöcke im Westjordanland“ gemeint seien.¹⁶

Von größerer Relevanz dabei ist, dass Bush den Einbehalt „israelischer Bevölkerungszentren“ im Westjordanland nicht von dem israelischen Einverständnis zum „Austausch“ von Gebieten, die sich vor 1967 unter israelischer Souveränität befanden, abhängig machte. Auf diese Weise stellte Bush die ursprünglichen Bezugspunkte des Friedensprozesses wieder her, wie sie in der Resolution 242 zu finden sind und die sich auf den territorialen Disput über das Westjordanland beschränken, ohne einen zusätzliche Gebietsaustausch zu fordern.

Die Anerkennung des israelischen Anrechts auf verteidigungsfähige Grenzen durch Präsident Bush war die deutlichste Erklärung der amerikanischen Position in dieser Frage, denn das Schreiben sprach sich für eine eindeutige Modifizierung der 1967-er Linien aus. Und nicht nur dies – indem er die Idee der verteidigungsfähigen Grenzen mit dem israelischen Defensivvermögen verknüpfte, machte Bush klar, dass „verteidigungsfähige Grenzen“ Israels Fähigkeit verbessern müssten, für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Natürlich hatten schon die in Resolution 242 verlangten „sicheren Grenzen“ diese Interpretation nahegelegt. Doch damit konnte auch eine Grenze



gemeint sein, deren Sicherheit durch amerikanische Garantien, NATO- oder gar andere internationale Truppen gewährleistet wäre. Der Bush-Brief enthielt keine solche Zweideutigkeit, sondern verknüpfte explizit die „verteidigungsfähigen Grenzen“ mit Israels Fähigkeit sich eigenständig zu verteidigen.

Am 25. März 2005 zitierte die israelische Tageszeitung *Yediot Ahronot* den amerikanischen Botschafter Daniel Kurtzer in Israel mit den Worten, dass es keine israelisch-amerikanische Verständigung darüber gäbe, dass Siedlungsblöcke im Westjordanland behalten werden könnten. Kurtzer bestritt den *Yediot*-Artikel, doch der Bericht warf die Frage auf, welche Art von Verpflichtung der Bush-Brief den ganz genau biete. Nach amerikanischer Praxis ist ein Vertrag die höchste Form zwischenstaatlicher Vereinbarung, gefolgt

von einem Regierungsübereinkommen (wie einem „Memorandum of Understanding“ – einer Absichtserklärung ohne Ratifizierung durch den Kongress). Der Austausch von Briefen stellt jedoch auch eine internationale Verpflichtung dar. Kurtzer bekräftigte dies selbst in einem Interview mit dem israelischen Fernsehsender Channel 10: „Diese Verpflichtungen sind im Hinblick auf die israelischen Bevölkerungszentren äußerst stabil; wir erwarten nicht, dass Israel sich zu den 1967er Linien zurückzieht.“ Gefragt, ob mit „Bevölkerungszentren“ „Siedlungsblöcke“ gemeint wären, antwortete er: „Dies ist korrekt.“¹⁷

Unabhängig davon präsentierte Bush die Idee eines lebensfähigen und zusammenhängenden palästinensischen Staates, was territoriale Konsequenzen hätte. Im Mindesten

Präsident George W. Bush und der israelische Premier Ariel Sharon im Weißen Haus, 14. Juni 2004. Sharon und Bush tauschten Schreiben aus, in denen sich Israel zum Abzug aus Gaza verpflichtete und die Vereinigten Staaten verteidigungsfähige Grenzen für Israel befürworteten.

hieße „zusammenhängend“, eine ununterbrochene Verbindung zwischen allen Städten des Westjordanlandes, so dass Palästinenser von Dschenin nach Hebron fahren könnten. Die Palästinenser könnten die amerikanischen Andeutungen aber auch so verstehen, dass es eine von palästinensischer Seite kontrollierte Verbindung zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen geben könnte, so wie die „sichere Passage“, die im Osloer Abkommen Erwähnung findet. Dies wiederum hätte eine Teilung Israels zur Folge. Wie auch immer verstanden, es gibt völkerrechtlich keinen Anspruch der Staaten auf eine souveräne Verbindung zwischen den Teilen, die geografisch getrennt sind: auch die Vereinigten Staaten verfügen über keine souveräne territoriale Verbindung zwischen Alaska und dem Bundesstaat Washington. Ebenso wenig gibt es eine souveräne Verbindung zwischen den Teilen anderer geografisch geteilter Staaten. Am 21. Februar 2005 stellte Präsident Bush klar, dass der Wunsch seiner Regierung nach einem zusammenhängenden Territorium sich explizit auf das Westjordanland bezog.

Im letzten Jahr der Bush-Administration machte der israelische Premier Olmert dem Vorsitzenden der Autonomiebehörde Mahmoud Abbas in privaten Unterredungen weitreichende Zugeständnisse. In vielerlei Hinsicht gingen die Vorschläge Olmerts 2008 über das hinaus, was der Bush-Brief von Israel erwartete, doch damit verloren die Premier Sharon gemachten Zusagen nicht an Wert. US-Außenministerin Condoleezza Rice war bei den Olmert-Abbas-Diskussionen eng dabei, die am Ende kein israelisch-palästinensisches Abkommen hervorbrachten. Rice teilte ihre Beobachtungen der neu gewählten Regierung von Barack Obama mit. Doch wie schon nach Camp David und den Taba-Gesprächen 2000 wurde dabei nicht vorgeschlagen, dass Israel an die diplomatischen Resultate gescheiterter Verhandlungen gebunden wäre.

Die Obama-Administration und verteidigungsfähige Grenzen

Während seiner Präsidentschaftskandidatur sprach der damalige Senator Barack Obama am 4. Juni 2008 auf der jährlichen Politkonferenz des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) über die Gründung eines „zusammenhängenden“ Palästinenserstaates. Aber er forderte auch: „jegliches Abkommen, mit den Palästinensern muss die Identität Israels als jüdischer Staat bewahren, mit sicheren, anerkannten und verteidigungsfähigen Grenzen.“ Obwohl Obama im Nachhinein seine vor AIPAC getroffenen Aussagen zu Jerusalem revidierte – und seine ursprüngliche Erklärung, es müsse „ungeteilt“ bleiben, abschwächte – änderte er jedoch seine Äußerungen über das israelische Recht auf verteidigungsfähige Grenzen keineswegs.

Erst nach Obamas Amtsantritt mehrten sich Fragen, bis zu welchem Maße die Regierung denn noch bereit sei, die Idee der verteidigungsfähigen Grenzen zu unterstützen. So war sein nationaler Sicherheitsberater General James Jones dafür bekannt, dass er anstelle der IDF eine Stationierung von NATO-Truppen im Westjordanland befürwortete.¹⁸ Ebenso herrschte Unklarheit darüber, ob die Obama-Administration sich rechtlich an den Bush-Brief von 2004 gebunden fühlte. An zwei aufeinanderfolgenden Tagen – dem 1. und 2. Juni 2009 – danach gefragt, antwortete der stellvertretende Sprecher des US-Außenministeriums Robert Wood ausweichend, dass die US-Regierung wünsche, dass beide Seiten ihre Roadmap-Verpflichtungen umsetzten. Als man ihn ein weiteres Mal danach fragte, sagte er schließlich: „Dies ist alles, was ich dazu sagen kann.“ Mit anderen Worten, Wood hatte keine Anweisung zu bestätigen, dass die Administration den Bush-Brief noch unterstützte.

Es hatte den Anschein, als bevorzugte die Obama-Administration, keine deutliche Aussage zu den verteidigungsfähigen



Grenzen abzugeben. Als Premierminister Benjamin Netanyahu im November 2009 seine Bereitschaft erklärte, einen 10-monatigen Siedlungsstopp im Westjordanland zu verhängen, gab US-Außenministerin Hillary Clinton eine kurze Stellungnahme ab, die die Politik der Obama-Regierung zu der Grenzfrage zusammenfasste:

„Wir glauben, dass durch Verhandlungen in Treu und Glauben beide Parteien sich beiderseitig auf ein Resultat einigen können, das den Konflikt beendet und das palästinensische Ziel eines unabhängigen und lebensfähigen Staates auf den Linien von 1967 mit vereinbarten Gebietsaustausch versöhnt mit dem israelischen Ziel eines jüdischen Staates mit sicheren und anerkannten Grenzen, die die erfolgten Veränderungen in Betracht ziehen und den israelischen Sicherheitsbedürfnissen entgegenkommen.“¹⁹

Auf diese Weise hatte sich Außenministerin Clinton weder für das palästinensische Ziel einer territorialen Einigung auf den Linien von 1967 ausgesprochen, noch für das israelische sicherer Grenzen, sondern die Vereinigten Staaten genau in der Mitte zwischen beiden Seiten positioniert. Dies markierte eine Abkehr von den Zusagen Bushs von 2004, nicht jedoch ein völlige Ablehnung verteidigungsfähiger Grenzen.

Im Herbst 2010 nahm die Politik der Obama-Administration zu den Linien von 1967 weitere Formen an, als die Amerikaner sich darum bemühten, die israelisch-palästinensischen Verhandlungen zum Ende des 10-monatigen Siedlungsstopps Israels neu zu beleben. Die Vereinigten Staaten und Israel handelten die Bedingungen eines zweiten Siedlungsstopps aus, während die Obama-Regierung versuchte, die Palästinenser mit bestimmten Positionen zurück zum Verhandlungstisch zu bewegen. Zu diesem Zeitpunkt boten die Amerikaner

Premierminister Benjamin Netanyahu und Präsident Barack Obama bei ihrem ersten offiziellen Treffen der beiden Staatsführer im Weißen Haus, 18. Mai 2009.

Mahmoud Abbas an, dass die nächste Verhandlungsrunde auf den 1967er Linien gründen würde. Doch dieses Zugeständnis Washingtons schien die palästinensische Position in keinsten Weise zu verändern. Was jedoch geschah, war, dass die amerikanische Bürokratie eine neue Haltung erwog, sie aber nicht öffentlich machte.

Ein dramatischer Kurswechsel in der amerikanischen Position wurde am 19. Mai 2011 bekannt, als Präsident Obama eine wichtige Rede vor dem Außenministerium hielt, die sich um eine einheitliche amerikanische Politik gegenüber den Volksaufständen in der arabischen Welt bemühte. Der letzte Teil von Obamas Rede handelte von Israel und den Palästinensern und er gab seine Haltung zum Ausdruck, dass „Kernfragen“ verhandelt werden müssten. Er machte seine Sicht deutlich, dass die Verhandlungen zwei Staaten zum Resultat haben müssten und dass der Palästinenserstaat Grenzen mit Israel, Jordanien und Ägypten haben sollte, womit von Vorneherein ein Einbehalten des die Palästinenser von den Jordanern trennenden Jordantals durch Israel ausgeschlossen wurde. Schließlich schlug folgende Aussage wie eine Bombe bei den meisten Israelis ein: „Wir glauben, dass die Grenzen von Israel und Palästina auf den Linien von 1967 basieren sollten, mit gegenseitig ausgehandelten Gebietsaustauschen, so dass für beide Staaten sichere und anerkannte Grenzen entstehen.“ Obama war damit der erste Präsident, der diesen ausdrücklichen Verweis auf 1967 verwandte. Seine Spezifizierung von Gebietsaustauschen mag beabsichtigt haben, diese neue Position auszugleichen, war jedoch von wenig Wert, schließlich sprachen selbst die Palästinenser von Austausch von 1.9 Prozent, womit dies nur geringfügige Veränderungen gegenüber der Linie von 1967 wäre.

Ein Tag nach dieser Stellungnahme traf Obama mit Premierminister Netanyahu

im Weißen Haus zusammen, während die amerikanisch-israelischen Spannungen zunahmen. Vor seinem Aufbruch nach Washington hatte Netanyahu Büro eine Erklärung veröffentlichen lassen, nach der er von Präsident Obama erwarte, „eine erneute Bestätigung der Zusagen [zu hören], die Israel 2004 mit breiter Unterstützung beider Häuser des Kongresses erhalten hatte.“ Dies war ein direkter Verweis auf den Bush-Brief vom 14. April 2004, in dem es hieß, dass die Vereinigten Staaten keinen vollständigen israelischen Rückzug aus dem Westjordanland vorsehen würden und dass die neuen demografischen Realitäten in Betracht gezogen werden sollten. In Folge des Treffens veröffentlichte die amerikanische Regierung eine Reihe von Klarstellungen im Hinblick auf die US-Position.

So sagte Obama gegenüber der BBC am 20. Mai, Grundlage der Verhandlungen sei, dass man sich „die Grenzen von 1967 anschaut und realisiert, dass sich die Verhältnisse vor Ort geändert haben und dass es einen Gebietsaustausch geben wird, der den Interessen beider Seiten entgegenkommen wird.“ Er glaube, dass jede Verhandlung an dieser Stelle mit einer „Diskussion über Gebiete und Sicherheit“ beginnen müsse. Schließlich machte Obama in seiner Rede vor AIPAC vom 22. Mai weiter deutlich, dass seine Bemerkung zu den Linien von 1967 nicht wörtlich zu nehmen gewesen wäre. „Das heißt, dass beide Seiten selbst – Israelis wie Palästinenser – eine Grenze aushandeln werden, die sich von der vom 4. Juni 1967 unterscheidet.“

In seiner AIPAC-Rede fügte Obama hinzu, dass ihm die Formel vorschwebte, die es gestatte, dass „beide Seiten selbst das Ausmaß der Veränderungen der letzten 44 Jahre erfassen, einschließlich der neuen demografischen Realitäten und den Bedürfnissen beider Seiten.“ Und obschon er immer noch daran festhielt, dass ein zukünftiger Palästinenserstaat eine gemeinsame Grenze mit Jordanien haben solle, so fügte er doch hinzu: „Die

Vorkehrungen müssen robust genug sein, um ein Wiederaufleben von Terrorismus zu verhindern, die Infiltration von Waffen zu stoppen und eine wirksame Grenzsicherheit zu bieten.“

Doch Fragen blieben. Wieso hatte sich Präsident Obama zu diesen öffentlichen Äußerungen zu den Linien von 1967 entschieden, selbst wenn er all diese Spezifizierungen hinterher schicken musste? Wenn seine Absicht die war, neue Friedensverhandlungen auszulösen, dann war der Zeitpunkt schlecht zu erklären. Schließlich hatten Abbas und seine Fatah gerade erst ihr Schicksal an die Hamas geknüpft, indem sie ein Versöhnungsabkommen mit der palästinensischen Terrororganisation unterzeichnet hatten. Und die Hamas hatte soeben erst die Vereinigten Staaten für die Tötung Osama Bin Ladens verurteilt und gezeigt, dass sie immer noch fest ihrer dschihadistischen Agenda und nicht dem Frieden verpflichtet war.

Obama erklärte vor AIPAC seine Beweggründe. Die Palästinenser planten, die Verhandlungen abubrechen, was bedeutet hätte, dass sich ein Impuls für die einseitige Ausrufung eines Palästinenserstaates ergeben würde oder zumindest dafür, die Unterstützung der UN für diesen Schritt zu gewinnen. Er sagte, dass er „Druckmittel bei den Palästinensern, den arabischen Staaten und der internationalen Gemeinschaft“ bräuchte, weshalb „eine Verhandlungsgrundlage“ mit „Erfolgsaussichten“ wichtig wäre. Obama sagte weiter, dass er eine fünftägige Europareise antreten werde. Zusammengefasst gründete der Kurswechsel der amerikanischen Politik in dem bevorstehenden Versuch, die einseitige Ausrufung eines Palästinenserstaates zu verhindern.

Obamas Klarstellungen beruhigten viele israelische Sorgen. Nichtsdestotrotz wurde deutlich, dass eine Kluft entstanden war zwischen der neuen US-Position und dem

israelischen Beharren darauf, am Ende von Verhandlungen über verteidigungsfähige Grenzen zu verfügen.

Historisch betrachtet: Vereinigte Staaten verlangten nie einen vollständigen israelischen Abzug

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Vereinigten Staaten geschichtlich nie auf einen vollständigen israelischen Rückzug von den im Sechstagekrieg eroberten Gebieten hin zu den Waffenstillstandsgrenzen von 1949 bestanden haben. Dennoch ist es möglich zu fragen, welcher Wert diesen amerikanischen Positionen zukommt, wenn sie mit dem Zusatz versehen werden, dass die endgültigen palästinensisch-israelischen Grenzen von den beiden Parteien selbst entschieden werden sollen. Dies gilt v.a. für den Brief von Präsident Bush von 2004, der diesen Punkt ausdrücklich wiederholt.

Ganz sicher können die Vereinigten Staaten den Bush-Brief weder Israel noch den Palästinensern aufzwingen, wenn diese seine Bedingungen nicht akzeptieren. Der Bush-Brief erneuert lediglich die amerikanische Haltung zu der korrekten Interpretation von UN-Resolution 242 und fasst sie für zukünftige Verhandlungen zusammen. Ihre Bedeutung erwächst aus vier zukünftig möglichen Erwägungen:

- Traditionell hat sich Israel vor der formalen Eröffnung von Verhandlungen um amerikanische Zusagen bemüht. Dies war die israelische Praxis vor der Genfer Friedenskonferenz nach dem Yom-Kippur-Krieg von 1973, ebenso vor der Madrider Friedenskonferenz von 1991. Doch die „Roadmap“ des Quartetts vom April 2003 schwiag zu der Frage der zukünftigen Grenzen Israels und eines vorgeschlagenen Palästinenserstaates. Der Bush-Brief versicherte Israels überlebenswichtige Interessen vor dem Beginn aller

zukünftigen Verhandlungen und kam damit einem diplomatischen Sicherheitsnetz für Israel gleich.

- Sollten die Vereinigten Staaten und Israel in Zukunft auf einem Camp-David-gleichen Gipfel zusammenkommen und die Palästinenser die amerikanischen Vertreter Auskunft zur amerikanischen Position zur Grenzfrage verlangen, dann sollten diese den Inhalt des Briefes unterstützen, für den Fall, dass er noch respektiert wird.
- Die Zusagen unter Bush beabsichtigten von Dauer zu sein, unabhängig von der Führung in Washington. Der Bush-Brief wurde mit überwältigender Unterstützung beider Parteien vom Kongress am 23. und 24. Juni 2004 angenommen. Das Repräsentantenhaus billigte ihn mit einer Mehrheit von 407 zu 9, der Senat mit 95 zu 3 Stimmen. Sowohl der Abgeordnete Rahm Emmanuel und die Senatorin Hillary Clinton stimmten für den Bush-Brief.
- Im Juli 2009 empfahl der außenpolitische Chef der EU, dass für den Fall, dass sich Israel und die Palästinenser nicht untereinander auf ein Abkommen einigen könnten, der UN-Sicherheitsrat zur Anerkennung eines palästinensischen Staates aufrufen sollte. Er empfahl weiter, dass eine solche UN-Resolution die wesentlichen endgültigen Fragen diktieren sollte, einschließlich der Grenzfrage sowie des Status von Jerusalem. Sollte es dazu kommen, dass der Versuch unternommen wird, die Linien von 1967 mit Hilfe einer UN-Sicherheitsratsresolution Israel aufzuzwingen, dann würden die Zusagen des Bush-Briefes zu der Erwartung führen, dass die Vereinigten Staaten, einen solchen Vorstoß mit einem Veto verhindern würden.²⁰

Das Konzept der verteidigungsfähigen Grenzen hat sich im Laufe mehrerer Regierungen im diplomatischen Lexikon des arabisch-israelischen Friedensprozesses etabliert. Es liegt heute an Israel, die territorialen Bedingungen verteidigungsfähiger Grenzen zu umreißen und zu einer spezifischeren Verständigung mit der Obama-Administration über deren Verpflichtung zur Nachhaltigkeit dieses langjährigen Elements amerikanischer Nahostdiplomatie zu gelangen.

Anmerkungen

- 1 Premier Kossygin schrieb Präsident Johnson am 21. November 1967, und bat darum, dass der britische Resolutionsentwurf für Resolution 242, das Wort „den“ vor dem Wort „Gebieten“ haben sollte. Johnson schrieb noch am selben Tag zurück und erteilte der sowjetischen Anfrage eine Absage. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Kuznetsov bemühte sich am gleichen Tag in New York darum, das Wort „allen“ einzufügen, wurde jedoch auch damit abgewiesen. Siehe *Foreign Relations of the United States, 1967-1968, volume XIX, Arab-Israeli Crisis and War 1967*, <http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/johnsonlb/xix/28070.htm>
- 2 Adnan Abu Odeh, Nabil Elaraby, Meir Rosenne, Dennis Ross, Eugene Rostow, and Vernon Turner, *UN Security Council Resolution 242: The Building Block of Peacemaking* (Washington, D.C.: Washington Institute for Near East Policy, 1993), p. 88.
- 3 Siehe Meir Rosenne in *ibid.*, p. 31.
- 4 Rede Präsident Lyndon Johnsons, 19. Juni 1967; <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/US-Israel/lbjpeace.html>
- 5 Siehe <http://www.defensibleborders.org/amidor.htm>. Für den vollständigen Text des Memorandums JCSM-373-67, siehe Michael Widlanski, *Can Israel Survive a Palestinian State?* (Jerusalem: Institute for Advanced Strategic and Political Studies, 1990), pp. 148-152.
- 6 Siehe Ambassador Yehuda Blum, "The Territorial Clauses of Security Council Resolution 242," in: *Israel's Rights to Secure Boundaries: Four Decades Since UN Security Council Resolution 242* (Jerusalem: Jerusalem Center for Public Affairs, 2009), p. 29. Siehe auch Arthur Lall, *The UN and the Middle East Crisis* (New York: Columbia University Press, 1968), pp. 22-24.
- 7 Arthur J. Goldberg, Leserbrief *The New York Times*, 5. März 1980.
- 8 Henry Kissinger, *Crisis: The Anatomy of Two Major Foreign Policy Crises* (New York: Simon and Schuster, 2003), p.140.
- 9 Brief von Präsident Ford an Premier Rabin, 1. September 1975; http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Peace/ford_rabin_letter.html
- 10 Rede von Präsident Ronald Reagan, 1. September 1982; <http://www.reagan.utexas.edu/resource/speeches/1982/90182d.htm>
- 11 Rede des US-Außenministers George P. Shultz, 16. September 1988; http://www.findarticles.com/p/articles/mi_m1079/is_n2140_v88/ai_6876262
- 12 George P. Shultz, *Turmoil and Triumph: My Years as Secretary of State* (New York: Charles Scribner's Sons, 1993), p. 1022.
- 13 *Ibid.*, p. 1023.
- 14 Brief des US-Außenministers Warren Christopher, 17. Januar 1997; <http://mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH00qo0>
- 15 Briefaustausch zwischen Präsident Bush und Premier Sharon, 14. April 2004; <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Reference+Documents/Exchange+of+letters+Sharon-Bush+14-Apr-2004.htm>
- 16 Aluf Benn, „PM: Understanding with U.S. About West Bank Settlement Blocs Holds Firm,“ *Ha'aretz*, 27. März 2005.
- 17 <http://www.usembassy-israel.org.il/publish/mission/amb/032505b.html>
- 18 Aluf Benn, „Candidate for U.S. Security Adviser Wants NATO Force in West Bank,“ *Ha'aretz*, 23. November 2008, <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1039923.html>
- 19 Hillary Rodham Clinton, Secretary of State, „Israel's Announcement Regarding Settlements,“ U.S. Department of State Diplomacy in Action, PRN: 2009/1175, <http://www.state.gov/secretary/rm/2009a/11/132434.htm>
- 20 „EU's Solana Calls for UN to Recognize Palestinian State,“ 12. Juli 2009, <http://www.reuters.com/article/idUSLC616115>.

Kontrolle des territorialen Luftraums und elektromagnetischen Spektrums

Ehem. Chef der Verhandlungen mit den Palästinensern im Büro Premierminister Ehud Olmerts; ehem. Chef der Planungsdivision der IDF

Brigadegeneral (Res.) Udi Dekel

Israels Verwundbarkeit aus der Luft

Während des Camp David-Gipfels im Sommer 2000 warfen amerikanische Militärexperten die Frage auf, ob die israelische Forderung nach einem vereinten Luftraum über dem Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan wirklich eine essentielle wäre. Zu den von israelischer Seite angeführten Beweggründen gehörte die Gefahr des Luftterrorismus. Israel erklärte, dass man auf die Möglichkeit eines Selbstmordattentates aus der Luft – ausgeführt mittels ziviler Flugzeuge beladen mit Sprengstoff – auf die großen israelischen Stadtzentren vorbereitet sein müsse. Einer der anwesenden Amerikaner reagierte mit Herablassung und warf uns Israelis vor, über eine lebhaftere Fantasie zu verfügen, wenn es darum gehe, mit unwahrscheinlichen Bedrohungen übertriebene Sicherheitsforderungen zu stellen.

Ein Jahr später – am 11. September 2001 – schickte Al-Qaida Flugzeuge, die sich in New York ins World Trade Center und in Washington ins Pentagon stürzten und den Tod von Tausenden verursachten. Damit war die Relevanz kreativer Vorstellungskraft bei

der Einschätzung möglicher terroristischer Bedrohungen gegen die nationale Sicherheit unterstrichen.

Diese Art Denken ist für Israel von besonderer Bedeutung, da es durch seine Geografie wesentlichen militärischen Risiken ausgesetzt und v.a. stark benachteiligt ist in seinem Vermögen, Luftangriffen zu begegnen oder sie zu verhindern.

Israels Mitte ist äußerst eng – die Distanz zwischen Jordan und Mittelmeer liegt im Schnitt bei etwa 70 Kilometern. Das bedeutet, dass ein Kampfflugzeug das Land in weniger als vier Minuten überfliegen kann. Um Jerusalem über das Jordantal zu erreichen, bräuchte es weniger als zwei Minuten.

Diese Gefahr aus der Luft stellt für die israelische Verteidigung eine große Herausforderung dar. Es dauert mindestens drei Minuten, um einen Abfangjäger zu starten, der ein mögliches feindliches Eindringen identifizieren könnte, und dies ohne die Flugzeit von der Basis bis dorthin, wo der Abfangjäger dem Flugzeug zur Identifikation begegnen oder es abschießen könnte, sollte es feindlich sein.

Ein von Al-Qaida
gekidnaptes Flugzeug
beim Sturz ins World
Trade Center am 11.
September 2001, dem
schlimmsten Terrorangriff
in der Geschichte der
Vereinigten Staaten.
Die Anschläge vom 11.
September unterstreichen
die Bedeutung eines
vereinten Luftraumes über
Israel und dem zukünftigen
Palästinenserstaat.



Im Falle eines Luftangriffs auf Jerusalem müsste das feindliche Flugzeug mindestens 20 Kilometer östlich der Stadt – und nicht direkt darüber – abgeschossen werden, ansonsten würden sowohl Flugzeug als auch seine Munition auf Bevölkerungszentren niedergehen – mit fürchterlichen Konsequenzen.

All dies erklärt, wieso Israel nur über unzureichend Zeit und Raum verfügt, um einen Luftangriff auf Jerusalem von Osten her zu verhindern, oder darauf zu reagieren, v.a. wenn es den israelischen Abfangjägern nicht gestattet ist, frei über dem Jordantal zu operieren.

Gegenwärtig neigen die IDF dazu, den Nachteil dadurch auszugleichen, dass Abfangjäger sich bereit machen, solange unidentifizierte Ziele noch im jordanischen Luftraum sind, um so sicher zu stellen, dass einem feindlichen Flugzeug unmittelbar begegnet wird, sobald es den Jordan passiert. Auch dies kostet wertvolle Zeit, denn die fliegenden Ziele müssen zunächst identifiziert werden – sind sie feindlich oder nur ein Zivilflugzeug, das vom Kurs abgekommen ist?

Schnellstarts dieser Art geschehen täglich, da es unmöglich ist, immer ein präzises Luftbild zu erhalten – trotz der Beziehung Israels zu Jordanien und der Koordination der militärischen und zivilen Luftkontrollzentren beider Länder.

Der Zugang zum israelischen Luftraum aus westlicher Richtung vom Mittelmeer wird nur Flugzeugen gestattet, die sich selbst identifiziert haben oder 100 Kilometer vor Israel identifiziert wurden.

Die Rolle der Luftverteidigung

Boden-Luft-Raketen und Luftabwehrwaffen sind keine Lösung für das Problem der israelischen Luftverteidigung. Im Unterschied zu Abfangjägern, die mit umfangreichen

Identifizierungsmöglichkeiten ausgestattet sind, u.a. visueller Identifizierung, können Luftabwehrbatterien nicht zweifelsfrei feststellen, welche Luftziele feindlich sind und abgeschossen werden sollten. Und auch Luftabwehrbatterien müssten feindliche Flugzeuge weit vor Erreichen ihrer Angriffsziele abschießen – und das heißt über nicht-israelischem Gebiet.

Auch müssen nichtfeindliche Luftaktivitäten einbezogen werden – sowohl zivile wie militärische. Tatsächlich fällt es schwer, sich eine Situation vorzustellen, in der Boden-Luft-Raketen in den Luftraum eines benachbarten Landes abgeschossen werden, ohne dass ihre Ziele zweifelsfrei als feindliche Flugzeuge im Angriffsflug auf Israel identifiziert wurden.

Diese grundlegende Limitierung in seiner Verteidigung verweigert Israel daher einen umfassenden und dauerhaften Schutz vor feindlichen Luftangriffen. Aus diesen Gründen kann die Stationierung von Luftabwehrbatterien das Abfangen feindlicher Flugzeuge nur *ergänzen*, nicht aber ersetzen.

In der Vergangenheit hatte Jordanien irakischen Kampfflugzeugen vor einem geplanten Angriff auf Israels atomares Forschungszentrum Dimona gestattet, den jordanischen Luftraum zu nutzen, um Luftbilder vom israelischen Territorium zu schießen.

Natürlich bestehen heute friedliche Beziehungen zwischen Israel und Jordanien, zu denen der gegenseitige Respekt vor dem territorialen Luftraum beider Länder ebenso gehört wie zivile Direktverbindungen und die Koordination des Durchflugs von Flugzeugen durch den internationale Luftkorridor zwischen beiden Ländern. Allerdings gibt es keine Garantie,

ob diese Koordination auch für alle Zukunft Bestand hat. So hat in der Vergangenheit Jordanien irakischen Kampfflugzeugen vor einem geplanten Angriff auf Israels atomares Forschungszentrum Dimona gestattet, den jordanischen Luftraum zu nutzen, um Luftbilder vom israelischen Territorium zu schießen. Mit anderen Worten, trotz der gegenwärtigen relativen Ruhe kann Israel seine Sicherheit nicht dem zukünftigen guten Willen der Jordanier und Palästinenser anvertrauen.

Die Verteidigung des internationalen Flughafens Ben-Gurion

Vor einer weiteren großen Herausforderung steht Israel bei der Frage der Verteidigung des Flughafens Ben-Gurion gegen feindlichen Beschuss der Landebahnen und gegen mögliche Versuche, Passagierflugzeuge bei Start oder Landung abzuschießen. Start und Landeanflüge werden von der Windrichtung beeinflusst, was so viel heißt wie, dass Flugzeuge mitunter palästinensische Gemeinden und anliegende entwickelte Gebiete überfliegen müssen. Israels Sicherheit ist topografisch massiv benachteiligt. Der gesamte internationale Flugverkehr ist möglichen Angriffen von Seiten feindlich gesinnter palästinensischer Elemente ausgesetzt, die schultergestützte Luftabwehrraketen von der Hügelkette des Westjordanlandes abfeuern könnten, die 1000 Meter höher liegt als Israels wichtigster Flughafen und die großen Küstenstädte.

Zu Beginn des als Zweite Intifada bekannt gewordenen palästinensischen Terrorkrieges im Jahr 2000 strichen viele kommerzielle Fluglinien ihre Flüge nach Israel. Es ist zu erwarten, dass im Fall eines Beschusses des Ben-Gurion-Flughafens durch palästinensische Terroristen, alle ausländischen Fluggesellschaften ihre Flüge unmittelbar aussetzen und das Land damit isolieren würden.

Aus diesen Gründen ist eine vollständige

Kontrolle des Luftraumes absolut notwendig, wenn auch nicht ausreichend. Ebenso wichtig ist eine israelische Sicherheitskontrolle in den Gebieten, die dem Flughafen am nächsten gelegen sind (d.h. Beit Liqya, Harbata und Beit Aryeh).

Die israelische Luftwaffe muss ihre vollständige operative Freiheit bewahren und jene Sicherheitsvorkehrungen aufrechterhalten, die zum Schutz der zivilen Luftfahrt im Allgemeinen und des internationalen Flughafens Ben-Gurion im Besonderen benötigt werden.

Zum Schutz des israelischen Luftraums und zur Verhinderung von Terrorangriffen auf israelische Bevölkerungszentren und strategische wie militärische Ziele muss Israel auf folgende fünf fundamentale Erfordernisse bestehen.

- Primat der israelischen Kontrolle eines gemeinsamen ungeteilten Luftraumes mit einer Breite von 70 Kilometern.
- Operative Freiheit für die israelische Luftwaffe für den gesamten Luftraum westlich von Jordan und Totem Meer (über einem möglichen Palästinenserstaat)
- Ausschaltung aller potentiellen Bedrohungen Israels aus der Luft von Seiten eines Palästinenserstaates. Israel hätte z.B. keine Möglichkeit, ein Flugzeug abzufangen, das vom Flughafen Atarot (Kalandia) startet und sofort auf Jerusalem stürzt.
- Einschränkung des internationalen Luftverkehrs angesichts der überlasteten Bedingungen des zivilen und militärischen Flugverkehrs, wodurch bereits jetzt das Training der Luftwaffe behindert wird.
- Einrichtung von Sicherheitsvereinbarungen, die den Angriff auf Flugzeuge, die vom internationalen Ben-Gurion starten oder dort landen, verhindern.

Für die Palästinenser stellt die Kontrolle eines eigenen Luftraumes ein Zeichen der staatlichen Souveränität dar. Sie wünschen sich auch einen internationalen Flughafen, der den palästinensischen Staat mit anderen Ländern verbindet und über den Passagiere und Güter ins Land kommen.

In vergangenen Verhandlungsrunden mit Israel willigten die Palästinenser in eine Begrenzung ihrer militärischen Luftwaffe ein – in der Einsicht, dass sie keine Verwendung für Kampfflugzeuge oder -hubschrauber und andere Angriffswaffen aus der Luft haben, die Israel bedrohen könnten. Nichtsdestotrotz verlangten sie operative Freiheit für den Luftraum über ihrem Staat für Flugzeuge und Helikopter, zivile Luftfahrt und Polizeiaktionen zur inneren Sicherheit.

Die palästinensische Position fordert:

- Ein Verbot militärischer Aktivitäten Israels im palästinensischen Luftraum
- Unterhalt von Flugplätzen sowie einer wesentlichen Luftschneise zwischen dem palästinensischen Staat und dem Rest der Welt
- Dauerhafte und institutionalisierte Direktverbindungen zwischen dem Westjordanland und Gaza durch einen Luftkorridor über Israel.
- Verlass auf internationale Konventionen – v.a. das Chicagoer Abkommen – nach denen ein Staat die Souveränität über seinen territorialen Luftraum ausüben sollte.

Was diese Fragen angeht, ergibt sich offensichtlich eine beträchtliche Kluft. Israels Ausgangspunkt für alle Verhandlungen sind die israelischen Sicherheitsbedürfnisse, während die palästinensischen Interessen Souveränität, Ehre und Wirtschaft umfassen. Zur Überbrückung dieser Kluft müssen Vereinbarungen getroffen werden, die die

israelischen Sicherheitsinteressen schützen und gleichzeitig den Palästinensern einen Ausdruck ihrer Souveränität gestatten. Jedes Abkommen zwischen beiden Seiten zur Frage des territorialen Luftraums muss auf folgenden Prinzipien basieren:

- Angesichts der stark begrenzten Zeit, die Israel zur Reaktion auf potentielle Bedrohungen seiner Sicherheit zur Verfügung steht, muss ein gemeinsamer Luftraum bewahrt werden, in dem Israel die allgemeine Verantwortung übernimmt, mit ungewöhnlichen Situationen umzugehen.
- Aufgrund seiner Souveränität müsste ein zukünftiger palästinensischer Staat Israel das Vorrecht der Sicherheitskontrolle im palästinensischen Luftraum gewähren.
- Die Palästinenser hätten das Recht zum Unterhalt einer zivilen Luftfahrt, die gemäß international gültigen Kriterien den Sicherheitsbestimmungen der zivilen Luftverkehrsbehörden Israels entspricht.
- Die palästinensische Seite würde für die Verwendung ihres Luftraums durch Israel die dafür im internationalen Luftverkehr übliche finanzielle Entschädigung enthalten.
- Ein palästinensischer Fluglotse könnte in die israelische Flugsicherungszentrale integriert werden und würde unter israelischer Kontrolle mit palästinensischen und ausländischen zivilen Flugzeugen im Luftraum über dem palästinensischen Staat in Kontakt stehen.
- Die Grenzen zwischen Israel und dem palästinensischen Staat müssen die Sicherheitsbedürfnisse des Ben-Gurion-Flughafens widerspiegeln. Zusätzlich sind besondere Sicherheitsvorkehrungen von Nöten, um die Flugschneisen hin zum und vom Flughafen zu sichern.

Israels Verletzbarkeit aus der Luft: Zeitlimit zum Abfang angreifender Flugzeuge

- > Im Falle eines Luftangriffs auf Israel müsste das feindliche Flugzeug mindestens 20 Kilometer östlich von einer Stadt abgeschossen werden, ansonsten würden sowohl Flugzeug als auch seine Munition auf Bevölkerungszentren niedergehen.
- > Es dauert ca. 3 Minuten für einen israelischen Abfangjäger auf ein feindliches Flugzeug zu identifizieren.

4 Minuten vom Jordan
bis zum Mittelmeer

3 Minuten



Palästinensische Flughäfen

Die Palästinenser haben die Kontrolle des Kalandia (Atarot)-Flugfelds nahe Jerusalem gefordert, um es in einen internationalen Flughafen zu verwandeln. Sie beabsichtigen zudem, zusätzliche Flughäfen für den inländischen Flugverkehr in Palästina zu errichten. Israel lehnt die Übergabe von Atarot dagegen ab, da ein palästinensischer Flughafen in unmittelbarer Nähe der israelischen Hauptstadt unakzeptable Risiken in sich birgt.

Auch der Unterhalt eines palästinensischen Flughafens im Westjordanland würde erhebliche Risiken mit sich bringen – sowohl sicherheitspolitisch wie im Hinblick auf Flugsicherheit. Israel hätte nicht ausreichend Zeit zur Verfügung, um ein feindliches Flugzeug im Angriffsflug auf Israel abzufangen. Hinzu käme die Gefahr der Luftraumüberlastung im internationalen Luftkorridor zwischen Israel und Jordanien und eine Überlagerung von Luftmanövern (Kreisflügen) von Ben-Gurion, israelischen Militärflughäfen sowie zivilen Flughäfen im Westjordanland.

Für den Fall, dass Israel bereit ist, die Risiken eines palästinensischen Flughafens zu tragen, sollten folgende strenge Auflagen bei seiner Einrichtung berücksichtigt werden:

- Jeder Flughafen muss sich weit entfernt von israelischen Bevölkerungszentren befinden, vorzugsweise auf der jordanischen oder ägyptischen Seite der Grenzen eines zukünftigen Palästinenserstaates mit seinen Nachbarn. Obwohl Israel in der Vergangenheit dem Unterhalt des Dahaniye-Flughafens an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten zugestimmt hat, kann es dieses Risiko im Westjordanland nicht eingehen, da das Gebiet zu nahe an Israels großen Küstenstädten und dem strategischen Hinterland liegt. Daher sollte ein palästinensischer Flughafen auf jordanischer Seite liegen, so dass

eine ordnungsgemäße Überwachung des Transports von Passagieren und Gütern nach Palästina gewährleistet ist. Mit anderen Worten, die besser ausgebildeten Sicherheitskräfte des haschemitischen Königreichs wären für Sicherheit und Inspektion verantwortlich.

- Flugschneisen für Start und Landung müssen sich auf der ägyptischen bzw. jordanischen Seite der Grenze befinden und für jeden Eintritt in den gemeinsamen Luftraum von Israel und den Palästinensern ist eine israelische Autorisierung von Nöten.
- Der palästinensische Flughafen muss nach den akzeptierten israelischen und internationalen Sicherheitsbestimmungen operiert werden. Sollte der Flughafen für internationale Flüge benutzt werden, so stellt er einen internationalen Grenzübergang dar und muss als solcher alle Eigenschaften internationaler Grenzübergänge aufweisen, wozu die Möglichkeiten gehören, das persönliche Gepäck wie auch Handelsgüter wirksam zu durchsuchen und den Schmuggel von Kriegsmaterial und illegalen Gütern zu verhindern. Zusätzlich werden Maßnahmen von Nöten sein, die das Eindringen von terroristischen Elementen in den zukünftigen Palästinenserstaat verhindern, wie die Möglichkeit einer israelischen Überwachung – und eventuellen Intervention – u.U. mit Hilfe einer Drittpartei.
- Auf dem Flughafen darf nichts installiert werden, das eine direkte Bedrohung Israels darstellen würde oder Israel feindlich gesinnten Kräften dienen könnte. (So könnte ein Flughafenradar dazu benutzt werden, den israelischen Luftraum zu überwachen und diese Informationen Israel feindlichen Kräften zu übermitteln). Zudem bedarf es einer Koordination bei der Kontrolle der elektromagnetischen Funkfrequenzen,

um eine wechselseitige Überlagerung zu verhindern, was die Flugsicherheit massiv gefährden könnte.

Schließlich würde ein Abkommen zwischen beiden Seiten die Öffnung einer internationalen Flugschneise ermöglichen, die den gemeinsamen Luftraum durchquert, um den Transport nach Osten zu erleichtern, wofür die palästinensische Seite eine akzeptable Entschädigung erhält. Israel kann die Öffnung eines solchen Luftkorridors erwägen, wenn dem kommerziellen israelischen Luftverkehr das Überflugsrecht für die arabischen Staaten eingeräumt wird. Dies würde Flüge nach Indien, China und den Fernen Osten deutlich verkürzen.

Kontrolle des elektromagnetischen Spektrums

Ähnlich wie es für Israels Sicherheit lebensnotwendig wäre, dass Israel den gemeinsamen Luftraum kontrolliert, sobald ein palästinensischer Staat errichtet ist, so machen es die topografischen Bedingungen und die unmittelbare Nähe von Bevölkerungs- und Kommunikationszentren beider Länder von Nöten, dass das elektromagnetische Spektrum nicht aufgeteilt wird. Da die Palästinensische Autonomiebehörde zu einem guten Teil auf den zentralen Hügeln lokalisiert ist, genießt sie einen topografischen Vorteil – ihre Kommunikationssysteme sind weit weniger anfällig für Unterbrechungen und Störungen als jene der weitgehenden Küstenregion Israels. So kann eine kleine palästinensische Übertragungsstation auf dem Berg Eival in der Nähe von Nablus durch eine Störsendung auf derselben Frequenz das gesamte Kommunikationssystem israelischer Gebiete zum Erliegen bringen.

Das Problem von Störsendungen ist für Israel nichts neues, da es gerade in der zivilen Luftfahrt vom Flughafen Ben-Gurion immer wieder davon betroffen ist.

Es gibt bisweilen sogar die Notwendigkeit, den Flughafen für Landungen zu sperren. In der Regel werden diese Unterbrechungen durch nicht lizenzierte Piratenradiosender, die auf den Frequenzen der Kontrolltürme senden, ausgelöst. Wenn diese von Radiostationen in den Palästinensergebieten stammen, verlangt Israel von der Autonomiebehörde, die Sendungen dieser Station zu unterbinden. Werden die Störsendungen nicht eingestellt, werden Truppen losgeschickt, um das Sendegerät zu beschlagnahmen.

Da Grenzen elektromagnetische Wellen nicht an ihrer Ausbreitung zu hindern vermögen, darf das elektromagnetische Spektrum nicht geteilt werden.

Im Rahmen des Interimsabkommens zwischen Israel und der Autonomiebehörde wurde ein Komitee zur elektromagnetischen Koordination eingerichtet, das beiden Seiten Frequenzen zuteilen und wechselseitige Unterbrechungen und Störungen verhindern sollte. Tatsächlich ist es gängige Praxis in der ganzen Welt, im Gebiet von bis zu 80 Kilometer von gemeinsamen Grenzen entfernt elektromagnetische Koordination zu unterhalten. Dies wäre das gesamte Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer, einschließlich aller palästinensischen Gebiete. Beiden Seiten sollte also klar sein, dass eine elektromagnetische Koordination notwendig ist. Die Frage ist nur, welcher der beiden Seiten dabei die übergeordnete Verantwortung und das letzte Wort zukommt.

Israel muss sicherstellen, dass die Palästinenser ihren topografischen Vorteil nicht ausnutzen, um die israelischen Kommunikationssysteme zu blockieren oder zu neutralisieren oder um Spionage zum eigenen Vorteil oder dem anderer, Israel feindlich gesinnter Staaten zu betreiben.

Israels Interesse ist es, das normale Funktionieren öffentlicher, privater und militärischer Kommunikationssysteme zu gewährleisten. Ebenso muss Israel sicherstellen, dass die Palästinenser ihren topografischen Vorteil nicht ausnutzen, um die israelischen Kommunikationssysteme zu blockieren oder zu neutralisieren oder um Spionage zum eigenen Vorteil oder dem anderer, Israel feindlich gesinnter Staaten zu betreiben.

Diese Sorge ist mehr als berechtigt. Als die IDF während des Zweiten Libanonkrieges in den Libanon einmarschierten, entdeckten sie hochentwickelte iranische Spionageeinrichtungen, deren Reichweite weit nach Israel hineinreichte. Daher muss Israel auf das Vorrecht der Kontrolle des elektromagnetischen Spektrums bestehen und dafür muss ein wirksamer Überwachungsapparat geschaffen werden, der garantiert, dass diese Entscheidungen umgesetzt werden. Die Palästinenser betrachten dagegen diese Angelegenheit – ähnlich wie im Falle des Luftraumes – im Kontext der Frage von Souveränität. Sie verlangen vollständige Unabhängigkeit bei der Verwaltung der Frequenzen und halten Israels Forderungen für zu exzessiv, ihre eigenen hingegen für im Rahmen internationaler Konventionen. Um die Kluft zwischen beiden Seiten zu überbrücken, ist es nötig, ein neues gemeinsames Komitee zur elektromagnetischen Koordination zu schaffen, dessen Aufgaben aus Folgendem bestehen sollten:

- Verteilung der elektromagnetischen Frequenzen zur Nutzung durch beide Seiten.
- Gewährleistung der israelischen Sicherheitsbedürfnisse und Garantie der Entmilitarisierung des palästinensischen Staates im Hinblick auf seine militärischen Fähigkeiten auf dem Gebiet der Kommunikation (z.B. durch Verbot von Ausrüstung für Störsendungen). Aus diesen Gründen ist eine wirksame Kontrolle der

internationalen Grenzübergänge von Nöten, um die Einfuhr von solcherart verbotener Ausrüstung zu verhindern.

- Aufrechterhaltung der Verständigung beider Seiten zur Begrenzung der militärischen Fähigkeiten der Palästinenser – d.h. die Begrenzung der Bandbreite zur militärischen Nutzung.
- Begrenzung der eingesetzten Systeme, die Kontinuität und Zuverlässigkeit der Kommunikation der anderen Seite beeinträchtigen könnten. Die Palästinenser benutzen z.Zt. veraltete Technologie, mit der andere Frequenzen gestört und Kommunikation lokal unterbrochen wird.
- Verhinderung illegaler Sendungen und Sicherstellung der Möglichkeiten, Überwachung, Beobachtung und Inspektion in den palästinensischen Gebieten durchzusetzen.
- Schaffung eines gemeinsamen Apparates zur Beendigung störender Sendungen und Abkommen zum ununterbrochenen Funktionieren der Kommunikationssysteme.
- Überwachung der Errichtung von Antennen und anderer Installationen, die von feindlichen Kräften missbraucht werden könnten.

Aufgrund seiner topografischen und technologischen Verwundbarkeit und Sicherheitsbedürfnisse – und zur Vermeidung von Schäden für seine existierenden Kommunikationssysteme – muss Israel über das entscheidungsbildende Vorrecht in diesem Komitee verfügen.

Der gegenseitige Mangel an Vertrauen zwischen beiden Seiten rührt von den widersprechenden Interessen her sowie von unterschiedlichen Herangehensweisen. Israel betrachtet das elektromagnetische Spektrum aus sicherheitspolitischer Perspektive



und im Interesse der Gewährleistung des normalen Funktionierens seiner Kommunikationssysteme, während die Palästinenser primär daran interessiert sind, ihre Souveränität zu demonstrieren. Um diese Kluft zu überbrücken, könnte eine Drittpartei damit beauftragt werden, die Einhaltung der Abkommen durch beide Seiten zu überwachen und zu überprüfen, ob den Interessen beider Parteien ein wesentlicher oder vorsätzlicher Schaden zugefügt wurde.

Zusammenfassung

Von palästinensischer Seite ist regelmäßig zu hören, dass sie die israelischen Sicherheitsbedürfnisse verstehen würden, doch dass es Frieden sei, der Sicherheit bringen würde. Daher glauben sie, dass ihre eigenen Interessen gegenüber den israelischen Vorrang hätten. Umgekehrt sieht Israel in seiner Sicherheit die notwendige Bedingung für Frieden und Stabilität und kann Vorschlägen nicht zustimmen, die seine überlebensnotwendigen Sicherheitsinteressen allein an diplomatische Abkommen knüpfen.

Nur durch gegenseitiges Verstehen der Bedürfnisse der Gegenseite und durch den Aufbau eines wirksamen Koordinationsapparates, der beiden Seiten passende Lösungen bietet, kann ein stabiles und lebensfähiges Abkommen umgesetzt werden. Angesichts der besonderen Bedingungen von Zeit, Raum und Topografie in der Region ist es nicht möglich, den Luftraum oder das elektromagnetische Spektrum zwischen Israel und einem zukünftigen Palästinenserstaat aufzuteilen. Daher muss einer der beiden Seiten die Hauptlast der Verantwortung, zu entscheiden und die Entscheidungen umzusetzen, übertragen werden. Angesichts der komplexen Sicherheitsbedürfnisse Israels, einschließlich des Bedürfnisses nach Stabilität und Sicherheit in Folge der Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates, muss die überwiegende Verantwortung in israelischer Hand liegen. Gleichzeitig muss das palästinensische Verlangen nach Zeichen staatlicher Souveränität in den Bereichen wie Luftraum und elektromagnetischem Spektrum respektiert werden. Diese kann durch gemeinsame Institutionen zur Koordination, Verwaltung und Problemlösung erreicht werden.

Ein israelischer Soldat im südlibanesischen Dorf Maroun al-Ras, 29. Juli 2006. Als die IDF während des Zweiten Libanonkrieges in den Libanon einmarschierten, entdeckten sie hochentwickelte iranische Spionageeinrichtungen, deren Reichweite weit nach Israel hineinreichte. Daher muss Israel auf das Vorrecht der Kontrolle des elektromagnetischen Spektrums bestehen.

Ausländische Friedenstruppen im Westjordanland – ein Sicherheitsrisiko

Ehem. Chef der Abteilung Recherche und Evaluation des IDF-Nachrichtendienstes; ehem. Militärsekretär des Verteidigungsministers. Gegenwärtig Nationaler Sicherheitsberater Premier Netanyahus. Dieses Kapitel wurde vor seiner Ernennung verfasst.

Generalmajor (Res.) Yaakov Amidror

Erfahrungen der Vergangenheit

Während des Sechstagekrieges diente ich als Soldat im Bataillon 202 der Fallschirmspringerbrigade der IDF. Am ersten Kampftag drangen wir südlich von Gaza-City in den Gazastreifen ein und am frühen Nachmittag wurde uns mitgeteilt, nicht auf eine Gruppe zu schießen, die in geordneter Weise entlang der Schienen eintreffen sollte. Gut eine Stunde später tauchte ein Trupp indischer Soldaten mit großen Sikh-Turbanen auf. Sie marschierten in ordentlichen Gruppen von jeweils vier zwischen den Schienen, die Gewehre auf dem Rücken mit den Läufen nach unten, ein klares Zeichen, dass sie nicht vorhatten, sie einzusetzen. Dies waren die UN-Noteinsatztruppen UNEF, die sich aus dem Gebiet zurückzogen, kurz bevor die Feindseligkeiten einsetzten.

Die UNEF waren 1956 nach dem Ende des Sinai-Feldzugs und des israelischen Rückzugs aus Sinai und Gaza als Puffer zwischen Ägypten und Israel stationiert worden. Jedoch in diesem Moment der Wahrheit, an dem diese Truppen am

meisten gebraucht worden wären – um einen Krieg zu verhindern – zogen sie sich aufgrund eines vom ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser an UN-Generalsekretär U Thant gerichteten Wunsches zurück. Der UNEF-Abzug war eine der wesentlichsten Entwicklungen, die dem Ausbruch des Sechstagekrieges vorausgingen. Die Geschichte dieses Verrats an Israel durch die UNEF – unabhängig davon wie sehr die UN dies juristisch hätte rechtfertigen können – war einer der ausschlaggebendsten Gründe für die heutige Haltung Israels gegenüber dem Vorschlag, seine Sicherheit internationalen Truppen zu überlassen.

UNIFIL im Libanon

Später, als Nachrichtenoffizier des Nordkommandos der IDF entlang der libanesischen und syrischen Front wurde ich Zeuge der absoluten Ineffizienz der UN-Interimstruppe im Libanon (UNIFIL). Die UNIFIL wurde 1978 in Übereinstimmung mit UN-Sicherheitsratsresolution 425 in Folge der Operation Litani eingerichtet, jener

Die Flagge der Vereinten Nationen weht neben einer Hisbollah-Flagge im Südlibanon, nahe der Grenze zu Israel.



israelischen Bodenoffensive im Libanon in Reaktion auf wiederholte Terrorangriffe der PLO auf Nordisrael. Das Mandat der UNIFIL war es, den israelischen Rückzug aus dem Libanon zu bestätigen sowie Frieden, Sicherheit und die Autorität der libanesischen Regierung in dem Gebiet wiederherzustellen.

Doch der Südlibanon verwandelte sich relativ schnell zurück in eine terroristische Hochburg, von der aus feindliche Kräfte Israel beschossen. Die UNIFIL unternahm nichts, um dies zu verhindern. Stattdessen stand sie IDF-Operationen im Weg. Die UNIFIL-Stationierung verhinderte weder die Verschärfung der Situation, noch den Ausbruch des Libanonkrieges 1982. Sogar nach dem Krieg, als die Bedrohung Israels durch die PLO von einer durch die vom Iran gesponserte Hisbollah abgelöst wurde, blieben die Probleme mit der UNIFIL erhalten. Die IDF verhielten sich in den folgenden Jahren korrekt. Sie marschierten – wenn nötig – als reguläre Armee mit Flagge und Uniform in den Libanon ein und koordinierte dies mit der UNIFIL, um eine Verletzung des UN-Personals zu vermeiden.

Die UNIFIL-Truppen gehen eher gegen die israelischen Selbstverteidigungsmaßnahmen vor als gegen die Angriffe der Hisbollah.

Im Gegensatz dazu ist die Hisbollah eine bewaffnete irreguläre Truppe, welche aus der Zivilbevölkerung des Libanons heraus angreift und dorthin wieder verschwindet. Weder informiert sie irgendjemanden, wenn sie in ein Gebiet einmarschiert, noch, wenn sie sich wieder daraus zurückzieht. Die UNIFIL-Truppen haben noch nie einen Hisbollah-Terroristen gefangen genommen oder irgendwelche Maßnahmen gegen sie ergriffen – nicht einmal wenn sie von ihnen beschossen wurden. Als die Hisbollah ihre Artillerie bis zu 50 Meter an die UN-Stellungen

bewegte und von dort aus auf israelische Ziele schoss, unternahm die UNIFIL nichts. Doch als Israel auf diesen Beschuss reagierte und dieselbe Hisbollah-Artillerie unter Beschuss nahm, legte die UN-Abteilung für Friedenssicherungseinsätze eine formelle diplomatische Beschwerde ein. Als Resultat gehen UNIFIL-Truppen eher gegen die israelischen Selbstverteidigungsmaßnahmen vor als gegen die Angriffe der Hisbollah.

Die UNIFIL erinnert die israelische Öffentlichkeit pausenlos an die Unfähigkeit internationaler Truppen beim Verhindern des Terrorkriegs islamistischer Aufstandsbewegungen gegen Israel. In Folge des einseitigen Abzugs der israelischen Truppen aus dem Südlibanon im Mai 2000 begann die Hisbollah eine massive Aufrüstung und stockte ihr Arsenal auf ungefähr 20 000 Raketen auf, von denen mehr als 4000 während des Zweiten Libanonkriegs 2006 auf israelische Städte und Gemeinden gefeuert wurden. Die Hisbollah attackierte Israel zudem in einer Operation vom Oktober 2000, bei der ihre Truppen vom eigentlich UN-kontrollierten libanesischen Gebiet auf israelisches Territorium vordrangen, drei israelische Soldaten entführten und andere töteten. All dies geschah vor den Augen einer UNIFIL-Stellung, von der aus das Geschehen leicht zu beobachten gewesen wäre. Doch die UNIFIL errichtete keine Straßensperren, um die Hisbollah-Fahrzeuge mit den israelischen Gefangenen aufzuhalten.

Seit dem Krieg von 2006 und trotz der Stationierung von mehr als 10 000 zusätzlichen UNIFIL-Soldaten im Südlibanon unter Schirmherrschaft der UN-Sicherheitsratsresolution 1701 hat die Hisbollah in einem gewaltigen Tempo aufgerüstet. Trotz des Umstands, dass die UNIFIL angeblich ihr Mandat zur Friedenssicherung verschärft hat, hat die Gruppe mehr als 50 000 Raketen angesammelt. Zugegebenermaßen haben die Präsenz von UNIFIL und libanesischer Armee das Agieren der Hisbollah südlich



des Litani-Flusses erschwert, so dass sie gezwungen war, den Großteil ihrer Operationen nördlich davon zu verlegen. Doch die Hisbollah operiert nach wie vor in aller Öffentlichkeit unter Bruch der UN-Resolutionen 425 und 1701 und hat sich nie an die Forderungen der UNIFIL gehalten.

So explodierten im Juli und Oktober 2009 große Munitionsdepots im von der UN kontrollierten Gebiet, von deren Existenz die UNIFIL nichts gewusst hatte. Es gibt zahlreiche solcher geheimen Waffendepots verteilt über den ganzen Südlibanon und hunderte von Hisbollah-Aktivisten trainieren dort. Wurde irgendeiner von ihnen verhaftet? Nein. Kurz: Die Präsenz der UN-Truppen im Libanon war bislang kein hilfreicher Faktor, selbst als die libanesische Regierung von der UN eine Behinderung der Hisbollah wünschte.

Internationale Truppen und die Palästinenser

Was würde geschehen, schickte man UN-Truppen in einen souveränen

Palästinenserstaat, dessen Regierung *nicht wünscht*, dass internationale Truppen die Aktivitäten von Organisationen wie Hisbollah und Hamas ausschalten oder behindern? Würden internationale Truppen zur Garantie eingesetzt, dass die Palästinenser sich an die Sicherheitsbestimmungen ihrer Abkommen mit Israel halten, während die palästinensische Regierung jedoch starke Vorbehalte gegen diese Bestimmungen – z.B. Entmilitarisierung – hätte, da sie eine Einschränkung palästinensischer Souveränität darstellen würden, dann hätte selbige Regierung auch wenig Interesse an der fortgesetzten Präsenz dieser Truppen.

Nach dem von US-Außenministerin Condoleeza-Rice ausgehandelten Rafah-Grenzabkommen von 2005 wurden entlang der ägyptischen Grenze in Gaza europäische Beobachter stationiert. Doch diese Beobachter flohen relativ schnell von ihren Posten, als nach dem Sieg der Hamas in den palästinensischen Wahlen von 2006 mörderische Gewalt zwischen Fatah und Hamas ausbrach. Sie wurden auch Opfer von Entführungen durch lokale

Zwei Mitglieder der EU-Grenzüberwachungsmission betrachten den Bildschirm eines Durchleuchtungsgerätes, das von einem palästinensischen Grenzpolizisten bedient wird. Grenzübergang Rafah, 25. November 2005. Die europäischen Beobachter flohen relativ schnell von ihren Posten, als nach dem Sieg der Hamas in den palästinensischen Wahlen von 2006 mörderische Gewalt zwischen Fatah und Hamas ausbrach.

Palästinenser, was wohl zur Entscheidung zur Flucht von ihren Posten beitrug.

Im Gefängnis von Jericho im von der PA kontrollierten Westjordanland erwiesen sich britische und amerikanische Gefängniswärter 2006 als unfähig, die Gefängnisstrafen von palästinensischen Terroristen so zu vollstrecken, wie es international vereinbart worden war. Am Ende sahen sich die IDF gezwungen zu handeln – sie betraten das Gefängnis und überführten die gefangenen Terroristen in israelische Gefängnisse. Unter jenen befand sich u.a. Ahmed Saadat, Anführer der Volksfront zur Befreiung Palästinas und verantwortlich für die Ermordung des israelischen Kabinettsministers Rehavam Ze'evi 2001.

Mit der Präsenz internationaler Truppen soll der israelischen Öffentlichkeit so viel wie eine Lösung für die aus einem territorialen Rückzug erwachsenden Probleme geboten werden. Doch in Israels Erfahrung sind die einzigen zuverlässigen Sicherheitskräfte die eigenen. Aus diesen Gründen würde die Präsenz von UN-Truppen so wie in der Vergangenheit wenig mehr sein als eine Hindernis für das israelische Vermögen, sich eigenständig zu verteidigen. Daher muss sich Israel das exklusive Recht bewahren, gegen Terrorgruppen vorzugehen – was so viel heißt wie, dass internationale Truppen nicht in Frage kommen.

Israel: Selbstverteidigung aus eigener Kraft

Israels Bedürfnis, sich „eigenständig zu verteidigen“ zu können, ist keine neue Idee. Es basiert auf dem nationalen Ethos Israels seit dem Unabhängigkeitskrieg und wurzelt ebenso in dem international sanktionierten Recht Israels auf „sichere und anerkannte Grenzen“ bzw. „verteidigungsfähige Grenzen“, das in der UN-Sicherheitsratsresolution 242 festgelegt wurde, welche dem Krieg von 1967 folgte

und seitdem die arabisch-israelische Diplomatie beherrscht. Präsident George W. Bush benutzte diese Sprache in der präsidentialen Garantie, die er dem israelischen Premier Ariel Sharon 2005 in einem *quid pro quo* für den Abzug aus Gaza gab. „Die Vereinigten Staaten wiederholen, dass sie Israels Sicherheit unerschütterlich verpflichtet sind. Dies schließt das Recht Israels, in sicheren, verteidigungsfähigen Grenzen zu leben sowie zur Bewahrung und Steigerung seiner Fähigkeit zur Abschreckung und zur eigenständigen Verteidigung gegen jede mögliche Gefahr oder Kombination von Gefahren ein.“

Ganz allgemein können internationale Truppen nur dann funktionieren, wenn beide Seiten den dafür nötigen politischen Willen demonstrieren, sich an die bilateralen Vereinbarungen zu halten. In solchen Fällen können internationale Truppen bei der Umsetzung des Vertrages assistieren, wie es z.B. auf dem Sinai beim ägyptisch-israelischen Friedensvertrag der Fall war. Seit dem 3. August 1981, als sich Israel, Ägypten und die Vereinigten Staaten auf die von ihnen finanzierten Multinationalen Truppen & Beobachter (MFO) einigten, haben sich beide Seiten an die Sicherheitsvorgaben des Friedensvertrages gehalten. Dabei ist zu unterstreichen, dass sowohl Ägypten und Israel ein bilaterales Interesse an der Einhaltung des Vertrages haben. Doch selbst in diesem Szenario wären die MFO unfähig gewesen, im Fall eines Vertragsbruches durch eine der beiden Seiten diesen zu verhindern.

Erfolgsquote westlicher/NATO-Friedenstruppen

Aufgrund der schlechten Bilanz der UN-Friedenstruppen wird mitunter vorgeschlagen, dass stattdessen NATO-Truppen entsandt werden, in der Annahme, diese wären robuster und besser in der Lage, ihre Mission zu erfüllen. Während



Retterungsarbeiter suchen nach dem Selbstmordanschlag der Hisbollah vom 18. April 1983 mit 60 Toten in den Trümmern der US-Botschaft in Beirut nach Leichen. Am 23. Oktober 1983 fuhren zwei mit Sprengstoff beladene LKWs in die Gebäude der amerikanischen und französischen Truppen in Beirut und töteten 241 amerikanische und 58 französische Soldaten.

UN-Truppen aus vielen nichtwestlichen Staaten kommen können – von Fidschi bis zu Nigeria – deren Soldaten unzureichend ausgebildet und ausgerüstet sind, geht man davon aus, NATO-Truppen wären in besserer Form. Während UN-Truppen meistens als friedenserhaltend eingesetzt werden – d.h. zur Kontrolle, ob die Vereinbarungen eingehalten werden – könnte eine NATO-Mission die ehrgeizigeren Ziele der Friedensdurchsetzung beinhalten: die kriegführenden Seiten zu einer Einstellung vertragsbrechender Feindseligkeiten zwingen. Doch auch die NATO stößt

dabei an viele Beschränkungen, auf die hinzuweisen gilt.

So z.B. in Bosnien, wohin NATO-Truppen zur Aufrechterhaltung des Dayton-Agreements von 1995 entsandt worden waren und die wirksam waren, sobald Jugoslawien bedingungslos kapituliert hatte. Der israelisch-palästinensische Fall entbehrt jedoch irgendeiner Form von Kapitulation von Seiten der Palästinenser oder der Hamas, noch streben die Palästinenser oder Israel eine Kapitulation als Status an. Auch entstand mit dem Rückzug der

jugoslawischen Armee aus dem Kosovo eine physische Realität, in der es zwischen den kriegführenden Parteien keinen Kontakt mehr gab. Solche Bedingungen müssten im israelisch-palästinensischen Konflikt noch erreicht werden, nur sind sie für die nähere Zukunft wenig wahrscheinlich.

Auch wenn eine internationale Truppe unter NATO- oder UN-Mandat entsandt wird – alle Friedenstruppen werden sich um gute Arbeitsbeziehungen zu Milizen und Terrorgruppen bemühen, die auf Gewalt setzen.

In den frühen Phasen des Bosnienkrieges gab es eine vorwiegend westliche Militärpräsenz, die unter UN-Mandat als UN-Schutztruppe (UNPROFOR) stationiert worden war. Die NATO war bereits in diesem frühen Stadium involviert und unterstützte UNPROFOR. Doch auch als gut ausgerüstete westliche Armee versagte UNPROFOR darin, schreckliche Massaker des Konfliktes zu verhindern. Der unrühmlichste Fall war der eines holländischen UN-Kontingents, das die Moslems von Srebrenica in Stich ließ, als sie von der Armee der bosnischen Serben attackiert wurden, was 1995 zum Massenmord an 8 000 Zivilisten führte. Die NATO durfte nur mit UN-Billigung eingreifen. Es gab einen „dual-key“-Mechanismus, der verlangte, dass beide Organisationen zustimmen mussten, um die NATO zum Einsatz zu bringen.

Unabhängig, ob eine internationale Truppe unter NATO- oder UN-Mandat entsandt wird, solange die Truppen inmitten der Feindseligkeiten entsandt werden, werden sie vor dem gleichen fundamentalen Problem stehen, dem sich alle Friedenstruppen ausgesetzt sehen: sie werden sich um gute Arbeitsbeziehungen zu Milizen und Terrorgruppen bemühen

müssen, die auf Gewalt und Aggression gegen sie setzen. In Bosnien wollte die UNPROFOR die Armee der bosnischen Serben nicht von sich entfremden, die bisweilen UN-Truppen bedrohten und als Geiseln nahmen. Und aus ähnlichen Gründen will es sich die UNIFIL nicht mit der Hisbollah verderben.

Denn insbesondere Friedenstruppen nehmen des eigenen Überlebens wegen eine Haltung strikter Neutralität zwischen der Seite ein, die Frieden und Sicherheit torpediert, und jener, die sie verteidigen sollten. Dieser Zwang zur Neutralität ist einer der wesentlichsten Faktoren und trägt dazu bei, dass Friedenstruppen sich als wirkungslos und unzuverlässig erweisen werden, wenn sie am dringlichsten gebraucht werden.

Ihr Zwang, neutral zu sein, und die Gefahren, denen sich Friedenstruppen bei der Erfüllung ihres Auftrags ausgesetzt sehen, sind keine bloße Theorie. Die im August 1982 in den Libanon entsandten Truppen waren eher voll bewaffnete NATO-Truppen als eine UN-Beobachtermission. Sie setzten sich aus britischen, französischen, italienischen und amerikanischen Einheiten zusammen. Im Oktober 1983 wurden sowohl die Unterkünfte der französischen Fallschirmjäger wie auch das Hauptquartier der amerikanischen Marines von schiitischen Selbstmordattentätern im Auftrag Teherans angegriffen, was zum Tod von nahezu dreihundert Soldaten führte. Innerhalb eines Jahres wurden beide Seiten aus dem Libanon abgezogen, was nicht nur die Gefahren unterstrich, denen sich Friedenstruppen ausgesetzt sehen, sondern auch die Realität, dass sie den Schauplatz im Falle eines Angriffs schnell verlassen. Dieser Umstand gibt den Friedenstruppen einen zusätzlichen bürokratischen Anreiz, sich bei der terroristischen oder aufständischen Seite des Konfliktes beliebt zu machen, denn eine Konfrontation mit diesen Kräften würde zum Scheitern der Mission führen. Diese Wahrheit über die Friedenstruppen hat die UNIFIL immer wieder bestätigt,



Der ägyptischen Präsident Gamal Abdel Nasser zusammen mit UN-Generalsekretär U Thant am 24. Mai 1967, zwei Wochen vor Ausbruch des Sechstagekrieges. Thant entsprach Nassers Bitte um einen Abzug der UN-Noteneinsatztruppen, die seit dem Krieg von 1956 auf dem Sinai als Puffer stationiert waren. Nasser ersetzte die UNEF durch ägyptische Divisionen bereit zum Angriff auf Israel und löste damit die Feindseligkeiten aus.

deren Beamte die Hisbollah-Verstöße gegen Resolution 1701 trotz zahlreicher und offensichtlicher Beweise immer wieder geleugnet und heruntergespielt haben.

Es gibt die Meinung, mit UN-Unterstützung wären die Risiken für eine westliche Armee wie die NATO im Nahen Osten geringer. So wurde in der Vergangenheit angenommen, ein Mandat des UN-Sicherheitsrates würde Friedenstruppen eine höhere Legitimität verleihen, wodurch die Truppen etwas mehr geschützt wären. Doch wenn internationale Truppen von islamistischen Gruppen bedroht werden, dann macht auch ein UN-Mandat diese Truppen nicht notwendigerweise akzeptabler. Im August 2003 attackierte Al-Qaida gezielt das Hauptquartier des UN-Sondergesandten in Bagdad Sergio Vieira de Mello und töteten ihn sowie 16 weitere Personen mit einer LKW-Bombe. Welche Möglichkeit hätte die UN schon für eine Vergeltung- oder Strafaktion gegen eine Terrorgruppe?

Mit steigenden Opferzahlen verlieren internationale Truppen häufig die

ursprüngliche politische Unterstützung, die sie in den Ländern hatten, die sie zur Friedensmission entsandt haben. Im Irakkrieg büßte die von den Vereinigten Staaten geführte Koalition nationale Kontingente von Ländern ein, die sich um ihre Sicherheit zu sorgen begannen. Nachdem Al-Qaida-Anschlag in Madrid wählte Spanien eine neue Regierung, die alle spanischen Truppen aus dem Irak abzog. 2010 wurde in den Niederlanden die fortgesetzte Stationierung ihrer Truppen in Afghanistan unter NATO-Kommando zu einer innenpolitischen Kontroverse und führte zum Abzug.

Ob sie sich der Friedenssicherung oder Friedensdurchsetzung widmen, stets stellt sich die Frage, ob es für die internationalen Truppen, einschließlich der NATO, eindeutige Gefechtsregeln gibt. Ist es internationalen Truppen z.B. nur dann gestattet, das Feuer zu eröffnen, wenn sie angegriffen werden? Oder dürfen sie ihre Feuerkraft auch dann einsetzen, um einen Akt der Aggression zu verhindern? So war es den belgischen UN-Friedenstruppen

untersagt, gegen die Hutu-Milizen vorzugehen, die am Volk der Tutsi einen Völkermord begingen.

Selbst bei dem robusten NATO-Mandat in Afghanistan, das keine Friedensmission ist, bestehen die europäischen Staaten auf Vorbehalten für ihre Truppen. So gab es von einigen Ländern einen Vorbehalt gegen Operationen bei Nacht oder geografische Einschränkungen, nach denen ihre Truppen nur in den Regionen eingesetzt werden dürfen, die als sicherer galten. Einige Vorbehalte verlangten, dass sich die Kommandanten im Feld vor taktischen Entscheidungen mit den Hauptstädten in Europa berieten. Am wichtigsten waren die nationalen Vorbehalte gegen den Einsatz bestimmter Truppen als Teil der NATO-Allianz in Antiterroroperationen.¹ 2009 gab General Craddock, der ehemalige alliierte Oberkommandeur der NATO, zu, dass die NATO-Truppen von insgesamt 83 nationalen Vorbehalten belastet waren, die später auf 70 gesenkt wurden.²

Die NATO ist eine schwerfällige Organisation. Angesichts ihrer Bilanz in Afghanistan wäre eine Effizienz ähnlicher Truppen im Westjordanland schwer vorstellbar.

Die NATO ist eine schwerfällige Organisation, v.a. im Hinblick auf Entscheidungsfindung und Verarbeitung dringlicher operationeller Entscheidungen ihrer Kommandeure. In Antiterrorereinsätzen ist aber genau die Fähigkeit von Nöten, schnell und entschieden zu handeln, wodurch der Frieden bewahrt und Anschläge verhindert werden. Angesichts ihrer Bilanz in Afghanistan wäre eine Effizienz ähnlicher Truppen im Westjordanland schwer vorstellbar.

Internationale Truppen schränken israelisches Vermögen zur Selbstverteidigung ein

Israel muss sich mit der Möglichkeit vertraut machen, dass selbst nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages und der Errichtung eines entmilitarisierten Palästinenserstaates Gruppen wie die Hamas, der Islamische Dschihad oder gar die von den Vereinigten Staaten ausgebildeten Sicherheitskräfte der PA vertragsbrüchig handeln. Israel muss auch damit rechnen, dass internationale Truppen in solchen Situationen wahrscheinlich nicht handeln werden. Tatsächlich legen die Raketenangriffe der Hamas gegen Israel nach dem israelischen Abzug aus Gaza nahe, dass sich ein ähnliches Szenario im Westjordanland entfalten könnte, wodurch die israelische Küstenebene unter Raketenbeschuss geraten würde.

In einem solchen Szenario wäre die operationelle Handlungsfreiheit der IDF durch die Präsenz von UN-Truppen auf palästinensischem Gebiet eingeschränkt. Die israelische Armee könnte nicht, wenn erforderlich, auf einen Feind schießen, ohne vorher die Position von UN-Personal zu verifizieren. Israel riskiert somit eine Situation, in der niemand mehr in der Lage wäre, gegen Terroristen vorzugehen: d.h. die internationalen Truppen würden darin scheitern, Terrorangriffe auf Israel zu verhindern, wären aber darin erfolgreich, Israel an seiner Selbstverteidigung zu hindern.

In seiner letzte Rede vor der Knesset im Oktober 1995 sagte Premierminister Rabin, dass die IDF die Kontrolle des Jordantals „weitesten Sinne des Wortes“ behalten müssten.³ Israel muss das Gebiet entlang des Jordanflusses isolieren, um den Schmuggel von Waffen, Personal und Know-how zu verhindern. Innerhalb des Territoriums muss es eine palästinensische Polizei geben, die sich um die Probleme des Innern kümmert und deren Waffengewalt



UN-Generalsekretär Kofi Annan und Hisbollah-Führer Scheich Hassan Nasrallah im Libanon, 20. Juni 2000. Das Treffen war ein Zeichen der Anerkennung des Einflusses der Hisbollah im Libanon. Seit ihrem Krieg mit Israel 2006 hat sich der Einfluss der Hisbollah weit über den Südlibanon ausgedehnt und erstreckt sich nun auch über die zentralen und nördlichen Teile des Landes.

auf Maschinengewehre begrenzt ist, deren Munition die gepanzerten IDF-Fahrzeuge nicht zu durchdringen vermag. Auch muss im Vorfeld vereinbart werden, dass im Falle eines Anschlags oder eines Verhaften- und-Laufenlassens von Terroristen, die IDF in der Lage sind, das Gebiet zu betreten, um Verdächtige festzusetzen und weitere Angriffe zu verhindern.

Wer garantiert Entmilitarisierung?

Die vorgesehene Errichtung eines palästinensischen Staates stellt Israel vor beträchtliche Sicherheitsrisiken. Selbst mit einer vollständig und nachweislich entmilitarisierten palästinensischen Souveränität ohne Sicherheitskontrolle über das Westjordanland, wird Israel vor enormen Ungewissheiten darüber stehen, wie es seine zukünftige Sicherheit gewährleisten soll.

Wird ein zukünftiger souveräner Palästinenserstaat ein Land mit einer starken Verpflichtung zur Rechtsstaatlichkeit? Werden die Sicherheitskräfte der Autonomiebehörde ohne Hilfe der IDF, die

einen Großteil der Verantwortung im Kampf gegen den Terrorismus übernommen hatten, in der Lage sein, die völlige Kontrolle zu etablieren und dabei Terrorgruppen wie die Hamas, den Palästinensischen Islamischen Dschihad oder Fatahs Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden vollständig zu zerschlagen?

Während der Umsetzung der Osloer Verträge schuf Yasser Arafat eine separate militärische Kraft außerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde, bekannt als Tanzim, die nicht der Fatah unterstanden und durch keine bilateralen Verträge gebunden war. Sie kam in Zeiten der Eskalation gegen Israel zum Einsatz v.a. in der Zweiten Intifada. Wer verhindert das erneute Entstehen solcher paramilitärischen Gruppen? Wie wird der Nahe Osten in den kommenden Jahren aussehen, angesichts der vom Iran unterstützten regionalen Unterwanderung und einer immer näher an Israels Grenzen rückenden Aktivität der Al-Qaida?

In der Zwischenzeit könnte eine wachsende palästinensische Kontrolle über unabhängiges Gebiet das palästinensische

Selbstbewusstsein dahingehend stärken, durch massive strategische Angriffe auf Israel einen entscheidenden Schlag zu führen. Solch ein Szenario könnte angesichts der geringen Distanz von 14-20 Kilometern zwischen Mittelmeer und Palästinenserstaat sogar wahrscheinlicher werden. Denn ein ununterbrochener Raketenhagel aus palästinensischem Gebiet oder gar kombiniert mit einer militärischen Offensive aus dem Westjordanland, stellt für Israels Inneres eine ernste praktische Gefahr dar. Israel wird also unter einer weit größeren Bedrohung leben und gezwungen sein, Wege zu finden, um einen palästinensische Offensive zu verhindern.

Israel müsste auch Verteidigungspläne entwerfen, die ohne den kritischen topografischen Vorteil einer Kontrolle der Hügelkette des Westjordanlandes auskämen. Von diesem den Westen überragenden Terrain könnte jeder Palästinenser mit einer Kassamrakete, den wichtigsten israelischen Flughafen beschießen und die großen israelischen Städte der Küstenebene treffen – das „strategische Gravitationszentrum“ des Landes, wie es in der militärischen Doktrin bezeichnet wird. Diese neue Realität würde es schwierig machen, Israel gegen Raketen- und anderes Waffenfeuer zu verteidigen, womit die militärischen Planer Israels vor völlig neuen und beständigen Aufgaben stünden: Wie wäre Israels unter solchen Bedingungen zur Selbstverteidigung fähig?

Es dürfte keinen Weg geben, diese haltlose Situation vollständig zu neutralisieren, doch die Gefahr kann drastisch reduziert werden, indem eine Lage geschaffen wird, die die palästinensische Seite davon abhält, konventionelle militärische und geheime terroristische Fähigkeiten im Westjordanland aufzubauen. Dazu gehört auch, dass jedwede Sicherheitslösung eine mögliche Verstärkung der Palästinenser durch arabische oder iranische Kräfte aus dem Osten ausschließt. Kurz: *es gilt, das Entstehen irgendeiner konventionell*

militärischen oder terroristischen Bedrohung im ganzen Territorium zwischen „Grüner Linie“ und Jordantal zu verhindern.

Angesichts dieser Erwägungen müssen folgende Sicherheitserfordernisse garantiert werden:

1. Keine ausländische Armee darf das Gebiet der Autonomiebehörde oder des palästinensischen Staates betreten.
2. Keinerlei militärische Organisation darf in diesem Gebiet errichtet werden, staatlich oder nicht.
3. Der Schmuggel von Waffen in das Gebiet, ob von Osten oder aus irgendeiner anderen Richtung, ist zu unterbinden.

Für den Fall, dass sich eines dieser Szenarien ereignet, müssen die IDF in der Lage sein, zu handeln und die Gefahr zu beseitigen.

Diese drei Bedingungen werden von der israelischen Forderung abgeleitet, dass eine palästinensische Staatlichkeit vollständig entmilitarisiert sein sollte. Es wäre ein schwerer Fehler zu glauben, dass eine Sicherstellung der vollständigen palästinensischen Entmilitarisierung durch internationale Truppen im Westjordanland garantiert werden könnte. Internationale Truppen sind noch niemals irgendwo in der Welt darin erfolgreich gewesen, wenn eine der beiden Seiten bereit war, ihre Verantwortung zu ignorieren. Es gibt keinen Grund zu glauben, dass es dieses Mal anders wäre.

Das Töten von Friedenstruppen ist eine der effektivsten Waffen im Arsenal des Terrorismus, um den politischen Willen der an der Friedenssicherung beteiligten Staaten zu brechen.

Schlussfolgerungen

Im Nahen Osten wie anderswo haben sich internationale Truppen als notorisch unzuverlässig erwiesen, v.a. wenn sie von einer der beiden Seiten herausgefordert wurden, sei es von Nassers Ägypten 1967 oder von der Hisbollah heute. Das Töten von Friedenstruppen ist eine der effektivsten Waffen im Arsenal des Terrorismus, um den politischen Willen der an der Friedenssicherung beteiligten Staaten zu brechen. Internationale Truppen haben historisch ihren Widerwillen erwiesen, jenen Kräften militärisch zu begegnen, die sie herausfordern, und selbst die NATO ist mit aller Wahrscheinlichkeit gezwungen unter äußerst einschränkenden Gefechtsregeln zu operieren und ohne klare Kommandoketten, wodurch ihr Wert für eines der Szenarien, denen sich Israel ausgesetzt sehen wird, weiter sinkt.

Aus diesen Gründen muss die von Premierminister Benjamin Netanyahu erhobene Forderung, dass jeglicher Palästinenserstaat entmilitarisiert sein müsse, auch die Präsenz einer bewaffneten Drittpartei oder internationaler Truppen auf dem Gebiet eines zukünftigen Palästinenserstaates ausschließen.

Darüber hinaus gilt, dass, selbst wenn die NATO ihr Problem der nationalen Vorbehalte und Gefechtsregeln lösen sollte, die die Wirksamkeit ihrer Truppen einschränken, und die Effektivität der UN-Friedenstruppen sich drastisch verbessert, es immer noch das fundamentale Prinzip der israelischen Militärdoktrin zu beachten gilt, dass Israel, „sich eigenständig verteidigt“. Israel legt großen Wert darauf, dass es niemals westliche – auch nicht amerikanische – Soldaten darum gebeten hat, ihr Leben zu seiner Verteidigung zu riskieren.

Israels Forderung der Eigenständigkeit ist v.a. angesichts der möglichen und wahrscheinlichen Bedrohungsszenarien von Bedeutung, die aus der Unterzeichnung eines Abkommens mit der PA erwachsen könnten. Heute wie in der vorhersehbaren Zukunft wird keine Kraft in der PA die Stärke haben, palästinensische Gruppen wie die Hamas und den islamischen Dschihad aufzulösen. Und sollte Israel in der Zukunft konventionell von Osten aus angegriffen werden, würde es natürlich an Israel liegen, den Angriff im Jordantal abzufangen.

Es ist daher von Bedeutung, dass der begrenzte Nutzen internationaler Truppen in einem zukünftigen israelisch-palästinensischen Friedensabkommen deutlich wird. Wie einer der Analysten militärischer Friedensmissionen bereits gewarnt hat: „Friedenserhaltung ist ein sinnvolles Werkzeug in der internationalen Politik, doch ein inhärent begrenztes Werkzeug. Es kann und muss sich gewalttätigen Herausforderungen des Friedens vor Ort stellen, doch nur am Rande des Friedensprozess. Sollte der Kern des Prozesses seine Kraft verlieren, dann wird auch eine multinationale Operation nur über geringe Bindekräfte und entsprechend über unzureichende militärische Stärke verfügen, den Prozess aufrechtzuerhalten.“⁴⁴ Diese inhärente Schwäche internationaler Truppen verleiht der israelischen Doktrin der Eigenständigkeit sogar dann noch größere Bedeutung, wenn die Friedensverträge unterzeichnet sind.

Anmerkungen

- 1 James Sperling und Mark Webber, „NATO: From Kosovo to Kabul,“ *International Affairs* 85:3 (2009):509.
- 2 Arnaud De Borchgrave, „‘Caveats’ Neuter NATO Allies,“ *Washington Times*, 15. Juli 2009.
- 3 http://www.mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1990_1999/1995/10/PM+Rabin+in+Knesset+Ratification+of+Interim+Agree.htm.
- 4 William J. Durch, with Madeline England, *The Purpose of Peace Operations* (New York: Center on International Cooperation, New York University, 2009), p. 8.

Die Rückkehr zum Primat der Sicherheitspolitik in der israelischen Diplomatie

Ehem.
Generalsekretär
des Jüdischen
Weltkongresses;
Fellow, Jerusalem
Center for Public
Affairs

Dan Diker

Sicherheit durch Diplomatie vs. Primat der Sicherheitspolitik in der Diplomatie

In den letzten 17 Jahren der israelischen Friedensdiplomatie seit der gemeinsamen Unterzeichnung der Osloer Prinzipienklärung 1993 mit Yasser Arafats PLO wurden Israels lebenswichtige Sicherheitsbedürfnisse zugunsten des Erreichens eines endgültigen Friedensabkommens an die zweite Stelle gestellt. Israels traditioneller, auf dem „Primat der Sicherheitspolitik“ gründender diplomatischer Ansatz für internationale Beziehungen, in dem die Verteidigungsdoktrin des jüdischen Staates seit dem Sechstagekrieg von 1967 verankert war, wurde so auf den Kopf gestellt. Stattdessen begann nun die Doktrin „Sicherheit durch Diplomatie“, eine dominante Stellung im Denken israelischer Diplomaten einzunehmen. Friedensverträge, so glaubte man, würden die israelische Sicherheit garantieren.

Um diese Doktrin umzusetzen war Israel in seinen Bemühungen um ein Ende des

arabisch-israelischen Konfliktes – wie z.B. beim Rückzug aus dem Libanon und dem Camp-David-Gipfel 2000, dem Abzug aus dem Gazastreifen 2005 und dem Annapolis-Prozess von 2008 – zu umfangreichen und oft unilateralen Konzessionen bereit. Gleichzeitig wurden die israelischen Streitkräfte IDF dazu aufgefordert, die israelischen Sicherheitsbedürfnisse an ein politisches Modell anzupassen, anstatt dass man sich vor der Aufnahme von diplomatischen Initiativen oder während ihrer ersten Stadien auf eine „Rote Linie“ geeinigt hätte.¹

Diese Politik Israels, zuerst Zugeständnisse zu machen und erst an zweiter Stelle seine überlebenswichtigen sicherheitspolitischen Rechte und Bedürfnisse durchzusetzen, hat international die Erwartungshaltung erzeugt, dass das Land auch zukünftig einer unnachgiebigen Palästinenserführung weitreichende Konzessionen als Zuckerbrot bieten wird, um sie zu Verhandlungen zu bewegen. Die Palästinenser hingegen haben die internationale Gemeinschaft für das eingenommen, was die PA-Führung in ihrem Streben nach Staatlichkeit „palästinensische Rechte“ nennt.² Das

Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu bei seiner außenpolitischen Grundsatzrede, Bar-Ilan Universität, 14. Juni 2009. Netanyahu rief die Palästinenserführung dazu auf, Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes anzuerkennen, forderte die Errichtung eines entmilitarisierten Palästinenserstaates und äußerte, dass Jerusalem die vereinigte Hauptstadt Israels bleiben werde.



אוניברסיטת בר-אילן
מרכז בגין - סאדאת
BEGIN-SADAT CENTER

gleichzeitige öffentliche Schweigen israelischer Regierungen bezüglich des israelischen Rechtsanspruchs auf einen lebensfähigen wie sicheren jüdischen Staat mit verteidigungsfähigen Grenzen hat zur Verwirrung unter Freunden und zu einem verschärften Antagonismus von Seiten der Gegner geführt.

Premierminister Benjamin Netanyahu außenpolitische Grundsatzrede vom 14. Juni 2009 – die erste seiner Regierung – stellt im Wesentlichen eine Rückkehr zu einer Konfliktlösungspolitik dar, die Israels Sicherheit und Rechte in den Mittelpunkt stellt. Netanyahu Abkehr von der Politik der Vergangenheit zeigte sich in seinem deutlichen Bestehen darauf, dass die israelisch-palästinensischen Beziehungen wechselseitige Zugeständnisse verlangten: Israel müsse als Nationalstaat des jüdischen Volkes anerkannt,³ ein zukünftiger Palästinenserstaat entmilitarisiert und Israels wichtige Sicherheitsbedürfnisse respektiert werden.

Tatsächlich artikulierte Netanyahu damit einen neuen politischen Konsens in Israel im Hinblick auf den Friedensprozess und restaurierte gleichzeitig das traditionelle „Primat der Sicherheitspolitik“ in der israelischen Diplomatie, das sich in der Politik aller israelischen Regierungen zwischen 1967 und den ersten Jahren des Osloer Friedensprozesses finden lässt.

Die Rückkehr zu einer Diplomatie mit dem Primat der Sicherheitspolitik und das Bestehen auf eine palästinensische Entmilitarisierung und verteidigungsfähige Grenzen sind lebenswichtige Sicherheitsgarantien für Israel angesichts tiefgreifender

Ungewissheiten sowohl im Hinblick auf die Palästinenser wie auch den regionalen Aufstieg des Iran.

Im Falle des Westjordanlandes wurde das Primat der Sicherheitspolitik und der Rechte Israels von den Premiers Yitzhak Rabin und Benjamin Netanyahu ebenso gehütet wie von Ariel Sharon, trotz seines einseitigen Rückzugs aus Gaza. Die Wiederbelebung dieses Ansatzes seit der Wahl Netanyahu 2009 gewinnt an besonderer Bedeutung angesichts der iranischen wie auch von Al-Qaida ausgehenden Bedrohung dem Westen zugeneigter arabischer Regime wie Saudi Arabien, Jordanien, Ägypten, Libanon und der Golfstaaten. Während das iranische Regime sich gegenwärtig darum bemüht, die sunnitischen Regime, die entweder formal oder faktisch ihren Frieden mit Israel gemacht haben, zu destabilisieren, finanziert, trainiert und bewaffnet es gleichzeitig Terrorgruppen an Israels Nord- und Südgrenze wie auch im Westjordanland.

Vor diesem Hintergrund sind die Rückkehr zu einer Diplomatie mit dem Primat der Sicherheitspolitik und sein Bestehen auf eine palästinensische Entmilitarisierung und verteidigungsfähige Grenzen lebenswichtige Sicherheitsgarantien für Israel angesichts tiefgreifender Ungewissheiten sowohl im Hinblick auf die Palästinenser wie auch den regionalen Aufstieg des Iran.

Netanyahu Bar-Ilan-Rede

Es war ein Moment von entscheidender Bedeutung als Premierminister Benjamin Netanyahu vor den überfüllten Hörsaal des Begin-Sadat Center for Strategic Studies der israelischen Bar-Ilan Universität trat. Einige Monate zuvor war es ihm gelungen, eine starke Mitte-Rechts-Koalition zu formieren, die der um 30 Prozent gestiegenen



Premierminister Yitzhak Rabin in einer Knesset Debatte zu den Osloer Friedensvereinbarungen, die mit der PLO unterzeichnet wurden, 21. September 1993. Rabin beabsichtigte eine israelische Kontrolle des Jordantals und ein vereinigtes Jerusalem in jeder Art von endgültigem Statusabkommen mit der palästinensischen Autonomiebehörde.

öffentlichen Unterstützung der rechts von der Mitte angesiedelten Parteien Rechnung trug.⁴ Die israelische Öffentlichkeit begann, sich von der Politik des ehemaligen Premierministers Ehud Olmert zu distanzieren, dessen gescheiterter Versuch, einen Friedensvertrag auszuhandeln und einen palästinensischen Staat zu errichten, ihn dazu gebracht hatte, Palästinenserführer Mahmoud Abbas präzedenzlose Konzessionen anzubieten.⁵ Trotz Abbas' öffentlichem Eingeständnis, dass diese Konzessionen Olmerts weitreichend waren, hatte der Palästinenserpräsident darauf beharrt, dass die „Kluft zwischen den Seiten“ zu groß bleibe, was die Friedensgespräche zum Scheitern brachte.⁶ Der neu gewählte amerikanische Präsident Barack Obama

übte ungewöhnlichen Druck auf die Regierung Netanyahu aus, noch mehr Zugeständnisse zu machen, einschließlich eines vollständigen Siedlungsstopps im Westjordanland und in Teilen Jerusalems, was nicht nur den soliden Verständigungen widersprach, die mit der Bush-Administration erzielt wurden, sondern sogar dem Osloer Abkommen und der Politik der Clinton-Regierung.⁷

Netanyahu akzeptierte die Idee eines zukünftigen Palästinenserstaates,⁸ bestand jedoch darauf, dass die Palästinenser reziproke Gesten liefern und zwei Prinzipien akzeptieren müssten: die Anerkennung Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes und die Entmilitarisierung des zukünftigen Palästinenserstaates

einschließlich weiterer Sicherheitsgarantien wie z.B. verteidigungsfähiger Grenzen.⁹ Netanyahu bekräftigte zudem, dass Jerusalem eine ungeteilte Stadt unter israelischer Souveränität bleiben würde.

Damit räumte Netanyahu den nationalen Rechten und lebenswichtigen Sicherheitsbedürfnissen Israels die erste Stelle ein und war erst danach zur Akzeptanz der palästinensischen Forderungen bereit. Dies war eine deutliche Abkehr von dem Ansatz Olmerts in Annapolis, wo viele der fundamentalen Sicherheitsbedürfnisse, auf die Israel in der Vergangenheit bestanden hatte, im Rahmen der weitreichenden Zugeständnisse an Mahmoud Abbas fallen gelassen worden waren.¹⁰

Diese Verpflichtung Premier Netanyahus zu einem paradigmatischen Primat der Sicherheitspolitik wurde von der israelischen Bevölkerung dankbar angenommen, denn nahezu zwei Jahrzehnte Konzessionsdiplomatie waren nicht nur darin gescheitert, Sicherheit und internationale Sympathien zu erzielen, sondern hatten auch zu der breiten öffentlichen Überzeugung geführt, dass die israelische Sicherheitslage bedrohlich geworden war.

In den ersten drei Jahren des Osloer Friedensprozesses waren mehr Israelis in palästinensischen Terroranschlägen getötet worden als in den fünfzehn Jahren vor der Unterzeichnung von Oslo 1993.¹¹ Das Scheitern des Camp-David-Gipfels von 2000 sowie der darauf folgende Krieg der Selbstmordattentate kosteten 1100 Israelis das Leben.¹² Israels Rückzug aus dem Südlibanon im Jahr 2000 führte zum Erstarken der Hisbollah, die während des Zweiten Libanonkrieges 2006 mehr als 4000 Raketen auf israelische Städte feuerte. Und als wäre dies nicht genug, so führte der israelische Abzug aus dem Gazastreifen zu einer Vervielfachung des Raketen- und Granatbeschusses auf den Süden Israels mit mehr als 12 000

Angriffen seit 2001, während die israelische Verteidigungsoperation im Dezember 2008 und Januar 2009 in der ganzen Welt verurteilt wurde.¹³

Das Scheitern von Oslo, Annapolis und der territorialen Rückzüge im Bemühen um Frieden, hat die Israelis nicht davon abgehalten, diesen herbeizusehnen. Doch es hatte der israelischen Öffentlichkeit auch eine ernüchternde Lektion über die Gefährlichkeit von Wunschdenken erteilt. Heute ist sie nicht mehr in der Stimmung für unrealistische Pläne reich an Hoffnung, gering an Glaubwürdigkeit. Ihr Interesse gilt primär der Sicherheit und einem vereinten Jerusalem. Da Netanyahus Rede diesen breiten öffentlichen Konsens artikulierte, wurde sie in Israel gut aufgenommen.¹⁴

Einer von der israelischen Tageszeitung *Ha'aretz* in Auftrag gegebenen Umfrage zufolge unterstützten am Tag nach der Rede 70 Prozent der Israelis den Ansatz Netanyahus.¹⁵ *Ha'aretz*-Leitartikler Ari Shavit bezeichnete die Rede als „Netanyahus Revolution“, verglich den Premier mit Theodor Herzl – dem Begründer des modernen Zionismus – und kam zu dem Schluss: „Mit der Sieben-Worte-Formel – entmilitarisierter palästinensischer Staat neben jüdischem Staat Israel – hat er den Diskurs über den Konflikt in seinen Grundfesten verschoben. Damit stellt er die palästinensische Nation und die internationale Gemeinschaft vor eine präzedenzlose Herausforderung.“¹⁶

Im November 2009 führte Netanyahu seine Gedanken in einer Rede weiter aus: „Wir müssen sicher stellen, dass keine Waffen in die Palästinensergebiete des Westjordanlands gelangen, von denen man Tel Aviv überblicken kann und die Jerusalem umgeben.“¹⁷ Am 3. März 2010 teilte Netanyahu dem Knesset-Komitee zur Außen- und Verteidigungspolitik mit, dass die strategische Bedeutung des Jordantals es Israel unmöglich mache, sich daraus zurückzuziehen.¹⁸

Dies war nicht das erste Mal, dass Netanyahu das Primat der Sicherheitspolitik als Paradigma des Friedensschaffens betont hatte. Während seiner ersten Amtszeit war er 1997 von der Clinton-Administration darum gebeten wurde, im Rahmen von Oslo einer „weiteren Re-Stationierung“ zuzustimmen, was Israel zu einem neuen Rückzug aus dem Westjordanland von unbestimmtem Ausmaß genötigt hätte.

Anstatt mit der Regierung die Bedingungen einer „glaubwürdigen“ Re-Stationierung, einschließlich spezifischer territorialer Prozentsätze zu diskutieren, bat Netanyahu die IDF, ihm eine Sicherheitskarte zu liefern, auf der die lebenswichtigen territorialen Bedürfnisse Israels im Westjordanland eingezeichnet waren, die das Land zu seiner Verteidigung bräuchte. Diese IDF-Karte wurde als „Interessenskarte“ bekannt. Netanyahu nahm eine Version davon nach Washington, um sie Präsident Bill Clinton zu präsentieren.¹⁹ Netanyahus Entscheidung zum damaligen Zeitpunkt zeugte von einem wichtigen Prinzip seines Lösungsvorschlags zum Frieden, auf den er damals bestand und den er heute immer noch beherzigt: Israels formelle diplomatische Positionen im Friedensprozess müssen von den zuvor festgelegten Sicherheitsbedürfnissen abgeleitet werden und nicht umgekehrt.

Die Restauration des Primats der Sicherheitspolitik

Netanyahus Beharren auf einen entmilitarisierten Palästinenserstaat und verteidigungsfähige Grenzen stellt keine neue Strategie dar. Premierminister Yitzhak Rabin hatte seine Vision verteidigungsfähiger Grenzen auf der Höhe des Osloer Friedensprozesses am 5. Oktober 1995 während der Ratifizierung des Interimsabkommens Oslo II vorgestellt. Über die Endstatusverhandlungen mit den Palästinensern sagte er: „Die Grenzen des Staates Israel werden in der dauerhaften

Lösung über die Linien, die es vor dem Sechstagekrieg gab, hinausgehen. Wir werden nicht zu der Linie vom 4. Juni 1967 zurückgehen.“²⁰ Gegenüber der IDF-Führung präzisierte Rabin sogar, dass Israel in einem zukünftigen Abkommen ungefähr 50 Prozent des Westjordanlandes würde behalten müssen.²¹

Premierminister Yitzhak Rabin bestand – wie Netanyahu heute – darauf, dass Israel das Jordantal behält. So sagte er 1995 vor der Knesset: „Die Sicherheitsgrenze zur Verteidigung des Staates Israel wird im Jordantal im weitesten Sinne des Wortes – verlaufen.“

Premierminister Yitzhak Rabin bestand – wie Netanyahu heute – darauf, dass Israel das Jordantal behält. So sagte er 1995 vor der Knesset: „Die Sicherheitsgrenze zur Verteidigung des Staates Israel wird im Jordantal im weitesten Sinne des Wortes – verlaufen.“²² Rabin meinte damit, dass der Jordanfluss allein nur eine unzureichende Verteidigungsbarriere wäre, um feindliche Kräfte und Waffen daran zu hindern, die Hügel des Westjordanlandes zu erreichen. Israel würde sich auf die östlichen Hänge der bis zu 1000 Meter hohen Bergkette des Westjordanlandes verlassen müssen, die vom Flussbett des Jordans aufsteigen und den Jordangraben bilden. Dies war ganz deutlich Rabins Absicht, als er festlegte, dass Israel diese Zone „im weitesten Sinne des Wortes“ bräuchte. Rabin bestand ebenso auf den Erhalt eines vereinigten Jerusalem unter israelischer Souveränität.

Rabin lehnte einen vollständig souveränen Palästinenserstaat ab. 1995 äußerte er gegenüber den israelischen Gesetzgebern: „Unser Wunsch wäre eine Einheit ohne vollständige Staatlichkeit, unter deren Autorität das Leben der Palästinenser unabhängig geregelt wird.“²³

Am 14. April 2004 tauschten Premierminister Ariel Sharon und Präsident George W. Bush Schreiben aus, in denen sich Israel zu einem Rückzug aus dem Gazastreifen verpflichtete und die Vereinigten Staaten verteidigungsfähige Grenzen für Israel empfahlen.²⁴ Eine Woche später erklärte Sharon vor der Knesset die Wortwahl des US-Briefes und hielt fest, dass die amerikanischen Garantien zwei territoriale Komponenten enthielten: Israel würde wichtige Siedlungsblöcke im Westjordanland behalten und verteidigungsfähige Grenzen erhalten. Inmitten seiner auf Hebräisch gehaltenen Rede wiederholte Sharon das englische „defensible borders“, um die Verpflichtung des amerikanischen Präsidenten zu unterstreichen. Die Darlegung des amerikanischen Schreibens durch Sharon implizierte, dass neben den großen Siedlungen in der Nähe der Linie von 1967 es auch die Anerkennung einer lebenswichtigen geografischen Zone im Westjordanland, nämlich des Jordantals gäbe.²⁵ Sharon sagte am 24. April gegenüber *Ha'aretz*: „Der Jordangraben ist äußerst wichtig und wir reden hier nicht nur über das Tal, [sondern] ... bis zur Allon-Straße und einen Schritt weiter. Meiner Meinung nach ist das ganze Gebiet von hoher Bedeutung.“²⁶

Verteidigungsfähige Grenzen: Der historische Kontext

Die Waffenstillstandslinien von 1949, die vom Ende des Unabhängigkeitskrieges bis zum Sechstagekrieg 1967 faktisch die östliche Grenze Israels darstellten, machten den jüdischen Staat an entscheidenden Stellen verwundbar und eigneten sich so kaum als dauerhafte Grenzen. Der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban bezeichnete diese Linien 1969 sogar als „Auschwitz-Grenzen, die nicht wieder gezogen werden dürften.“²⁷

Yigal Allon, vor der Staatsgründung Kommandeur der Palmach und unter Rabin Außenminister, war Architekt der Doktrin verteidigungsfähiger Grenzen. 1976 schrieb er in einem Aufsatz für *Foreign Affairs*:

„Man muss kein Militärexperte sein, um die kritischen Defizite der bis zum 4. Juni 1967 existenten Waffenstillstandslinien leicht zu erkennen. ... Das schwerwiegendste Problem ist die östliche Grenze, bei der die gesamte Breite der Küstenebene zwischen 18 und 25 Kilometern schwankt, wo sich die wichtigsten Bevölkerungszentren Israels, einschließlich Tel Avivs und seiner Vororte, befinden und wo die Situation von Jerusalem am heikelsten ist. Innerhalb dieser Linien wäre ein einziger erfolgreicher Schlag arabischer Armeen ausreichend, um Israel zu zerteilen, seine Lebensadern zu durchtrennen und ihn auf eine Weise zu bedrohen, die kein anderer Staat bereit wäre hinzunehmen. Der Zweck verteidigungsfähiger Grenzen ist daher, diese Schwachstelle auszugleichen und Israel mit dem unerlässlichen Minimum an strategischer Tiefe auszustatten sowie mit Linien, die topografisch von strategischer Bedeutung sind.“²⁸

Allons Meinung nach, die in Folge von einer Reihe von israelischen Premierministern geteilt wurde, bedeutete das Konzept verteidigungsfähiger Grenzen, dass Israel das Recht und die Verantwortung habe, Grenzen zu ziehen, die seinen Bürgern grundlegende Sicherheit bieten anstelle der Akzeptanz einer Geografie, die zu einem Angriff einlädt. Und das hieß immer, dass als Teil eines wie auch immer gearteten Friedensvertrages mit den Palästinensern Israel einige Gebiete östlich der Waffenstillstandslinie von 1949 behalten müsste, v.a. auch in dem weitgehend unbewohnten Jordantal.²⁹

Allons Plan verteidigungsfähiger Grenzen ist seit 14 Jahren eine Schlüsselstelle für Netanyahu. Netanyahus ehemaliger



außenpolitischer Berater Dr. Dore Gold notierte, dass 1997 Netanyahu einen Plan für ein Abkommen mit den Palästinensern vorlegte, das auf, wie er es nannte, „Allon-Plus“ basiere.³⁰

Israels diplomatische Unschärfe

Die internationale Kritik an Netanyahus Primat der Sicherheitspolitik wird verständlicher, wenn man sie sich im Kontext erhöhter Erwartungen anschaut, die durch den Umstand geschaffen wurden, dass vergangene israelische Regierungen Willens waren, zunächst einschneidende Konzessionen zu machen und erst dann die israelischen Sicherheitsbedürfnissen diesen anzupassen. Die folgenden drei Fälle sollen die Gefahren einer solchen von Konzessionen geleiteten Diplomatie verdeutlichen:

Ehud Barak in Camp David 2000

Premierminister Ehud Baraks Entschlossenheit, im Juli 2000 in Camp David und Anfang 2001 in Taba ein Abkommen mit Yasser Arafat zur „Beendigung des Konfliktes“ zu erzielen, war die treibende Kraft, als er ein neues Konzept für Sicherheitsregelungen auf dem Gebiet eines zukünftigen Palästinenserstaates vorlegte. Diese Vorschläge Baraks spiegelten die erstmalige Abkehr einer israelischen Regierung von der Idee der verteidigungsfähigen Grenzen im Westjordanland wider. Anscheinend glaubte er an die Möglichkeit, Israel mit nur 12 Prozent oder sogar weniger Gebiet des Westjordanlandes³¹ abzusichern anstatt mit den 33-45 Prozent, die für eine Strategie der verteidigungsfähigen Grenzen nötig wäre.³² Vielleicht hatte Barak auch nur vor, Arafat mit seinen Vorschlägen vorzuführen, doch diese

Der ehemalige Premier Ehud Barak und Palästinenserführer Yasser Arafat, 11. Juli 1999. Baraks vorgeschlagenes neues Konzept für Sicherheitsregelungen auf dem Gebiet eines zukünftigen im wesentlichen auf den Linien von 1967 basierenden Palästinenserstaates erhöhte die internationale Erwartungshaltung gegenüber Israel.

Ideen prägten den intellektuellen Diskurs des Friedensprozesses für viele Jahre.

Barak schlug zudem einen souveränen Palästinenserstaat vor, mit der Klausel, dass das Westjordanland entmilitarisiert wäre und israelische Frühwarnstationen und IDF-Soldaten auf palästinensischem Gebiet stationiert würden. Doch ungeachtet dieses präzedenzlosen Angebots Baraks wies der damalige palästinensische Sicherheitschef Mohammed Dahlan – gegenwärtig wieder eine wichtige Größe innerhalb der Fatah – die von Israel vorgeschlagenen Sicherheitsregelungen kategorisch zurück. Der ehemalige amerikanische Nahostgesandte Dennis Ross schrieb dazu: „Dahlan war absolut gegen jegliche israelische oder ausländische Präsenz im Westjordanland und lehnte die Idee ab, dass Israel über garantierte Zugangsstraßen in das Gebiet verfügen sollte.“³³

Baraks augenscheinliche Aufgabe des Konzepts verteidigungsfähiger Grenzen und die Billigung von Sicherheitsregelungen an ihrer Stelle beschnitt Israels langjähriges Beharren auf einen Einbehalt des Jordantals und anderer sicherheitspolitisch relevanter Gebiete im Westjordanland. Trotz des Umstands, dass während der Bush-Administration die Clinton-Parameter und Camp-David-Vorschläge vom Tisch waren, hatte die palästinensische Seite die Konzessionen in der Tasche und bestand daher immer auf jene als Ausgangspunkt zukünftiger Verhandlungen.

Wie Vizepremier Moshe Yaalon in seiner Einleitung dieses Bandes notierte: „von nun an [wurde] von Israel erwartet, dass es mit den von Barak vorgeschlagenen zurückgestutzten Grenzen leben werde. Noch weitreichender in seinen Folgen war, dass die Palästinenserführung es vermochte, die Waffenstillstandslinien von 1949 in den Köpfen westlicher Politiker als „Grenzen von 1967“ und neuen Bezugspunkt für alle zukünftigen Verhandlungen zu verankern“.

Sharons unilateraler Abzug aus dem Gazastreifen

Auch Ariel Sharon trug mit seiner Entscheidung zum Abzug aus dem Gazastreifen dazu bei, dass der internationale Wunsch nach einem vollständigen Zurück zu den Linien von 1949 angeregt wurde. Sharon gab den Gazastreifen 2005 im Glauben auf, er würde so Israel Sicherheit sowie internationale Anerkennung und Sympathie dafür verschaffen, den Palästinensern ihren ersten Ministaat gegeben zu haben.³⁴ Doch Israels Großzügigkeit erntete keine dauerhafte Unterstützung, sondern provozierte eher Argwohn, der Abzug aus Gaza sei nur ein Schachzug, um weitergehende territoriale Konzessionen zu vermeiden.³⁵

Israels Zugeständnis im Fall Gaza wurde international dadurch klein geredet, dass Organisationen wie die UN, Amnesty International oder Human Rights Watch Gaza nach wie vor als „besetztes Gebiet“ bezeichnen.³⁶ Die europäische Erwartungshaltung spiegelt das Ausmaß wider, wie sehr der bedingungslose unilaterale Rückzug aus Gaza Israels territoriale Rechte im Westjordanland ausgehöhlt hat. Dies war der wesentliche Grund, wieso der ehemalige Vizegeneralstabschef und Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats Generalmajor Uzi Dayan sich öffentlich gegen den Abzug aus dem Gazastreifen gestellt hat. Am 4. Juni 2007 stellte er fest, dass Gaza „einen unmoralischen und gefährlichen diplomatischen Präzedenzfall für das Westjordanland“ geschaffen habe.³⁷

Olmerts präzedenzlose Konzessionen fallen auf Israel zurück

Das beste Beispiel dafür, dass israelische Konzessionen lediglich die internationale Erwartungshaltung nach noch mehr Konzessionen nach oben treiben, lieferte der ehemalige Premierminister Ehud Olmert



während des Annapolis-Friedensprozesses, der Ende 2008 kollabierte. Olmert ging in seinen Zugeständnissen weiter als alle anderen Premierminister, um ein Abkommen mit den Palästinensern zu erzielen. So bot er ihnen 93,5 bis 97 Prozent des Westjordanlandes und die Hälfte Jerusalems einschließlich einer internationalen Überwachung des „Heiligen Beckens“ mit Tempelberg und islamischen Heiligtümern an und gab sogar seiner Bereitschaft Ausdruck, 10 000 palästinensischen Flüchtlingen aus humanitären Gründen die Wiederansiedlung in Israel zu gestatten.³⁸

Das von Brigadegeneral Udi Dekel (Mitautor dieser Studie) geführte Verhandlungsteam Olmerts versuchte ebenfalls, Sicherheitsbedürfnisse

retroaktiv in ein endgültiges Abkommen einzupassen – wie z.B. die Entmilitarisierung eines Palästinenserstaates, spezielle Sicherheitsregelungen für das Jordantal und eine israelische Kontrolle der Küste Gazas – die allesamt von der palästinensischen Seite abgelehnt wurden.³⁹ Ebenso klar war palästinensischen wie israelischen Unterhändlern, dass nichts vereinbart würde, solange nicht alles vereinbart ist.⁴⁰ Als jedoch die Verhandlungen scheiterten, wiederholte sich das von den Barak-Vorschlägen bekannte Muster: Israels präzedenzlosen Konzessionen wurden von den Palästinensern einerseits zurückgewiesen, andererseits aber auch als Grundlage für die nächste Verhandlungsrunde akzeptiert.

Der ehemalige israelische Premier Ehud Olmert und der Vorsitzende der Autonomiebehörde Mahmoud Abbas, 28. August 2009. Im Rückblick auf sein präzedenzloses Angebot von 93,5 Prozent des Westjordanlandes und einem geteilten Jerusalem erinnerte sich Olmert in einem Interview vom November 2009: „Ich sagte ihm [Abbas], dass er für die nächsten fünfzig Jahre von keinem israelischen Staatschef derartiges angeboten bekommen würde.“

Israels völkerrechtliche und diplomatische Ansprüche

Eine der grundlegenden Ursachen für die Spannungen zwischen der Regierung Netanyahu und der Obama-Administration im Hinblick auf den Friedensprozess ist der Umstand, dass sich die Amerikaner an diese auf Konzessionen basierende Diplomatie Israels gewöhnt haben, die die völkerrechtlichen und diplomatischen Ansprüche des Landes nicht berücksichtigt. Israels Rückkehr zum Primat der Sicherheitspolitik hat ihre Wurzeln und Bestätigung in internationalen Resolutionen, wie z.B. der UN-Sicherheitsratsresolution 242 vom November 1967, die einstimmig angenommen wurde und die israelischen Rechte im Westjordanland billigt und schützt, resultieren sie doch aus einem Akt der Selbstverteidigung.⁴¹ Während der letzten vier Jahrzehnte war diese Resolution grundlegend für die arabisch-israelische Diplomatie und bildet das juristische Rückgrat des israelischen Anspruchs auf „sichere und anerkannte Grenzen“ – d.h. verteidigungsfähige Grenzen – das der UN-Sicherheitsrat als Teil seiner Entscheidung bestimmte, die arabische Seite, nicht Israel, sei die Aggressionspartei des Krieges gewesen.⁴²

UN-Resolution 242 wurde daher auch zur rechtlichen Infrastruktur für zukünftige Friedensprozesse wie dem Friedensvertrag mit Ägypten von 1979, der Madridkonferenz von 1991, dem Oslo-Prozess von 1993, dem Frieden mit Jordanien von 1994 wie auch dem präsidentialen Schreiben Bushs an Sharon 2004.⁴³

Die Amerikaner haben sich an eine auf Konzessionen basierende Diplomatie Israels gewöhnt, die die völkerrechtlichen und diplomatischen Ansprüche des Landes nicht berücksichtigt. Doch

Israels Konzessionen erhöhten lediglich die Erwartung weiterer Konzessionen.

Ein wesentliches Problem für das israelische Zurück zum Primat der Sicherheitspolitik ist der Umstand, dass die Obama-Administration eine scharfe Kehrtwende gegenüber früheren Vereinbarungen mit der US-Regierung vollzogen zu haben scheint. Zur Resolution 242 hat sie bislang praktisch geschwiegen und Bushs Schreiben von 2004, das immerhin von beiden Parteien in beiden Häusern des US-Kongresses gebilligt wurde, anscheinend keine Berücksichtigung geschenkt. Präsident Bush hatte in seinem Brief die exakte Sprache der Resolution 242 verwandt und Sharon folgende Zusagen gemacht: „Israel muss als Teil einer endgültigen Friedensregelung über sichere und anerkannte Grenzen verfügen, was sich aus Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien in Übereinstimmung mit den Resolutionen 242 und 338 des UNO-Sicherheitsrates ergeben sollte. ... Die Vereinigten Staaten wiederholen, dass sie Israels Sicherheit unerschütterlich verpflichtet sind. Dies schließt das Recht Israels, in sicheren, verteidigungsfähigen Grenzen zu leben sowie zur Bewahrung und Steigerung seiner Fähigkeit zur Abschreckung und zur eigenständigen Verteidigung gegen jede mögliche Gefahr oder Kombination von Gefahren ein.“⁴⁴

In einem Moment, an dem die Obama-Administration traditionellen Praktiken und Übereinkünften der Nahostdiplomatie den Rücken zukehrt, sieht sich Israel gezwungen, seine Praktiken und Übereinkünfte anzupassen. Und in einem Moment, an dem die US-Regierung ihre Verpflichtung gegenüber Resolution 242 und anderen Garantien abschwächt, muss die israelische Regierung diese rechtlichen Präzedenzfälle und diplomatischen Garantien umso stärker unterstreichen.

Regionale Bedrohungen und Israels Rückkehr zum Primat der Sicherheitspolitik

Die vom nach atomarer Bewaffnung strebenden Iran, seinem syrischen Alliierten und ihren terroristischen Handlangern ausgehenden regionalen Bedrohungen gefährden sowohl die arabischen Staaten wie auch Israel genauso wie die ungebrochenen Aktivitäten der Al-Qaida, die immer näher an Israels Grenzen rückt. Auch aus diesen Gründen ist Israels Beharren auf ein Primat der Sicherheitspolitik, dem die Diplomatie nachgelagert ist, im Umgang mit den Palästinensern gerechtfertigt. Obwohl sich Al-Qaida 1989 zuerst in Afghanistan bildete, sind ihre Untergrundaktivitäten immer näher an Israel herangerückt und haben sich in Ägypten, Saudi Arabien, Syrien, Libanon und Gaza neue Anhänger gesucht. Jordanien ist wiederholt Ziel von Anschlägen der Al-Qaida geworden und sogar die Hamas sieht sich heute mit der Schwierigkeit konfrontiert, Al-Qaida-Ableger in Gaza vom Raketenbeschuss auf Israel abzuhalten.⁴⁵

Seit 2000 hat jeder territoriale Rückzug Israels ein Sicherheitsvakuum verursacht, das vom Iran unterstützte Gruppen ausgenutzt haben, um im Libanon und Gaza ihre Position gegenüber Israel zu verbessern.

Diese Entwicklungen – v.a. der Aufstieg des iranisch gestützten „Widerstandslagers“, zu dem Syrien, die Hisbollah und die Hamas gehören – hat die Illusion zerstört, dass der israelisch-palästinensische Konflikt von den größeren regionalen Veränderungen entkoppelt werden und dass eine stabile territoriale Lösung ohne Rücksicht auf die regionalen Verschiebungen erreicht werden kann.

Seit 2000 hat jeder territoriale Rückzug Israels ein Sicherheitsvakuum verursacht, das vom Iran unterstützte Gruppen ausgenutzt haben, um im Libanon und Gaza ihre Position gegenüber Israel zu verbessern. Der Hisbollah-Krieg von 2006 und der Hamas-Krieg von 2008-9 unterstreichen die Bedrohung, die von Kurzstreckenraketen ausgeht, und damit die Bedeutung eines territorialen Schutzes für Israel.⁴⁶

Zusammenfassung

Allem Anschein nach dürfte Präsident Barack Obama den palästinensisch-israelischen Friedensprozess und die Errichtung eines Palästinenserstaates innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949 weiterhin zentral auf seiner Agenda haben. Eventuell wird er – vielleicht sogar mit Nachdruck – einen amerikanischen Plan vorlegen, wenn der Friedensprozess nicht nach seinen Vorstellungen voranschreitet – unabhängig davon, dass dies in Israel auf massive Opposition stößt.⁴⁷ Dieser neue Ansatz der US-Diplomatie hat die Regierung Netanyahu in die Defensive gedrängt und den Palästinensern gestattet, ihre Positionen zu verhärten, sogar noch über das hinaus, was sie noch in Annapolis forderten. Er hat sogar die Hoffnung der Palästinenser auf die von ihrer Führung als „Kosovo-Strategie“ bezeichnete unilaterale Ausrufung eines Palästinenserstaates beflügelt.⁴⁸

Unter diesen schwierigen Bedingungen ist eine diplomatische Haltung mit dem Primat der Sicherheitspolitik nötiger denn je. Israel wird sich auch weiterhin massiv unter Druck gesetzt sehen, den Palästinensern Zugeständnisse zu machen, während häufig keinerlei reziproke Zugeständnisse von jenen erwartet werden. Und wenn Israel den amerikanischen Forderungen nicht nachkommt, sieht es sich Kritik und Strafen ausgesetzt. In einem solchen Umfeld muss die israelische Regierung ihre Haltung auf

eine solide Grundlage stellen. Und die einzige Grundlage, die stark und stabil genug ist, dem diplomatischen Druck der Vereinigten Staaten nach zusätzlichen Konzessionen und palästinensischen Plänen einer einseitigen Staatsausrufung auf Grundlage der Waffenstillstandslinien von 1949 standzuhalten, ist ein selbstbewusstes Beharren auf die fundamentalen und nicht verhandelbaren israelischen Sicherheitsbedürfnisse, zu denen verteidigungsfähige Grenzen im Westjordanland und ein entmilitarisierter Palästinenserstaat gehören.

Anmerkungen

- 1 Die Versuche des ehemaligen israelischen Premiers Ehud Barak, zunächst Territorien preis zu geben, um ein Friedensabkommen mit Palästinenserführer Yasser Arafat zu erreichen, und danach die israelischen Sicherheitsregelungen auf den Gipfeln von Camp David 2000 und Taba 2001 auszuhandeln, sind gute Beispiele für diese Strategie. Siehe Dan Diker, „A Return to Defensible Borders,“ *Azure*, no. 21 (Summer 2005), <http://www.azure.org.il/article.php?id=174>.
- 2 Siehe z.B. Arafats Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos, 28. Januar 2001, <http://www.gamla.org.il/english/article/2001/jan/ler4.htm>.
- 3 Siehe Netanyahu-Rede http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Speeches+by+Israeli+leaders/2009/Address_PM_Netanyahu_Bar-Ilan_University_14-Jun-2009.htm. Wie Netanyahu hatte auch der ehemalige Premier Ehud Olmert als Teil des Annapolis-Friedensprozesses darauf bestanden, dass die Autonomiebehörde Israel als jüdischen Staat anerkennt. Die Palästinenserführung verweigerte allerdings dieser Frage ihre Zustimmung. Siehe <http://www.haaretz.com/hasen/spages/923076.html>.
- 4 In den Wahlen zur 18. Knesset konnten die israelischen Mitte-Rechts-Parteien ihre Sitze von 50 auf 65 (von 120) erhöhen. Dies war u.a. Ausdruck einer öffentlichen Unzufriedenheit mit Olmerts präzedenzlosen Konzessionen an die Palästinensische Autonomiebehörde, zu denen die Preisgabe der verteidigungsfähigen Grenzen im strategisch lebenswichtigen Westjordanland und die Teilung Jerusalems gehörten.
- 5 Greg Sheridan, „Olmert Still Dreams of Peace,“ *The Australian*, 28. November 2009, <http://www.theaustralian.com.au/news/opinion/ehud-olmert-stilldreams-of-peace/story-e6frg76f-1225804745744>.
- 6 Siehe Jackson Diehl, „Abbas' Waiting Game,“ *Washington Post*, 29. Mai 2009, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/05/28/AR2009052803614.html>.
- 7 Elliot Abrams, „Hillary is Wrong about the Settlements,“ *Wall Street Journal*, 26. Juni 2009, <http://online.wsj.com/article/SB124588743827950599.html>. Das Beharren der Obama-Administration auf ein vollständiges Einstellen israelischer Baumaßnahmen im Westjordanland und Ostjerusalem ist ein Novum in der bisherigen amerikanischen Nahostpolitik. Das Osloer Interimsabkommen von 1995, bis heute Maßstab für die palästinensisch-israelischen Beziehungen vor Abschluss eines endgültigen Abkommens zwischen beiden Seiten, verbietet weder palästinensische noch israelische Baumaßnahmen an diesen Orten, deren endgültiger Status von beiden Seiten noch ausgehandelt werden muss. Siehe Dan Diker, „Does the International News Media Overlook Israel's Rights in the Palestinian-Israeli Conflict,“ *Jerusalem Viewpoints*, no. 495, Jerusalem Center for Public Affairs, April 2003, <http://www.jcpa.org/jl/vp495.htm>.
- 8 Ari Shavit, „Netanyahu's Revolution,“ *Ha'aretz*, 19. Juni 2009, <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1093877.html>.
- 9 Netanyahu bestand darauf, dass Israel sich verteidigungsfähige Grenzen sowie die Kontrolle über einem vereinigten Luftraum über dem palästinensischen Staatsgebiet und elektromagnetische Sicherheit bewahren müsse. Er sagte weiter, dass einem zukünftigen Palästinenserstaat nicht gestattet würde, militärische Bündnisse mit ausländischen Armeen einzugehen und dass keine ausländischen Truppen auf seinem Gebiet gestattet würden. Er erklärte zudem: „Jerusalem muss die vereinigte Hauptstadt Israels bleiben, die weiter allen Glaubensrichtungen Religionsfreiheit gewährt.“ Prime Minister Benjamin Netanyahu, Speech at Bar-Ilan University, 14. Juni 2009, <http://www.pmo.gov.il/PMOEng/Communication/PMSpeaks/speechbarilan140609.htm>.
- 10 Nach dem Scheitern von Annapolis gab Abbas gegenüber Jackson Diehl von der *Washington Post* zu, dass das Angebot Olmerts von 93.5 bzw. 97 Prozent des Westjordanlands, Ostjerusalems, eines gesonderten Aufsichtsregime für das „Heilige Becken“ und der Anerkennung des Rückkehrrechts (was laut einem Teilnehmer an Olmerts Verhandlungsteak aus humanitären Gründen die Rückkehr von 10000 Flüchtlingen nach Israel bedeutet hätte) großzügiger gewesen wären als die von George W. Bush oder Bill Clinton. Und dennoch behauptete Abbas: „Die Kluft war zu groß.“ Siehe Jackson Diehl, „Abbas' Waiting Game,“ *Washington Post*, 29. Mai 2009, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/05/28/AR2009052803614.html>.
- 11 „The number of people killed by Palestinian terrorists in the five years immediately after the Oslo Accord (256), was greater than the number killed in the 15 years preceding the agreement (216).“ Siehe „Terrorism and Oslo,“ *Daily Forward*, 19. September 2003, <http://www.forward.com/articles/8161/>.
- 12 <http://www.mfa.gov.il/MFA/Terrorism-+Obstacle+to+Peace/Palestinian+terror+since+2000/Victims+of+Palestinian+Violence+and+Terrorism+sinc.htm>.
- 13 Dore Gold, „Israel's War to Halt Palestinian Rocket Attacks,“ *Jerusalem Issue Brief*, vol. 7, no. 34, 3. März 2008, <http://www.jcpa.org/JCPA/Templates/ShowPage.asp?DBID=1&LNGID=1&TMID=111&FID=283&PID=0&IID=2049>.
- 14 Yossi Verter, „Sharp Rise in Support for Netanyahu Following Speech,“ *Ha'aretz*, 16. Juni 2009. Zur Frage der öffentlichen Meinung in Israel zu einem vereinigten Jerusalem siehe Dore Gold, *The Fight for Jerusalem: Radical Islam, the West, and the Future of the Holy City* (Washington: Regnery, 2007), pp. 277-8.
- 15 Verter, „Sharp Rise.“
- 16 Shavit, „Netanyahu's Revolution.“
- 17 Prime Minister Benjamin Netanyahu, Speech to the Jewish Federations of North America General Assembly, 11. November 2009, <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1127027.html>.
- 18 Jonathan Lis, „Netanyahu: Israel Will Never Cede Jordan Valley,“ *Ha'aretz*, 2. März 2010.
- 19 Dennis Ross, *The Missing Peace: The Inside Story of the Fight for Middle East Peace* (New York: Farrar, Straus and Giroux, 2005), p. 327.
- 20 Prime Minister Yitzhak Rabin at the Knesset, 5. Oktober 1995, http://www.mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1990_1999/1995/10/

- PM+Rabin+in+Knesset-
+Ratification+of+Interim+Agree.htm.
- 21 Treffen mit einem ehemaligen hochrangigen IDF-Vertreter in Jerusalem, 4. April 2010.
- 22 Prime Minister Yitzhak Rabin at the Knesset.
- 23 Ibid.
- 24 <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2004/04/20040414-3.html>.
- 25 Diker, „A Return to Defensible Borders,“ pp. 52-53.
- 26 Dan Diker, „Sharon’s Strategic Legacy for Israel: Competing Perspectives,“ *Jerusalem Issue Brief*, vol. 5, no. 15, 12. Januar 2006.
- 27 Interview in *Der Spiegel* 5. November 1969.
- 28 Yigal Allon, „Israel: The Case for Defensible Borders,“ *Foreign Affairs*, vol. 55 (Oktober 1976), pp. 41-42.
- 29 Der Allon-Plan, maßgeblich für das Denken Netanyahus seit seiner ersten Amtszeit 1996-99, betont ausdrücklich, dass für Israel verteidigungsfähige Grenzen bedeuten, „eine vollständige Kontrolle der strategischen 1800 Quadratkilometer Jordantal östlich der arabischen Bevölkerungszentren“ zu behalten, einer Zone, die zwischen dem Jordanfluss im Osten und den Osthängen der Hügel des Westjordanlandes sowie der Region Jerusalem und einigen unbewohnten Teilen der Judäischen Wüste im Westen liegt. Allons Empfehlung, das Jordantal zu annektieren, wurde von dem Umstand gestützt, dass es damals – und heute immer noch – zum Großteil unbewohnt ist, abgesehen von den ca. 30 000 arabischen Einwohnern Jerichos, das nicht Bestandteil des annektierten Gebietes werden würde. Diese demografische Realität und die Notwendigkeit, das Jordantal zu kontrollieren, wird auch in Zukunft gelten und wäre daher im Wesentlichen ein Vorteil für Israel, wie sich auch aus dem Brief ablesen lässt, den US-Präsident George W. Bush Israel im Austausch für den Abzug aus Gaza 2005 zukommen ließ. Die Bedeutung des Planes für die heutige Zeit wurde auch von Netanyahu in jüngeren Interviews bestätigt.
- 30 Dore Gold, „Defensible Borders for Israel,“ *Jerusalem Viewpoints*, no. 500, 15. Juni 2003, <http://www.jcpa.org/jl/vp500.htm>.
- 31 Berichten zufolge hatte Barak im Camp David zwischen 93 und 95 Prozent des Westjordanlandes vorgeschlagen und 97 Prozent in Taba, in Übereinstimmung mit den Clinton-Überbrückungsvorschlägen. Ebenso wurde berichtet, dass er in Taba den Palästinensern zum Ausgleich einen Gebietstausch von 3 Prozent des israelischen Territoriums prä-1967 vorgeschlagen hätten, wengleich Knesset-Mitglied und Baraks nationaler Sicherheitsberater Danny Yatom dies auf einer Knesset-Konferenz zu verteidigungsfähigen Grenzen, gesponsert vom außen- und verteidigungspolitischen Komitee der Knesset, bestritt.
- 32 Der Allon-Plan beruht primär auf der Idee, dass Israel das Jordantal – ein ganzes Drittel des Westjordanlandes – einbehält. Die „Allon-Plus“-Doktrin der Premiers Rabin und Netanyahu schließen zudem andere strategisch wichtige Siedlungen mit ein, was ungefähr 45-49 Prozent des Westjordanlandes ausmacht. Diese Einschätzung bezieht sich allein auf die israelischen Verteidigungsbedürfnisse und schließt noch nicht andere Fragen nationaler Sicherheit ein wie z.B. die Aquiferen des Westjordanlands, aus denen Israel ein Drittel seines Trinkwassers bezieht. Ein ehemaliger hochrangiger IDF-Vertreter äußerte gegenüber dem Autor, dass zu Beginn des Osloer Prozesses 1994 Premier Rabin beschlossen hatte, sogar 63 Prozent des Westjordanlandes zu bewahren, was er als Rote Linie für die israelische Sicherheit gesehen hätte. Treffen in Jerusalem, 4. April 2010.
- 33 Ross, *The Missing Peace*, p. 703, zitiert in: Dore Gold und David Keyes, „What If Bush Invited Sharon and Abu Mazen to Camp David?“ *Jerusalem Viewpoints*, no. 526 (2. Januar 2005), p. 10.
- 34 Dan Diker, „Why Israel Must Now Move from Concessions-Based Diplomacy to Rights-Based Diplomacy,“ *Jerusalem Issue Brief*, no. 554, Juni-Juli 2007, <http://www.jcpa.org/JCPA/Templates/ShowPage.asp?DBID=1&LNGID=1&TMID=111&FID=582&PID=2225&IID=1607>.
- 35 Der damalige spanische Außenminister Javier Solana warnte damals, dass die Europäische Union den Abzug aus Gaza nicht unterstützen würde, sofern er nicht auch zu einem vollständigen israelischen Abzug aus dem Westjordanland führen würde. Solana nannte dieses Szenario einen „Alptraum.“ Diker, *ibid*.
- 36 Siehe z.B., John Dugard, *Report of the United Nations Special Rapporteur on the Situation of Human Rights in the Palestinian Territories Occupied Since 1967*, A/HRC/4/17, 29. Januar 2007 (v.a. die Paragraphen 1, 6 und 22, in denen Gaza als Teil der „besetzten palästinensischen Gebiete“ bezeichnet und die Vierte Genfer Konvention zum Thema „Besatzung“ verwendet wird).
- 37 Rede von Generalmajor Uzi Dayan auf der Konferenz „40 Years of UNSC Resolution 242,“ Jerusalem Center for Public Affairs und Konrad Adenauer Foundation, Jerusalem, 4. June 2007.
- 38 Jackson Diehl, „Abbas’ Waiting Game.“ Die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge, deren Rückkehr Olmert bereit war zu akzeptieren, ist umstritten. Arabische diplomatische Quellen verweisen auf 100 000 im Zeitraum von 10 Jahren. Ein IDF-Vertreter, der an den Friedensverhandlungen von Annapolis beteiligt war, sagte gegenüber dem Autor, dass die Zahl 10 000 nicht überschritten hätte. Treffen in Jerusalem, 17. April 2010.
- 39 Udi Dekel, *Demilitarization – Preventing Military and Terrorist Threats from Within and By Way of the Palestinian Territories*, Jerusalem Center for Public Affairs, 2010.
- 40 Aluf Benn und Barak Ravid, „Olmert’s Negotiator: Full Mideast Peace Impossible,“ *Ha’aretz*, 25. Januar 2010, <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1144854.html>.
- 41 Yehuda Blum, „The Territorial Clauses of Security Council Resolution 242,“ in: *Israel’s Rights to Secure Boundaries: Four Decades Since UN Security Council Resolution 242*, Jerusalem Center for Public Affairs, 2009, pp. 32-33.
- 42 Gold, „Defensible Borders for Israel“; *Israel’s Rights to Secure Boundaries: Four Decades Since UN Security Council Resolution 242*; and *Defensible Borders for a Lasting Peace*, Jerusalem Center for Public Affairs, 2008. http://www.defensibleborders.org/db_introb.pdf.
- 43 Gold, *Defensible Borders for a Lasting Peace*, Introduction.
- 44 <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2004/04/20040414-3.html>.
- 45 Dore Gold und Oberstlt. (Res.) Jonathan D. Halevi, „Al-Qaeda, Zarqawi, and Israel: Is There a New Jihadi Threat Destabilizing the Eastern Front?“ *Jerusalem Viewpoints*, no. 538, Jerusalem Center for Public Affairs, 1. Januar 2006, <http://www.jcpa.org/jl/vp538.htm>.
- 46 Generalleutnant a.D. Moshe Yaalon, „The Second Lebanon War: From Territory to Ideology,“ in: *Iran’s Race for Regional Supremacy*, Jerusalem Center for Public Affairs, 2008, p.33, <http://www.jcpa.org/text/iran2-june08.pdf>.
- 47 Gil Hoffman, „Poll: 91% Against Obama Imposing Deal,“ *Jerusalem Post*, 14. April 2010, <http://www.jpost.com/Israel/Article.aspx?id=173093>. Bezeichnenderweise waren die Zahlen für das Jordantal ähnlich – 90 Prozent waren gegen eine Aufgabe der israelischen Kontrolle und nur 10 Prozent dafür.
- 48 Dan Diker, „The Palestinians’ Unilateral, Kosovo Strategy: Implications for the PA and Israel,“ *Jerusalem Viewpoints*, no. 575, Jerusalem Center for Public Affairs, Januar 2010, <http://jcpa.org/JCPA/Templates/ShowPage.asp?DBID=1&LNGID=1&TMID=111&FID=443&PID=0&IID=3271>.

Anhang 1

Resolution 242

vom 22. November 1967

Der Sicherheitsrat,
mit dem Ausdruck seiner anhaltenden Besorgnis über die ernste Situation im Nahen Osten,
unter Betonung der Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg und der Notwendigkeit,
auf einen gerechten und dauerhaften Frieden hinzuarbeiten, in dem jeder Staat der Region
in Sicherheit leben kann, ferner unter Betonung dessen, dass alle Mitgliedstaaten mit
der Annahme der Charta der Vereinten Nationen die Verpflichtung eingegangen sind, in
Übereinstimmung mit Artikel 2 der Charta zu handeln,

1. erklärt, dass die Verwirklichung der Grundsätze der Charta die Schaffung eines gerechten
und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verlangt, der die Anwendung der beiden
folgenden Grundsätze einschließen sollte:

- Rückzug der israelischen Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts
besetzt wurden;
- Beendigung jeder Geltendmachung des Kriegszustands beziehungsweise jedes
Kriegszustands sowie Achtung und Anerkennung der Souveränität, territorialen
Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region und
seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Androhungen oder
Akten der Gewalt in Frieden zu leben;

2. erklärt ferner, dass es notwendig ist,

- die Freiheit der Schifffahrt auf den internationalen Wasserwegen in der Region zu
garantieren;
- eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems herbeizuführen;
- die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates der
Region durch Maßnahmen zu garantieren, die auch die Schaffung entmilitarisierter
Zonen einschließen;

3. ersucht den Generalsekretär, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der sich in den
Nahen Osten begeben soll, um mit den beteiligten Staaten Verbindung aufzunehmen
und zu unterhalten, mit dem Ziel, eine Einigung zu fördern und die Bemühungen
zur Herbeiführung einer friedlichen und akzeptierten Regelung im Einklang mit den
Bestimmungen und Grundsätzen dieser Resolution zu unterstützen;

4. ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat baldmöglichst über den Stand der
Bemühungen des Sonderbeauftragten Bericht zu erstatten.

Auf der 1382. Sitzung des Sicherheitsrats einstimmig verabschiedet.

Anhang 2

Brief von US-Präsident George W. Bush an Ministerpräsident Ariel Sharon¹

14. April 2004

Seiner Exzellenz
Ariel Scharon
Ministerpräsident des Staates Israel

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich danke Ihnen für Ihren Brief, in dem Sie Ihren Abkoppelungsplan darlegen.

Die Vereinigten Staaten bleiben weiterhin voller Hoffnung und Entschlossenheit, einen Weg zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu finden. Ich bin auch in Zukunft meiner Vision vom 24. Juni 2002 verpflichtet, in der ich zwei Staaten beschrieben habe, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Dies soll der Schlüssel zu einer friedlichen Lösung sein, wobei die Roadmap den Weg dorthin festlegt.

Wir begrüßen den von Ihnen ausgearbeiteten Abkoppelungsplan, nach welchem Israel gewisse Militäreinrichtungen und alle Siedlungen aus dem Gazastreifen sowie bestimmte militärische Stellungen und Siedlungen aus dem Westjordanland zurückziehen wird. Die Schritte, die in dem Plan näher ausgeführt werden, stellen einen substantiellen Fortschritt auf dem Wege zur Verwirklichung meiner Vision vom 24. Juni 2002 dar und leisten einen sehr wichtigen Beitrag zum Frieden. Wir verstehen ebenfalls, dass Israel in diesem Zusammenhang glaubt, dass es notwendig sei, neue Möglichkeiten für Galiläa und den Negev zu eröffnen. Wir verbleiben voller Hoffnung, dass aus diesem Plan sich ergebende und in Übereinstimmung mit meiner Vision stehende Schritte alle Staaten und Gruppen an ihre eigenen Verpflichtungen gemäß der Roadmap erinnern werden.

Die Vereinigten Staaten sind sich der Risiken eines solchen Unternehmens wohl bewusst. Ich möchte Sie daher in bezug auf mehrere Punkte meiner Unterstützung versichern.

Zuerst bleiben die Vereinigten Staaten meiner Vision und ihrer in der Roadmap beschriebenen Umsetzung verpflichtet. Die Vereinigten Staaten werden alles in ihrer Macht stehende tun, um jeden Versuch, von welcher Seite auch immer, zu verhindern, einen Alternativplan durchzusetzen. Gemäß der Bestimmungen der Roadmap sind die Palästinenser zu einer sofortigen Beendigung aller gegen Israel gerichteten bewaffneten Aktivitäten und Gewaltmaßnahmen verpflichtet. Ebenso müssen alle offiziellen palästinensischen Stellen jegliche antiisraelische Hetze einstellen. Die palästinensische Führung muss entschieden gegen den Terror vorgehen, was nachhaltige, zielgerichtete und wirksame Operationen zur Beendigung des Terrorismus und zur Auflösung der Infrastruktur der Terroristen mit beinhaltet. Die Palästinenser müssen umfassende und grundlegende

politische Reformen vornehmen und zwar einschließlich der Einführung einer starken parlamentarischen Demokratie und eines politisch starken Ministerpräsidenten. Zweitens wird es weder für Israel noch für die Palästinenser Sicherheit geben, bis nicht sie selber und alle anderen Staaten im Nahen Osten gemeinsam den Terrorismus bekämpfen und die Terrororganisationen auflösen. Die Vereinigten Staaten wiederholen, dass sie Israels Sicherheit unerschütterlich verpflichtet sind. Dies schließt das Recht Israels, in sicheren, verteidigungsfähigen Grenzen zu leben sowie zur Bewahrung und Steigerung seiner Fähigkeit zur Abschreckung und zur eigenständigen Verteidigung gegen jede mögliche Gefahr oder Kombination von Gefahren ein.

Drittens behält Israel weiterhin das Recht, sich gegen den Terrorismus zu verteidigen, was auch Maßnahmen gegen Terrororganisationen beinhaltet. Die Vereinigten Staaten werden in Kooperation mit Jordanien, Ägypten und anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft Maßnahmen durchführen, die dazu dienen, die Fähigkeit und den Willen der palästinensischen Behörden zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Auflösung der Terrororganisationen zu stärken. Ebenso soll auf diese Weise verhindert werden, dass die Gebiete, aus denen Israel sich zurückgezogen hat, eine Bedrohung darstellen, der auf andere Weise begegnet werden müsste. Die Vereinigten Staaten sind sich bewusst, dass nach Israels Rückzug aus dem Gazastreifen und/oder Teilen des Westjordanlandes die gegenwärtig bestehenden Übereinkünfte in Bezug auf die Kontrolle des Luftraumes, der Hoheitsgewässer und von Landkorridoren vom Westjordanland nach Gaza weiterhin Geltung behalten werden, sofern nicht andere Vereinbarungen getroffen werden sollten.

Die Vereinigten Staaten sind Israels Sicherheit und Wohl als jüdischem Staat besonders stark verpflichtet. Es erscheint klar, dass ein vertraglicher, gerechter, fairer und realistischer Rahmen für eine Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems als Teil jeder endgültigen vertraglichen Regelung durch die Gründung eines palästinensischen Staates und die Ansiedlung der Flüchtlinge in diesem zu gründenden palästinensischen Staat und nicht in Israel gefunden werden muss.

Israel muss als Teil einer endgültigen Friedensregelung über sichere und anerkannte Grenzen verfügen, was sich aus Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien in Übereinstimmung mit den Resolutionen 242 und 338 des UNO-Sicherheitsrates ergeben sollte. Angesichts neuer Realitäten vor Ort, einschließlich bereits bestehender größerer israelischer Bevölkerungszentren, ist es unrealistisch zu erwarten, dass der Ausgang der endgültigen Verhandlungen über den Grenzverlauf eine vollständige Rückkehr auf die Waffenstillstandslinien von 1949 bringen wird. Alle vorhergehenden Verhandlungsbemühungen um eine Zwei-Staaten-Lösung sind zu demselben Ergebnis gekommen. Es ist realistisch zu erwarten, dass jede endgültige Verhandlungslösung nur auf der Grundlage einer beidseitigen Anerkennung von Veränderungen, die diese Realitäten widerspiegeln zustande kommen kann.

Ich weiß, dass Sie sich bewusst sind, wie Sie auch in Ihrem Brief zum Ausdruck gebracht haben, dass der Staat Israel gewisse Verpflichtungen hat. So hat beispielsweise Ihre Regierung zum Ausdruck gebracht, dass die Barriere, die von Israel errichtet wird, ein Terrorabwehrzaun ist und keine politische Grenze. Er besitzt temporären und nicht dauerhaften Charakter und präjudiziert daher auch nicht eine endgültige Übereinkunft über den Grenzverlauf. Der Verlauf des Sicherheitszaunes sollte - unter Berücksichtigung von Sicherheitserwägungen - auch die Bedürfnisse von Palästinensern, die nicht in Terroraktivitäten verwickelt sind, in Betracht ziehen.

Wie Ihnen bekannt ist, unterstützen die Vereinigten Staaten die Errichtung eines lebensfähigen, zusammenhängenden, souveränen und unabhängigen Palästinenserstaates, so dass das palästinensische Volk in Übereinstimmung mit meiner Vision vom Juni 2002 und dem Weg, der in der Roadmap vorgezeichnet ist, seine eigene Zukunft gestalten kann. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft werden die Vereinigten Staaten die Entwicklung von demokratischen politischen Institutionen und einer neuen Führung, die diesen Institutionen verpflichtet ist, fördern, ebenso wie den Wiederaufbau ziviler Einrichtungen, das Wachstum einer freien und prosperierenden Wirtschaft und den Aufbau von arbeitsfähigen Sicherheitsorganen, die der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung sowie der Auflösung der terroristischen Organisationen verpflichtet sind.

Ein von Israelis und Palästinensern ausgehandeltes Friedensabkommen würde nicht nur für diese beiden Völker, sondern für die Völker des gesamten Nahen Ostens ein großer Segen sein. Demzufolge glauben die Vereinigten Staaten, dass alle Staaten im Nahen Osten besondere Verpflichtungen haben: den Aufbau geeigneter Institutionen des zukünftigen palästinensischen Staates zu unterstützen, den Terrorismus zu bekämpfen und alle Formen von Unterstützung für Einzelpersonen und Gruppen, die in den Terrorismus verwickelt sind, zu unterbinden und in normalere Beziehungen mit dem Staat Israel einzutreten. Diese Aktionen wären wahre Beiträge zum Aufbau des Friedens im Nahen Osten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben eine kühne und historische Initiative ergriffen, die einen wichtigen Beitrag zum Frieden leisten kann. Ich beglückwünsche Sie zu Ihren Bemühungen und Ihrer mutigen Entscheidung, die ich unterstütze. Als enger Freund und Verbündeter beabsichtigen die Vereinigten Staaten eng mit Ihnen zusammen zu arbeiten, um Ihren Plan zu einem Erfolg werden zu lassen.

Hochachtungsvoll
George W. Bush

Englischer Originaltext:
[http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Reference+Documents/
Exchange+of+letters+Sharon-Bush+14-Apr-2004.htm](http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Reference+Documents/Exchange+of+letters+Sharon-Bush+14-Apr-2004.htm)

Anmerkungen

1 <http://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/BriefvonUSPr%C3%A4sidentGeorgeW.pdf>

Anhang 3

US-Senat und Repräsentantenhaus unterstützen die Verpflichtungen gegenüber Israel in Präsident Bushs Schreiben vom 14. April 2004

H. CON. Res. 460 CONCURRENT RESOLUTION

Angesichts der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten voller Hoffnung darüber sind, dass eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes erreicht werden kann;

Angesichts der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten sich entschieden für die Sicherheit Israels und seines Wohlergehens als jüdischer Staat entschieden haben;

Angesichts der Tatsache, dass Premierminister Ariel Sharon eine Initiative vorgeschlagen hat, die beabsichtigt, die Sicherheit Israels zu verbessern und die Sache des Friedens im Nahen Osten voranzubringen;

Angesichts der Tatsache, dass Präsident George W. Bush und Premierminister Sharon in Folge dessen einen Dialog über diese Initiative gestartet haben;

Angesichts der Tatsache, dass Präsident Bush als Teil dieses Dialoges in einem Schreiben vom 14. April 2004 der Unterstützung der Initiative von Premierminister Sharon durch die Vereinigten Staaten Ausdruck verliehen hat;

Angesichts der Tatsache, dass in dem Schreiben vom 14. April 2004 der Präsident bekundete, dass angesichts neuer Realitäten vor Ort, einschließlich bereits bestehender größerer israelischer Bevölkerungszentren, es unrealistisch sei zu erwarten, dass der Ausgang der endgültigen Verhandlungen über den Grenzverlauf eine vollständige Rückkehr auf die Waffenstillstandslinien von 1949 bringen wird, es dagegen realistisch sei zu erwarten, dass jede endgültige Verhandlungslösung nur auf der Grundlage einer beidseitigen Anerkennung von Veränderungen, die diese Realitäten widerspiegeln, zustande kommen kann;

Angesichts der Tatsache, dass der Präsident anerkannte, dass ein vertraglicher, gerechter, fairer und realistischer Rahmen für eine Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems als Teil jeder endgültigen vertraglichen Regelung durch die Gründung eines palästinensischen Staates und die Ansiedlung der Flüchtlinge in diesem zu gründenden palästinensischen Staat und nicht in Israel gefunden werden muss;

Angesichts der Tatsache, dass die in dem Schreiben Präsident Bushs zum Ausdruck gebrachten Prinzipien die Sicherheit Israels verbessern und die Sache des Friedens im Nahen Osten voranbringen werden;

Angesichts der Tatsache, dass es weder für Israel noch die Palästinenser Sicherheit geben wird, solange nicht Israel und die Palästinenser und alle Länder der Region und der ganzen Welt in der Bekämpfung des Terrorismus und der Auflösung terroristischer Organisationen zusammenarbeiten;

Angesichts der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten der Sicherheit Israels verpflichtet bleiben, wozu sichere, anerkannte und verteidigungsfähige Grenzen gehören sowie die Bewahrung und Steigerung von Israels Fähigkeit zur Abschreckung und zur eigenständigen Verteidigung gegen jede mögliche Gefahr;

Angesichts der Tatsache, dass Israel das Recht hat, sich gegen den Terrorismus zu verteidigen, was auch Maßnahmen gegen Terrororganisationen beinhaltet, die die Bürger Israels bedrohen;

Angesichts der Tatsache, dass der Präsident am 24. Juni 2002 seine Vision zweier Staaten Israel und Palästina bekundete, die in Frieden und Sicherheit Seite an Seite leben, und dass diese Vision nur dann vollständig erreicht werden kann, wenn der Terrorismus besiegt ist, so dass ein neuer Staat auf Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und Respektierung der Menschenrechte geschaffen werden kann;

Angesichts der Tatsache, dass Präsident Bush am 14. März 2003 verkündete, dass zur Förderung eines dauerhaften Friedens alle arabischen Staaten dem Terrorismus widerstehen, die Entstehung eines friedlichen und demokratischen Palästinas unterstützen und deutlich erklären müssen, dass sie in Frieden mit Israel leben werden: In Anbetracht dessen mögen

Repräsentantenhaus und Senat übereinstimmend beschließen, dass der Kongress

(1) die von Präsident Bush in seinem Brief an den israelischen Premierminister Ariel Sharon vom 14. April 2004 benannten Prinzipien, die die Sicherheit und das Wohlergehen des Staates Israel stärken, entschieden befürwortet; und

(2) zusammen mit anderen in der internationalen Gemeinschaft das Bemühen unterstützt, die Fähigkeiten und den Willen palästinensischer Institutionen aufzubauen, den Terrorismus zu bekämpfen, terroristische Organisationen aufzulösen und zu verhindern, das von Gebieten aus denen sich Israel zurückgezogen hat, eine Gefahr für die israelische Sicherheit ausgeht.

Angenommen vom Repräsentantenhaus am 23. Juni 2004

Angenommen vom Senat am 24. Juni 2004.

Anhang 4

Grundsatzrede Premierminister Benjamin Netanyahus im Begin-Sadat Center der Bar-Ilan-Universität¹

14. Juni 2009

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu hat im Begin-Sadat Center for Strategic Studies der Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan die Grundzüge seiner Außenpolitik dargelegt. Im Zentrum stand dabei seine Vision von zwei Völkern, die frei Seite an Seite leben, in Freundschaft und gegenseitigem Respekt.

„Ich wende mich an Euch, unsere palästinensischen Nachbarn, geführt von der Palästinensischen Autonomiebehörde, und ich sage: Lasst uns sofort und ohne Vorbedingungen mit Verhandlungen beginnen.

Israel ist an seine internationalen Verpflichtungen gebunden und erwartet von allen Parteien, dass sie ihre Verpflichtungen einhalten. Wir wollen mit euch in Frieden, als gute Nachbarn leben. Wir wollen, dass unsere und Eure Kinder nie mehr Krieg erleben müssen: dass Eltern, Geschwister nie mehr die Qual erleben müssen, ihre Lieben im Kampf zu verlieren; dass unsere Kinder in der Lage sein werden, von einer besseren Zukunft zu träumen und diesen Traum realisieren können; und dass wir gemeinsam unsere Energien in Pflugscharen und Rebmesser investieren werden, nicht in Schwerter und Speere.

Ich kenne das Gesicht des Krieges. Ich habe Schlachten erlebt. Ich habe enge Freunde verloren. Ich habe einen Bruder verloren. Ich habe den Schmerz trauernder Familien gesehen. Ich will keinen Krieg. Niemand in Israel will Krieg.“

„Auch wenn wir dem Horizont entgegenblicken, müssen wir fest mit der Realität verbunden bleiben, mit der Wahrheit. Und die einfache Wahrheit besteht darin, dass die Wurzel des Konflikts die Weigerung war und ist, das Recht des jüdischen Volkes auf einen eigenen Staat in seinem historischen Heimatland anzuerkennen.

1947, als die Vereinten Nationen den Teilungsplan für einen jüdischen und einen arabischen Staat vorschlugen, wies die gesamte arabische Welt die Resolution zurück. Die jüdische Gemeinschaft hieß sie im Gegensatz dazu mit Jubel und Tanz willkommen. Die Araber wiesen jeden jüdischen Staat zurück, in jedweden Grenzen.

Diejenigen, die denken, dass die andauernde Feindschaft gegen Israel ein Produkt unserer Präsenz in Judäa, Samaria und Gaza ist, verwechseln Ursache und Wirkung. Die Angriffe gegen uns begannen in den 1920er Jahren, eskalierten in einem umfassenden Angriff nach der Unabhängigkeitserklärung Israels, gingen weiter mit den Fedayeen-Attacken in den 1950ern und kulminierten 1967, am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges, in einem Versuch, eine Schlinge um den Hals des Staates Israel zuzuziehen. All das geschah während der fünfzig Jahre, bevor ein einziger israelischer Soldat jemals Judäa und Samaria betreten hat.

Erfreulicherweise durchbrachen Ägypten und Jordanien diesen Kreis der Feindschaft. Die Unterzeichnung der Friedensverträge hat ihren Ansprüchen gegen Israel, dem Konflikt ein Ende gesetzt. Aber zu unserem Bedauern ist dies mit den Palästinensern nicht der Fall. Je näher wir einem Abkommen mit ihnen kommen, desto weiter ziehen sie sich zurück und erhöhen ihre Forderungen, die mit einem wirklichen Verlangen nach einem Ende des Konflikts nicht vereinbar sind.

Viele gute Leute haben uns erzählt, dass ein Rückzug aus den Gebieten der Schlüssel für einen Frieden mit den Palästinensern sei. Nun, wir haben uns zurückgezogen. Aber tatsächlich wurde jeder Rückzug mit massiven Terrorwellen beantwortet, mit Selbstmordattentätern und Tausenden von Raketen.

Wir haben versucht uns mit einem Abkommen zurückzuziehen und ohne ein Abkommen. 2000 und erneut letztes Jahr schlug Israel einen beinahe völligen Rückzug im Austausch für ein Ende des Konflikts vor, und beide Male wurden unsere Angebote zurückgewiesen. Wir haben jeden letzten Zentimeter des Gaza-Streifens geräumt, wir haben Dutzende von Siedlungen ausgerissen und Israelis aus ihren Häusern vertrieben, und als Antwort haben wir einen Hagel von Raketen auf unsere Städte und Kinder erhalten.

Die Behauptung, dass territoriale Rückzüge zum Frieden mit den Palästinensern führen werden, oder zumindest den Frieden fördern, hat bisher dem Test der Realität nicht standgehalten. Darüber hinaus, erklären die Hamas im Süden ebenso wie die Hisbollah im Norden wiederholt ihre Verpflichtung, die israelischen Städte Aschkelon, Be'er Sheva, Akko und Haifa zu befreien.

Territoriale Rückzüge haben den Hass nicht vermindert, und zu unserem Bedauern sind palästinensische Gemäßigte bislang nicht bereit gewesen, die einfachen Worte zu sagen: Israel ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes, und so wird es bleiben.“

„In meiner Vision von Frieden leben in diesem unserem kleinen Land zwei Völker frei, Seite an Seite, in Freundschaft und gegenseitigem Respekt. Jedes hat seine eigene Flagge, seine eigene Nationalhymne, seine eigene Regierung. Niemand wird die Sicherheit oder das Überleben des anderen bedrohen. Diese beiden Realitäten – unsere Verbindung zum Land Israel, und die palästinensische Bevölkerung, die in ihm lebt – haben tiefe Spaltungen in der israelischen Gesellschaft erzeugt. Aber die Wahrheit ist, dass es mehr gibt, was uns eint, als was uns trennt.

Ich stehe heute Abend hier, um diese Einigkeit zum Ausdruck zu bringen, und die Prinzipien von Frieden und Sicherheit, über die innerhalb der israelischen Gesellschaft breites Einverständnis herrscht. Dies sind die Prinzipien, die unsere Politik leiten. Diese Politik muss die internationale Situation in Rechnung stellen, wie sie sich in jüngster Zeit entwickelt hat. Wir müssen diese Realität anerkennen und gleichzeitig auf den Prinzipien beharren, die für Israel essentiell sind.

Das erste Prinzip – die Anerkennung – habe ich bereits unterstrichen. Die Palästinenser müssen klar und eindeutig Israel als den Staat des jüdischen Volkes anerkennen.

Das zweite Prinzip ist die Entmilitarisierung. Das Territorium unter palästinensischer Kontrolle muss unter eisernen Sicherheitsvorkehrungen für Israel entmilitarisiert werden. Ohne diese beiden Bedingungen besteht die reelle Gefahr, dass ein bewaffneter

palästinensischer Staat entstehen würde, der sich als weitere Terrorbasis gegen den jüdischen Staat entpuppt, wie der in Gaza. Wir wollen keine Kassam-Raketen auf Petach Tikva, Grad-Raketen auf Tel Aviv oder andere Raketen auf den Ben-Gurion-Flughafen. Wir wollen Frieden.“

„In Hinsicht auf die verbleibenden wichtigen Frage, die als Teil eines Endstatusabkommens verhandelt werden, sind meine Positionen bekannt: Israel braucht verteidigungsfähige Grenzen, und Jerusalem muss die vereinigte Hauptstadt Israels bleiben, die weiter allen Glaubensrichtungen Religionsfreiheit gewährt. Die territoriale Frage wird als Teil des endgültigen Friedensabkommens diskutiert werden. Zwischenzeitlich haben wir nicht die Absicht, neue Siedlungen zu bauen oder weiteres Land für bestehende Siedlungen zu enteignen.

Aber es besteht die Notwendigkeit, den Bewohnern ein normales Leben zu ermöglichen, Müttern und Vätern zu erlauben, ihre Kinder zu erziehen wie Familien anderswo. Die Siedler sind weder die Feinde des Volkes noch die Feinde des Friedens. Vielmehr sind sie ein integraler Teil unseres Volkes, eine prinzipientreue, pionierhafte und zionistische Öffentlichkeit.“

Anmerkungen

1 <http://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/Grundsatzrede%20Netanyahus%20an%20der%20Bar.pdf>.

Die vollständige Rede auf Englisch gibt es unter dem folgenden Link: http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Speeches+by+Israeli+leaders/2009/Address_PM_Netanyahu_Bar-Ilan_University_14-Jun-2009.htm

Anhang 5

Rede Premierminister Benjamin Netanyahus vor dem US-Kongress¹

24. Mai 2011

Ihre herzliche Begrüßung ist mir eine große Ehre. Und es ist mir eine große Ehre, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, ein zweites Mal das Wort an den Kongress zu richten.

Herr Vizepräsident, erinnern Sie sich an die Zeit, da wir die Neuen in der Stadt waren?

Ich sehe eine Menge alter Freunde hier. Und ich sehe eine Menge neuer Freunde Israels hier. Demokraten wie Republikaner.

Israel hat keinen besseren Freund als Amerika. Und Amerika hat keinen besseren Freund als Israel. Wir stehen zusammen, um die Demokratie zu verteidigen. Wir stehen zusammen, um den Frieden voranzubringen. Wir stehen zusammen, um den Terrorismus zu bekämpfen. Herzlichen Glückwunsch, Amerika, herzlichen Glückwunsch, Herr Präsident. Sie haben bin Laden. Den wären wir los!

In einem instabilen Nahen Osten ist Israel der Anker der Stabilität. In einer Region wechselnder Allianzen ist Israel Amerikas unerschütterlicher Verbündeter. Israel war immer pro-amerikanisch. Israel wird immer pro-amerikanisch sein.

Meine Freunde, in Israel müssen Sie keine Nationsbildung betreiben. Wir sind bereits gebildet. Nach Israel müssen sie die Demokratie nicht exportieren. Wir haben sie bereits. Sie müssen keine amerikanischen Truppen schicken, um Israel zu verteidigen. Wir verteidigen uns selbst. Sie sind sehr großzügig dabei gewesen, uns die Mittel zu geben, um die Verteidigung Israels selbst zu übernehmen. Danke Ihnen allen, und danke Ihnen, Präsident Obama, für Ihre standhafte Verpflichtung gegenüber Israels Sicherheit. Ich weiß, die Zeiten sind wirtschaftlich schwer. Ich weiß es sehr zu schätzen.

Die Hilfe für Israels Sicherheit ist eine kluge Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Denn im Nahen Osten beginnt gerade ein gewaltiger Kampf zwischen Tyrannei und Freiheit. Und ein großer Aufruhr erschüttert die Erde vom Khyber-Pass bis zur Straße von Gibraltar. Die Beben haben Staaten erschüttert und Regierungen zu Fall gebracht. Und wir alle können sehen, dass der Boden sich noch immer bewegt. Dieser historische Moment verspricht eine Morgenröte von Freiheit und Chancen. Millionen junger Menschen sind entschlossen, ihre Zukunft zu ändern. Wir alle blicken auf sie. Sie bringen Mut auf. Sie fordern Würde. Sie sehnen sich nach Freiheit.

Diese außergewöhnlichen Szenen in Tunis und Kairo erinnern an die von Berlin und Prag 1989. Während wir ihre Hoffnungen teilen, müssen wir uns allerdings auch daran erinnern, dass diese Hoffnungen abgewürgt werden können wie 1979 in Teheran. Sie erinnern

sich daran, was damals passierte. Der kurze demokratische Frühling im Iran wurde durch eine grausame und unerbittliche Tyrannei abgebrochen. Dieselbe Tyrannei erstickte die demokratische Zedernrevolution im Libanon und brachte diesem leidgeprägten Land die mittelalterliche Herrschaft der Hisbollah.

So steht der Nahe Osten heute an einer schicksalhaften Kreuzung. Wie Sie alle bete ich dafür, dass die Völker der Region den seltener beschrittenen Pfad, den Pfad der Freiheit, einschlagen werden. Niemand weiß besser als Sie, worin dieser Pfad besteht. Dieser Pfad wird nicht allein durch Wahlen geebnet. Er wird geebnet, wenn Regierungen Proteste auf städtischen Plätzen zulassen, wenn der Macht der Herrscher Grenzen gesetzt werden, wenn Richter Gesetzen verpflichtet sind und nicht Männern, und wenn Menschenrechte nicht von Stammesloyalität oder der Herrschaft des Pöbels zerschmettert werden.

Israel hat diesen Pfad, der im Nahen Osten lange Zeit zurückgewiesen wurde, stets begrüßt. In einer Region, in der Frauen gesteinigt, Schwule gehängt und Christen verfolgt werden, ragt Israel heraus. Es ist anders.

Die große englische Schriftstellerin George Eliot sagte vor über einem Jahrhundert voraus, dass der jüdische Staat nach seiner Gründung „wie ein heller Stern der Freiheit inmitten der Despotien des Ostens“ leuchten werde. Nun, sie hatte Recht. Wir haben eine freie Presse, unabhängige Gerichte, eine freie Wirtschaft, stürmische parlamentarische Debatten. Sie denken, Sie gehen hart miteinander um im Kongress? Dann verbringen Sie einmal einen Tag in der Knesset. Seien Sie meine Gäste.

Mutige arabische Demonstranten kämpfen derzeit um dieselben Rechte für ihre Völker, für ihre Gesellschaften. Wir sind stolz darauf, dass mehr als eine Million arabische Bürger Israels seit Jahrzehnten diese Rechte genießen. Von den 300 Millionen Arabern im Nahen Osten und Nordafrika genießen nur Israels arabische Bürger wirkliche demokratische Rechte. Von diesen 300 Millionen Arabern ist weniger als ein halbes Prozent wirklich frei, und sie sind alle Bürger Israels!

Diese erstaunliche Tatsache offenbart eine Grundwahrheit: Israel ist nicht, was falsch ist am Nahen Osten. Israel ist, was richtig ist am Nahen Osten.

Israel unterstützt das Verlangen der arabischen Völker in unserer Region auf ein Leben in Freiheit vollends. Wir sehnen uns nach dem Tag, da Israel eine von vielen wirklichen Demokratien im Nahen Osten sein wird.

Vor 15 Jahren stand ich auf eben diesem Podium und sagte, die Demokratie müsse Wurzeln schlagen im Nahen Osten. Nun, sie hat begonnen Wurzeln zu schlagen. Dieser Anfang trägt das Versprechen einer strahlenden Zukunft von Frieden und Wohlstand. Ich glaube nämlich, ein wahrlich demokratischer Naher Osten wird ein wahrhaft friedlicher Naher Osten sein.

Aber während wir auf das Beste hoffen und hinarbeiten, müssen wir auch die mächtigen Kräfte erkennen, die sich dieser Zukunft widersetzen. Sie widersetzen sich der Moderne. Sie widersetzen sich der Demokratie. Sie widersetzen sich dem Frieden.

Unter diesen Kräften rangiert an erster Stelle der Iran. Die Tyrannei in Teheran behandelt ihr eigenes Volk brutal. Sie unterstützt Angriffe gegen amerikanische Truppen in Afghanistan und im Irak. Sie knechtet den Libanon und Gaza. Sie finanziert den Terrorismus weltweit.

Als ich zuletzt hier stand, sprach ich von den schlimmen Folgen eines Iran, der sich atomar bewaffnet. Nun läuft die Zeit aus, und das Scharnier der Geschichte könnte sich bald umkehren. Denn die größte Gefahr für die Menschheit könnte bald über uns kommen: ein militantes islamisches Regime mit Atomwaffen.

Der militante Islam bedroht die Welt. Er bedroht den Islam. Ich habe keine Zweifel, dass er am Ende besiegt werden wird. Er wird am Ende den Kräften von Freiheit und Fortschritt unterliegen. Aber wie andere Fanatismen, die zum Scheitern verurteilt waren, könnte der militante Islam vor seinem unvermeidlichen Untergang einen fürchterlichen Preis von uns allen fordern.

Ein atomar bewaffneter Iran würde einen atomaren Rüstungswettlauf im Nahen Osten in Gang setzen. Er würde Terroristen einen nuklearen Schutzschirm bieten. Er würde den Albtraum vom nuklearen Terrorismus zu einer klaren und gegenwärtigen Gefahr auf der ganzen Welt machen. Ich will, dass sie verstehen, was das bedeutet. Sie könnten die Bombe überall platzieren. Sie könnten sie auf einer Rakete platzieren. Sie könnte auf einem Frachtschiff in einem Hafen oder in einem Koffer in der U-Bahn sein.

Die Bedrohung für mein Land kann nicht überschätzt werden. Wer sie ignoriert, steckt seinen Kopf in den Sand. Weniger als sieben Jahrzehnte nachdem sechs Millionen Juden ermordet wurden, leugnen Irans Führer den Holocaust des jüdischen Volkes, während sie gleichzeitig zur Vernichtung des jüdischen Staates aufrufen.

Politische Führer, die solches Gift versprühen, sollten aus jedem respektablen Forum auf dem Planeten verbannt werden. Aber es gibt etwas, was die Empörung noch größer macht: der Mangel an Empörung. In großen Teilen der internationalen Gemeinschaft begegnet man den Aufrufen zu unserer Zerstörung mit schierem Schweigen. Es wird dadurch noch schlimmer, dass viele Israel dafür verurteilen, dass es sich selbst gegen die Verbündeten des Iran verteidigt.

Aber nicht Sie. Nicht Amerika. Sie haben anders agiert. Sie haben das iranische Regime wegen seiner genozidalen Absichten verurteilt. Sie haben harte Sanktionen gegen den Iran verabschiedet. Die Geschichte wird es Amerika danken.

Präsident Obama hat gesagt, die Vereinigten Staaten seien entschlossen, den Iran daran zu hindern, Atomwaffen zu entwickeln. Er veranlasste den Sicherheitsrat mit Erfolg dazu, Sanktionen gegen den Iran zu verabschieden. Sie im Kongress haben sogar noch härtere Sanktionen verabschiedet. Diese Worte und Taten sind existenziell wichtig.

Das Ayatollah-Regime stellte sein Atomprogramm nur einmal kurz ein, im Jahr 2003, als es die Möglichkeit einer militärischen Aktion fürchtete. Im selben Jahr gab Muamar Gaddafi sein Atomprogramm auf – aus demselben Grund. Je mehr der Iran glaubt, dass alle Optionen auf dem Tisch sind, desto geringer ist die Gefahr einer Konfrontation. Daher bitte ich Sie darum, weiter eine klare Botschaft zu übermitteln: dass Amerika niemals zulassen wird, dass der Iran Atomwaffen entwickelt.

Was Israel anbelangt: Wenn die jüdische Geschichte irgendetwas lehrt, dann das, dass wir Aufrufe zu unserer Vernichtung ernst nehmen müssen. Wir sind eine Nation, die aus der Asche des Holocaust entstanden ist. Wenn wir, Nie wieder' sagen, dann meinen wir, Nie wieder'. Israel behält sich stets das Recht auf Selbstverteidigung vor.

Meine Freunde, während Israel stets wachsam in seiner Verteidigung sein wird, werden wir nie unser Streben nach Frieden aufgeben. Ich nehme an, wir geben es auf, sobald wir ihn erreicht haben. Israel will Frieden. Israel braucht Frieden. Wir haben historische Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien erreicht, die für Jahrzehnte gehalten haben.

Ich erinnere mich daran, wie es war, bevor wir Frieden hatten. Ich wurde bei einem Feuergefecht im Suezkanal beinahe getötet. Ich meine das wörtlich. Ich habe an den Ufern des Jordans gegen Terroristen gekämpft. Zu viele Israelis haben Angehörige verloren. Ich kenne ihre Trauer. Ich verlor meinen Bruder.

Niemand in Israel will also zu diesen fürchterlichen Zeiten zurückkehren. Der Frieden mit Ägypten und Jordanien hat lange als ein Anker von Stabilität und Frieden im Herzen des Nahen Ostens fungiert.

Dieser Frieden sollte durch wirtschaftliche und politische Unterstützung aller gefördert werden, die dem Frieden verpflichtet bleiben.

Die Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien sind lebensnotwendig. Aber sie reichen nicht aus. Wir müssen auch einen Weg finden, um einen dauerhaften Frieden mit den Palästinensern zu schmieden. Vor zwei Jahren habe ich mich selbst einer Lösung von zwei Staaten für zwei Völker verschrieben: einem palästinensischen Staat an der Seite des jüdischen Staates.

Ich bin bereit, schmerzhaft Kompromisse einzugehen, um diesen historischen Frieden zu erzielen. Als Regierungschef Israels ist es meine Verantwortung, mein Volk zum Frieden zu führen.

Dies ist nicht leicht für mich. Ich sehe ein, dass wir bei einem wirklichen Frieden einen Teil des jüdischen Heimatlandes werden aufgeben müssen. Das jüdische Volk ist in Judäa und Samaria kein ausländischer Besatzer. Wir sind nicht die Briten in Indien. Wir sind nicht die Belgier im Kongo.

Dies ist das Land unserer Vorfäter, das Land Israel, in das Abraham die Idee des einen Gottes brachte, wo David sich Goliath entgegenstellte und wo Jesaja eine Vision von ewigem Frieden hatte. Keine Geschichtsverzerrung kann das vier Jahrtausende alte Band zwischen dem jüdischen Volk und dem jüdischen Land leugnen.

Aber es gibt noch eine andere Wahrheit: die Palästinenser teilen dieses kleine Land mit uns. Wir trachten nach einem Frieden, in dem sie weder Israelis Untertan noch seine Bürger sein werden. Sie sollen ein würdevolles nationales Leben führen als ein freies, lebensfähiges und unabhängiges Volk in ihrem eigenen Staat. Sie sollen eine prosperierende Wirtschaft haben, in der ihre Kreativität und unternehmerische Initiative gedeihen können.

Wir haben bereits die Anfänge dessen gesehen, was möglich ist. In den letzten beiden Jahren haben die Palästinenser damit begonnen, ein besseres Leben für sich selbst aufzubauen. Ministerpräsident Fayad hat diese Bemühungen angeführt. Ich wünsche ihm eine schnelle Genesung von seiner jüngsten Operation.

Wir haben der palästinensischen Wirtschaft geholfen, indem wir Hunderte von Straßensperren für den freien Verkehr von Gütern und Personen entfernt haben. Die Resultate sind sehr bemerkenswert. Die palästinensische Wirtschaft boomt. Sie wächst um mehr als 10% pro Jahr.

Die palästinensischen Städte sehen heute ganz anders aus als noch vor wenigen Jahren. Sie haben Einkaufszentren, Kinos, Restaurants, Banken. Sie haben selbst E-Businesses. All dies geschieht ohne Frieden. Man stelle sich vor, was mit Frieden geschehen könnte. Frieden würde beiden Völkern eine neue Ära ankündigen. Er würde den Traum eines umfassenderen arabisch-israelischen Friedens zu einer realistischen Möglichkeit machen.

Hier ist also die Frage. Man muss sie stellen. Wenn die Vorzüge des Friedens mit den Palästinenser so klar sind, warum ist er uns versagt geblieben? Alle sechs israelischen Ministerpräsidenten seit der Unterzeichnung der Osloer Verträge haben der Gründung eines palästinensischen Staates zugestimmt. Auch ich gehöre dazu. Warum ist also kein Frieden erreicht worden? Weil die Palästinenser bislang nicht bereit waren, einen palästinensischen Staat zu akzeptieren, wenn dies bedeutete, daneben einen jüdischen Staat zu akzeptieren.

Sie sehen, unser Konflikt ging nie um die Gründung eines palästinensischen Staates. Er ging immer um die Existenz des jüdischen Staates. Dies ist es, worum der Konflikt geht. 1947 stimmten die Vereinten Nationen für eine Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Die Juden sagten Ja. Die Palästinenser sagten Nein. In den letzten Jahren wiesen die Palästinenser zweimal generöse Angebote von israelischen Ministerpräsidenten zurück, einen palästinensischen Staat auf nahezu dem gesamten Territorium zu errichten, das Israel im Sechs-Tage-Krieg gewonnen hatte.

Sie waren schlicht nicht willens, den Konflikt zu beenden. Und ich bedauere, sagen zu müssen: Sie fahren damit fort, ihre Kinder zum Hass zu erziehen. Sie nennen weiter öffentliche Plätze nach Terroristen. Und – schlimmer noch – sie pflegen weiter die Phantasie, dass Israel eines Tages von den Nachkommen palästinensischer Flüchtlinge überflutet werde.

Meine Freunde, dies muss ein Ende nehmen. Präsident Abbas muss tun, was ich getan habe. Ich stand vor meinem Volk – und ich sagte ihnen, es war nicht leicht für mich – und sagte: ‚Ich werde einen palästinensischen Staat akzeptieren‘ Es ist Zeit, dass Präsident Abbas sich vor sein Volk stellt und sagt: ‚Ich werde einen jüdischen Staat akzeptieren.‘

Diese sechs Wörter werden die Geschichte verändern. Sie werden den Palästinensern klar machen, dass dieser Konflikt ein Ende nehmen muss. Dass sie nicht einen Staat aufbauen, um den Konflikt mit Israel fortzuführen, sondern um ihn zu verändern. Sie werden das israelische Volk davon überzeugen, dass sie einen wirklichen Partner für Frieden haben. Mit so einem Partner wird das israelische Volk bereit sein, einen weit reichenden Kompromiss zu machen. Ich werde bereit sein, weit reichende Kompromisse zu machen.

Dieser Kompromiss muss die dramatisch demographischen Wandlungen reflektieren, die seit 1967 von statten gegangen sind. Die große Mehrheit der 650 000 Israelis, die jenseits der Grenzen von 1967 leben, wohnen in Vierteln und Vororten von Jerusalem und dem Großraum Tel Aviv.

Diese Gebiete sind dicht bevölkert, aber geographisch recht klein. Nach jedem realistischen Friedensabkommen werden diese Gebiete, so wie andere Orte von kritischer strategischer und nationaler Bedeutung in die endgültigen Grenzen Israels eingegliedert werden.

Der Status der Siedlungen wird nur in Verhandlungen entschieden werden. Aber wir müssen auch ehrlich sein. So sage ich heute etwas, das jeder, der es ernst mit dem Frieden

meint, öffentlich sagen sollte. Bei jedem Friedensabkommen, das den Konflikt beendet, werden einige Siedlungen jenseits der israelischen Grenze verbleiben. Über die genaue Grenzziehung muss verhandelt werden. Wir werden sehr großzügig in Bezug auf die Größe eines zukünftigen palästinensischen Staates sein. Aber wie Präsident Obama sagte, wird die Grenze anders verlaufen als die vor dem 4. Juni 1967. Israel wird nicht zu den nicht zu verteidigenden Linien von 1967 zurückkehren.

Wir sehen ein, dass ein palästinensischer Staat groß genug sein muss, um überlebensfähig, unabhängig und prosperierend zu sein. Präsident Obama hat zu Recht von Israel als dem Heimatland des jüdischen Volkes gesprochen, so wie er auch vom zukünftigen palästinensischen Staat als Heimatland des palästinensischen Volkes gesprochen hat. Juden aus aller Welt haben ein Recht darauf, in den jüdischen Staat einzuwandern. Palästinenser aus aller Welt sollten – wenn sie sich dazu entscheiden – ein Recht darauf haben, in einen palästinensischen Staat einzuwandern. Dies bedeutet, dass das palästinensische Flüchtlingsproblem außerhalb der Grenzen Israels gelöst werden wird.

Was Jerusalem angeht: Nur das demokratische Israel hat die Religionsfreiheit aller Glaubensrichtungen in der Stadt geschützt. Jerusalem darf nie wieder geteilt werden. Jerusalem muss die vereinte Hauptstadt Israels bleiben. Ich weiß, dass dies eine schwierige Angelegenheit für die Palästinenser ist. Aber ich glaube, mit Kreativität und gutem Willen kann eine Lösung gefunden werden.

Dies ist der Frieden, den ich mit einem palästinensischen Partner, der dem Frieden verpflichtet ist, zu schmieden plane. Aber Sie wissen sehr gut, dass im Nahen Osten nur ein Frieden Bestand haben wird, den man verteidigen kann.

Der Frieden muss also in Sicherheit verankert sein. In den letzten Jahren hat sich Israel aus dem Südlibanon und aus Gaza zurückgezogen. Aber wir haben keinen Frieden bekommen. Stattdessen wurden von Hisbollah und Hamas 12 000 Raketen von diesen Gebieten auf unsere Städte, unsere Kinder abgefeuert. Den UN-Friedenstruppen im Libanon ist es nicht gelungen, den Schmuggel dieser Waffen zu verhindern. Die europäischen Beobachter in Gaza haben sich über Nacht verflüchtigt. Sollte Israel also einfach so die Gebiete verlassen, würde der Waffenstrom in einen zukünftigen palästinensischen Staat unkontrolliert sein. Raketen von dort könnten nahezu jedes Haus in Israel in weniger als einer Minute erreichen. Ich will, dass sie auch daran denken. Stellen Sie sich vor, wir hätten jetzt weniger als 60 Sekunden Zeit, vor einer eintreffenden Rakete Schutz zu suchen. Würden Sie so leben wollen? Würde irgendjemand so leben wollen? Nun, wir wollen auch nicht so leben.

Die Wahrheit ist, dass Israel aufgrund seiner einzigartigen Größe einzigartige Sicherheitsvorkehrungen benötigt. Israel ist eines der kleinsten Länder auf der Welt. Herr Vizepräsident, ich gestehe Ihnen das zu, es ist größer als Delaware. Es ist sogar größer als Rhode Island. Aber das ist es dann auch. Israel innerhalb der Grenzen von 1967 würde halb so breit sein wie der Washington Beltway.

Hier noch ein wenig Nostalgie. Zum ersten Mal kam ich nach Washington vor 30 Jahren als junger Diplomat. Ich brauchte eine Weile, aber am Ende stellte ich fest: Es gibt ein Amerika jenseits des Beltway. Aber Israel in den Grenzen von 1967 wäre nur 9 Meilen breit. So viel zur strategischen Tiefe.

Es ist also absolut lebensnotwendig für Israels Sicherheit, dass ein palästinensischer Staat voll entmilitarisiert ist. Und es ist lebensnotwendig, dass Israel eine langfristige militärische

Präsenz am Jordan beibehält. Solide Sicherheitsvorkehrungen vor Ort sind nicht nur notwendig, um den Frieden zu schützen; sie sind auch notwendig, um Israel in dem Fall zu schützen, dass der Frieden zerbricht. Denn in unserer instabilen Region kann niemand garantieren, dass unsere Friedenspartner von heute morgen noch da sein werden.

Und wenn ich sage morgen, meine ich nicht irgendeinen entfernten Zeitpunkt in der Zukunft. Ich meine morgen. Frieden kann nur am Verhandlungstisch erreicht werden. Der palästinensische Versuch, durch die Vereinten Nationen eine Lösung zu erzwingen, wird keinen Frieden bringen. Ihm sollte von allen, die das Ende dieses Konflikts sehen wollen, kraftvoll entgegengetreten werden.

Ich weiß die klare Position des Präsidenten in dieser Frage zu schätzen. Frieden kann nicht aufgezwungen werden. Er muss verhandelt werden. Aber er kann nur mit Partnern verhandelt werden, die dem Frieden verpflichtet sind.

Und die Hamas ist kein Partner für Frieden. Die Hamas bleibt Israels Zerstörung und dem Terror verpflichtet. Sie haben eine Charta. Dies Charta ruft nicht nur zur Vernichtung Israels auf, sondern sagt: 'Tötet Juden, wo immer ihr sie findet.' Der Führer der Hamas verurteilte die Tötung Osama bin Ladens und pries ihn als heiligen Krieger. Nun möchte ich es abermals klarstellen. Israel ist bereit, sich heute hinzusetzen und mit der Palästinensischen Autonomiebehörde über Frieden zu verhandeln. Ich glaube, wir können eine strahlende Zukunft für unsere Kinder gestalten. Aber Israel wird nicht mit einer palästinensischen Regierung verhandeln, die von der palästinensischen Version al-Qaidas gestützt wird.

So appelliere ich an Präsident Abbas: Zerreißen Sie Ihren Vertrag mit der Hamas! Setzen Sie sich hin und verhandeln Sie! Machen Sie Frieden mit dem jüdischen Staat? Und wenn Sie das tun, verspreche ich Folgendes: Israel wird nicht das letzte Land sein, das einen palästinensischen Staat als neues Mitglied der Vereinten Nationen willkommen heißt. Es wird das erste Land sein, das dies tut.

Meine Freunde, die folgenschweren Prüfungen des letzten Jahrhunderts und die sich entfaltenden Geschehnisse dieses Jahrhunderts zeugen von der entscheidenden Rolle der Vereinigten Staaten bei der Förderung des Friedens und der Verteidigung der Freiheit. Die Vorsehung hat die Vereinigten Staaten zum Wächter der Freiheit gemacht. Unter den dankbarsten Nationen ist meine Nation, das israelische Volk, das gegen unmögliche Widerstände für seine Freiheit und um sein Leben gekämpft hat, in früherer und in neuer Zeit gleichermaßen.

Ich spreche im Namen des jüdischen Volkes und des jüdischen Staates, wenn ich Ihnen, den Repräsentanten Amerikas, Danke sage. Danke Ihnen für Ihre unerschütterliche Unterstützung Israels. Danke Ihnen für die Sicherstellung, dass die Flamme der Freiheit auf der ganzen Welt hell brennt. Möge Gott Sie alle segnen. Und möge Gott die Vereinigten Staaten für immer segnen.

(Außenministerium des Staates Israel, 24.05.11)

Anmerkungen

1 <http://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/NetanyahusRedevordemUSKongress24052011.pdf>

Anhang 6

Chronologie seit Oslo 1993

- 13. September 1993 – Unterzeichnung des Osloer Abkommens in Washington.
- 6. April 1994 – Autobombenanschlag in Afula: 9 tote Israelis.
- 13. April 1994 – Autobombenanschlag in Hadera: 6 tote Israelis.
- 26. Oktober 1994 – Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Jordanien.
- 22. Januar 1995 – Selbstmordanschlag in Beit Lid nahe Netanja, 22 israelische Soldaten getötet.
- 10. November 1995 – Ermordung von Yitzhak Rabin. Shimon Peres wird Interimspremier.
- 2. Januar 1996 – Erste Wahlen im Westjordanland und im Gazastreifen.
- 25. Februar - 4. März 1996 – Selbstmordanschläge in Jerusalem (25 Tote und 51 Verwundete), Aschkelon und Tel Aviv.
- 13. März 1996 – Internationale Antiterrorkonferenz in Scharm El-Scheich.
- April 1996 – Nach Raketensalven gegen Kirjat Schmona, Operation „Früchte des Zorns“ gegen die Hisbollah im Libanon.
- 18. Juni 1996 – Erste Regierung Benjamin Netanyahus
- 24. September 1997 – Nach zwei Selbstmordanschlägen in Jerusalem (20 Tote und 100 Verletzte) ordnet Netanyahu den Mossad an, Hamas-Führer Khaled Mashal in Amman zu beseitigen. Die Operation wird abgebrochen.
- 23. Oktober 1998 – Unterzeichnung des Wye-Abkommens.
- 7. Februar 1999 – König Hussein von Jordanien stirbt an Krebserkrankung.
- 17. Mai 1999 – Ehud Barak zum israelischen Premierminister gewählt.
- 1. Mai 2000 – Abzug der israelischen Streitkräfte aus dem Südlibanon.
- 17. September 2000 – Die israelisch-palästinensischen Verhandlungen in Camp David und Taba scheitern. Ausbruch der Zweiten Intifada. Während der Intifada gab es 60 Selbstmordattentate, davon 39 Anschläge zwischen dem 26. Oktober 2000 und 12. Dezember 2001.
- 11. September 2001 – Von Al-Qaida verübte Terroranschläge New York und Washington, Beginn des Kriegs gegen den Terrorismus.
- 10. Januar 2002 – Die israelische Marine stoppt Frachter voller Waffen für Arafat im Roten Meer.
- 27. März 2002 – „Passah-Massaker“, Selbstmordattentat auf das Park Hotel in Netanja: 30 Tote.
- 30. März 2002 – Operation „Schutzschild“ im Westjordanland. Belagerung von Arafats Amtssitz.
- 14. April 2002 – Anschlag auf die Synagoge in Djerba, Tunesien, durch Al-Qaida.
- 24. Juni 2002 – Präsident Bush stellt seine „Vision“ für den Nahen Osten vor.
- 28. Februar 2003 – Zweite Regierung Ariel Sharon. Netanyahu Finanzminister.
- 18. März 2003 – Beginn des Irakkrieges. Sturz Saddam Husseins.
- 4. Juni 2003 – Gipfel von Aqaba, Teilnahme Bushs, Sharons, Abbas' und Abdullahs.
- 19. August 2003 – Anschlag in Jerusalem. 23 tote Israelis.
- 17. September 2003 – Veröffentlichung der „Roadmap“ des Nahost-Quartetts.
- 14. März 2004 – Doppelanschlag im Hafen von Aschdod: 10 Tote und 20 Verwundete.
- 22. März 2004 – Gezielte Tötung des Hamas-Gründers Scheich Ahmad Yasins durch die IDF. 14. April 2004 – Treffen zwischen Bush und Sharon in Washington und Briefwechsel. Präsident Bush setzt sich für „verteidigungsfähige Grenzen“ ein. Der Bush-Brief wird von beiden Häusern des Kongresses angenommen.

- 11. Mai 2004 – 13 israelische Soldaten im Gazastreifen getötet.
- 31. August 2004 – Doppelanschlag in Be'er Sheva. 16 Tote und 100 Verletzte.
- 1. November 2004 – Anschlag auf den Zentralmarkt in Tel Aviv. 3 Tote und 40 Verletzte.
- 11. November 2004 – Yasser Arafat stirbt in einem Pariser Krankenhaus.
- 8. Februar 2005 – Gipfel in Scharm El-Scheich mit Präsident Bush.
- 14. Februar 2005 – Tödliches Attentat auf den libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri.
- 15. August 2005 – Israelischer Rückzug aus dem Gaza-Streifen und Demontage aller jüdischen Siedlungen von Gush Katif und des nördlichen Westjordanlands. Netanyahus Rücktritt.
- 5. Dezember 2005 – Selbstmordanschlag in Netanja. 4 Tote und 24 Verletzte.
- 14. Januar 2006 – Ariel Sharon fällt in irreversibles Koma.
- 25. Januar 2006 – Wahlsieg der Hamas in den palästinensischen Parlamentswahlen.
- 28. März 2006 – Ehud Olmert zum Premierminister gewählt.
- 25. Juni 2006 – Entführung des Soldaten Gilad Shalit.
- 13. Juli - 14. August 2006 – Zweiter Libanon-Krieg.
- 7.-15. Juni 2007 – Putsch der Hamas in Gaza.
- 13. Juni 2007 – Shimon Peres, 84, wird zum 9. Präsident des Staates Israel gewählt.
- 27. November 2007 – Annapolis-Konferenz.
- 30. Januar 2008 – Veröffentlichung des Berichts der Winograd-Kommission über die Fehler im Zweiten Libanonkrieg. Rücktritt des Verteidigungsministers und des Generalstabschef.
- 21. September 2008 – Rücktritt von Premier Ehud Olmert.
- 27. Dezember 2008 – Operation „Gegossenes Blei“ gegen die Hamas in Gaza nach Raketenhagel gegen israelische Dörfer.
- 20. Januar 2009 – Amtsantritt von Barack Obama im Weiße Haus.
- 31. März 2009 – Zweite Regierung unter Benjamin Netanyahu.
- 18. Mai 2009 – Erste offizielles Treffen Netanyahu-Obama.
- 4. Juni 2009 – Präsident Obamas Rede in Kairo.
- 14. Juni 2009 – Netanyahu Grundsatzrede an der Bar-Ilan-Universität zur Gründung eines palästinensischen Staates.
- 8. September 2009 – Veröffentlichung des Goldstone-Berichts zur Operation „Gegossenes Blei“ in Gaza.
- 9. September 2009 – Treffen Obama-Netanyahu-Abbas.
- 10. November 2009 – Treffen Netanyahu-Obama. Siedlungsstopp für 10 Monate.
- 8. März 2010 – Besuch US-Vizepräsident Joe Bidens in Israel. Spannungen mit den Vereinigten Staaten über Baumaßnahmen in Ost-Jerusalem.
- 23. März 2010 – Treffen mit Obama-Netanyahu.
- Ab Januar 2011 – „Jasmin-Revolution“ in Tunesien löst Domino-Effekt in der arabischen Welt aus. Volksaufstände in Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen und Bahrain. Die Entmachtung der Regime Ben Alis, Mubaraks und Gaddafis stürzen die gesamte Region in Unsicherheit.
- Mai 2011 – Die Palästinensische Autonomiebehörde beschließt, vor der UN einen palästinensischen Staat auszurufen und versöhnt sich mit Hamas. Die Kampagne zur Delegitimierung des Staates Israel wird in alle Richtungen verstärkt.
- 24. Mai 2011 – Rede Benjamin Netanyahus vor dem US-Kongress.

Anhang 7

Autorenverzeichnis

Generalleutnant a.D. Moshe Yaalon

ist Vizepremierminister und Minister für Strategische Angelegenheiten. Zwischen 2002 und 2005 diente er als Generalstabschef der IDF und war maßgeblich für den Erfolg der israelischen Streitkräfte im Kampf gegen den seit September 2000 tobenden palästinensischen Terrorkrieg verantwortlich. Yaalon absolvierte ein Aufbaustudium am Command and Staff College in Großbritannien und verfügt über einen Abschluss in Politikwissenschaft der Universität Haifa. Zudem war er Distinguished Fellow des Shalem Center in Jerusalem.

Generalmajor (Res.) Aharon Ze'evi

Farkash kann auf eine vielfältige Laufbahn in den israelischen Streitkräften zurückblicken – sowohl im Feld als auch im Generalstab. Dazu gehören die Leitung der Technik- und Logistikabteilung, der Planungsabteilung und des IDF-Nachrichtendienstes. Gegenwärtig ist er der Direktor des Intelligence and National Defense Program des Institute for National Security Studies (INSS) der Universität Tel Aviv. Zudem ist er Gründer und CEO von FST21 Ltd., Advanced Security Technology Services für Heim- und Containersicherheit. Er verfügt über einen B.A. und M.A. in Middle East and Islam Studies der Universität Tel Aviv sowie über einen AMP/ISMP der Harvard Business School.

Generalmajor (Res.) Uzi Dayan

diente als Direktor der Planungsabteilung des IDF-Generalstabs und leitete das israelische Sicherheitskomitee bei den Friedensverhandlungen mit den Jordanern, Palästinensern und Syrern. Später war er Befehlshaber des IDF-Zentralkommandos, stellvertretender Generalstabschef, Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates Israels sowie Nationaler Sicherheitsberater der Premierminister Ehud Barak und Ariel Sharon.

Dr. Dore Gold

ist der Präsident des Jerusalem Center for Public Affairs und ehemaliger Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen (1997-1999). Zuvor war er außenpolitischer Berater des damaligen Premierministers Benjamin Netanyahu und diente als israelischer Gesandter in Jordanien, Ägypten, der Autonomiebehörde und den Golfstaaten. Er war beteiligt an den Verhandlungen über das Wye-Abkommen (1998), das Hebron-Protokoll (1997) und den Abschlussverhandlungen mit den Vereinigten Staaten, Libanon, Syrien und Frankreich über die Schaffung der „Monitoring Group for Southern Libanon“ (1996). 1991 war er Berater der israelischen Delegation bei der Madrider Friedenskonferenz. Gold ist Autor von *Hatred's Kingdom: How Saudi Arabia Supports the New Global Terrorism* (Regnery, 2003); *Tower of Babel: How the United Nations Has Fueled Global Chaos* (Crown Forum, 2004); *The Fight for Jerusalem: Radical Islam, the West, and the Future of the Holy City* (Regnery, 2007); sowie *The Rise of Nuclear Iran: How Tehran Defies the West* (Regnery, 2009).

Dr. Meir Rosenne trat im Jahr 1953 in den Dienst des israelischen Außenministeriums. 1971 wurde er dort zum Rechtsberater vom Rang eines Botschafters ernannt. In dieser Eigenschaft vertrat Dr. Rosenne Israel vor zahlreichen internationalen Organisationen und Behörden, einschließlich der Internationalen Zivilluftfahrtsorganisation, der Internationalen Atomenergie-Organisation und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, und als Mitglied der israelischen Delegation bei der UN-Vollversammlung sowie den Genfer Friedensgesprächen 1973.

Zu seinen wichtigsten Leistungen zählt seine Rolle als Rechtsberater des Staates Israel während der israelisch-ägyptischen Friedensverhandlungen in Camp David, wo er zu den wesentlichen Konstrukteuren des Camp-David-Abkommens gehörte. Dr. Rosenne leistete zudem einen wichtigen juristischen Beitrag bei verschiedenen israel-amerikanischen und israelisch-syrischen Verhandlungen.

1979 wurde Dr. Rosenne zum israelischen Botschafter in Frankreich ernannt. 1983 wurde er israelischer Botschafter in den Vereinigten Staaten. Er ist Mitglied der American Society of International Law und der Association Française de Droit Comparé. Am 15. Mai 2000 wurde Dr. Rosenne per Dekret des französischen Präsidenten zum Kommandeur der Französischen Ehrenlegion ernannt.

Generalmajor (Res.) Yaakov

Amidror ist der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates Israels und sicherheitspolitischer Berater des Premierministers. Zuvor war er Vorsitzender des Institute for Contemporary Affairs am Jerusalem Center for Public Affairs in Jerusalem

und Chef der Abteilung Recherche und Evaluation des IDF-Nachrichtendienstes mit besonderer Verantwortlichkeit für die Zusammenstellung des Nationalen Sicherheitsberichts. Zudem diente er als Militärsekretär des Verteidigungsministers. Für die IDF analysierte Amidror die nachrichtendienstlichen Informationen vor und während des Zweiten Libanonkrieges. Er ist Autor von *Thoughts about Security and Military Affairs* (Israel National Security College, 2002); und *Intelligence: Theory and Practice* (Ministry of Defense Publishing House, 2006).

Brigadegeneral (Res.) Udi Dekel diente 2008-2009 als Chef des Verhandlungsteams Premierminister Ehud Olmerts mit den Palästinensern. Zuvor war er Chef der Planungsdivision der IDF und davor Chef der Forschungsabteilung der israelischen Luftwaffe und verantwortlich für die Auswertung nachrichtendienstlicher Informationen und die Einschätzung von Raketenbedrohungen.

Dan Diker diente 2011-2012 als Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses. Zuvor war er Direktor des Institute for Contemporary Affairs am Jerusalem Center for Public Affairs. Als Kommentator gab er regelmäßig diplomatische und politische Lageeinschätzungen für die BBC, Fox News, Al-Dschasira, Al-Hurra, ABC und Canadian Television ab. Er hat in Harvard studiert und ist Adjunct Fellow am Hudson Institute in Washington und Fellow am Jerusalem Center for Public Affairs.

Anhang 8

Über das Jerusalem Center for Public Affairs

Das Jerusalem Center for Public Affairs ist eines der führenden unabhängigen Forschungsinstitute in Israel und spezialisiert auf außenpolitischen und diplomatische Fragestellungen. 1976 gegründet hat das JCPA hunderte von Studien führender Experten zu den unterschiedlichsten Schlüsselfragen israelischer Außen- und Sicherheitspolitik veröffentlicht. Seit 2000 wird das Jerusalem Center von dem ehemaligen israelischen UN-Botschafter Dr. Dore Gold geleitet.

Programme des Jerusalem Center For Public Affairs:

Iran und neue Bedrohungen des Westens – Vorbereitung eines Rechtsgutachtens durch eine Gruppe von israelischen und internationalen Rechtsexperten und öffentlichen Persönlichkeiten zur Einleitung rechtlicher Schritte gegen den iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad auf Grundlage seiner Aufstachelung zum Begehen von und zur Teilnahme am Völkermord. Teil dieses Programms sind umfassende Studien von Sicherheitsexperten über Irans Terrorgehilfen und seine Alliierten im antiwestlichen Kampf und im Streben nach regionaler Vorherrschaft.

Israels verteidigungsfähige Grenzen – Studien zu einer maßgeblichen sicherheitspolitischen und diplomatischen Initiative, die die gegenwärtigen terroristischen Gefahren für Israel und seine entsprechenden territorialen Bedürfnisse analysieren, die Israel – v.a. im strategisch relevanten Westjordanland – durchsetzen muss, will es seine existenzielle Sicherheit und sein Verteidigungsvermögen bewahren.

Jerusalem in der internationalen Diplomatie – Dr. Dore Gold analysiert den juristischen und historischen Anspruch Israels auf Jerusalem und weist in seinem Buch *The Fight for Jerusalem: Radical Islam, the West, and the Future of the Holy City* (Regnery, 2007) die Gefahren eines Kompromisses nach, der einen neuen dschihadistischen Aktivismus entfesseln könnte. Eine begleitende Forschungsarbeit von Justus Reid Weiner untersucht die *Illegal Construction in Jerusalem: A Variation on an Alarming Global Phenomenon* (2003). In seinem Buch *The „Al-Aksa is in Danger“ Libel: The History of a Lie* dokumentiert der renommierte Journalist Nadav Shragai wie die seit bald einem Jahrhundert wiederholt vorgetragene Behauptung, die Juden hätten vor, die Al-Aqsa-Moschee zu zerstören, immer wieder arabische Gewaltausbrüche gegen Juden ausgelöst hat.

Institute for Contemporary Affairs (ICA) – 2002 zusammen mit der Wechsler Family Foundation gegründet präsentiert dieses Programm erstklassige Analysen und Perspektiven auf aktuelle Themen in Israel und Nahost durch Präsentationen, Briefings und Publikationen führender Regierungsvertreter, Militärexperten und Akademiker für das diplomatische Corps und die ausländische Presse und zeichnet verantwortlich für die Produktion von umfangreichem Informationsmaterial.

Combating Delegitimization – Ein umfangreiches, mehrsprachiges Public-Diplomacy-Programm, das den Angriffen auf die staatliche Legitimität Israels entgegenwirkt und gleichzeitig das fundamentale Anrecht des jüdischen Staates auf Sicherheit sowie die historische Bindung des jüdischen Volkes auf seine angestammte Heimat einschließlich Jerusalem bekräftigt. Dieses Programm bietet Kommentatoren und Studenten umfangreiche Ressourcen zur Kommunikation dieser Positionen und Argumente zum Zwecke der Meinungsbildung.

Global Law Forum – Ein grundlegendes Programm zum Studium und zur Erarbeitung von Initiativen, die Israels rechtliche Position im Nahostkonflikt mit den Palästinensern, der arabischen Welt und dem radikalen Islam abstecken. (www.globallawforum.org)

Antisemitismus nach dem Holocaust – Dr. Manfred Gerstenfeld initiierte und leitet dieses Programm, das u.a. Konferenzen und Seminare veranstaltet, Publikationen zu Wiedergutmachungsfragen, dem akademischen Boykott, der Holocaustverleugnung und dem Antisemitismus in der arabischen Welt, den europäischen Ländern und in den GUS-Staaten veröffentlicht. (www.jewishaffairs.org)

Regelmäßige Veröffentlichungen des Jerusalem Centers:

Jerusalem Viewpoints - liefert seit 1977 Hintergrundanalysen der Ereignisse in Israel und dem Nahen Osten.

Jerusalem Issue Briefs – Insider Briefings von hohen israelischen Regierungsbeamten, Militärexperten und Akademikern im Rahmen des Institutes for Contemporary Affairs

Daily Alert – ein täglicher Abriss von Hyperlinknachrichten und Kommentaren zu Israel und dem Nahen Osten aus der hebräischen und internationalen Presse.

Jewish Political Studies Review – ein seit 1989 bestehendes akademisches Journal.

Internetpräsenz des Jerusalem Centers:

www.jcpa.org (Englisch)
www.jer-zentrum.org (Deutsch)
www.jcpa-lecape.org (Französisch)
www.jcpa.org.il (Hebräisch)
www.facebook.com/jerusalemcenter
www.twitter.com/JerusalemCenter
www.youtube.com/TheJerusalemCenter

Präsident – Dr. Dore Gold
Generaldirektorin – Chaya Herskovic
Vorstandsvorsitzender – Prof. Yakir Plessner
Vorstandsmitglieder – Prof. Rela Mintz Geffen
Dr. Manfred Gerstenfeld
Prof. Arthur I. Eidelman
Zvi Marom
Prof. Shmuel Sandler
Prof. Efraim Togovnik